

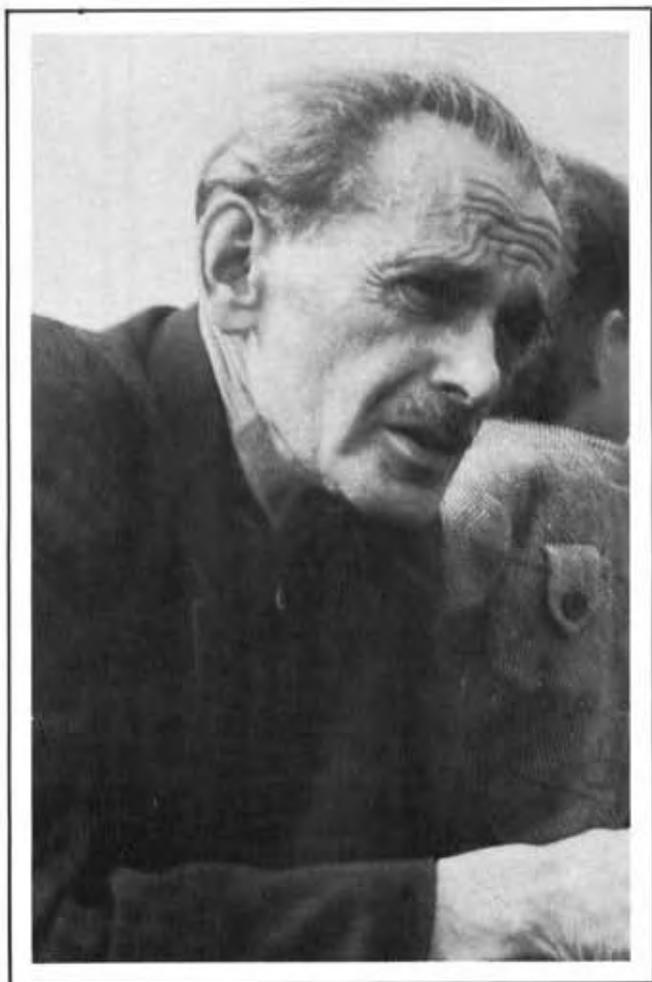
Waldemar Bolze

**Der
Weg
der**

Gewerkschaften

Waldemar Bolze

**DER
WEG
DER
GEWERKSCHAFTEN**



Inhalt

Vorwort	Seite VII
---------------	-----------

I. Aus der Geschichte des zweimaligen Zusammenbruchs der Gewerkschaftsinternationale

Einige historische Daten über die Entstehung der internationalen Gewerkschaftsorganisation	Seite 1
Amsterdam findet Ankläger und Verteidiger - aber keine Richter in Paris	Seite 3
Der Aufstieg der modernen Gewerkschaftsbewegung	Seite 6
Von der Gründung bis zum erstmaligen Zusammenbruch des I.G.B. (Internationalen Gewerkschaftsbundes)	Seite 14
Die Wiedervereinigung der Vaterlandsverteidiger im Amsterdamer I.G.B.	Seite 27
Amsterdamer Gewerkschaftspolitik in Deutschland	Seite 29
Das Moskau Lenins attackiert Amsterdam	Seite 33
Stalin ändert Lenins Gewerkschaftskurs	Seite 36
Die KPD am Scheideweg: Eroberung oder Zerstörung der reformistischen Gewerkschaften	Seite 49
Warum die "linke" KPD-Führung die Massen nicht gewinnen konnte.	Seite 53
Nicht reformistische, nicht ultralinke, sondern marxistische Gewerkschaftspolitik.	Seite 60
Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften durch den Faschismus	Seite 73

II. Proletarischer Internationalismus oder nationale Beschränktheit

Lenins Kampf für den proletarischen Internationalismus	Seite 79
Stalins Bruch mit dem proletarischen Internationalismus	Seite 84
Vom "Sozialfaschismus" bis zur "Volksfront"	Seite 86

von der Theorie zur Praxis der "Volksfront"	Seite 88
Das Kriegsbündnis der demokratischen Imperialisten mit der Sowjetunion	Seite 92
Die internationale Arbeiterklasse im zweiten Weltkrieg	Seite 95

II. Die Arbeiterklasse beginnt sich wieder zu sammeln

Die erste Weltgewerkschaftskonferenz in London - Februar 1945 ..	Seite 100
Die Eröffnung der Pariser Weltgewerkschaftskonferenz	Seite 103
Der Völkerbund und Gewerkschaftsinternationale	Seite 108
Der Kampf um die Statuten des W.G.B.	Seite 112
Der W.G.B. im Labyrinth des "konstruktiven" Pazifismus"	Seite 123
Der versöhnliche Geist der Sowjetdelegierten und die internationale Gewerkschaftseinheit	Seite 129

III. Demokratie oder Diktatur

Die falsch gestellte Frage	Seite 133
Reformistische Illusionen und Wirklichkeit	Seite 135
Die Bourgeoisie selbst widerlegt die reformistischen Illusionen ..	Seite 139
Die Reformisten vor dem kapitalistischen Staats- und Wirtschafts- wunder	Seite 142
Die imperialistische Einheitsfront unter Führung der USA	Seite 146
Die "Demokratie" als Fahne der imperialistischen Einheitsfront ..	Seite 153
Churchill attackiert die Sowjetunion im Zeichen der bürgerli- chen Demokratie - Kann Stalin die Sowjetunion im Namen der proletarischen Demokratie verteidigen?	Seite 155
Kann oder muß man Anhänger der Diktatur bleiben, um für die Demokratie kämpfen zu können?	Seite 165

Vorwort

Das vorliegende Manuskript schrieb Waldemar Bolze 1948 auf Drängen junger Genossen, "um ihnen Erfahrungen zu vermitteln, die sie selbst nicht machen konnten". Diese Erfahrungen Waldemar Bolzes aus der kämpfenden Arbeiterbewegung der zwanziger und dreißiger Jahre werden jetzt in der beginnenden Krise der kapitalistischen Ordnung für die deutsche Arbeiterklasse zu einem unschätzbaren Wert. Da das Manuskript nur noch in wenigen Exemplaren vorhanden ist, sind wir dem Wunsche vieler junger Genossen nachgekommen, es neu herauszugeben.

Das Leben des 1886 in Buk/Posen geborenen Waldemar Bolze ist die Wanderung eines revolutionären deutschen Arbeiters, der bis zu seinem Tode 1951 der Sache der revolutionären Arbeiterbewegung mit einer Energie und Unbeugsamkeit ergeben war, die in scharfem Kontrast stand zu seinem stillen, unaufdringlichen und bescheidenen Wesen. Er wies es weit von sich, als gutbezahlter Funktionär selbstzufriedener Partei- oder Gewerkschaftsadministrationen sein Leben zu beenden. Mit Abneigung sprach er stets von jenen, heute in wohlthuende Vergessenheit geratenen Gestalten, die Arbeiter führen wollten, aber das Denken und Handeln der Arbeiter nie begriffen, vielmehr die Diener der Gewerkschafts- und Parteibürokratien wurden, weil sie das Dasein als Proletarier scheuten, wie der Teufel das Weihwasser.

Waldemar Bolze nahm die schwersten Arbeits- und Lebensbedingungen trotz seiner schwachen Gesundheit auf sich, um ungehindert und frei von politischer Bevormundung seine revolutionäre politische Arbeit leisten zu können. Die Macht der kommunistischen Gedanken hatte Waldemar Bolze so in seinen Bann gezogen, daß sie unabdingbarer Teil seines Lebens wurden, trotz vieler persönlicher Erfahrungen, die andere resignieren ließen oder gar ins antikommunistische Lager trieben.

Er hatte das Tischlerhandwerk gelernt und trat mit 18 Jahren dem Deutschen Holzarbeiterverband bei, 2 Jahre später, 1906, der SPD. Nach kurzer Wanderzeit kam er als Geselle nach Berlin und nahm dort bis 1933 aktiven Anteil an der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung und ihren Kämpfen, besonders in Neukölln. 1914 verließ er unter Protest die SPD wegen deren Überlaufen ins Lager der herrschenden Klasse. Er war kein "Vaterlandsverteidiger". Als Soldat hielt er Verbindung zu seiner revolutionären Gruppe, trat 1917 in die USP ein und nahm 1918 in Berlin an den Kämpfen unter der Führung und an der Seite des Spartakusbundes teil. Das Studium des Marxismus, der russi-

sehen Oktoberrevolution und die eigenen Erfahrungen in der deutschen Arbeiterbewegung noch im Schoße der SPD und der Gewerkschaften vor 1914, ließen ihn zu einem unerbittlichen Gegner des Reformismus und der Gewerkschaftsbürokratie werden.

Als Mitarbeiter der Gewerkschaftsabteilung der KPD und der Gewerkschaftsredaktion der "Roten Fahne" und der roten "Internationale" organisierte er von 1921 - 1923 die Fraktionsarbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften, vor allem im Deutschen Holzarbeiterverband. Dafür schlossen ihn die Gewerkschaftsbürokraten aus. Zu seinen reformistischen Gegnern in der Führung des Holzarbeiterverbandes gehörte damals Tarnow. Derselbe Tarnow, der nach 1945 von der englischen Militärverwaltung aus der schwedischen Emigration nach Deutschland gebracht wurde, um die 1933 kampflos untergegangenen Gewerkschaften mit den überlebenden Resten der alten Bürokratie, die am 1. Mai 1933 vor den Nazis kapituliert hatte, neu zu "gründen".

Waldemar Bolzes Wissen und Erfahrungen sind, richtig verstanden, Waffen im Kampf gegen den Reformismus, für die proletarische Revolution. Sein Hauptinteresse galt der revolutionären Überwindung des Reformismus durch die deutsche Arbeiterklasse selbst. Das bringt ihn 1923 in Opposition zur ultralinken Führung der KPD unter Ruth Fischer und Maslow, die in ihren kleinbürgerlichen Illusionen meinten, mit radikaler Agitation aus sozialdemokratischen Arbeitern revolutionäre Proletarier machen zu können. Ihnen mußte die Geduld, die erforderlich war, um den Transformationsprozeß der Arbeiterklasse zu fördern und zu lenken, als Rückfall in die sozialdemokratische Vergangenheit erscheinen. Aber gerade diese ultralinken, noch kleinbürgerlich denkenden und nur durch die wechselnde Gunst der russischen Fraktionskämpfe zu Parteiführern aufgestiegenen Parteimitglieder waren es, die am Ende bei der SPD und anderen Gegnern des Kommunismus Unterschlupf fanden. Nicht wenige von ihnen finden wir heute in der SPD und in den Gewerkschaften (und manchen als Ideologen an den Universitäten der BRD).

1929 wurde Waldemar Bolze aus der KPD ausgeschlossen wegen Zugehörigkeit zur "Rechten" und gehörte zu den Gründern der kommunistischen Opposition. Er war Mitarbeiter in der Zeitschrift "Gegen den Strom". Aus der KPD wurde er ausgeschlossen, weil er Gegner der RGO-Politik, d.h. der Schaffung eigener "revolutionärer" Gewerkschaften, war, weil er die "Theorie" vom Sozialfaschismus ablehnte und die kommunistische Einheitsfrontpolitik verteidigte.

Denn nur so bestand die Möglichkeit, angesichts der heraufziehenden faschistischen Gefahr, die Arbeiterklasse erfolgreich in den bevorstehenden Kämpfen führen zu können, sie auf ihre historische Aufgabe in der

Gesellschaft vorzubereiten und für den Kommunismus zu gewinnen. Er selbst stand in den Abwehrkämpfen gegen den Faschismus in vorderster Reihe. Daher mußte er auch nach dem Sieg des Faschismus 1933 in die Emigration gehen. Zunächst in Paris, ging er 1936 nach Spanien, um der spanischen Revolution zu helfen. Beschäftigt in einem Flugzeugwerk in Barcelona, führte ihn seine revolutionäre Erfahrung und Überzeugung in Kontakt mit der POUM, der kommunistischen Partei Kataloniens. Sie war gegen die Liquidierung der spanischen Revolution durch den Einfluß der russischen Partei und deren Zusammenarbeit mit den bankrotten spanischen bürgerlichen Parteien (Volksfrontpolitik - s. Seite 88).

Die unter russischer Leitung stehende politische Polizei ließ ihn deswegen ein Jahr im spanischen Gefängnis sitzen, bis die Wachen vor den herannahenden Francotruppen davonliefen und die revolutionären politischen Gefangenen in nächtlichen Märschen über die Pyrenäen nach Frankreich entfliehen konnten. Die Folgen der spanischen Niederlage bekam er bald zu spüren, die Franzosen wiesen ihn nach Belgien aus. Beim deutschen Einmarsch 1940 floh er wieder nach Frankreich und lebte dort bis Kriegsende unter falschem Namen in einem südfranzösischen Lager.

Fast verhungert, aber von unbeugsamer Energie erfüllt, wollte Waldemar Bolze 1945 nach Deutschland zurück. Aber ihn holte keine Besatzungsmacht der Sieger des zweiten Weltkrieges zurück. Erst 1948 bekam er nach langem Drängen die Einreisegenehmigung und ging als Modelltischler in die Reichswerke Salzgitter. Dort gewann er bei den Arbeitern schnell Ansehen, besonders in den Kämpfen der Arbeiter gegen die Demontagen der Fabrikanlagen durch englische Truppen. Noch heute - 20 Jahre nach seinem Tode - pflegen Arbeiter dieses Industriegebietes sein Grab, aus Verbundenheit mit seiner revolutionären Gesinnung, seiner Unbestechlichkeit und seiner menschlichen Kameradschaft. Er war, wie Heinz Brandler anläßlich seines Todes schrieb, einer seiner letzten Kampfgefährten aus jener Periode der deutschen Arbeiterbewegung, die mit der Herausbildung der Linken in der Sozialdemokratie und der Schaffung der politischen Grundlagen der KPD begann, des Aufstiegs der KPD, der Sammlung der kommunistischen Kader in der KPO gegen den ultralinken Kurs. Der Sieg des Faschismus 1933 vernichtete die gesamte deutsche Arbeiterbewegung. Ihre letzte Kraft setzte diese Generation von Kommunisten nach 1945, soweit sie den Faschismus in Deutschland selbst überlebt hatte oder seinen Klauen entronnen war, ein, um ihre revolutionären Erfahrungen an eine revolutionäre Jugend weiterzugeben.

Ihre Hoffnung war: daß sie sich als fähig erweisen möge, das zu vollenden, was sie selbst begonnen hatten. Das war der Beginn der Gruppe Arbeiterpolitik, an dem Waldemar Bolze mitwirkte.

"Die Bewegung des Proletariats macht notwendig verschiedene Entwicklungsstufen durch, auf jeder Stufe bleibt ein Teil der Leute hängen und geht nicht weiter mit....", schrieb Engels 1873 an Bebel. Zu denen, die den "langen Marsch" fortsetzen, stoßen neue, unverbrauchte Kräfte, um schließlich den dialektischen Prozeß zu vollenden, durch den sich das Proletariat aus den Fesseln des Kapitalismus befreit, um die Grundlagen für eine neue Gesellschaftsordnung zu legen.

Alle gewerkschaftliche und politische Tätigkeit und Kritik, die nicht Teil der kommunistischen Bewegung ist und ihren Zielen dient, ist wertlos. Auch dafür liefert dieses Manuskript Beweis. Kritik an der ultralinken RGO-Politik der Weimarer Zeit haben auch andere Leute geübt, für die die RGO-Politik als Alibi herhalten mußte, um das Lager des Kommunismus zu verlassen und den Weg zurück anzutreten, bis sie schließlich ganz vor dem Reformismus kapitulierten.

Wir erinnern hier an die Herausgeber des "Roten Gewerkschaftsbuches" der SAP. Die Strategie und Taktik und die Kritik, die noch am Beginn des Übertritts in die SAP, weg vom Kommunismus stand, waren noch das Resultat kommunistischer Gewerkschaftsarbeit der KPD (bis 1923) und später der KPO, gewesen. "Aber alle Kritik gegen die RGO, die nicht begleitet ist vom Kampf gegen die reformistische Lähmung der Gewerkschaften, ist wert- und wirkungslos", schrieb damals die KPO. In "Gegen den Strom" schrieb August Thalheimer: "Liquidierung der RGO-Taktik bedeutet nicht, durch Befehl von oben heute die 'roten Verbände' usw. aufzulösen, so wie die SAP es verlangt. Das wäre Kapitulation vor den Reformisten. Sondern es bedeutet, für die Rückführung dieser Organisationen und der Ausgeschlossenen in die Verbände zu kämpfen". (1932).

Der Leser des nachfolgenden Manuskriptes wird feststellen, daß für Kommunisten, wie Waldemar Bolze, die Gewerkschaftsfrage Teil einer umfassenden politischen Tätigkeit ist. Je mehr aber Leute, wie die Herausgeber des "Roten Gewerkschaftsbuches" sich von der kommunistischen Bewegung entfernten, desto wertloser wurde ihre Gewerkschaftstätigkeit für die proletarische Bewegung, bis sie schließlich nach 1945 Seite an Seite mit den Überresten der ADGB-Führer von vor 1933 und den Wortführern der ultralinken Politikanten aus dem KPD-Apparat von vor 1933 "Politik" machen durften. Wer sich umsieht in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung der BRD wird überall auf sie stoßen. Sie haben zwar Posten erobert, aber nicht das Vertrauen der Arbeiter.

Für die klassenbewußten Arbeiter hingegen, die aus dem Lager des Reformismus kommend sich in Bewegung setzten, war die SAP die letzte Barriere, die ihren endgültigen Bruch mit der bürgerlichen Gesellschaft und den Übergang ins kommunistische Lager mit mehr oder weniger Erfolg versperrte. Jene, die das kommunistische Lager verlassen hatten

und in umgekehrter Richtung bergab liefen, begegneten jenen, die bergauf stiegen. Scheinbar hatten beide Bewegungen dieselbe Höhe erreicht. Aber die verschiedene Richtung der Bewegung offenbarte bald den qualitativen Unterschied zwischen jenen, die sich zum Kommunismus durchrangten und jenen, die im reformistischen Sumpf landeten. Einen weiteren Punkt bitten wir den Leser zu beachten. Waldemar Bolze spricht sehr oft von Stalinismus. Als die KPO 1929 den Kampf gegen den Stalinismus aufnahm, verstand sie darunter den Kampf gegen die gefügige Unterordnung der deutschen Partei unter das Kommando der russischen Parteiführung, die Nachäffung der stalinschen Methoden auf einem dafür völlig ungeeigneten Boden, dem der deutschen Kommunistischen Partei. Heute erklärt sich jeder dahergelaufenen, wildgewordene Spieß und Überläufer zum "Vorkämpfer" gegen den Stalinismus und meint damit: Kommunismus und Sowjetunion. Gegen diese reaktionären Angriffe haben wir als Marxisten die SU und den Kommunismus, ja sogar Stalin, zu verteidigen.

Und eine dritte Bemerkung sei uns erlaubt. Marxisten und Kommunisten, revolutionäre Arbeiter überhaupt, haben keine Veranlassung, an dem etwas zu ändern, was 20 Jahre zuvor niedergeschrieben worden ist. Das überlassen wir Professoren und bezahlten Geschichtsschreibern, die besonders geübt sind, je nach Bedarf wegzulassen, zuzuschreiben oder zu subsumieren. Wir haben uns lediglich die Freiheit genommen, orthografische oder andere Fehler im Manuskript zu beseitigen, ohne an dem politischen Inhalt etwas zu ändern.

Der Verfall der bürgerlichen Gesellschaft auch bei uns in der BRD, zwingt dazu, nach Perspektiven zu suchen. Ein häufig gebrauchtes abstraktes Lösungswort ist: Kaderbildung.

Wer einen konkreten Begriff davon bekommen will, aus welchem Holz Kader der kommunistischen Bewegung in Deutschland geschnitzt sein müssen, wie sie entstehen und wie sie ihre Tätigkeit ausüben, dem wird dieses Manuskript Hinweis geben.

Es sind die Erfahrungen aus einer Epoche, da die deutsche Arbeiterklasse und die deutsche Arbeiterbewegung mit ihren Organisationen Vorbild für das erwachende Proletariat der ganzen Welt war. Diese Epoche endete mit der tiefsten Erniedrigung der Bewegung im Faschismus und der von den Siegern des zweiten Weltkrieges importierten "Demokratie".

Diese Periode gehört ebenso unwiderruflich der Vergangenheit an wie die Periode des selbständigen nationalen Imperialismus der deutschen Bourgeoisie, die in der höchsten Vollendung im Nationalsozialismus fand. Der deutsche Kapitalismus und die deutsche Bourgeoisie sind heute nur

noch lebensfähig dank des ökonomischen, politischen und militärischen Schutzes, den die USA ihr gewähren als Vorposten gegen den Kommunismus im Osten und in Europa. Daß das deutsche Proletariat in den kommenden Kämpfen gegen den Weltimperialismus und Weltfaschismus einen ehrenvollen Platz an der Seite der internationalen proletarischen Bewegung einnehme, ist die Aufgabe derer, die die Tradition jener Kader fortsetzen wollen.

I. Aus der Geschichte des zweimaligen Zusammenbruchs der Gewerkschaftsinternationale.

Einige historische Daten über die Entstehung der internationalen Gewerkschaftsorganisationen

Der erste Versuch, der schon unter der persönlichen Mitwirkung von Karl Marx durch die Schaffung der internationalen Arbeiter-Assoziation im Jahre 1864 unternommen wurde, ist an der - für die damalige Zeit sehr erklärlichen - Schwäche und Unreife einer verhältnismäßig jungen, unentwickelten Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern gescheitert. Sie konnte sich nur neun Jahre behaupten. Die folgende Depressionsperiode, die namentlich die deutsche Arbeiterklasse unter Bismarcks Sozialistengesetz zu spüren bekam, hat aber auch die Voraussetzungen für die Erstarbung der proletarischen Klassenkräfte und ihres Klassenbewußtseins geschaffen und den Drang nach internationaler Vereinigung so weit gestärkt, daß noch vor Ende des vorigen Jahrhunderts die ersten Schritte zur Schaffung einer selbständigen Gewerkschaftsinternationale unternommen werden konnten.

Auf dem englischen Gewerkschaftskongreß 1886 konnte der Vorsitzende erklären, daß der "kontinentale Sozialismus seinen Schrecken für die englische Arbeiterschaft verloren" habe. Daß dieses Bekenntnis aber mehr der Sentimentalität als der Realität entsprach, zeigte der unerfreuliche Verlauf des internationalen Kongresses 1888 in London, zu welchem das einladende englische Komitee die Deutschen, Österreicher und Russen nicht eingeladen hatte, was von allen 44 kontinentalen und auch von einigen englischen Delegierten scharf verurteilt wurde. Die scharfen Gegensätze zwischen der großen Mehrheit der (insgesamt 79) englischen Delegierten und allen übrigen verhinderten jedes positive Ergebnis.

Einen weiteren Versuch zur internationalen Zusammenarbeit unternahmen die französischen Gewerkschaften durch Einberufung eines internationalen Kongresses im Dezember 1890 in Paris. Die Absicht zur Errichtung eines internationalen Arbeiter-Sekretariats mußte wegen zu geringer Beteiligung aufgegeben werden. (Ein Jahr zuvor, am 14. Juli 1889, dem hundertsten Jahrestag des Bastillesturmes, wurde in Paris die sozialistische - die Zweite Internationale gegründet).

So wurde nach dem Scheitern der ersten Versuche die Kopenhagener Konferenz vom 21. August 1901 der eigentliche Ausgangspunkt international-organisierter Gewerkschaftsbewegung.

Hier beschlossen Delegierte aus Deutschland, Großbritannien, Belgien, Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland nach einem Referat des deutschen Delegierten Karl Legien die regelmäßige Abhaltung von Konferenzen der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen. An der 2. Konferenz 1902 in Stuttgart nahmen auch Delegierte aus Frankreich, Italien, Österreich, Spanien und der Schweiz teil, während Belgier und Finnen diesmal fehlten. Hier wurde bereits Deutschland als internationale Zentralstelle bestimmt, die unter Leitung Karl Legiens stand.

Die 3. Konferenz 1903 in Dublin bestimmte Legien als "internationalen Sekretär" der "Internationalen Zentralstelle der gewerkschaftlichen Landeszentralen".

Die 8. Konferenz 1913 in Zürich beschloß die Umänderung dieses Namens in "Internationaler Gewerkschafts-Bund" (IGB) und wählte Legien einstimmig zum "Präsidenten des IGB". Zu den bisherigen Delegierten waren inzwischen noch Vertreter von Bosnien, Herzegowina, Bulgarien, Kroaten, Serbien, Rumänien und Ungarn hinzugekommen. In Zürich waren auch erstmals die "Internationalen Berufssekretariate" eingeladen.

Der Ausbruch des ersten Weltkrieges 1914 wurde zum Todestag dieser ersten Gewerkschafts-Internationale. Sie zerfiel in ihre nationalen Einzelbestandteile. Am 5. Juli 1916 trafen sich die "Entente-Internationalisten" (England, Frankreich, Belgien, Italien) in Leeds, am 10. Juni 1917 die des "Dreibundes" und seiner Satelliten (Holland, Finnland, Skandinavien) in Stockholm. Die letzteren beschlossen die Einberufung einer internationalen Konferenz, die dann am 1. Oktober 1917 in Bern - ohne die Teilnahme der Entente-Vertreter - tagen mußte. Die Engländer hatten ihre Teilnahme schroff abgelehnt, ebenso die Belgier. Die Franzosen konnten wegen "Pässe-Verweigerung" nicht kommen. Die Italiener machten ihre Teilnahme von der Zustimmung aller anderen abhängig.

In der Resolution der Berner Konferenz hieß es:

"Die Konferenz betrachtet sich nicht als kompetent, über die Frage der Mitschuld der Völker und ihrer Regierungen am Kriege und dessen Begleiterscheinungen zu urteilen, und geht deshalb über das Schreiben der britischen Gewerkschaftszentrale zur Tagesordnung über....".

Erst auf dem Kongreß in Amsterdam im Juli 1919 kamen die feindlichen Brüder wieder zusammen, um den IGB wieder notdürftig zusammenzuflicken. Die Amerikaner lehnten die Teilnahme ab, weil ihnen der IGB "zu radikal" war. Erst 1937 traten sie bei. Umgekehrt hat der IGB zur selben Zeit (1937) die Aufnahme der Sowjetgewerkschaft abgelehnt. Seit der Vernichtung der deutschen Gewerkschaften 1933 führte der IGB nur noch ein Schattendasein und mußte seit dem Kriegsausbruch 1939 auf jede Lebensäußerung verzichten.

Amsterdam findet Ankläger und Verteidiger, – aber keine Richter in Paris.

Die Schaffung der neuen Gewerkschafts-Internationale mit ihren 66 Millionen Mitgliedern in 56 Ländern ist sicher ein erfreuliches Ergebnis für jeden klassenbewußten Arbeiter. Aber die Tatsache, daß dieses schon der dritte Versuch - in diesem Jahrhundert - ist, der zur Schaffung einer aktionsfähigen Gewerkschafts-Internationale unternommen wird, zwingt die Arbeiter zur kritischen Stellungnahme. Das umso mehr, als der ruhmlose Zusammenbruch der beiden vorhergegangenen Versuche ihnen nicht nur bittere Enttäuschungen, sondern auch schwere Opfer eingebracht hat. Daß die große Mitgliederzahl an sich noch keine Gewähr für die Aktionsfähigkeit einer Organisation bietet, hat die Geschichte nur zu oft bewiesen. So hat z.B. die millionenstarke Arbeiterorganisation in Deutschland 1933 kampfflos kapitulieren müssen, während die zahlenmäßig kleine bolschewistische Partei die politische Macht in Rußland erobern konnte.

Bei der Gründung der internationalen Arbeiter-Assoziation (der I. Internationale) hat Marx darauf hingewiesen, daß die Arbeiterklasse ihre zahlenmäßige Überlegenheit gegenüber der Kapitalistenklasse nur dann als Machtfaktor ausnutzen kann und die "Masse nur dann ins Gewicht fällt, wenn Organisation sie zusammenfaßt und ein Wille sie leitet". Von die-

sen zwei Voraussetzungen war die erstere - die massenerfassende Organisation - durch das Bestehen der Amsterdamer Internationale mit ihren ca. 23 Millionen Mitgliedern allein in Westeuropa ohne Zweifel gegeben. Die entscheidende Ursache ihres Versagens kann also nur im Fehlen der zweiten, entscheidend wichtigen Voraussetzung, im Fehlen des "einen Willens" zur "Leitung" der Massen gelegen haben. Darin, daß der notwendige einheitliche Wille der angeklagten Amsterdamer Führung gefehlt hat, waren sich wohl alle Ankläger so ziemlich einig. Daß die Amsterdamer Führung überhaupt keinen Willen hatte, wird niemand behaupten. Der Wille, von dem sie sich selbst leiten ließ, war nicht mit dem "einen Willen" identisch, den Marx meinte, d.h. mit dem Willen der revolutionären Arbeiterklasse, sondern mit dem kleinbürgerlich-reformistischen Willen.

Es fand sich in Paris keine fähige Kraft, die nachweisen konnte, daß letzten Endes dieser kleinbürgerliche Wille die proletarischen Klasseninteressen preisgeben, die proletarischen Klassenkräfte spalten und somit ihre Organisation unvermeidlich zum Zusammenbruch führen muß. So konnte Walter Schevenels, Präsident der Amsterdamer Internationale, nicht zu Unrecht erklären:

"Man vergißt zu sehr, daß das Versagen der internationalen Organisation nur die Summe des nationalen Versagens ist".

(Nach "Le Peuple", Organ der CGT, 6. 10.45)

In der Tat, solange die Führungen der einzelnen nationalen Sektionen die spezifisch nationalen Interessen den internationalen Interessen vorstellen (nach dem Muster der Bourgeoisie, die nicht anders handeln kann), solange fehlt jeder Boden für eine aktionsfähige Internationale, solange muß jeder erneute Versuch ihrer Neugründung unvermeidlich scheitern. Und diese national-beschränkte - mit den Prinzipien des proletarischen Internationalismus völlig unvereinbare - Politik haben die Ankläger wie die Angeklagten seit dem Zusammenbruch der Amsterdamer Internationale - alle ohne Ausnahme - betrieben.

Eine nicht zu übersehende Differenzierung besteht allerdings im Lager der Ankläger, zum Beispiel zwischen einem Jouhaux und einem Tarassow: während nämlich der Franzose Jouhaux seine sozial-patriotische Politik sozusagen von Kindheit an und zugunsten seines kapitalistischen Vaterlandes betreibt,

haben Tarassow und seine russischen Genossen ganz sicher in ihrer Jugend dem proletarischen Internationalismus Lenins zugestimmt und sind erst unter Stalins national-beschränktem Kurs zu der Illusion gelangt, mit diesem falschen Kurs ihr sozialistisches Vaterland erfolgreich verteidigen zu können. Es sind also zwei grundverschiedene Motive oder Ursachen, die sowohl einem Jouhaux wie einem Tarassow oder Kusnetzow zur gleichen Rolle rein negativer Ankläger verurteilen. Um den kleinbürgerlich-sozialpatriotischen Willen und Geist, der die Amsterdamer Internationale zugrunde gerichtet hat, positiv anzuklagen, d.h. vor der internationalen Arbeiter-Öffentlichkeit in seiner ganzen klassenfeindlichen Gefährlichkeit bloßzustellen und ihn so dem Urteilsspruch der klassenbewußten Arbeiterschaft auszuliefern, dazu hatte ein Teil der Ankläger die Fähigkeit nie besessen (wie Jouhaux) und der andere leider wieder verloren (wie der Vertreter der Stalin-Politik).

So war der alten Amsterdamer Garde, den Schevenels, Citrine und Genossen die Verteidigung mehr als leicht gemacht. Ihre offen ausgesprochene Absicht, den Amsterdamer Leichnam in der alten Form des IGB zu konservieren oder die Neugründung des WGB möglichst weit hinauszuschieben, mußten sie zwar unter dem Druck der Massenstimmung, die nach etwas Neuem und Besserem verlangte, aufgeben, um sich nicht als offene Spalter zu demaskieren. Aber sie haben sich ihre schließliche Konzession in bezug auf die Form mit um so gewichtigeren Konzessionen in bezug auf den Inhalt des neuen WGB bezahlen lassen. Wer die wirklichen Gewinner bei der endlich erreichten "Einstimmigkeit" waren, hat sich erst lange nach Abschluß der Pariser Tagung - die sich in der Hauptsache hinter den Kulissen abwickelte - herausgestellt.

Auf diesem Pariser Gründungskongreß war keine organisier-te Kraft, die im Stande gewesen wäre, dem illusionären Geist Amsterdams die klare wissenschaftlich begründete Erkenntnis des Marxismus-Leninismus entgegenzustellen und auf der Tribüne dieses Kongresses die Fahne des proletarischen Klassenkampfes zu entrollen, um die sich die klassenbewußten Gewerkschaften aller Länder sammeln können. Es war für den Geist dieses Kongresses recht bezeichnend, daß er nicht unter der roten Fahne der Arbeiterklasse, sondern unter den in allen Farben schillernden Nationalfarben, eine "Internationale" aufzubauen versprach. So stand die

rote Sowjetfahne nicht den bunten Tüchern der kapitalistischen Welt gegenüber, sondern eingereicht als "Gleiche unter Gleichen".

Das einzige hoffnungsvolle Element war das urwüchsige Auftreten der jungen Kolonialgewerkschaften, das einem Citrine begreiflicher Weise wenig behagte. Sie waren faktisch der linke Flügel des Kongresses. Wenn sie auch nicht instande sein konnten, die notwendigen Mittel, Wege und Ziele der Gewerkschafts-Internationale klar herauszuarbeiten, so hat ihr Auftreten doch die Richtung angezeigt, die die internationale Gewerkschaftsbewegung einschlagen muß, um sich von dem tödlichen Gift des bankrotten Opportunismus Amsterdams zu befreien.

Der klassenbewußten Arbeiterschaft wird es um so schneller und besser gelingen, den Opportunismus, diese letzte Schutzmauer des Kapitalismus, wirksam zu bekämpfen, wenn sie sich dazu die Lehren Marx', Lenins und ihrer eigenen Geschichte zunutze macht.

Der Aufstieg der modernen Gewerkschaftsbewegung

Die moderne Gewerkschaftsbewegung ist als eine spezifische Organisationsform zur Verteidigung proletarischer Klasseninteressen in der Epoche des Frühkapitalismus entstanden. Kein überragendes Führerhirn hat diese Organisationsform "erfunden". Die Geburtsstunde dieser Bewegung hatte geschlagen, als die englischen Arbeiter nach schweren Opfern die Erfahrung gemacht hatten, daß nicht mit der Methode der Maschinenstürmerei, sondern mit den Mitteln der gemeinsamen Arbeitsverweigerung, d.h. mit der Waffe des Streiks größere Erfolge erzielen konnten. Um das zu können, mußten sich die Arbeiter für ein gemeinsam gestecktes Ziel zusammenschließen, sich einer gemeinsamen Disziplin unterordnen, sie mußten nach einem Wort von Marx:

"Die individuelle Konkurrenz untereinander ausschalten, um den Kapitalisten eine gemeinsame Konkurrenz zu machen".

So haben sich die Arbeiter ihre Gewerkschaften als Organe des Klassenkampfes, zu dem sie durch die kapitalistische Ausbeutung fortgesetzt gezwungen werden, selbst geschaffen. In diesem Kampf prallen die proletarischen und die kapita-

listischen Interessen immer schärfer aufeinander, und sie stehen sich heute genau so unvereinbar gegenüber, wie sich einst die Interessen der aufstrebenden Bourgeoisie und die der Feudalen gegenüber gestanden haben. Seine Lösung kann der Klassenkampf nur darin finden, daß die historisch fortschrittliche Klasse der historisch überlebten Klasse die Macht entreißt, um damit dem Fortschritt der gesamten menschlichen Gesellschaft den Weg freizumachen.

Viel schneller und sicherer als die Arbeiter selbst hat die Bourgeoisie (gestützt auf die Erfahrungen ihres eigenen revolutionären Kampfes gegen den Feudalismus) die Konsequenzen des gewerkschaftlich organisierten Klassenkampfes vorausgesehen und die Gewerkschaftsgründung mit allen Mitteln überall zu verhindern versucht. Kaum daß sich zum Beispiel die französische Bourgeoisie mit Hilfe der Arbeiter in den Sattel gesetzt hatte, nahm sie am 14. Juni 1791 (23 Monate nach dem Bastillesturm!) das Gesetz "Le Chaplier" an, daß die Gründung von Gewerkschaften strengstens verbot. In England, erhielt die Arbeiterschaft zwar schon 1824 die Koalitionsfreiheit, aber trotzdem und trotz der 1832 durchgeführten Wahlreform erlaubte es sich die englische Bourgeoisie noch im Jahre 1844, die "Pioniere von Rochdale" wegen der Gründung eines Arbeiter-Konsumvereins brutal des Landes zu verweisen.

"In England wie in Frankreich war der Sieg der Revolution den Fäusten der Arbeiter zu verdanken....", aber die Bourgeoisie "eskamotierte die Früchte des Sieges für sich allein, sie war nur darauf bedacht, die Arbeiter zu prellen, denen sie in erster Linie ihren Sieg verdankte" (Aus Franz Mehring: "Deutsche Geschichte" Seite 125). Erst im Jahre 1884 erlangten die französischen Arbeiter das Koalitionsrecht zur Gründung von Gewerkschaften.

Die deutsche Bourgeoisie versuchte mit dem "Sozialistengesetz" Bismarcks die seit 1848 aufstrebenden Arbeiterorganisationen gewaltsam zu unterdrücken. "Hinter jedem Streik lauert die Hydra der Revolution", dieses Wort des preußischen Polizeiministers Puttkammer war und ist heute noch das Leitmotiv für die Einstellung der Bourgeoisie aller Länder gegenüber den Gewerkschaften. Daß die Gewerkschaften diesem niemals erlöschenden Vernichtungswillen ihrer kapitalistischen Todfeinde auch dadurch nicht entrinnen können, daß sie ihren Klassenkampfcharakter zu verbergen oder abzuschwören versuchen und sich als "Versöhnungs-

instrumente" aufspielen, hat das Schicksal der italienischen und deutschen Gewerkschaften bewiesen. Alle Bereitschaft der deutschen Gewerkschaftsführer, "als Arzt am Bette ihres todkranken Kapitalismus" zu amtieren, hat der deutschen Bourgeoisie nicht die Sicherheit geben können, die ihr erst Hitler mit der restlosen Zerschlagung der Gewerkschaften zu geben vermochte.

Die Bourgeoisie läßt sich nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß, solange die Organisationen der Arbeiter noch bestehen, keine absolute Gewähr dafür besteht, daß sich eines Tages die Massen dieser Organisationen zum Kampf für ihre wirklichen Interessen bedienen, auch ohne und gegen den Willen ihrer opportunistischen Führung. Die Bourgeoisie weiß, daß sie dem Einfluß dieser Führung ebenso wenig wie dem Sicherheitsventil an einem Kessel trauen darf, den sie gezwungenermaßen unter ständig steigenden Druck setzen muß und dessen revolutionäres Platzen ihr Ausbeutersystem sprengen muß.

Doch allen Unterdrückungsmaßnahmen zum Trotz hat sich die Gewerkschaftsbewegung entwickelt. Als im Jahre 1848 das englische Zehnstundengesetz eingeführt wurde, hat Marx das als einen Sieg der organisierten Arbeiterklasse "errungen im hellen Licht des Tages" gefeiert. Obwohl damals die englischen Industriearbeiter Himmel und Hölle schworen, daß ausgerechnet "die zwölfte Stunde" die einzige Quelle ihres "bescheidenen" Profits sei, mußte der englische Staat den Sieg der Arbeiterklasse gesetzlich anerkennen. Nicht nur in England, dieser Geburtsstätte der modernen Gewerkschaftsbewegung, auch in allen Industrieländern wuchs sie unaufhaltsam und ebenso die politische Arbeiterorganisation. Am 28. September 1864 vereinigten sich Proletarier der meisten westeuropäischen Länder zur Internationalen Arbeiterassoziation - der Ersten Internationale - die sich allerdings (auch geschwächt durch den furchtbaren Aderlaß während der Pariser Kommune 1871) nur neun Jahre behaupten konnte. Auch das Führergenie Marx vermochte das nicht zu ersetzen, was unter den damaligen Bedingungen noch fehlte: am Nichtvorhandensein aktionsfähiger Landesgruppen mußte dieser erste Versuch scheitern. Aber "sie hat das Fundament zum proletarischen internationalen Kampf für den Sozialismus gelegt", wie Lenin sagte. Erst 1889 konnte die Zweite Internationale gegründet werden. Sie war die Epoche der Vorbereitung des Bodens für eine weite, die Massen umfassende Ausbreitung der Bewegung in einer Reihe von Ländern.

Es sind die Widersprüche ihrer eigenen Ordnung, die die Bourgeoisie immer wieder dazu verurteilen, schließlich das Gegenteil des Gewollten zu erreichen. Sie will die Entstehung der Gewerkschaften verhindern, um so aber durch die Schaffung der modernen Industrie, in der die Arbeitermassen unter den gleichen Ausbeutungsbedingungen zusammengeballt werden, auch die Bedingungen zu schaffen, die die Arbeiter zum gemeinsamen Widerstand, also zur Bildung von Organen des Widerstandes, d.h. der Gewerkschaften führen müssen. Begünstigt von den Bedingungen, die der Kapitalismus in seiner aufsteigenden Periode in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts schuf, konnte sich die Gewerkschaftsbewegung in allen Industrieländern (wenn auch keineswegs überall gleichmäßig) entwickeln.

Auch in Deutschland, das infolge seiner politischen Zerrissenheit in Einzelstaaten erst sehr spät zum Aufbau der modernen Industrie gelangte, aber mit verstärktem Eifer das Versäumte nachzuholen bestrebt war, ergab sich damit der Boden für die Bildung von Gewerkschaften und politischen Arbeiterorganisationen. Schon im Jahre 1838 entstand der Leipziger Buchdruckerverein. Am 19. April 1848 bildete sich in Berlin ein Zentralkomitee für Arbeiter unter der Leitung von Stefan Horn, einem Buchdrucker, der mit Marx und Engels in Verbindung stand. Ein vom Zentralkomitee einberufener Arbeiterkongreß am 25. August 1848 vereinigte in Berlin 40 Delegierte, die 35 Arbeitervereinigungen aus den größten Städten ganz Deutschlands vertraten. Die hier gegründete "Arbeitervereinigung" konnte mit Hilfe ihres Bundesblattes und durch Abhaltung von Bezirkskongressen, ihren Einfluß in ganz Deutschland ausbreiten. Franz Mehring berichtet in seiner "Deutschen Geschichte" (Seite 162 - 163): "...Das Organ des Bundes trug viel dazu bei, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu wecken und zu schärfen, besonders auch dadurch, daß es die Lohnkämpfe der Arbeiter wirksam unterstützte. An solchen Lohnkämpfen waren die Revolutionsjahre außerordentlich reich, in Berlin allein zählten sie zu vielen Dutzenden... Aus den zahlreichen Gelegenheitsstreiks erwachsen bei einzelnen Gewerben die Ansätze dauernder und nationaler Verbände, am ehesten und stärksten bei den Buchdruckern und Zigarrenarbeitern. Doch da die Bourgeoisie die gewerkschaftliche Organisation, die unmittelbar den Profit bedrohte, noch heftiger bekämpfte, als ihre politisch-soziale Organisation - so wurden alle diese hoffnungsvollen Keime zerstört".

Aus Furcht vor der erstarkenden Arbeiterklasse konnte es die deutsche Bourgeoisie nicht wagen, ihre eigene Revolution zum siegreichen Ende zu führen und die nationale Einheit Deutschlands herzustellen. Im Schlepptau der feudalen Junker wandte sie sich gegen die aufstrebende Arbeiterbewegung. Vergeblich: denn mit dem Wachstum der Großindustrie hielt ihr Wachstum gleichen Schritt und die Verelendung der Arbeiter in der Reaktionsperiode nach der Revolution entfachte in ihnen den Willen zu organisierter Abwehr. Im Anfang der sechziger Jahre sah sich die Bourgeoisie gezwungen, sogenannte "Arbeiterbildungsvereine" zu schaffen, um die Arbeiter abzulenken. Doch als sich im Jahre 1862 in Berlin und Leipzig selbständige Regungen der Arbeiterklasse bemerkbar machten, die auf Einberufung eines allgemeinen Arbeiterkongresses abzielten, stießen diese auf den Widerstand der bürgerlichen Fortschrittspartei. Das Leipziger Zentralkomitee wandte sich schließlich an Ferdinand Lassalle. Dessen "offene Antwortschreiben an das Zentralkomitee" vom 1. März 1863 wurde gewissermaßen die Geburtsstunde der deutschen Sozialdemokratie. Die Fortschrittspartei sabotierte nach Möglichkeit. Dennoch konnte Lassalle am 23. Mai 1863 in Leipzig den "Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein" gründen. Aber erst unter seinem Nachfolger Schweitzer begünstigte dieser den Aufbau der Gewerkschaften, deren Bedeutung Lassalle (aufgrund seiner falschen Theorien, wie "ehernes Lohngesetz", usw) weit unterschätzte.

Als Gegengewicht gegen Lassalles Gründung hatte die Fortschrittspartei den "Verband der Deutschen Arbeitervereine" gegründet, in dessen führenden Ausschuß August Bebel 1864 gelangte. Im ständigen Kampfe mit den Lassalleanern gewann er wachsendes Verständnis für den Sozialismus, wurde er die treibende Kraft, um den Verband in eine selbständige Arbeiterorganisation umzuwandeln, die auf der Nürnberger Tagung 1868 ihren Anschluß an die Internationale (mit 69 zu 46 Stimmen) beschloß. Auf der Eisenacher Tagung vom 7. bis 9. August 1869 formierte sich die politische Parteirichtung, die sich 1875 mit den Lassalleanern in Gotha verschmolz. Ebenso wie für die politische, so auch für die gewerkschaftliche Bewegung wurden die sechziger Jahre die Zeit ihrer Wiedererstehung und Neubildung. 1861 fiel in Sachsen, 1869 in Preußen das Koalitionsverbot. Der scharfe Richtungskampf zwischen den beiden politischen Richtungen hat sich auch für die Gewerkschaftsbildung bemerkbar gemacht. 1868 kam die

Hirsch-Dunkersche Gewerkschaft (die nach dem Muster der englischen Trade Unions typische Reformisten-Gewerkschaften sein wollten) als Neuerscheinung noch hinzu. Im gleichen Jahre tagte der von Schweitzer einberufene "Allgemeine Deutsche Arbeiterkongreß" (27. Sept. 1868), auf dem 205 Delegierte aus 56 Berufszweigen 145.000 Arbeiter vertraten und die Bildung von 12 Arbeitergewerkschaften beschloß. Aber die Spaltung der beiden Richtungen blieb bestehen. Erst nach dem Vereinigungsparteitag, der am 2. Mai 1875 die beiden politischen Gruppen "Lassalleaner" und "Eisenacher" vereinte, erfolgte auch am 25. Mai auf dem Gothaer Gewerkschaftskongreß die Vereinigung der Gewerkschaften in 12 Zentralverbänden. Der Wille zur Einheit wurde durch das Treiben des berüchtigten Tessen-dorf, den Bismarck als Spezialisten für Polizeischikanen gegenüber der Arbeiterklasse engagiert hatte, noch zusätzlich gefördert. Mit seinem "Sozialistengesetz" von 1878 hoffte Bismarck die deutsche Arbeiterbewegung klein-zukriegen. Aber nach 12 Jahren war er zur Kapitulation gezwungen. Die Zahl der organisierten Gewerkschafts-mitglieder war in dieser Zeit von 50.000 auf 200.000 gestiegen, die der sozialdemokratischen Wähler von 440.000 auf 1,5 Millionen. Damit war die Schranke plumper jun-kerlicher Polizeiwilkkür, die den Aufstieg der deutschen Arbeiterorganisationen gehemmt hatte, gefallen. Aber der erzwungene Verzicht der Bourgeoisie auf diese unzuläng-lich gewordenen Methoden bewies auch, daß sie gelernt hatte und entschlossen war, mit wirksameren Mitteln ihr Ziel zu erreichen, d.h. die Arbeiter zum geduldigen Ertragen der kapitalistischen Ausbeutung zu erziehen. Die folgende Zeit sollte beweisen, daß sie damit Erfolg hatte.

Indem sie die größere Bewegungsfreiheit ausnutzte, trat die deutsche Gewerkschaftsbewegung in ihre glänzende Aufstiegs-periode. In der Zeit von Anfang 1889 bis Ende April 1890 befanden sich 394.000 Arbeiter im Streik, von denen 187 mit einem guten, und 468 mit einem Teilerfolg und 420 mit Niederlagen endeten. 1891 wurde durch die Bildung der "Ge-werkschafts-Kommission" deutscher Gewerkschaften die zen-trale Spitze der Bewegung geschaffen (die nach dem ersten Weltkrieg in den "Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bund-ADGB" umgetauft wurde). Die Kampfbedingungen unter dem Sozialistengesetz hatten eine starke Selbständigkeit der loka-

len Organisationen erfordert und herausgebildet, die aber jetzt mit den Zentralisationsbestrebungen in Konflikt geraten mußte. Der Halberstädter Gewerkschaftskongreß von 1892 stand vor dem Problem: "Zentrale oder lokale Organisationsform"? Über die damalige Stimmung der Mitglieder schreibt Richard Seidel (in "Gewerkschaftsbewegung in Deutschland" 1927, Seite 31):

"In den Kreisen der Arbeiterschaft, die infolge der gewerkschaftlichen Mißerfolge der jüngsten Zeit an der Erfolgsmöglichkeit gewerkschaftlichen Wirkens zu zweifeln angefangen hatten, war zugleich der Glaube an die Sieghaftigkeit des politischen Kampfes gewachsen. Auf diese Karte wollten sie alles setzen: auch die Gewerkschaften sollten dem politischen Kampf dienen. Das war möglich für lokale Vereine, aber unmöglich für zentrale Verbände, denn das geltende Vereinsrecht untersagte politischen Vereinigungen die Zentralisation, beziehungsweise Zentralorganisationen die politische Betätigung."

Die "Beschlüsse von Halberstadt" zugunsten der Zentralisation haben nach R. Seidels Meinung, den Grundstein für den Aufstieg der Gewerkschaften gelegt. Das trifft in Wirklichkeit nur insoweit zu, als die Schaffung einer zentralen Leitung der gewerkschaftlichen Bewegung eine unbedingte Notwendigkeit war. Es ist aber grundfalsch, zu behaupten, daß die Zentralisation aus Rücksicht auf die Paragraphen des Vereinsgesetzes mit der Preisgabe der Unterstützung des politischen Kampfes erkauf werden müsse. In Wirklichkeit haben schon damals die Legionen und Genossen ihre prinzipielle Gegnerschaft gegen die sogenannte politische, d.h. revolutionäre Gewerkschaftspolitik hinter der Ausrede über die Paragraphen nur zu verstecken gesucht. Hinter der von den Gewerkschaftsführern immer schärfer vertretenen Forderung nach der "Neutralität" oder "Unabhängigkeit" der Gewerkschaften steckte mehr als die bloße Sorge vor dem Konflikt mit dem bürgerlichen Staatsapparat.

So richtig es ist, daß Partei und Gewerkschaften bestimmte begrenzte Sonderaufgaben haben und so richtig es auch ist, daß eine wirkliche proletarische Klassenpartei die Gewerkschaften niemals kleinlich bevormunden darf, so darf nicht übersehen werden, daß beide nur in immer enger werdendem Zusammenwirken ihre Tages- und Endforderungen durchsetzen können. Das Streben nach "Unabhängigkeit" bezog sich oder

beschränkte sich nicht auf die sachlich notwendige Arbeitsteilung, die den Gewerkschaften ihre Selbstverantwortung sicherte: es zielte - wenn auch zunächst mehr instinktiv als bewußt - darauf ab, "unabhängig" gegenüber der Partei und darüberhinaus auch "unabhängig" gegenüber den Interessen der revolutionären Arbeiterklasse zu werden. Das führte konsequenterweise zu einer immer größeren "Abhängigkeit" von den Gesetzesparagrafen, in denen sich die Interessen der herrschenden Klasse manifestierten. Ignaz Auer zeigte diese unvermeidliche Konsequenz auf und verteidigte auf dem Kölner Parteitag 1893 den marxistischen Standpunkt und drohte den Legionen und Genossen, "das Fell zu streicheln", d.h. das reformistisch-opportunistische Fell, das ihnen bereits zu jucken begann.

Obwohl schon damals die rein reformistische Einstellung der Gewerkschaftsführer mit der Stimmung der Arbeiter (wie sie Seidel richtig schilderte) im Widerspruch stand, machten sich die verderblichen Folgen nicht so kraß bemerkbar, solange die immer noch aufsteigende Periode der kapitalistischen Wirtschaft dem rein gewerkschaftlichen Reformkampf noch genügenden Spielraum ließ. Nach der Überwindung der kurzen Wirtschaftskrise von 1891/92 gab die bis 1900 dauernde gute Konjunktur die günstigsten Voraussetzungen. Doch die herrschende Klasse sann auf immer neue Methoden, um den Aufstieg der Gewerkschaftsbewegung zu hemmen. Im Jahre 1894 wurde der christliche Bergarbeiter-Verband gegründet. 1899 fand der erste christliche Verbandstag in Mainz, 1900 der zweite in Frankfurt am Main statt, auf welchem bereits 33 Gewerkschaften mit 84.129 Mitgliedern erfaßt waren. Der "Zentralverband Deutscher Industrieller", der 1876 gegründet wurde und sich 1904 als "Hauptstelle Deutscher Unternehmer - Verbände" etablierte, gab sich die ordentliche Mühe in der Heranzüchtung gelber Streikbrecher-Organisationen. Wilhelm II. selbst drohte "schwerste Strafe dem, der andere an freiwilliger Arbeit hindert" und ließ 1897 erstmals seine berühmte Zuchthaus-Gesetzesvorlage einbringen, mit der er allerdings Schiffbruch erlitt.

Doch alle diese reaktionären Versuche haben das Wachstum der deutschen Gewerkschaften nicht aufzuhalten vermocht. Auch die französische Arbeiterschaft konnte 1895 den Grundstein für ihre Konföderation der Arbeit (CGT - Confédération General du Travail) legen. Die zunehmende Verflechtung der kapitalistischen Weltwirtschaft, verbunden mit dem Bestreben

der Kapitalisten, die Arbeiter der einzelnen Länder gegeneinander auszuspielen, drängte die Arbeiter zum internationalen Zusammenschluß. Die Zeit war reif für die Schaffung der ersten Gewerkschafts-Internationale, deren Grundstein 1901 in Kopenhagen gelegt werden konnte. In der Tatsache, daß ihre Leitung den Deutschen anvertraut wurde, liegt lediglich die Anerkennung der geschichtlichen Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung. In einem Jahrzehnt freier Entfaltungsmöglichkeit hatten die deutschen Gewerkschaften die französischen und auch die englischen glatt überholt. Von den 2 1/2 Millionen Mitgliedern, die der IGB um 1903 erfaßte, stellten die Deutschen allein die Hälfte.

Von der Gründung bis zum erstmaligen Zusammenbruch des IGB

In diesem sprunghaft gewachsenen Körper der internationalen Gewerkschaftsbewegung herrschte aber nicht mehr der revolutionäre Geist der Maschinenstürmer. An seine Stelle hatte sich ein kleinbürgerlich-reformistischer Geist breitgemacht, der insbesondere die Gewerkschaftsführung beseelte und dessen Basis die besser bezahlten Arbeiterschichten - die sogenannte Arbeiter-Aristokratie - bildete. Die Ursache dieser Wandlung kann nicht einfach mit der schlechten Moral der reformistischen Führer erklärt werden. Soweit diese eine moralische und eine persönliche Schuld trifft, so besteht diese hauptsächlich darin, daß sie sich wohl als Marxisten, d.h. als Vertreter des revolutionären Klassenkampfes ausgaben, aber in ihrer Theorie und Praxis dem Einfluß der klassenfeindlichen, konterrevolutionären Ideologie der Bourgeoisie unterlagen und darum weder Willens, noch im Stande waren, die marxistischen Lehren des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse in allen ihren Konsequenzen zu begreifen und anzuwenden. Für diese Reformisten wurde der unmittelbare Erfolg, wie Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen oder gesetzliche Reformen zum alles beherrschenden Ziel ihres gewerkschaftlichen Klassenkampfes, der sich nach ihrer illusionären Auffassung im Rahmen der kapitalistischen Ordnung abspielen und diese Ordnung derartig "reformieren", also verbessern soll, daß nicht die gewaltsame Sprengung der Ordnung sondern umgekehrt, die Erhaltung und Verteidigung dieser Ordnung Aufgabe der Arbeiterklasse werden muß.

Die materielle Grundlage dieser reformistischen Ideologie ergab sich aus den objektiven Bedingungen der kapitalistischen Aufstiegsperiode in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Die märchenhaften Gewinne dieser kapitalistisch-imperialistischen Expansion erlaubten es der Kapitalistenklasse, ihren Lohnsklaven, insbesondere der Elite von Qualitätsarbeitern, verbesserte Lebensbedingungen zu gewähren und auch Sozialgesetze einzuführen, die Rosa Luxemburg mit den Jagdschutzgesetzen verglich, die das vorzeitige Ausrotten des Jagdwildes verhindern sollen. So konnte der Kapitalismus die "goldene Kette" seiner Lohnsklaven um einige Glieder verlängern und obendrein deren Illusionen über ihre größere "Bewegungsfreiheit" auszunutzen, um sie desto fester an sein Ausbeutersystem zu fesseln.

Der Kapitalismus ist immer und überall der Todfeind jeder proletarischen Klassenorganisation. Seine Kampfmethoden gegen die Proletarierklasse paßt er den gegebenen Umständen an, um seine Interessen besser verfolgen zu können: Er bedient sich sowohl des Zuckerbrotes als auch der Peitsche. Die objektive Lage einerseits und die Stärke der proletarischen Klassenkraft andererseits bestimmen letzten Endes seine Handlungsweise. In welcher raffinierten Weise zum Beispiel die englische Bourgeoisie die Situation ihrer Prosperitätsperiode auszunutzen verstand, ist aus den zahlreichen Hinweisen von Marx und Engels auf die englische Arbeiterbewegung zu entnehmen (die Lenin in einem Gedenkartikel auf Marx zusammenstellte):

"... wie die industrielle Prosperität Versuche hervorruft, 'das Proletariat zu kaufen', sie vom Kampfe abzulenken: wie diese Prosperität überhaupt die Arbeiter 'demoralisiert', wie das englische Proletariat 'verbürgerlicht', so daß die bürgerlichste aller Nationen (die englische) es dahin zu bringen scheint, eine bürgerliche Aristokratie und ein bürgerliches Proletariat neben der Bourgeoisie zu besitzen.... wie aus ihm die 'revolutionäre Energie verduftet', wie man mehr oder minder abwarten muß, bis 'die englischen Arbeiter von ihrer scheinbaren Bourgeoisie-Ansteckung sich befreien', wie der englischen Arbeiterbewegung 'das mettle (der feurige Geist der alten Chartisten) fehlt', wie die englischen Arbeiterführer eine Art Mittelding werden 'zwischen dem radikalen Bourgeois und den Arbeitern, wie

infolge der 'englischen Monopolstellung und solange diese nicht zerstört ist, der British Working man eben nicht weiter will". (Aus Karl Marx, Ausgewählten Schriften Band I, Seite 49).

Denselben Methoden, die in den 50iger Jahren in England grassierten, sind die deutschen Arbeiterführer ca. 40 Jahre später auch unterlegen. Die Bourgeoisie versteht es allezeit, aus ihren "Geschenken" Kapital zu schlagen. Und sogar aus ihren Opfern. Sie hat in ihrer Prosperitäts-Periode abertausende kleinerer und mittlerer Unternehmer zum Bankrott getrieben und sie zu Proletarier gemacht: aber zu Proletarier, die aufgrund ihrer bürgerlichen Denkungsart als freiwillige Propagandisten das Gift der konterrevolutionären Bourgeoisie-Ideologie in die Arbeiterklasse hineintragen und somit dazu beitragen, die Arbeiter vom revolutionären Klassenkampf abzuhalten.

Obwohl sich die Bourgeoisie viel besser als die Reformisten der Konsequenzen des proletarischen Klassenkampfes bewußt ist, kann sie - solange ihre politische und ökonomische Herrschaft nicht unmittelbar bedroht ist - dem reformistisch geführten Klassenkampf einen gewissen Spielraum lassen. Es hat sogar genug Fälle gegeben, wo gewisse Kapitalgruppen einen Lohnstreik in einer anderen - mit ihr konkurrierenden - Industriegruppe sehr sympathisch gegenüberstanden. Rosa Luxemburg wies um die damalige Zeit darauf hin, daß der rein gewerkschaftliche Lohnkampf ungewollt die Funktion eines Regulators im kapitalistischen Produktionsprozeß ausübt, indem er durch die Bekämpfung der Schundlöhne in rückständigen Betrieben zur Schaffung eines durchschnittlichen Lohnniveaus, also zur Verminderung der kapitalistischen Schmutzkonkurrenz beiträgt.

Die Reformisten behaupten, Marxisten zu sein, weil nach ihrer Meinung das Wesentliche in der Lehre von Marx der Klassenkampf sei. Lenin wies die Unrichtigkeit dieser Behauptung nach:

"... die Lehre vom Klassenkampf ist nicht von Marx, sondern vor ihm von der Bourgeoisie geschaffen worden und sie ist, allgemein gesprochen, für die Bourgeoisie annehmbar. Wer nur den Klassenkampf anerkennt, ist kein Marxist, er kann noch in den Grenzen bürgerlichen Denkens und bürgerlicher Politik geblieben sein. Den

Marxismus auf die Lehre vom Klassenkampf zu beschränken heißt, den Marxismus beschneiden, ihn verballhornen, ihn auf das reduzieren, was für die Bourgeoisie annehmbar ist. Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes bis zur Anerkennung der Diktatur des Proletariats ausdehnt. Hierin besteht der Prüfstein für das wirkliche Verstehen des Marxismus".

Eine solche, wirklich marxistische Auffassung des proletarischen Klassenkampfes konnten sich die Reformisten in jener Zeit um so weniger aneignen, weil der äußere Anschein ihre kurzfristige reformistisch-kleinbürgerliche Auffassung zu bestätigen schien. Wenn aber die objektiven Bedingungen der kapitalistischen Aufstiegsperiode bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts wenigstens noch eine scheinbare Rechtfertigung des Reformismus bieten konnten, so machte die tiefgehende Veränderung dieser Bedingungen um die Jahrhundertwende den Widerspruch zwischen der reformistischen Theorie und Praxis und den Notwendigkeiten des proletarischen Klassenkampfes deutlich sichtbar. Die Zeit, in der die Gewerkschafts-Internationale gegründet wurde, fiel zusammen mit jener Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung, die Lenin in seinem Werk "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" charakterisierte: Eine Etappe, die infolge der veränderten weltwirtschaftlichen Grundlage zu gewaltigen Kriegen und Revolutionen führen müsse und in der die Arbeiterklasse an ihre historische Aufgabe – die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung herangeführt werden mußte.

Der stürmische Aufstieg in der imperialistischen Expansions-etappe hatte um die Jahrhundertwende seinen Höhepunkt bereits überschritten. Dieser Aufstieg war ermöglicht durch die volle Entfaltung der Technik, die es der kapitalistischen Produktion ermöglichte, die Herstellungskosten für solche Waren, die zuvor als Luxusgüter galten (wie z.B. Fahrräder, Nähmaschinen, elektrische Einrichtungen, bessere Textilzeugnisse, chemische Produkte usw.) durch Massenfertigung so zu verbilligen, daß sie dem Massenkonsum zugänglich wurden. Die günstige Folge dieser Produktionsentfaltung, die sich schon der Erweiterung des inneren Marktes zeigte, konnte in noch größerem Maße durch eine riesig gesteigerte Absatzmöglichkeit in kapitalistisch noch nicht erschlossenen Gebieten des Weltmarktes gesteigert werden.

Aber mit dem Übergang zur Massenfabrikation, die von vornherein dem Großbetrieb das Übergewicht gab, mußte eine tiefgreifende Veränderung der gesamten Struktur des alten Kapitalismus vor sich gehen. Der ständig steigenden Produktionskraft stand kein ebenso steigernder Absatzmarkt für die immer gewaltiger anwachsenden Warenmassen zur Verfügung. Der Absatzmarkt war zu klein geworden, um den Warenbesitzern die Möglichkeit ihres Warenverkaufes in freier Konkurrenz zu gestatten. So mußten die Warenbesitzer die freie Konkurrenz "untereinander" aufgeben und sich in Kartellen, Syndikaten und Trusts zusammenschließen, um die vorhandenen Absatzgebiete untereinander aufzuteilen, um die Menge der zu erzeugenden Produkte, sowie die Höhe der Preise zu bestimmen und um den gemeinsam eroberten Profit unter die einzelnen Unternehmungen zu verteilen.

Damit war die ehemals so gefeierte "freie Konkurrenz", dieses charakteristische Kennzeichen des alten Kapitalismus, durch das Kartell, dieser neuen Form des modernen Monopol-Kapitalismus, ersetzt. Damit ergab sich auch mit zwingender Notwendigkeit die Konzentration des Betriebskapitals der einzelnen Unternehmungen in gemeinsamer Verwaltung durch die Banken, wodurch das Kapital der "freien Konkurrenz" zum modernen Finanzkapital wurde.

"Konzentration und Produktion, daraus erwachsende Monopole, Verschmelzung oder Verwachsen der Banken mit der Industrie", darin kennzeichnet sich nach Lenin die Entstehungsgeschichte des Finanzkapitals. Unter seiner Herrschaft erhielt der alte kapitalistische Expansionsdrang einen zusätzlichen neuen Antriebsfaktor. Während für den alten Kapitalismus mit der vollkommenen Herrschaft der freien Konkurrenz der Export von Waren typisch war, ist für den neuesten Kapitalismus mit der Herrschaft der Monopole der Export von Kapital typisch geworden. Damit war aber der Konkurrenzkampf, indem sich das monopolisierte Kapital der großen Industrieländer gegenüberstand, gewaltig verschärft. Es ging jetzt nicht mehr nur um die Absatzmöglichkeit von fertigen Waren, jetzt ging es viel mehr um die Investierung von Kapital in eigenen oder fremden Unternehmungen, vor allem in den Kolonien und den kapitalistisch noch nicht voll erschlossenen Gebieten. Diese neuen Produktionsanlagen schufen den Kapital-Exporteuren zwar erhöhte Gewinnmöglichkeiten durch Ausnutzung billiger einheimischer Arbeiter, durch Verarbeitung von Rohmaterial an dessen Quelle und anderer Vorteile, aber sie mußten un-

vermeidlich zu Konkurrenten ihrer eigenen Schöpfer werden. So sorgen zum Beispiel die Textilbetriebe Indiens, die englische Kapitalexporthoren geschaffen haben, dafür, daß die Textilwaren des "Mutterlandes" ein ständig kleineres Absatzgebiet finden.

"Freilich" - sagt Lenin - „wäre der Kapitalismus imstande, die Landwirtschaft zu entwickeln, die jetzt überall weit hinter der Industrie zurückgeblieben ist, könnte er das Lebensniveau der Massen der Bevölkerung heben, die trotz des schwindelerregenden technischen Fortschritts, überall ein Hunger- und Bettlerdasein fristen, dann könnte von Kapitalüberschuß keine Rede sein... Aber dann wäre der Kapitalismus nicht Kapitalismus, denn die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung wie das Hungerdasein der Massen sind... Voraussetzung dieser Produktionsweise. Solange der Kapitalismus Kapitalismus bleibt, wird der Kapitalüberschuß nicht zur Hebung der Lebenshaltung der Massen verwendet - denn das würde eine Verminderung der Profite der Kapitalisten bedeuten - sondern zur Steigerung der Profite durch Kapitalexporthoren ins Ausland, in rückständige Länder." (Lenin: "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus")

Dieser unüberbrückbare Widerspruch der kapitalistischen Gesellschaftsordnung machte sich um die Jahrhundertwende mit aller Schärfe bemerkbar. Die hereinbrechende schwere Wirtschaftskrise unterstrich nur die Tatsache, daß der Kapitalismus seine Aufstiegsmöglichkeiten erschöpft hatte und sich nur noch abwärts entwickeln konnte. Damit waren auch die Gewerkschaften gezwungen, ihre Kampfmethoden den veränderten Bedingungen anzupassen, wenn sie aktionsfähig bleiben wollten. Zwar waren die Gewerkschaften überall erstarkt und international vereinigt, aber ihnen stand nunmehr die in Kartellen, Syndikaten, Trusts und Unternehmerverbänden konzentrierte, vom Finanzkapital einheitlich dirigierte Ausbeuterklasse mit ihrem Staatsapparat gegenüber. Das Versiegen der Quellen ihrer Extraprofite veranlaßte die Unternehmer zur Ablehnung von Lohnforderungen, zur Preistreiberei, also zum allgemeinen Angriff auf die Lebenshaltung der Massen, der vom Staat durch Zoll und Steuerhöhungen usw. sinngemäß verstärkt wurde. Die immer aussichtsloser werdenden Streiks beantworteten die Unternehmer mit Massenaussperrungen. Den schwer erkämpften Erhöhungen des Nominallohnes stand ein Abgleiten des Reallohnes gegenüber. Hier zeigte sich ein-

wandfrei, was Marx 1865 feststellte: "daß gerade die Entwicklung der modernen Industrie im wachsenden Maße die Waage zugunsten der Kapitalisten gegenüber den Arbeitern senken muß", und daß die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Produktion nicht dahin geht, den Durchschnittslohn zu heben, sondern ihn zu senken. Marx ist nie müde geworden, die absolute Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Tageskampfes zu betonen, aber er hat die Arbeiter davor gewarnt, das schließliche Ergebnis dieses täglichen Kampfes vor sich selber nicht zu übertreiben. Er sagte:

"Gleichzeitig, und ganz unabhängig von der allgemeinen Fron, die das Lohnsystem einschließt, sollte die Arbeiterklasse die endgültige Wirksamkeit dieser tagtäglichen Kämpfe nicht überschätzen. Sie sollte nicht vergessen, daß sie gegen Wirkungen kämpft, nicht aber gegen die Ursachen dieser Wirkungen, daß sie zwar die Abwärtsbewegung verlangsamt, nicht aber ihre Richtung ändert, daß sie Palliativmittel anwendet, die das Übel nicht kurieren. Sie sollte daher nicht ausschließlich in diesem unvermeidlichen Kleinkrieg aufgehen, der aus den nie enden wollenden Gewalttaten des Kapitals oder aus den Marktschwankungen unaufhörlich hervorgeht. Sie sollte begreifen, daß das gegenwärtige System bei all dem Elend, das es über sie verhängt, zugleich schwanger geht mit den materiellen Bedingungen und den gesellschaftlichen Formen, die für eine ökonomische Umgestaltung der Gesellschaft notwendig sind. Statt des konservativen Mottos: 'Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk!' sollte sie auf ihr Banner die revolutionäre Losung schreiben: 'Nieder mit dem Lohnsystem!' "(Lohn, Preis und Profit)

Im völligen Widerspruch zu den Lehren von Marx und den harten Tatsachen jener Zeit sind die reformistischen Gewerkschaftsführer ihren konservativen Losungen treu geblieben und haben nicht begreifen können und auch nicht begreifen wollen, daß die rein gewerkschaftlichen Kampfmethoden durch wirksamere, revolutionäre ergänzt werden mußten. Nicht nur das, sie haben sich dem instinktiven Drängen der Arbeiter entgegengestellt, die nach einem gangbaren Ausweg suchten. Als damals, befruchtet durch die Auswirkungen der ersten russischen Revolution von 1905, die Parole des politischen Massenstreiks (besonders in Deutschland und Österreich) zündend wurde, wo ein August Bebel und der Parteitag von Jena 1905

sich dafür einsetzten, hat es die damalige Generalkommission der Gewerkschaften auf einer gemeinsamen Vorstände-Konferenz von Partei und Gewerkschaften im Februar 1906 durchgesetzt, daß ihr das entscheidende Wort für die Proklamierung des "Generalstreiks" überlassen wurde, weil - wie sie sagten - die Gewerkschaften ihn ja zu "finanzieren" hätten. Mit diesem Sieg der reaktionären Gewerkschaftsbürokratie über die Parteiführung war zunächst der revolutionären Idee des politischen Massenstreiks das Rückgrat gebrochen. August Bebel, der noch auf dem Dresdener Parteitag 1903 so treffend den Revisionismus dafür anklagte, daß er die Arbeiterklasse spalte, sie zum Bruderkampf zwingt und zur Ohnmacht verurteilen müsse, auch er hat 1906 faktisch kapituliert. Rosa Luxemburg war es, die in Wort und Schrift ("Soziale Reform oder Revolution" - "Partei, Massenstreik und Gewerkschaft") den Verfälschern des Marxismus entgegentrat und ihnen nachwies, daß sie nicht nur einen anderen Weg, sondern auch ein anderes Ziel als die revolutionäre Arbeiterklasse hatten. Ein kennzeichnendes Bild der damaligen Situation gibt der Reformist Richard Seidel in seiner Broschüre: "Gewerkschaftsbewegung in Deutschland", die 1927 in Berlin erschien. Es heißt da auf Seite 55/56:

"Inzwischen hatte die russische Revolution von 1905 in der deutschen Arbeiterschaft eine Debatte über den politischen Massenstreik... hervorgerufen. Versammlungen und Presse waren voll davon. Die Gewerkschaften hatten Anlaß, diesen Versammlungen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden... Alle ihre bisherigen Erfolge beruhten auf einer solchen (d.h. rein reformistischen!!) Wirkungsweise, (Tarifverträge, Lohnkampf, Sozialpolitik, Ausbau der Sozialgesetzgebung) und da diese Erfolge nicht gering waren, hatten sie viel zu verlieren (!!!). Das plötzliche Auftreten heftigerer politischer Bewegungen hätte hart eingreifen müssen auf ihren Wirkungskreis... Die Gewerkschaftsbewegung wird immer aufs Äußerste empfindlich dagegen sein, daß Organisationen, die außerhalb ihres Bereiches stehen (!!!), sei es auch die ihr innerlich so verwandte sozialdemokratische Partei, eigenmächtig taktische Maßnahmen ergreifen, die in das Leben der Gewerkschaften eingreifen und schließlich hinauslaufen auf eine Verfügung über die Kräfte und Mittel der Gewerkschaften."

Abgesehen davon, daß Seidel hier beweist, daß er und seine ADGB-Kollegen bis 1927 noch nicht das Mindeste dazugelernt hatten, zeigt sein Bekenntnis, was diese Gewerkschaftsbürokraten unter der "Unabhängigkeit der Gewerkschaften" seit jeher verstanden haben. Nach ihrer bornierten Auffassung hatte die Partei gar nichts, sondern einzig und allein der "Kassenschrank" des ADGB über die anzuwendenden Kampfmethoden zu bestimmen.

Gezwungen durch die Verschlechterung ihrer Lage und die immer mehr zutage tretende Unzulänglichkeit des rein gewerkschaftlichen Lohnkampfes, setzte sich die Arbeiterklasse in steigendem Maße für politische Forderungen in den preußischen und österreichischen Wahlrechtskämpfen (1907) in Bewegung. In zahlreichen Fällen sahen sich die Arbeiter gezwungen, gegen den Willen ihrer Verbandsleitungen in den Streik zu treten. In seiner (oben zitierten) Broschüre berichtet R. Seidel z.B. über den Streik im Strebelwerk-Mannheim 1908 (wo die Arbeiter mit dem Verhandlungsergebnis nicht zufrieden gegen den Willen der Verbandleitung weiterstreikten):

"Die Unternehmer drohten mit der allgemeinen Ausspernung und die Leiter des Metallarbeiter-Verbandes forderten die Wiederaufnahme der Arbeit. Aber die Streikenden fügten sich nicht sofort. Die gesamte Metallarbeiterschaft der Mannheimer Metallindustrie sprach ihnen in einer Urabstimmung ihre Zustimmung aus und der von der Verbandsleitung mißbilligte Streik dauerte einige Zeit." (R. Seidel...S. 42)

Von "ähnlichen Reibungen" berichtet R.S. anläßlich des Hamburger Werftarbeiterstreiks von 1913:

"Die Gegensätze spitzten sich soweit zu, daß der Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes eine Entscheidung durch eine außerordentliche Generalversammlung herbeiführen mußte." (R.S....S.43)

In welchem hohem Grad sich damals der Klassenkampf zuspitzt hatte, zeigte sich beim Berliner Kohlenarbeiterstreik von 1910: Die Garnison stand "alarmbereit". Auch beim Bergarbeiterstreik im März 1912 wurde Militär (ins Ruhrgebiet) geschickt, der durch den Streikbruch des christlichen Verbandes zur Niederlage führte.

Alle diese schweren Arbeitskämpfe bewiesen unwiderlegbar, daß der rein gewerkschaftliche Lohnkampf, der in der Zeit der kapitalistischen Aufstiegsperiode gewisse Erfolge erzielen konnte, nunmehr auf Schranken stieß, die nur unter Anwendung wirksamerer Kampfmethoden durchbrochen werden konnte.

Die Bourgeoisie sah sich jetzt gezwungen, die an sich bescheidenen Forderungen ihrer Lohnsklaven unter dem Einsatz ihrer staatlichen Machtmittel (Polizei und Militär) zurückzuweisen. Ihre ehemals erzielten Überprofite mußten auf dem immer enger werdenden Boden des kapitalistischen Weltmarktes unvermeidlich zusammenschrumpfen. Viel weniger aus purem bösen Willen als aus der zwingenden Notwendigkeit, ihr niedergehendes Ausbeutersystem solange wie möglich vor dem Bankrott zu schützen, lehnte sie nicht nur "Verbesserungen" ab, sondern versuchte immer energischer die reale Lebenshaltung der Massen zu senken, wobei sie bei den reformistischen Führern eine zwar unfreiwillige, aber desto wirksamere Unterstützung fand.

Wenn sich auch in anderen Ländern, wie in Frankreich und Italien eine ähnliche Entwicklung zeigte, so war doch Deutschland - im Gegensatz zu dem reichen englischen Imperium - aufgrund seiner ganz besonderen Entwicklung zu dem Lande geworden, in dem die Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze am schärfsten zutage traten. Die deutsche Arbeiterklasse und auch ihre Gewerkschaften waren vor ein neues Problem gestellt. So stolz die Legion und Genossen auch darauf waren, daß die deutschen Gewerkschaften an Zahl und Einfluß die anderen überflügeln konnten und die Führung der Internationale anvertraut bekamen, so waren sie völlig außerstande, die gestellte Pionieraufgabe der deutschen Gewerkschaften auch nur zu sehen, geschweige denn zu begreifen und zu lösen.

Das neue Problem, vor das die deutschen Gewerkschaften zu Anfang des Jahrhunderts gestellt waren, glich im gewissen Sinne demjenigen, das die englischen Arbeiter im Frühkapitalismus zu lösen verstanden. Bevor diese nämlich zur Anwendung der proletarischen Waffe, des gewerkschaftlich organisierten Streiks gelangen konnten, haben sie die Erfahrung machen müssen, daß ihre vorhergehenden Kampfmethoden der Maschinenstürmerei und des bloßen Barrikadenkampfes auch deshalb versagen mußten, weil diese dem Waffenarsenal der Bourgeoisie entnommen waren: d.h. der Bourgeoisie, die

einst im Kampfe gegen den Feudalismus diese Waffen anzuwenden gelernt hatte, und deshalb verhältnismäßig leicht darüber siegen konnte, die aber damals - wo es noch keine solche Unternehmer-Verbände gab - den organisiert streikenden Arbeitern Konzessionen machen mußte, die in den Zeiten des aufsteigenden Kapitalismus auch Konzessionen machen konnte, die sich aber mit dem Beginn der kapitalistischen Niedergangsperiode gezwungen sah, zum Gegenangriff überzugehen. Der nunmehr straff organisierten Kapitalismacht gegenüber mußte jetzt die Waffe des Lohnstreiks und des rein wirtschaftlichen Gewerkschaftskampfes genau so versagen, wie ehemals die Maschinenstürmerei.

Indem sich jetzt die Kapitalistenklasse trotz aller gewaltigen Steigerung der Produktionskräfte gezwungen sah, den arbeitenden Massen statt der erhofften Verbesserung, gerade umgekehrt eine zunehmende Verschlechterung ihrer Lebenshaltung anzubieten, erbrachte die Kapitalistenklasse selbst den Beweis ihrer völligen Unfähigkeit zur planmäßigen Ausnutzung der Produktivkräfte im Interesse der gesellschaftlichen Bedarfsdeckung. Einer solchen herrschenden Klasse, die sich immer unfähiger zeigte, "ihre Lohnsklaven zu ernähren" (obwohl die technischen Möglichkeiten für deren Ernährung seit der Zeit des Frühkapitalismus riesenhaft gewachsen waren), einer solchen bankrotten Ausbeuterklasse gegenüber konnte sich die Arbeiterklasse nicht mehr auf die konservative Forderung des "gerechten Tageslohnes" beschränken. Sich darauf beschränken, d.h. die Tatsache zu übersehen, daß es innerhalb einer in feindliche Klassen gespaltenen Gesellschaft keine allgemeine Gerechtigkeit (oder auch Freiheit und Gleichheit) geben kann. Denn nach den Regeln dieser Gesellschaft ist es für den Kapitalisten völlig "gerecht" (und sogar "gesetzlich geschützt"), seine Arbeiter auszubeuten, um seinen Profit aus ihren Knochen zu schinden, daß es deshalb für den Arbeiter genauso "gerecht" sein muß, seinen Ausbeutern ein für allemal das Handwerk zu legen, d.h. zu kämpfen für die "Abschaffung oder den Sturz des Lohnsystems". Der Übergang vom rein gewerkschaftlichen Kampf um Reformen im Rahmen der kapitalistischen Ordnung zum politischen Kampf mit dem revolutionären Ziel des Sturzes dieser überlebten Ordnung, darin bestand das neue Problem.

Im reformistisch geführten Klassenkampfe konnte die Arbeiterklasse in der Epoche des niedergehenden Kapitalismus ihre eigene Existenz nicht einmal mehr wirksam verteidigen,

geschweige denn verbessern. Der Erfolg dieses Kampfes hängt im weiten Maße von Faktoren ab, auf die die Arbeiterklasse keinerlei Einfluß hat. Nur in Zeiten guter Wirtschaftskonjunktur sind Erfolge im allgemeinen möglich, die aber erstens durch das Bestehen industrieller Reservearmeen wesentlich beschränkt blieben und zweitens in der folgenden Krisenperiode zugunsten der Kapitalisten "ausgeglichen" wurden. Dazu kam, daß den einzeln kämpfenden Berufsgruppen der Arbeiter in immer steigendem Maße die vereinte kapitalistische Staats- und Wirtschaftsmacht den Erfolg streitig machen konnte. So mußte der reformistisch geführte Gewerkschaftskampf - gemessen an seinem materiellen Erfolg - die reinste Systemarbeit bleiben.

Einen Ausweg aus dieser Sackgasse gab es nur, wenn es der Arbeiterklasse gelang, den eigentlichen und wirklichen Erfolg ihrer opferreichen Kämpfe in ihrem Interesse auszunutzen. In was dieser bleibende Erfolg ihrer Lohnkämpfe besteht, sagen Marx und Engels schon im Kommunistischen Manifest:

"Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter".
(Kommunistisches Manifest, I)

Das heißt: in der ständig zunehmenden Erkenntnis der Arbeiter, daß sie im geschlossenen, einheitlich geführten Kampfe den Gegner nicht nur abwehren, sondern angreifen müssen, mit dem unverrückbaren Ziel des Sturzes seiner Ausbeuterordnung - darin besteht das wirkliche Resultat ihrer Kämpfe. Für diesen Kampf konnten die Gewerkschaften allein nicht ausreichen. Dafür war das Zusammenwirken aller Arbeiterorganisationen und die Führung einer zielklaren politischen Partei unbedingt Voraussetzung.

Für den rein gewerkschaftlichen Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen konnten die Gewerkschaften, wie sie von den kämpfenden Arbeitern im Frühkapitalismus geschaffen wurden, ausreichen, solange der Kapitalismus noch aufwärts stieg. Aber im Kampfe zur Verteidigung ihrer eigenen Existenz, die der niedergehende und sterbende Kapitalismus zu vernichten drohte, mußte die beschränkte Kraft der reformistisch geführten Gewerkschaften unweigerlich versagen.

Die Deutsche Arbeiterklasse hat durch ihre Empfänglichkeit für die Parole des politischen Massenstreikes bewiesen, daß sie ganz instinktiv auf dem richtigen Wege war, um für ihre Zeit ihr neu gestelltes Problem ebenso erfolgreich zu lösen, wie es ihre englischen Arbeitsbrüder 70 Jahre vorher für die damalige Zeit gelöst hatten. Wenn die deutsche Arbeiterklasse das Problem nicht bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges (und leider auch nicht bis 1933) lösen konnte, so darum, weil sie im Unterschied zu ihren englischen Arbeitsbrüdern nicht nur gegen ein brutales Unternehmertum, sondern auch gegen ihre eigene Führung als ihren Feind im eigenen Lager zu kämpfen hatte. Die Stagnation und der beginnende Rückgang des gewerkschaftlichen Mitgliederbestandes war ein sichtbarer Ausdruck der Enttäuschung der Arbeiter über ihre klassenverräterische Führung.

Aber dieses vollständige Aufgehen der deutschen Partei- und Gewerkschaftsführung im kleinbürgerlichen Reformismus, das sich eben in allen westeuropäischen Ländern zeigte, mußte unvermeidlich zum Zusammenbruch der internationalen Organisationen führen: Denn eine Arbeiterführung, die der Illusion unterliegt, daß es möglich sei, die Lage der Arbeiter im Rahmen der kapitalistischen Ordnung durch Reformen ständig zu verbessern und daher die Notwendigkeit der gewaltsamen Sprengung dieser Ordnung nicht anerkennt, muß konsequenterweise diese Ordnung gegen jeden ernsthaften Angriff verteidigen. Durch ihren verbissenen Widerstand gegen die Anwendung der Waffe des politischen Massenstreiks haben die reformistischen Gewerkschaftsführer zur Verteidigung ihres "Vaterlandes" gegen die "innere Gefahr" ihr möglichstes getan und dieselben Reformisten aller Länder, die auf dem Sozialistenkongreß 1912 in Basel noch gelobten, im Falle des Kriegsausbruches alles zu tun, um "die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen", dieselben Reformisten schworen im August 1914: "In der Stunde der Gefahr lassen wir das Vaterland nicht im Stich". Auf dem Altar ihrer diversen Vaterländer wurde sowohl die Gewerkschafts-Internationale, als auch die der "internationalen völkerbefreienden Sozialdemokratie" geopfert.

"Die Proletarier empfinden es als ein Verbrechen, aufeinander zu schießen, zum Vorteil des Profits der Kapitalisten".....

so hieß es 1912 in Basel und 1914 zur selben Zeit, als die Ar-

beitermassen in den europäischen Hauptstädten noch gegen den Kriegswahnsinn demonstrierten, schlossen die deutschen Reformisten den "Burgfrieden" und die französischen ihre "union sacrée" mit ihrer Bourgeoisie. Nicht von ihren kapitalistischen Gegnern, sondern von ihren eigenen Führern ist die Arbeiter-Internationale umgebracht worden.

Im Kriege sind die Reformisten aller Länder in ihrem Verrat proletarischer Klasseninteressen nicht davor zurückgeschreckt, oppositionelle Arbeiter zu denunzieren und jede Widerstandsbewegung gegen den Massenmord zu erdrosseln. Beim Munitionsarbeiterstreik im Jahre 1918 in Berlin stellte sich Fritz Ebert an dessen Spitze, um - wie er sich noch im späteren Magdeburger Prozeß rühmte - dieser Bewegung die revolutionäre Spitze abzubiegen. Dieselbe traurige Rolle spielten die Entente-Reformisten auf der anderen Seite der Front.

Doch in der trostlosen Finsternis reformistischen Klassenverrats des ersten Weltkrieges leuchtete desto heller das Werk Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts und ihrer Freunde, die im Spartakusbund die Fahne des proletarischen Internationalismus hochhielten und den Grundstein für eine neue Arbeiterführung in Deutschland schufen. Und als Lenin die russische Arbeiterklasse im Oktober 1917 zum Siege führte konnte, hatten die klassenbewußten Arbeiter aller Länder die Gewißheit, daß ihre proletarische Internationale wieder in neuer und besserer Form erstehen werde.

Die Wiedervereinigung der Vaterlandsverteidiger in dem Amsterdamer IGB

Der erste Weltkrieg war entstanden aus dem Versuch des deutschen Imperialismus und seiner Verbündeten, sich "einen Platz an der Sonne" gewaltsam zu erobern. Der deutsche Imperialismus, der als letzter auf der Weltbühne des imperialistischen Konkurrenzkampfes erschien (zu einer Zeit, wo seine älteren Rivalen die vorhandenen Absatzgebiete der Erde schon längst unter sich aufgeteilt hatten), war zu diesem gewaltsamen Versuch gezwungen, um für seine gewaltig gestiegene Produktivkraft das fehlende Gebiet zum Absatz der Warenmassen zu finden. Aber diesen "Platz an der Sonne" konnten ihm seine Rivalen beim besten Willen nicht geben, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen. Auch innerhalb der imperialistischen Weltfamilie muß es eben in dieser "göttlichen" Weltordnung "Reiche und Arme" geben.

Das Scheitern dieses gewaltsamen Expansionsversuches zwang nun die deutsche Kapitalistenklasse zu einem noch schärferen Angriff auf die Lebenshaltung der Massen. Unter dem Druck der revolutionären Gärung, die durch die Auswirkungen der russischen Oktober-Revolution die Massen in Bewegung gebracht hatte, war aber die deutsche Bourgeoisie vor der Hand zu Zugeständnissen gezwungen, womit bewiesen war, daß nicht nur die objektive Lage, in der sich die herrschende Klasse befand, sondern auch die angewandte Kampfkraft der Arbeiter, das Maß dieser "Zugeständnisse" bestimmt. Aber nicht nur für die besiegte deutsche, sondern auch für die Bourgeoisie der Siegerstaaten war durch den Krieg eine weitgehende Verschlechterung eingetreten. Um die im Kriege buchstäblich verpulverten Sachwerte wieder zu ersetzen, mußte die Bourgeoisie überall versuchen, die Kosten des "Wiederaufbaus" auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Sogar die reiche englische Bourgeoisie, die (ebenso wie die französische) nunmehr zum Schuldner der USA geworden war, deren Monopolstellung in der Welt einen argen Stoß erlitten hatte, mußte zum Angriff auf die Lebenshaltung der Massen schreiten und so den englischen Arbeitern beweisen, daß ihre Vorzugsstellung gegenüber den kontinentalen Arbeitern zu Ende ging. (Der massierte offene Angriff, den die englischen Arbeiter später an dem berühmten "schwarzen Freitag" im Februar 1921 erleben mußten, hat ihr Klassenbewußtsein mächtig gefördert). Dem natürlichen Bestreben der Arbeitermassen nach internationaler Wiedervereinigung ihrer Klassenkräfte versuchten sich auch die Reformisten "ihren Zwecken entsprechend" anzupassen.

Nachdem der Versuch der Berner Konferenz vom Oktober 1917 am Widerstand der Entente-Reformisten - insbesondere an den damals noch "unversöhnlichen" Engländern und Belgiern - gescheitert war, kam auf Einladung der Zweigstelle des IGB, Amsterdam, im Februar 1919 eine internationale Gewerkschaftskonferenz wiederum in Bern zustande, die die Einberufung eines internationalen Gewerkschaftskongresses beschloß, der dann auch vom 28. Juli bis 2. August 1919 in Amsterdam abgehalten werden konnte. Hier trafen sich nun die feindlichen Brüder in echt reformistischer Brüderlichkeit als "Sieger" und "Besiegte". Genauso, wie auf dem vorausgegangenen Friedenskongreß von Versailles der Kaisersozialist Philipp Scheidemann die Schuld Deutschlands am Kriege unterzeichnen mußte, genauso mußte in Amsterdam der deutsche Gewerkschaftsvertreter Sassenbach dasselbe Schuldbekennnis ablegen,

ehe die deutschen Gewerkschaftsführer wieder in diesem buntscheckigen Verein der international vereinigten Vaterlandsverteidiger aufgenommen wurden. Die Führung des neu-verleimten IGB übernahmen jetzt die "Alliierten". Legien wurde als Vizepräsident abgelehnt. Mit unübertrefflicher Selbstironie hieß es jetzt wieder in den "Zielen des IGB" unter

- a) Die Einigkeit der internationalen Arbeiterklasse durch Stärkung der internationalen Beziehungen zwischen den Gewerkschaften aller Länder herbeizuführen

und unter Punkt

- g) Verhinderung des Krieges und Bekämpfung der Reaktion.

Das Urteil der Arbeiter über die folgende Tätigkeit des IGB spiegelt sich in seinen Mitgliederzahlen wieder.

Der IGB zählte an Mitgliedern 1919 - 23.170.000

1922 - 18.180.000

1923 - 15.310.000

1929 - 13.800.000

Die alte Wahrheit, daß man weder Feigen von den Disteln, noch Trauben von den Dornen ernten kann, hat die folgende Geschichte dieses Amsterdamer IGB in ihrer Gesamtheit und die Geschichte der Gewerkschaften in Deutschland, diesem Brennpunkt des internationalen Klassenkampfes, im besonderen bewiesen. Sie hat erneut gezeigt, daß der Reformismus die internationale Arbeiterklasse niemals zur Einheit führen kann, sondern zur Spaltung führen muß.

Amsterdamer Gewerkschaftspolitik in Deutschland

Der neue Akt der Tragödie der deutschen Gewerkschaftsbewegung begann am 9. November 1918, an jenem Tage, an dem die Hollenzollern-Regierung durch Ebert und Scheidemann, diesen Statthaltern der deutschen Bourgeoisie neu besetzt wurden. Am selben Tage, an dem die deutsche Arbeiterklasse dem imperialistischen Krieg ein Ende setzte, und damit ihren Willen zu einer grundlegenden Neuordnung Deutschlands zum Ausdruck brachte, traf sich der Vorsitzende der Generalkommission deutscher Gewerkschaften, Karl Legien mit Hugo Stinnes, um in aller Stille (wie Legien später selbst erzählte) die Arbeitsgemeinschaft zwischen Gewerkschaften und Unternehmern zu schließen, d.h. also den "Burgfrieden", den diese Reformisten mit Wilhelm II geschlossen hatten, unter der neuen Firma der Arbeitsgemeinschaft zur Rettung des bankrotten deutschen Kapitalismus zu verlängern.

Ihre Deckung hinter der neu installierten reformistischen Schutzwand ausnutzend, konnte die Bourgeoisie sehr schnell zum Gegenangriff gegen die Arbeiterklasse übergehen. Zwar mußten die Lohnforderungen in den zahlreichen Streiks weitgehend anerkannt werden, mußten der Achtstundentag, das Recht auf bezahlte Ferien, die Anerkennung der Betriebsvertretungen und manche Reformen zugestanden werden, aber nicht zuletzt in der richtigen Berechnung, damit das arg ramponierte Ansehen ihrer reformistischen Stützen in deren Gefolgschaft wieder etwas auszubessern und um sich desto konzentrierter den revolutionären Bestrebungen der proletarischen Avantgarde entgegenzustellen und mit Hilfe der reformistischen Ordnungshüter zu ersticken.

Fritz Ebert hatte sich, wie er es selbst im Magdeburger Prozeß sagte, noch vor dem Zusammenbruch mit Hindenburgs rechter Hand, dem Zentrumsgeneral Groener, zur Aufrechterhaltung der bedrohten Ordnung verbunden. Im Interesse dieser "Ordnung" predigten jetzt die Reformisten den Arbeitern, "die Revolution nicht zu einer Lohnbewegung" zu machen, schwindelten sie ihnen vor "die Sozialisierung marschiert" oder "nur Arbeit kann uns retten" oder sogar "schützt die junge sozialistische Republik". Doch ihre Hauptkraft konzentrierte die militärisch geschlagene Bourgeoisie und ihre reformistischen Lakaien gegen die "bolschewistische Gefahr", die sie in den grellsten Farben an alle Wände malten.

In der spontan entstandenen Bewegung der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte sahen die vereinigten Ordnungshüter eine sehr gefährliche, vom bolschewistischen Rußland "importierte Pflanze". Trotz des immer noch überragenden reformistischen Einflusses hatte die Losung des Spartakusbundes: "Alle Macht den Räten" an Boden gewonnen. Einen Beweis ihrer schöpferischen Kraft hatte die junge Rätebewegung erbracht, als sie trotz aller eingeengten Aktionsfreiheit - in unglaublich kurzer Zeit - die fast reibungslose Demobilisierung der deutschen Armee durchführte, für die sich der alte Regierungsapparat als unfähig erwiesen hatte. Es war die zunehmende Erkenntnis der fortgeschrittensten Arbeiterschichten, die sich in dieser Bewegung manifestierte, daß nicht mehr die bankrotte Bourgeoisie, sondern die Arbeiterklasse, nicht mehr irgendeine bürgerliche, sondern wirklich nur eine sozialistische Staats- und Wirtschaftsführung dem geschlagenen Deutschland einen fortschrittlichen Ausweg sichern könnte. Keine noch so intensive Propaganda der russischen Bol-

schewisten (zu der sie damals weder Zeit, noch Möglichkeiten hatten) hätte diese Bewegung nach Deutschland "importieren" können, wenn nicht in Deutschland selbst der Boden vorhanden gewesen wäre, auf dem diese "Pflanze" tiefe Wurzeln schlagen konnte. Nachdem Rußland als ehemals schwächstes Kettenglied der kapitalistischen Weltordnung durch den siegreichen Oktober 1917 zum ersten Glied der neuen sozialistischen Weltordnung geworden war, wurde damit Deutschland zum schwächsten Glied der alten Ordnung, d.h. reif für den Sozialismus. Die objektive Reife Deutschlands für den Sozialismus war 1918 gegeben. Um aber das Heranreifen des subjektiven Faktors, d.h. einer zum revolutionären Handeln fähigen Arbeiterklasse zu verhindern, dazu bedienten sich die Reformisten sozialistischer Phrasen, mit denen sie die Mehrheit der Arbeiter vom Kampfe für den Sozialismus abzulenken und sie in den Dienst des kapitalistischen "Wiederaufbaus" einzuspannen vermochten.

Unter dem panischen Schrecken, den die Auswirkungen der siegreichen russischen Oktober-Revolution den deutschen Klein- und Großbürgern eingejagt hatte, mußten sie sich damit abfinden, daß sich die deutschen Arbeiter- und Soldatenräte im Reichsmaßstabe organisierten, einen Zentralrat bildeten und zentrale Kongresse abhalten konnten. Aber dank des reformistischen Einflusses wußte der erste Kongreß nichts Besseres zu tun, als zugunsten der "sozialistischen" Regierung abzustimmen. Damit war faktisch der entscheidende Schritt auf dem Wege getan, an dessen traurigem Ende die deutsche Bourgeoisie ihren Rettern den wohlverdienten Fußtritt geben konnte. (Was sie auch 1932 mit der Absetzung der preußischen Braun-Severing-Regierung getan hat). Die noch folgenden Versuche, die Räte als politische Organe im lokalen Rahmen sozusagen als kommunale Nebenregierung zu erhalten, mußten sich als zwecklos erweisen. Politische Räte (oder Sowjets) sind Organe des Kampfes zur Eroberung und Behauptung der proletarischen Staatsmacht. Weil die deutsche Arbeiterklasse in ihrer überwiegenden Mehrheit durch den reformistischen Einfluß gehindert war, die damalige objektive revolutionäre Situation am Ende des Krieges zum Kampfe um die politische Macht auszunutzen, mußten ihre Arbeiter- und Soldatenräte inhaltslos und überflüssig werden. Die klassenbewußte Minderheit um Spartakus und den proletarischen Flügel der unabhängigen SPD, die in opferreichen und von den Reformisten absichtlich provozierten Kämpfen die Bewegung weiterzuleiten ver-

suchte, mußte unterliegen. Im Bunde mit den wilhelminischen Generalen haben die Ebert-Scheidemann-Noske 15.000 deutsche proletarische Revolutionäre zur Strecke gebracht, unter ihnen Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches und viele der besten.

Doch auch nach dem Verschwinden der proletarischen Rätebewegung war die Räte-Idee in Deutschland nicht mehr totzukriegen. Sie konnte sich in der Form der Betriebsräte trotz aller angesagten Feindschaft der Kapitalisten und ihrer reformistischen Knechte behaupten. Die Betriebsräte sind - im Unterschied zu den politischen - zwar keine Organe des unmittelbaren Machtkampfes, aber sie können ihrem ganzen Wesen nach noch viel weniger die Organe reformistischer Arbeitsgemeinschaftspolitik in den Betrieben sein. Weil die Betriebsräte die gesamten proletarischen Klasselemente des Betriebes, ohne Unterschied ihrer gewerkschaftlichen, politischen oder beruflichen Zugehörigkeit zusammenfassen, ist ihr Aufgabengebiet ein umfassenderes als das der Gewerkschaften, d.h. aber nur solange, als die Gewerkschaften durch die bornierte reformistische Führung von ihren eigentlichen Aufgaben abgehalten werden.

Die gemeinsame Feindschaft der Kapitalisten und Gewerkschaftsbürokraten gegen die Betriebsräte spiegelte sich in einer Reichstagsrede des Generaldirektors Voegeler im Februar 1920 bei der Beratung des Betriebsrätegesetzes deutlich wider. Dieser Scharfmacher konnte sich darauf berufen, daß er mit Herrn Gustav Bauer, dem damaligen ADGB-Vorsitzenden, einer Meinung darin sei, daß die Betriebsräte "nicht anders als politisch wirken" können und deshalb "Unruhe in den Betrieb" bringen müßten. Die Berliner Arbeiterschaft hat damals mit 20 Toten und vielen Verwundeten für ihren Widerstand gegen dieses verschandelte Betriebsrätegesetz bezahlt. Wohin die Betriebsrätebewegung unter reformistischer Führung gelangen mußte, hat der letzte Reichsbetriebsrätekongreß im Januar 1933 gezeigt, der im Triumphgeheul des zur Macht gelangten Faschismus ohne jede Raisonanz bleiben mußte.

Das Moskau Lenins attackiert Amsterdam

Die deutschen Freien Gewerkschaften, die 1914 ca. 2,2 Millionen Mitglieder zählten, wuchsen nach dem Kriege auf 8 Millionen an. Mit Hinzurechnen der Christlichen und Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften war damals rund die Hälfte der deutschen Lohnarbeiter organisiert. "Keine deutsche Regierung kann sich auch nur 24 Stunden gegen den Willen der Gewerkschaften halten!" - schrieb damals die freisinnige "Vossische Zeitung". Auch die putschistische Kapp-Lüttwitz-Regierung im März 1920 wurde innerhalb acht Tagen durch den Generalstreik weggefegt und hatte sich von dieser Tatsache überzeugen müssen. Doch eine weitere Tatsache, daß nämlich diese Kraftprobe zu derselben Zeit möglich war, als ein scharfer Richtungskampf innerhalb der Gewerkschaften zwischen Moskau und Amsterdam ausgetragen wurde, widerlegte schlagend die reformistische Behauptung, daß eine revolutionäre Opposition die Kraft der Gewerkschaften schwächen muß. Auf dem Leipziger Gewerkschaftskongreß 1922 waren unter ca. 650 Delegierten 90 Kommunisten. Die einzelnen Verbandstage im Jahre 1923 zeigten ein weiteres Anwachsen der kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen, wobei berücksichtigt werden muß, daß die reformistische Gewerkschaftsbürokratie mit allen Finessen die Wahl kommunistischer Delegierter zu hindern versuchte, wodurch das wirkliche Kräfteverhältnis nicht zum Ausdruck kam. So bestand zum Beispiel im Metallarbeiterverband, der größten deutschen Gewerkschaft mit ca. 1,7 Millionen Mitgliedern, faktisch schon eine oppositionelle Majorität, die aber nur von einem Drittel der Delegierten repräsentiert wurde.

Dieser ständig steigende Einfluß der revolutionären Gewerkschaftsopposition, die in steigendem Maße parteilose und auch sozialdemokratische Arbeiter beeinflusste, war zum größten Teil der damaligen zielklaren KPD-Führung und der verständnisvollen Mithilfe Lenins zu verdanken. Die junge KPD hatte sich im Kampfe zur Überwindung ihrer Kinderkrankheiten von den "Radikalen" getrennt, die sich aus moralischem Ekel vor der reformistischen Bürokratie weigerten, in die Gewerkschaften einzutreten und für deren Rettung vor dem reformistischen Bankrott zu arbeiten. Lenin zeigte in seiner bekannten Broschüre "Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus" die

Schwierigkeit dieser Aufgabe auf:

"Im Westen haben sich die dortigen Menschewiki in den Gewerkschaften weit fester 'eingenistet', dort hat sich eine viel stärkere Schicht einer zünftlerischen, bornierten, eitlen, verknöcherten, eigennütigen, spießbürgerlichen, imperialistisch gesinnten und vom Imperialismus bestochenen und demoralisierten 'Arbeiteraristokratie' herausgebildet als bei uns. Der Kampf mit den Gompers, den Herren Jouhaux, Henderson, Merrheim, Legien und Konsorten in Westeuropa ist viel schwieriger als der Kampf mit unseren Menschewiki. . . . Diesen Kampf muß man rücksichtslos führen. . . . bis zur völligen Bloßstellung und Vertreibung aller unverbesserlichen Führer des Opportunismus und Sozialchauvinismus aus den Gewerkschaften." (Lenin, Ausgewählte Werke, Bd. X, S.85/86)

Trotz aller offenen und versteckten Provokation der reformistischen Bürokratie haben sich damals die deutschen Kommunisten in ihrem Kampfe für die Befreiung der Gewerkschaften aus den Fesseln der Arbeitsgemeinschaft nicht beirren lassen und sich damit das steigende Vertrauen der Gewerkschaftsmitglieder erworben. Gegenüber dem Bestreben der Reformisten, sich die Betriebsräte völlig unterzuordnen und sie zu Organen der Arbeitsgemeinschaft in den Betrieben zu degradieren, haben die Kommunisten damals erklärt, daß sie sich nicht auf den müßigen Streit um die Form dieser Bewegung einlassen, sondern um ihren Inhalt kämpfen werden. Durch die Aufstellung einfacher den dringendsten Bedürfnissen der Arbeiter entsprechenden Forderungen (wie zum Beispiel die damaligen Stuttgarter 5 Punkte) haben die Kommunisten die Gewerkschaftsführer gezwungen, vor den Mitgliedern einzugestehen, ob sie die Macht der Gewerkschaften zum Kampf für die elementarsten Bedürfnisse der Massen einsetzen wollten oder nicht. Als der ADGB im Sommer 1921 in der Zeit der steigenden Inflation sein famoses Programm zur Erfassung der Sachwerte aufstellte, erklärten sich die Kommunisten bereit, trotz aller Mängel dieses Programms rückhaltlos dafür einzutreten unter der einzigen Bedingung, daß tatsächlich mit der ganzen Macht der Gewerkschaften für seine Verwirklichung gekämpft werde. Die unheimliche zunehmende Geldentwertung machte je länger je mehr jede Lohnregulierung unmöglich. In fast ununterbrochenen Verhandlungen wurden neue Lohnstarife vereinbart, die, noch ehe sie in aller Eile gedruckt werden konnten, längst wieder durch die Geld-

entwertung überholt waren. Der Versuch mancher Reformisten, kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre dadurch zu diskreditieren, daß ihnen durch die Teilnahme an den aussichtslosen Lohnverhandlungen sozusagen die Verantwortung für die Ergebnislosigkeit zugeschoben werden sollte, erreichte das Gegenteil. Die Kommunisten konnten am lebendigen Beispiel die Richtigkeit der marxistischen Lehre nachweisen und aufzeigen, daß die Arbeiterklasse vom aussichtslos gewordenen rein wirtschaftlichen Kampf zum politischen übergehen muß, wenn sie nicht im kapitalistischen Elend verkommen will. Gerade weil die Reformisten nicht über die Schranken der kapitalistischen Ordnung hinaus können, müssen sie in deren Verfallsperiode mit ihrem reformistischen Gewerkschaftslatein zu Ende kommen. Deshalb können die Kommunisten den Arbeitern den praktischen Beweis dafür die Überlegenheit revolutionärer gewerkschaftspolitik erbringen und so das Vertrauen immer breiterer Massen erobern.

Gestützt auf das erworbene Vertrauen der Gewerkschafts- und Betriebsmitglieder konnten damals die Kommunisten zahlreiche und wichtige Betriebe (darunter Großbetriebe wie das Leuna-Werk), zahlreiche örtliche Verbandsleitungen und ganze gewerkschaftliche Ortskartelle als Stützpunkte des revolutionären Gewerkschaftskampfes erobern. Auf dem Höhepunkt der Inflationsperiode im August 1923 konnte durch den gegen den Willen des ADGB durchgeführten Generalstreik die Inflations- und Ruhrkriegsregierung CUNO gestürzt werden. Der Aufruf der kommunistischen Gewerkschafter: "Rettet die Gewerkschaften!" wurde einige Wochen später von 162 einzelnen Verbands- und Ortskartelleleitungen unterzeichnet, ohne daß die Gewerkschaftsbürokratie wagen konnte, einen einzigen der Unterzeichner aus der Gewerkschaft auszuschließen. Die praktische und geduldige Arbeit der kommunistischen Gewerkschafter hatte breite Massen überzeugt, daß diese Arbeit nicht zur Spaltung führt, wie die Reformisten behauptet hatten, sondern umgekehrt der Einheit der Gewerkschaft zugute kommt.

Die verantwortlichen Leiter der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit in Deutschland haben sich ebenso wenig wie Lenin eingebildet, daß der Erfolg dieser Arbeit ihr persönliches Verdienst sei. Sie haben sich stets und in voller Übereinstimmung mit Marx und Engels Meinung (im "Kommunistischen Manifest") als Kommunisten betätigt, die "keine von dem gesamten Proletariat gesonderten Interessen haben", die sich von den übrigen

Arbeiterparteien nur dadurch unterscheiden, daß sie die "von der Nationalität unabhängigen und dem gesamten Proletariat gemeinsamen Interessen" zur Geltung bringen, indem sie in den einzelnen Phasen des Kampfes zwischen Proletariern und Bourgeois "immer und überall die Interessen der Gesamtbewegung vertreten"; und daß sie als Kommunisten praktisch nur die entschlossenste Fraktion der Arbeiterparteien des ganzen Landes sind und dem übrigen Proletariat die "theoretische Einsicht in die Bedingungen, in den Verlauf und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung" voraushaben. In dem Erfolg der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit drückte sich nicht nur die Reife der Führung, sondern auch die Reife der objektiven Lage Deutschlands für den Sozialismus, sowie die zunehmende Erkenntnis der Massen über ihre eigene Lage und die daraus resultierende Aufgabe aus: durch eine geduldige, zielklare Arbeit müssen die gewerkschaftlich organisierten Massen durch ihre eigene Erfahrung zu der Überzeugung gebracht werden, daß sie ihre Gewerkschaften von den reformistischen Statthaltern der Bourgeoisie zurückerobern und aus Organen der kapitalistischen Arbeitsgemeinschaft in Organe des proletarischen Klassenkampfes verwandeln müssen, wenn sie ihre Tages- und Endforderungen erfolgreich vertreten wollen. Von der Lösung dieser Aufgabe hängt - wie es Deutschland 1933 bewies - Sein oder Nichtsein der Gewerkschaften ab.

Stalin ändert Lenins Gewerkschaftskurs

Die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands spitzte sich im Verlauf des Jahres 1923 immer mehr zu. Die rapid ansteigende Inflation machte den Lohnkampf aussichtslos. Die Waage senkte sich zusehends zuungunsten der Werktätigen. Der Massengroll stieg an. Die Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen zeitigten sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheiten. Diese sozialdemokratischen Organisationen dieser beiden Länder zählten sich zur "Linken SPD". Infolge der radikalen Strömung ihrer Mitglieder (in der sich der steigende kommunistische Einfluß widerspiegelte) befanden sich diese linken SP-Landesführungen in erheblichen Differenzen mit ihrem reaktionären Parteivorstand, insbesondere in bezug auf die Regierungsbildung in diesen beiden Ländern, in die sie die Kommunisten einbeziehen wollten. Die KPD-Führung war gegen die

Beteiligung, fügte sich aber dem Beschluß des Exekutivkomitees der KI, das dem damaligen Parteivorsitzenden der KPD den Ausschluß aus der Partei androhte, falls er seinen Widerstand gegen die Regierungsbeteiligung nicht aufgäbe.

In dieser schwierigen Situation, die zu klaren Entscheidungen drängte, konnte die junge KPD nicht mehr auf den Rat und die Hilfe ihres uneigennütigen Freundes zählen: Lenin, der getreue Eckehardt der internationalen Arbeiterklasse konnte in dieser entscheidenden Lage nicht mehr eingreifen. Schon im Frühjahr 1923 hatte er seine Arbeit einstellen müssen. Stalin hatte die Führung übernommen. Wie dieser die damalige Lage in Deutschland einschätzte, zeigte sich in seinem Brief an Sinowjew und Bucharin:

"Sollen die Kommunisten die Machtergreifung ohne die SPD anstreben, sind sie dafür schon reif, das ist nach meiner Ansicht die Frage. Wenn jetzt in Deutschland die Macht sozusagen fällt, und die Kommunisten sie auf-fangen, werden sie mit Krach durchfallen. Das im 'besten Falle', im schlimmsten wird man sie kurz und klein schlagen und zurückwerfen.... Gewiß, die Faschisten schlafen nicht, aber es ist vorteilhafter für uns, daß die Faschisten als erste losschlagen, das wird die ganze Arbeiterklasse um die Kommunisten herum-scharen... Meiner Meinung nach muß man die Deutschen zurückhalten, aber nicht ermuntern."

(Trotzky: "Was nun?", Berlin 1932, S. 27)

Die Annahme, daß die Kommunisten "mit" der SPD die Machtergreifung anstreben sollen, lag dem Beschluß des Exekutivkomitees zugrunde. Sie mußte sich 1923 in Deutschland (ähnlich sowie 13 Jahre später in Spanien) als ein verhängnisvoller Irrtum erweisen. Die Erfahrungen mit der "sozialdemokratischen-kommunistischen Machtergreifung" in der Münchener Räterepublik von 1919 (die auch gegen die Warnung des weitsichtigsten bayrischen Kommunisten Eugen Leviné zustande gekommen war, und ihm selbst das Leben gekostet hatte) waren für die deutsche KP-Führung ein Grund mehr, sich gegen die Regierungsbeteiligung in Sachsen und Thüringen zu erklären. Doch aus traditioneller Disziplin (die der deutschen Arbeiterklasse wie wohl keiner anderen so oft geschadet hat) unterordnete auch hier die deutsche KP-Führung ihre bessere Einsicht dem Ent-scheid der internationalen Leitung. Dem ersten Schritt auf falschem Wege mußten weitere folgen.

Noch immer stieg die Fieberkurve Deutschlands so rapide an, daß sie auch für die internationale Bourgeoisie gefährlich zu werden drohte. Die KPD stellte sich ernsthaft die Frage der Machteroberung. Die faschistische Bewegung träumte vom "Marsch auf Berlin". Der Weimarer Demokratie drohte die Gefahr, von der faschistischen oder von der proletarischen Diktatur abgelöst zu werden. Weil die letztere infolge des damaligen starken Einflusses der KPD in Betrieben und Gewerkschaften die weitaus größeren Erfolgsaussichten haben mußte, entschloß sich die internationale Bourgeoisie zum Eingreifen. Der Zusammenbruch des "Ruhrkrieges", in dem die deutsche Bourgeoisie zum erstenmal versuchte, ihre wiedererwachsenen Krallen zu zeigen, endete mit Cunos Sturz und Stresemanns Aufstieg. Cuno mußte vor den vereinigten internationalen Finanzmächten kapitulieren, damit Stresemann den Frieden und finanzielle Hilfe mit ihnen vereinbaren konnte. Die Zusicherungen materieller Hilfe durch das ausländische Kapital waren für Stresemann "der Silberstreifen am Horizont" und für die Reformisten "die aufgehende Dollarsonne", womit Deutschland vor der drohend heraufziehenden proletarischen Revolution gerettet werden sollte (und tatsächlich auch noch einmal gerettet werden konnte). Zwar dauerte es von diesem Ende August tatsächlich erreichten Wendepunkt noch bis Mitte November, ehe sich die Auswirkungen soweit zeigten, daß die Inflation gestoppt und die "Rentenmark" auf der Grundlage von einer Billion Papiergeldmark geschaffen werden konnte. Aber das änderte an der Tatsache nichts, daß es der deutschen Bourgeoisie dank der amerikanischen Finanzhilfe gelungen war, den Höhepunkt der revolutionären Krise zu überwinden und daß deshalb die reformistischen Illusionen unter den Strahlen der Dollarsonne wieder günstigeren Boden finden konnten.

Doch die Komintern- und die KP-Leitung übersahen diese innere Wandlung der tatsächlichen Lage Deutschlands. Sie betrachteten die immer noch steigende Inflation als Zeichen des Weitersteigens der revolutionären Welle und nahmen auf dem Höhepunkt der Krise Kurs auf den entscheidenden Kampf um die Macht, der sogar terminmäßig auf den Jahrestag der russischen Oktober-Revolution festgelegt wurde. Doch als am Vorabend des angesetzten Termines die KPD-Führung auf der Chemnitzer Betriebsräte-Konferenz den dort vertretenen sächsisch-thüringischen Betriebsräten die Frage stellte, ob in den Betrieben der Generalstreik gegen die Auflösung der beiden Landesregierungen durch die Reichswehr durchgeführt und damit das

Signal für den Kampf im ganzen Reich gegeben werden könne, fand diese Losung keine Resonanz. Die aufgegangene Dollaronne hatte bereits gewirkt und in breiten Arbeiterkreisen die Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Krise aufkommen lassen. Die revolutionäre Welle war bereits im Zurückfluten. Unter diesen Umständen blieb nichts übrig, als vom Kampf Abstand zu nehmen. Aber jetzt war es Stalin, der noch einige Wochen vor dem Cuno-Sturz "die Deutschen zurückhalten, aber nicht ermuntern" wollte, der nun die deutsche Parteileitung für eine "verpaßte" Revolution verantwortlich zu machen versuchte und diese Parteileitung auch tatsächlich abberufen und sie durch Ruth Fischer und Maslow ersetzen ließ. Diese beiden sollten nach dem Ausspruch Sinowjews, des damaligen Vorsitzenden des Exekutivkomitees der KI, den angeblichen Vorteil gehabt haben, nicht mit dem Erbe der Sozialdemokratie "belastet" zu sein. Was Lenin von diesem Maslow und seinen Mitstreitern hielt, hat er in seinem Brief vom 21. August 1921 an den Parteitag der KPD folgendermaßen ausgedrückt:

"Mir wird mitgeteilt, daß in der letzten Sitzung des Zentrallausschusses (der KPD) sogar der linke Friesland sich gezwungen sah, gegen Maslow scharf aufzutreten, der Radikalismus spielen und sich in Zentristenhetze üben wollte. Die Unvernunft (milde gesagt) des Verhaltens dieses Maslow hat sich auch hier in Moskau gezeigt. In der Tat, die deutsche Partei sollte diesen Maslow und 2, 3 seiner Gesinnungsfreunde und Mitstreiter... auf ein, zwei Jahre nach Sowjetrußland schicken. Wir würden für sie nützliche Arbeit finden. Wir würden sie verdauen. Der Nutzen aber für die internationale und die deutsche Arbeiterbewegung wäre ein offensichtlicher".

(Lenin, Ausgewählte Werke, Bd. X, S. 290)

Anstelle dieses Maslow und seiner Mitstreiterin Ruth Fischer wurden von Stalin gerade umgekehrt diejenigen nach der Sowjetunion geschickt, unter deren Führung die KPD bis 1923 so stark geworden war, daß sie sich ernsthaft die Frage der Machteroberung stellen konnte. Wäre es nach Stalin gegangen, dann wären sie nicht nur ein, zwei Jahre, sondern auf Lebenszeit in der Sowjetunion geblieben. Daß Lenin auch über diese abberufenen Führer völlig anderer Meinung als Stalin war, beweist

folgende Stelle in seiner bekannten Broschüre: "Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus":

"Die Geschichte hat jetzt... im großen welthistorischen Maßstab jene Ansicht bestätigt, die wir immer verfochten haben, nämlich, daß die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie einer Partei am nächsten kam...die das revolutionäre Proletariat braucht, um siegen zu können. Jetzt, im Jahre 1920, nach allen schändlichen Zusammenbrüchen und Krisen während des Krieges und der ersten Jahre nach dem Kriege, ist deutlich zu sehen, daß von allen westlichen Parteien gerade die deutsche revolutionäre Sozialdemokratie die besten Führer hervorgebracht hat, rascher genesen und wiedererstarkt ist als die anderen. Das sieht man am 'Spartakusbund' und an dem linken proletarischen Flügel der 'Unabhängigen SPD'." (Ebenda, S. 67)

Dieses Urteil hätte Lenin 1923 ganz sicher nicht zu revidieren gehabt, nachdem es der KPD unter dieser Führung gelungen war, den ganzen linken USPD-Flügel mit der Partei zu verschmelzen und sich durch eine richtige Einheitsfront- und Gewerkschaftspolitik Positionen zu schaffen, wie sie weder eine Ruth Fischer noch die spätere Thälmann-Führung auch nur entfernt aufzuweisen hatte. Richtig ist, daß die KPD-Führung 1923 Fehler zu überwinden und noch viel dazu zu lernen hatte, um ihrer Aufgabe völlig gerecht werden zu können. Darüber war sie sich selbst mindestens ebenso klar, wie ihre damaligen und späteren Ankläger, die sich alle zusammen weder damals, noch heute darüber klar sind, daß es sich zum großen Teil um Fehler handelte, die bei der Herausarbeitung des Weges der proletarischen Revolution in einem denkbar hochentwickelten Land sehr erklärlich waren.

Dem objektiv gegebenen Vorteil, daß sich hier die Arbeiterklasse in der langen Periode bürgerlich-demokratischer Herrschaft eine gewisse Bewegungsfreiheit verschaffen, demokratische Rechte erobern und alle entscheidenden Eigenschaften (wie Arbeitsdisziplin, Organisationstalent u. dergl.) aneignen konnte, die ihr nach dem Siege den planmäßigen Aufbau des Sozialismus erleichtern, stand (und steht heute noch) der subjektive Nachteil gegenüber, daß die Arbeiterklasse in ihrer großen Mehrheit der kleinbürgerlich-reformistischen Illusion unterliegt, wonach ihre demokratischen Errungenschaften ein unzertrennlicher Bestandteil der bürgerlichen Demokratie bilden, die also nur bestehen und weiterentwickelt werden können,

wenn das Ganze erhalten bleibt, und daß daher die bürgerliche Demokratie als Ganzes von der Arbeiterschaft unter allen Umständen verteidigt werden muß, - ganz gleich - ob sie von der faschistischen oder proletarischen Diktatur abgelöst zu werden droht. Die komplizierte und äußerst schwierige Aufgabe, die von der Führung einer revolutionären Partei in den westlichen Ländern, insbesondere in Deutschland, zu lösen war, bestand also darin, die Arbeiterklasse von dieser Illusion zu befreien, ihr durch eine entsprechende Politik die Möglichkeit zu bieten, sich aufgrund eigener Erfahrungen davon zu überzeugen, daß sie ihre demokratischen Errungenschaften nur dann erfolgreich verteidigen, sichern und weiter entwickeln kann, wenn sie die politische Macht erobert, um an die Stelle der verlogenen (die offene Kapitalsdiktatur nur "demokratisch" verhüllenden) Bourgeoisie-Demokratie die proletarische Demokratie, d.h. die Diktatur des Proletariats errichtet, die im Namen der ungeheuren Mehrheit des gesamten Volkes im Namen aller Werktätigen die Herrschaft tatsächlich demokratisch ausübt.

In ihrem Kampf gegen die Reformisten (die die bürgerliche Demokratie bedingungslos verteidigten) hat Rosa Luxemburg schon vor dem ersten Weltkrieg dieses Problem der Verbindung des Gedankens der Demokratie mit dem Gedanken der Diktatur am klarsten erkannt. Die Freunde, die nach ihrem Tode ihr Werk in der KPD-Führung fortsetzten, haben ihn in ihrer praktischen Arbeit weiter entwickelt. Dabei haben sie manchen Fehler begangen, manche unklaren, aber auch sachlich nicht einwandfreie Formulierung gebraucht, über die sich nach Jahrzehnten zusätzlicher Erfahrungen billige Sophistereien verbreiten lassen. Aber daß sie den Grundgedanken richtig vertreten haben, ist durch den wachsenden Einfluß der Partei bis 1923 einwandfrei bewiesen worden.

Auch Rosa Luxemburg ist von Lenin oft genug mit aller sachlich notwendigen Schärfe kritisiert worden. Aber sie, die auf dem internationalen Sozialistenkongreß 1907 den "Berufsspalter" Lenin noch nicht voll verstehen konnte, war sich wohl als eine der ersten über die unvermeidliche Spaltung in der SPD vor dem Krieg im klaren. Daß sie aus traditioneller Liebe zur Einheit davor zurückschreckte, war wohl der schwerste Fehler ihres Lebens.

"Wissen wir nicht", sagte Lenin auf dem III. Weltkongreß der KI, "daß das größte Unglück in der deutschen Arbei-

terbewegung Deutschlands darin bestand, daß sie den Bruch nicht schon vor dem Kriege vollzogen hat?"

Und im (schon erwähnten) Brief an den Leipziger kommunistischen Parteitag sagte er:

"Eine wirklich revolutionäre Partei hatten die deutschen Arbeiter im Augenblick der Krisis noch nicht infolge der Verspätung der Spaltung infolge des Druckes der verfluchten Tradition der 'Einheit' mit der korrupten... und charakterlosen...Bande der Lakaien des Kapitals".
(Lenin, Ausgewählte Werke, Bd. X, S. 268/284)

Was sich in den Fehlern, wie in den positiven und bleibenden Geistesschöpfungen Rosas und all ihrer Kampfgefährten widerspiegelt, ist die ungeheure Schwierigkeit, mit der die ganze Arbeiterklasse zu ringen hat, ehe sie sich vom Gängelband der Bourgeoisie lösen und als völlig selbständig handelnde Klasse konstituieren kann. Das Heranreifen der Arbeiterklasse eines jeden Landes zur Lösung ihrer historischen Aufgabe und die damit Hand in Hand gehende Herausbildung einer kompetenten Klassenführung, sind zwei unauflösliche miteinander verbundene Voraussetzungen dafür, daß die Arbeiterklasse des betreffenden Landes "zunächst mit ihrer eigenen Bourgeoisie fertig" werden kann. Durch die Absetzung der Parteiführung hat Stalin den Reifeprozess der deutschen Arbeiterklasse rücksichtslos unterbrochen: so "offensichtlich der Nutzen" für die deutsche und internationale Arbeiterklasse nach Lenins Meinung gewesen wäre, wenn ein Maslow und seine Ruth Fischer ihr erspart geblieben wären, so offensichtlich mußte der Schaden werden, den sie als willkürlich eingesetzte "Führer" der KPD anrichten konnten und auch tatsächlich angerichtet haben.

Diese sozusagen rein politischen Ereignisse mußten natürlich die folgenschwersten Auswirkungen für die deutsche Arbeiterklasse und insbesondere für die Gewerkschaftsbewegung haben. "Der Maßstab für die Stärke einer kommunistischen Partei", - so hieß es in den Thesen des III. Weltkongresses der Komintern - "ist ihr Einfluß in den Gewerkschaften". Um diesen Einfluß, der unter der bisherigen Parteiführung ständig gewachsen war, zu steigern, und damit den Nachweis für ihre Führerqualifikation zu erbringen, begannen die Ruth Fischer-Maslow Strategen mit "neuen" Methoden. Nach ihrer wirklichkeitsfremden Theorie sollten sich jetzt die kommunistischen Gewerkschaftsfrak-

tionen nicht mehr an die Gewerkschaftsstatuten halten, sie sollten besondere Fraktionsbeiträge nicht nur bei den Parteimitgliedern, sondern auch bei den sympathisierenden Gewerkschaftsmitgliedern kassieren, die kommunistischen Betriebsmitglieder sollten den frei-gewerkschaftlichen Betriebsrätlisten eigene Listen unter Hinzunahme gewerkschaftlich nicht organisierter Arbeiter, also sogenannte "revolutionäre Listen" entgegenstellen usw. Diese "revolutionäre" Theorie und Praxis mußte natürlich den reformistischen Gewerkschaftsbürokraten die willkommene Handhabe liefern, die Kommunisten in den Augen der disziplinierten Gewerkschaftsmitglieder als Spalter der Gewerkschaftseinheit anzuklagen und massenweise auszuschließen. Die wirklichen Gewinner dieses neuen Kurses waren aber noch viel weniger die Reformisten als die deutsche Bourgeoisie, die jetzt "in aller Stille" (im Januar 1924) auf die Arbeitsgemeinschaft verzichten konnte, die ihr im November 1918 so gute Dienste geleistet hatte. Der kommunistische Einfluß in Betrieben und Gewerkschaften begann immer stärker zu sinken. Auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß 1925 waren noch ganze drei kommunistische Delegierte gegenüber 90 auf dem vorhergehenden von 1922 in Leipzig. Auf dem Verbandstag der Holzarbeiter 1925 in Stuttgart glaubte Tarnow versichern zu können, daß die "kommunistische Gefahr" wohl endlich und endgültig überwunden sein dürfte.

Aber nicht nur in den Gewerkschaften sank der kommunistische Einfluß. Bei den Neuwahlen zum sächsischen und thüringischen Landtag im Februar 1924 drückte sich das noch erhaltene Vertrauen zur Politik der alten Führung aus. Die Reichstagswahlen im Mai 1924 zeigten schon den Abstieg. Doch die über vier Millionen Stimmen bei dieser Wahl sanken bis zum Dezember 1924 um eine ganze Million, um bei den Präsidentenwahlen im April 1925 auf etwa über zwei Millionen Stimmen zu sinken.

"Nichts in der Welt kann die revolutionären Marxisten kompromittieren, wenn sie es nicht selbst tun" - dieses Wort Lenins hatte die Fischer-Maslowclique in der denkbar traurigsten Weise bestätigen müssen. Den Schaden, den ihre dilettantische Gewerkschaftspolitik der kommunistischen Partei und damit der gesamten Arbeiterklasse zufügte, haben sie noch dadurch gesteigert, daß sie die kommunistischen Gewerkschaftsarbeiter, die sich ihrem selbstmörderischen Kurs entgegenstellten, ihrer Funktionen enthoben und sie durch gutwillige, aber völlig unerfahrene "radikale" Parteimitglieder

ersetzen, mit denen die ausgekochten Reformisten spielend leicht fertig werden konnten.

Die katastrophalen Folgen dieser "neuen" Strategie und Taktik ihrer Protegierten veranlaßte die oberste Leitung der Kommunistischen Internationale auf dem V. Weltkongreß 1925, eine sogenannte Wendung zu inszenieren. "Zurück in die Gewerkschaften!" war die imperative Losung dieses Kongresses, der den politischen Bankrott der Fischer-Maslow-Führung feststellen mußte. Aber das war nur die Anerkennung der halben Wahrheit und Lenin, der gesagt hatte, daß eine halbe Wahrheit zur ganzen Lüge werden kann, sollte auch diesmal recht behalten. Obwohl der Kongreß gezwungen war, den völligen Bankrott der "mit dem sozialdemokratischen Erbeil nicht belasteten" Protektionskinder zuzugeben, schreckten seine verantwortlichen Dirigenten vor einer konsequenten Schlußfolgerung zurück. "Nicht die Linke, sondern nur ein Teil der Linken hat bankrott gemacht", hieß es nun in dem berühmten EKKI-Brief, den der V. KI-Kongreß Ende September 1925 an die deutschen Arbeiter richtete. Und so wurde die bankrotte "linke" Fischer-Maslow-Clique als Sündenbock in die Wüste geschickt und durch die ebenso linke Thälmann-Führung ersetzt.⁺ Gegenüber der alten erprobten Parteileitung hielt aber der Kongreß die wahrheitswidrige Anschuldigung aufrecht und sanktionierte deren Verbannung aus der Arbeit der deutschen Partei, in der sie und alle Parteimitglieder, die ihre politische Auffassung teilten, als sogenannte "Rechte" diffamiert wurden. Daß sich die alte Parteiführung und ihre Freunde diesem Verdikt gefügt haben, daß sie ebenso wie Rosa Luxemburg der organisatorischen Einheit zuliebe ihre höhere politische Einsicht dem kurzsichtigen Standpunkt unterordneten, das wird ihnen als der größte Fehler ihres politischen Lebens zugerechnet werden.

Ernst Thälmann war von Haus aus ein typischer deutscher Proletarier mit all dessen Vorzügen und Schwächen. Er wäre ein guter Parteiarbeiter im Rahmen einer gut geführten Partei geblieben, wenn ihn nicht (aus sehr durchsichtigen Zwecken) der Wahn eingeblöfft worden wäre, daß er zum "historischen Führer des Proletariats berufen sei. Er hat sich zum größten Teil aus Disziplin für seine Rolle mißbrauchen lassen, der er sich nie gewachsen fühlte. Seiner von ihm selbst vertretenen Theorie, daß es unter dem Faschismus nicht schlimmer kommen könne, als unter Brüning - in halber Weise vertrauend - hielt er es für überflüssig, 1933 zu emigrieren. So fiel er gleich in den ersten Tagen den Nazis in die Hände, die ihn auch zur Zeit des deutsch-russischen Freundschaftsvertrages zu Kriegsbeginn nicht freiließen, sondern ihn noch kurz vor Kriegsende in Buchenwald erardeten. Die Nachricht von seiner Ermordung brachte das in Marseille erscheinende offizielle Organ der KP für Südfrankreich, der "Rouge-Midi" in vierzehnhundert Druckzeilen am 20.4.45. Einige Tage darauf aber brachte dasselbe Blatt ein langes Beileidstelegramm, das vom ZK der KPT aus Anlaß des Todes des "großen Vorkämpfers für den Weltfrieden": Herrn Franklin Roosevelt abgeschickt wurde. Für diese "Internationalisten" war wohl Ernst Thälmann jetzt auch nur noch ein boche ?

So richtig auch der V. Weltkongreß mit der Losung: "Zurück in die Gewerkschaften!" die Tatsache unterstrich, daß von der Lösung der Gewerkschaftsfrage das Schicksal der deutschen kommunistischen Partei und der deutschen Arbeiterklasse abhing, so wenig hat dieser Kongreß die Voraussetzungen für die Durchführung schaffen können. Das "Zurück in die Gewerkschaften!" konnte für die deutschen Kommunisten nur dann einen wirklichen Zweck haben, wenn sie eine Parteiführung hatten, die ihnen zeigen und sagen konnte, was sie darin machen sollten. Aber anstelle der deutschen Partei die Führung zurückzugeben, die bis Ende 1923 bewiesen hat, wie in den Gewerkschaften erfolgreiche kommunistische Arbeit geleistet werden kann, wurde ihr die neue "linke" Führergarnitur unter Thälmann aufoktroiert, die sicherlich ebenso viel guten Willen wie mangelnde Fähigkeit für ihre Aufgabe aufzuweisen hatte. Zwar wurden im Anschluß an den Kongreß gutgemeinte Versuche gemacht, um die Arbeit in den Gewerkschaften wieder aufzunehmen: Die alten Funktionärskader, die von der Ruth-Fischer-Maslow-Leitung abgesetzt waren, wurden wieder herangezogen; der elementare Grundsatz, daß die Kommunisten die Verbandtagsbeschlüsse und Gewerkschaftsstatuten - unbeschadet ihrer Pflicht, auf deren Verbesserung hinzuwirken - anerkennen müssen - wurde wieder hergestellt und auch von einer internationalen Organisationskonferenz im Frühjahr 1926 in Moskau sanktioniert; aber das alles konnte nicht ausreichen, um der Losung des "Zurück in die Gewerkschaften" den notwendigen Inhalt zu geben, der für die Eroberung der Gewerkschaften die entscheidende Voraussetzung war. Wohl begann der kommunistische Einfluß in den Gewerkschaften unter der Anwendung der verbesserten, ihrem Wesen nach mehr jedoch organisatorischen Maßnahmen wieder zu steigen, und Fritz Tarnow mußte sich auf dem Verbandstag der Holzarbeiter 1927 überzeugen, daß der Kommunismus in Deutschland nicht mehr auszurotteten war. Aber gemessen an den tatsächlich vorhandenen Möglichkeiten, die aufgrund der damaligen allgemeinen Lage Deutschlands für eine zielklare kommunistische Gewerkschaftsarbeit objektiv gegeben waren, blieben all die erreichten Erfolge mehr als bescheiden und zeigten nur zu deutlich, daß mit diesen Methoden das gesteckte Ziel nicht zu erreichen war.

Obwohl es der deutschen Bourgeoisie mit amerikanischer Finanzhilfe im März 1923 gelungen war, über ihre schwere Krise hinwegzukommen, war sie nicht entfernt in der Lage, die

Hoffnungen zu erfüllen, die die reformistisch beeinflussten Arbeiter und breite Mittelstandsschichten auf die "aufgehende Dollarsonne" gesetzt hatten. Schon gegen Ende 1923 hatte bei den Gewerkschaftsmitgliedern Enttäuschung Platz gegriffen. Richard Seidel berichtet darüber in seinem schon zitierten Buch: "Gewerkschaftsbewegung in Deutschland": "...Die Mitglieder verloren das Vertrauen, sie ließen die Organisation im Stich, weil sie sich im Stich gelassen glaubten." Die Mitgliederzahl des ADGB, die im Jahresdurchschnitt 1922 noch rund 7,9 Millionen betrug, war auf 4,5 Millionen Ende 1923 herabgesunken. Die Unternehmer boten jetzt nach der Marktstabilisierung 20 Pfennig Stundenlohn, verlangten die Preisgabe des Achtsturentages, führten einen wütenden Feldzug gegen die tarifliche Bindung (Ende 1922 gab es 10768 Tarifverträge für 14,26 Millionen Beschäftigte), begannen "Werksgemeinschaften" zu gründen und verlangten die Anerkennung des "Reichsbundes vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine" (eine typisch gelbe Gewerkschaft) als Tarifkontrahenten. Das war das logische Ergebnis von fünf Jahren reformistisch-kapitalistischer Arbeitsgemeinschaft, die jetzt (Januar 1924) ihr natürliches Ende fand. Von dem unglaublich konfusen Geisteszustand der reformistischen Gewerkschaftsführer jener Zeit hat Fritz Tarnow, der als einer der klügsten unter seinesgleichen galt, sprechende Beweise geliefert. Von den Eindrücken einer Amerikareise, die er mit noch anderen ADGB-Führern unternommen hatte, von dem "amerikanischen Wirtschaftswunder" völlig hingerissen, schrieb er seine Broschüre: "Warum arm sein?". Der Titel dieses Geistesproduktes und ebenso der "Ideengehalt" sind dem Buch der Automobilkönigs Henry Ford "Mein Leben und Werk" entnommen. In vollkommener Übereinstimmung mit jenem amerikanischen Dollarfürsten und in ebenso vollkommenen Widerspruch zu Marx behauptet der "Marxist" Fritz Tarnow darin, daß Armut "eine Krankheit" sei, die "im Rahmen des Kapitalismus heilbar" sei. So unheilbar blind aber auch diese Tarnow's den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung gegenüberstehen, so sind sie doch aufgrund ihrer ideologischen Verbundenheit mit der Bourgeoisie einerseits und ihrer materieller Verbundenheit mit der Arbeiterklasse andererseits imstande, der Arbeiterklasse die instinktiv revolutionären Regungen abzulauschen und mit ihrem kleinbürgerlich-reformistischen Denkvermögen (das hierbei die Funktion einer Umformerstation ausübt) zu deformieren, um so, wie Marx sagt, den sozialen Forderungen des Proletariats die revolutionäre Spitze abzubiegen.

So stellte Tarnow in seiner Rede über die "Wirtschaftsdemokratie" auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß 1925 fest, daß "in der Seele des deutschen Arbeiters etwas geplatzt" sei. Die Enttäuschungen über die 1918/19 gemachten Versprechungen ("Die Sozialisierung marschiert" usw.) hatten nach Tarnows Eingeständnis viele, "und nicht immer die Schlechtesten" zum Verlassen der Gewerkschaften getrieben. Deshalb müsse der enttäuschten Arbeiterschaft ein "neues Ideal" gegeben werden, an das sie wieder "glauben" können - also - "Die Wirtschaftsdemokratie". Dieses Rezept ist nicht erstmalig von Tarnow 1925, sondern (wie Naphtali, ehemaliger Redakteur der "Frankfurter Zeitung" und nachmaliger ADGB-Theoretiker feststellte) von Herrn Leipart schon 1903 angeboten worden: zu jener Zeit also, als die Arbeiterklasse in instinktiv richtiger Erkenntnis nach wirksameren Kampfmethoden und auf die Anwendung des politischen Massenstreiks drängte. Was von den deutschen Arbeitern damals instinktiv erfaßt werden konnte, war ihnen 1925 nach ihren Erfahrungen vor dem Kriege und den folgenden sieben mageren Jahren des "Aufbaues der freiesten Republik der Welt" mehr klar geworden, die einfache, und durch Rußlands Beispiel bewiesene Tatsache, daß nur der Sozialismus einen Ausweg bieten kann. Die Massen fühlten sich enttäuscht, wenn nicht direkt betrogen. Alle ihre Opfer und Entbehrungen im Krieg und Inflation, all ihr Vertrauen auf die Parole ihrer Führer: "Nur Arbeit kann uns retten!" hatten zu dem traurigen Resultat geführt, daß ihr kümmerlicher Lebensstandard nicht nur nicht gesichert, sondern von dem wieder erstarkten Kapitalismus gesenkt wurde, daß sich die Reaktion unter dem "Retter Hindenburg" immer fester konsolidierte. Diesen betrogenen Massen vorzugaukeln, daß es jetzt ihre Aufgabe sei, nicht nur demokratische Staatsbürger zu bleiben, die mit dem Stimmzettel über das Geschick der Weimarer Republik "souverän" zu entscheiden hätten, sondern nun auch demokratische Wirtschaftsbürger zu werden, die im Betriebe "mitzubestimmen" hätten, um so auf völlig demokratisch-friedlichem Wege zum Sozialismus zu gelangen, da war der ganze Inhalt dieses "neuen Ideals" der Wirtschaftsdemokratie, mit dem die Arbeitermassen vom revolutionären Kampf für den Sozialismus abgelenkt werden sollten.

Daß den Reformisten dieses Manöver verhältnismäßig weitgehend gelungen ist, verdanken sie zum größten Teil denjenigen, die die Verantwortung für die Politik der KPD im allgemeinen und für deren Gewerkschaftspolitik im besonderen trugen. Hier zeigte es sich, daß die Losung "Zurück in die Gewerkschaften"

allein nicht genügte, sondern daß es jetzt darauf ankam, den instinktiv vorwärtsdrängenden Massenstimmungen ein positives Ziel zu geben. Es reichte keineswegs aus, den Schwindel der Wirtschaftsdemokratie rein negativ zu bekämpfen, sondern Mittel und Wege für eine positive Lösung des Problems aufzuzeigen, vor das die deutschen Gewerkschaften schon zu Beginn des Jahrhunderts gestellt waren. Der Kampf des damaligen linken Flügels in der Vorkriegs-SPD für die Anwendung des politischen Massenstreiks, sowie der Kampf gegen die Strangulierungsversuche der deutschen Rätebewegung nach dem Kriege haben das Problem für die Arbeiterklasse immer deutlicher sichtbar gemacht, aber es nicht lösen können. Die Nebelwand reformistischer Illusionen war zu stark. Aber jetzt waren die objektiven Voraussetzungen für das Durchbrechen der neuen Nebelwand "Wirtschaftsdemokratie" weitgehend vorhanden. Jetzt kam alles darauf an, den Arbeitern den Weg des Überganges vom rein gewerkschaftlichen Kampf zum politischen Kampf gegen ein bankrotttes System zu zeigen und sie dafür zu gewinnen. Das geistige Rohmaterial zur Lösung des Problems war durch die gewaltige Arbeit von Marx, Engels, Lenin, Luxemburg und ihren besten Schülern geschaffen. Um es aber praktisch auf die gegebene komplizierte Lage anwenden zu können, dazu war unbedingte Voraussetzung, sich dieses Material selbst zu erarbeiten.

Das kostbare Erbe konnten nur die besitzen und verwenden, die es sich erworben hatten. Ohne die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung im allgemeinen und die spezielle Geschichte der in Frage kommenden nationalen Arbeiterbewegung bis in ihre Einzelheiten zu kennen, ohne sich die Erfahrungen dieser Geschichte selbst erarbeitet zu haben, ist es keiner Führung möglich, die Fragen, vor die die Arbeiterklasse des betreffenden Landes gestellt wird, so zu beantworten, daß sie von den Massen verstanden werden kann. Daß diese komplizierte Aufgabe weder durch die Thälmann-Führung, noch auf ca. 2000 km Entfernung von Moskau ausgelöst werden konnte, hat die Geschichte bewiesen.

Die KPD am Scheideweg: Eroberung oder Zerschlagung der reformistischen Gewerkschaften

Ein deutliches Zeichen für die Richtung, in der eine Lösung des Problems zu finden war, gab die große politische Bewegung des Volksentscheids zur Fürstenenteignung im Sommer 1926, die mit ihren 14 Millionen Befürwortern zwar zu keinem Stimmzettel-sieg, aber zu einer gewaltigen Steigerung des Kraftbewußtseins der vereint zusammenwirkenden Massen führte. Die gesamte Reaktion war sich damals einig in ihrer Furcht, daß eine einmal begonnene Enteignung sich unmöglich auf die Fürsten beschränken würde, sondern zwangsläufig die Frage der Enteignung der Bank- und Börsenfürsten und der Monopol-Kapitalisten nach sich ziehen müßte. Welche verhängnisvolle Rolle das parasitäre Monopolkapital im altersschwachen Körper des deutschen Kapitals spielte, war den fortgeschrittensten Schichten der deutschen Werk-tätigen sehr gut bewußt. Damals war in Deutschland buchstäblich eingetroffen, was Marx vorausgesagt:

"Je ein Kapitalist schlägt viele tot. Hand in Hand mit dieser Zentralisation (des Kapitals) oder der Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter.... Die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel.... die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarktes und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes. Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Druckes, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unerträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle".

(Karl Marx, "Das Kapital", Bd.I, S. 803, Berlin 1959)

Diese zu eng werdende Hülle, in der Deutschland zu ersticken drohte, zu sprengen, d.h. die politische Macht zu erobern, die Monopolisten zu enteignen, die Produktionsmittel zu vergesellschaften, damit sie für die Bedarfsdeckung der Massen in Bewegung gesetzt werden konnten, das war die Aufgabe, zu deren Lösung die deutsche Arbeiterklasse in ihrer entscheidenden Mehrheit gewonnen werden mußte.

Dazu gab es in Deutschland nur den Weg über die Eroberung der Gewerkschaften. Aber anstatt dem jämmerlichen Bankrott der reformistischen Gewerkschaftsführer, die mit ihrer Wirtschaftsdemokratie den Arbeitern nur Steine statt Brot anzubieten hatten, die revolutionäre Losung der Arbeiterkontrolle über die Produktion entgegenzustellen, den Arbeitern zu zeigen, daß sie, gestützt auf die Macht der Gewerkschaften, den Kampf gegen die kapitalistische Mißwirtschaft selbst aufnehmen müssen, mit dem Ziel, der kapitalistischen Desorganisation die proletarische Organisationsüberlegenheit, die Kontrolle der Arbeiter entgegenzusetzen und diesen Kampf zu steigern bis zur Enteignung der Monopolisten, versagte die KPD-Führung ebenso wie die Reformisten.

Wie dringend notwendig eine solche Orientierung der Gewerkschaftsarbeit war, zeigt sich am folgenden Beispiel: Ende 1927 weigerten sich die Hüttenbarone, den Beschluß des deutschen Reichstages auf Einführung der Achtstundenschicht durchzuführen und drohten mit der Aussperrung der Arbeiter. Das sozialdemokratische Parteiorgan in Bremen gab in dieser Situation der tatsächlichen Meinung der Arbeiter über diese Provokation treffend Ausdruck, indem es die Enteignung der Schlotbarone verlangte. Anstatt diese Losung anzunehmen und die ganze SPD und den ADGB zu ihrer Durchführung aufzufordern und die Massen, so wie in der Fürstenenteignungskampagne, zu mobilisieren, gab die KPD-Leitung den Arbeitern die Losung des Streikes. Ausgesperrte, oder von der Aussperrung durch die Unternehmer bedrohte Arbeiter zum Streik auffordern, kann nur jemand, der die elementarsten Regeln des Gewerkschaftskampfes nicht begriffen hat. Die logische Folge einer solchen wirklichkeitsfremden Taktik konnte sich nur im sinkenden Vertrauen der Gewerkschaftsmitglieder gegenüber der KPD-Führung auswirken.

Obwohl die verantwortlichen Leiter der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit im Anschluß an die Fürstenenteignungskampagne von ihren alten, sogenannten "rechten" Mitarbeitern auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen wurde, ihre Gewerkschafts-

arbeit der gegebenen Lage anzupassen, d.h. den Massen zu zeigen, wie sie den rein gewerkschaftlichen Reformkampf zum politischen Kampf steigern und erfolgreich machen können, blieb die KPD-Leitung bei ihrer negativen Kritik der reformistischen Gewerkschaftsführer. Völlig außerstande, einzusehen, daß der bloße Lohnkampf unter den gegebenen Umständen sehr wenig Erfolg haben konnte, versuchte sie diese Tatsache mit der schlechten Moral der Reformisten zu erklären. Weil sie selbst zu schwach war, um die Reformisten von einem überlegenen Standpunkt aus politisch zu bekämpfen und so deren verhängnisvollen Einfluß in den Gewerkschaften zu überwinden, mußte sie zwangsläufig wieder zu den selben organisatorischen Experimenten greifen, mit denen eine Ruth Fischer schon vergeblich ihr Heil versucht hatte.

"Wenn es eine Frage gibt, die der deutschen Partei den Kopf kosten kann, dann ist es die Gewerkschaftsfrage" - hatte Sinowjew unter allgemeiner Zustimmung auf dem V. Weltkongreß der Komintern im September 1925 gesagt, - auf diesem Kongreß, der den Bankrott eines Teils der "Linken" feststellte, der dem übrigen Teil der "Linken" die Parteiführung mit der Losung "Zurück in die Gewerkschaften" übergab. Knapp zweieinhalb Jahre Zeitverlust waren nötig, für den Beweis, daß der eine wie der andere Teil der "Linken" vor der Gewerkschaftsfrage wie vor einem unlösbaren Rätsel stand- vor einem Rätsel, an dessen Lösung sich jetzt Losowsky selbst versuchte. Die Theorien, die er dazu im Funktionsorgan der Kommunistischen Internationale Anfang 1928 veröffentlichte, entfesselten stürmische Auseinandersetzungen in der Gewerkschaftsabteilung des Zentralkomitees der KPD. Hier konnten die sogenannten "Rechten" nachweisen, daß Losowskys neue Theorien nichts weiter als eine Neuauflage der bankrotten Ruth-Fischer-Theorien war. In der ganzen Gewerkschaftsabteilung fand sich kein einziger, der Losowsky offen beistand. Die Delegation zu dem inzwischen einberufenen RGI-Kongreß ging zwar mit keinem gebundenen Mandat, aber doch als Vertreterin einer Opposition gegen Losowskys Pläne nach Moskau.

Losowsky ging von der durch nichts bewiesenen Behauptung aus, daß die deutsche Gewerkschaftsbürokratie "in den letzten Jahren noch stärker mit dem kapitalistischen Staatsapparat verwachsen" sei, und schlug die Anwendung "schärferer" Maßnahmen wie die Aufstellung "selbständiger" Listen bei den Betriebsrätewahlen und eine straffere Zusammenfassung der Gewerkschaftsopposition vor, die dann unter dem Namen "RGO" (Rote Gewerkschafts-Opposition) geschaffen wurde.

Die Reformisten waren 1928 noch ebenso wie 1918 zu jedem Liebesdienst für ihre Bourgeoisie bereit. Das hat diese nicht behindert, den Sattlergesellen Ebert durch den Junker Hindenburg zu ersetzen, den ADGB-Bürokraten die Arbeitsgemeinschaft aufzukündigen.

Damit zeigten sie, daß sie auf das Verwachsensein mit ihren Lakaien bestimmt nicht mehr so viel Wert legten wie 1918. Davon hätte sich natürlich auch Losowsky überzeugen können.

Die Begründung für die scheinbar harmlose Forderung "selbständiger" oder "eigener Betriebsratslisten" war windig. Tatsache ist, daß der Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses von 1922, wonach Gewerkschaftsmitglieder nur auf frei gewerkschaftlichen Betriebsratslisten kandidieren dürfen (anderenfalls sie aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden) im Widerspruch zu den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes stand. Die KPD-Fraktion des Leipziger Kongresses hat sich auch gegen diesen Beschluß gewandt, mit dem die Reformisten, nebenbei gesagt, einmal mehr bewiesen haben, welche "prinzipiellen Demokraten" sie sein können, wenn es um ihren Vorteil geht. Weil aber Kommunisten in den Gewerkschaften nur arbeiten können, wenn sie die mit Mehrheit gefaßten Beschlüsse und Statuten anerkennen, was Losowsky früher auch gewußt hatte, hieß die Aufstellung "eigener Listen", auf denen auch "revolutionäre Unorganisierte" figurieren sollten, nichts anderes als die Schaffung von Prädenzfällen, die den Reformisten die willkommene Handhabe für den Ausschluß der kommunistischen "Störenfriede" aus den Gewerkschaften geboten haben. Damit wurde die Zwangslage für die Gründung "selbständiger" Roter Gewerkschaften geschaffen. Der VI. Weltkongreß der Komintern im Sommer 1928, der letzte vor dem Zusammenbruch der deutschen Arbeiterbewegung, hatte es nicht für nötig gehalten, sich besonders mit der Frage zu befassen, die nicht nur der KPD, sondern allen deutschen Arbeiterorganisationen den Kopf kosten sollte. Dieser VI. Weltkongreß hat mit seiner Formulierung, daß die Losung der Produktionskontrolle nur in akut revolutionären Situationen propagiert werden dürfe, und mit der stillschweigenden Sanktionierung des neuen Losowsky-RGO-Kurses alles getan, um die Eroberung der reformistischen Gewerkschaften unmöglich zu machen.

Das instinktiv richtige Gefühl der Gewerkschaftsmitglieder, ihre Gewerkschaften gegen jede Spaltung zu verteidigen, von dem wirkliche Kommunisten nur profitieren können, mußte so zur Stärkung des reformistischen Einflusses führen und trieb die

falsch orientierten Kommunisten zu der verhängnisvollen Gleichsetzung der Gewerkschaftsmassen mit ihrer Führung. Indem sie nur die katastrophalen Auswirkungen, aber nicht wirklichen Ursachen ihrer falschen RGO-Politik sahen, begannen die Kommunisten, sich immer eindeutiger den zahlenmäßig weit überlegenen Unorganisierten zuzuwenden. Zu allem Unglück wurden sie durch Stalins Autorität noch darin gestärkt: Im Dezember 1929 wies er ebenfalls auf die besondere Bedeutung der zahlreichen Unorganisierten hin. So trieben die deutschen Kommunisten und mit ihnen die ganze deutsche Arbeiterklasse steuerlos im Sturm der hereinbrechenden Wirtschaftskrise. So waren sie gezwungen, ihre diversen "Roten Verbände" zu schaffen. Bei der Schaffung des roten "Einheitsverbandes deutscher Metallarbeiter", Oktober 1930, prophezeite Franz Dahlem, daß dieser bald den reformistischen DMV überflügeln werde. Derselbe Losowsky, der 1928 diesen Kurs begründete, der zur offenen Spaltung führen mußte, hatte am 3. August 1920, also noch zu Lenins Zeiten, gesagt :

"Und wenn es wahr ist, daß wir diese Organisationen nicht gewinnen können, müssen wir an der Weltrevolution verzweifeln.....Jede Taktik, die den Austritt aus den Gewerkschaften bezweckt, ist eine reaktionäre Taktik, die sich eingesteht, wir sind so schwach, daß wir die Masse nicht gewinnen können".

(Protokoll des II. Weltkongresses der KI, S.516/17)

Warum die „linke“ KPD-Führung die Massen nicht gewinnen konnte

Die Kommunisten, die sich diesem Selbstmörderkurs entgegenstellten, wurden nach dem VI. Weltkongreß der KI 1928 aus der Partei ausgeschlossen, weil sie die Lehren Marx, Engels und Lenins gegen eine blind gewordene Führung verteidigten, weil sie mit jenen davon überzeugt waren, daß keine kommunistische Partei ihre Arbeiterklasse zum Siege führen kann, wenn sie nicht durch die Eroberung der Gewerkschaften den Befähigungsnachweis für ihre führende Rolle erbringt. Lenin sagte:

"Man kann die politische Macht nicht erobern und soll nicht versuchen, die politische Macht zu erobern, solange dieser Kampf (zur Vertreibung aller unverbesserlichen Führer des Opportunismus aus den Gewerkschaften) nicht auf eine gewisse Stufe gebracht ist, wobei diese "gewisse Stufe" in

verschiedenen Ländern und verschiedenen Verhältnissen nicht gleich ist, diese Stufe richtig einschätzen können nur überlegt handelnde, erfahrene und sachkundige politische Führer des Proletariats eines jeden Landes".

(Lenin, Ausgewählte Werke, Bd. X, S. 86)

Im krisenzerwählten Deutschland von 1929 waren die objektiven Bedingungen für die Machteroberung unverhältnismäßig weiter herangereift als 1918 oder 1923. Durch die Tatsache, daß nun die deutsche Bourgeoisie nicht so wie noch 1923 auf die Hilfe des internationalen Finanzkapitals rechnen konnte, daß ihr umgekehrt jetzt in ihrer schwersten Bedrängnis die Krücken amerikanischer Kredite brutal entzogen wurden, befand sie sich in unvergleichlich schwieriger Lage als je zuvor. Das war der Grund, weshalb die "Deutsche Allgemeine Zeitung" im Sommer 1930 verzweifelt aufschrie: "Laßt den Kapitalismus endlich sterben oder schafft die Bedingungen, unter denen er leben kann!" -

Während aber die objektiven Bedingungen für eine revolutionäre Lösung der deutschen Staats- und Wirtschaftskrise mit treibhausartiger Geschwindigkeit heranwuchsen, wurde die Entwicklung des subjektiven Faktors durch den reformistischen und ultralinken Einfluß künstlich gehemmt.

Aufgrund eigener jahrelanger Erfahrung war es nicht nur in der Arbeiterklasse, sondern auch in breiten Mittelstandsschichten, in klein-bäuerlichen Kreisen und der - von allen Zukunftsaussichten beraubten - intellektuellen Jugend das instinktive Bewußtsein lebendig geworden, daß in dem ganzen System Widersprüche zutage getreten waren, mit denen die bisher herrschende Gewalt nicht mehr fertig werden konnte. Trotz der gewaltig gestiegenen Produktionskapazität sah der Arbeiter seinen Lohn sinken und sich selbst arbeitslos werden, sah sich der Mittelständler durch die erdrückende Macht des Handelskapitals brotlos werden, sah sich der Bauer gezwungen, seine eigene Produktion billig zu verkaufen und seinen eigenen Bedarf mit den künstlich hochgetriebenen Monopolpreisen zu bezahlen, sah sich der junge Student einer bürokratisch verknocherten Gesellschaft gegenüber, in der es zwar genug Geldmittel gab für "arbeitslose" Fürsten, für offene und versteckte Kriegsrüstungen, für Panzerkähne, für saftige Subventionen, für die Monopolräuber und Groß-Agrarier, aber keinerlei Mittel zur Pflege und Ausbreitung wissenschaftlicher Berufe. Indem sie die Unfähigkeit der herrschenden Klasse am eigenen Leibe spürten, mußte es immer breiteren Schichten rein instinktiv klar werden,

daß nur die Werktätigen selbst mit den Widersprüchen dieser Ordnung fertig werden konnten.

Während sich die Reformisten dieser Bewußtseinsentwicklung der Massen mit ihrer Losung der Wirtschaftsdemokratie anzupassen versuchten, um sie in "friedliche Bahnen zu lenken, standen ihr die RGO-Führer ratlos gegenüber und völlig außerstande, durch entsprechende Politik die dumpfe Empörung zu bewußtem revolutionären Handeln zu bringen. Wohl fehlte es der KPD- und RGO-Führung nicht am entschlossenen Willen, die in Parteien und Gewerkschaften organisierte Kraft der deutschen Arbeiterklasse für die revolutionäre Lösung der gesellschaftlichen Krise einzusetzen, desto mehr aber an der Fähigkeit, diese vorhandene, aber durch den reformistischen Einfluß noch gelähmte Kraft zu mobilisieren, um sie als Hebel des gesellschaftlichen Fortschritts einsetzen zu können.

Jetzt, wo die objektiven Bedingungen herangereift waren, wo die deutsche Arbeiterklasse vor der Alternative stand, über den Tageskampf hinaus zum Endkampf überzugehen oder kampfflos vor dem Faschismus zu kapitulieren, mußte offen zutage treten, daß die KPD mit einer Führung, die fünf volle Jahre mit den widersinnigsten Experimenten vertan und die Herausarbeitung eines Aktionsprogrammes für den schwierigsten Teil des Weges versäumt hatte, sich ihre führende Rolle nicht erobern konnte. So befand sich die KPD-Führung in ähnlicher Lage wie die Führung einer Armee, die zwar bereit ist, den Kampf aufzunehmen, aber nicht manövrieren kann, weil ihre Generalstabskarte auf der entscheidenden Stelle statt der eingezeichneten Wege einen weißen Fleck aufweist. Beide "linke" Führergarnituren (Fischer, sowohl wie Thälmann) lehnten die wiederholten, dringlichen Aufforderungen zur Schaffung eines Aktionsprogrammes mit den notwendigen Übergangslösungen nicht nur völlig verständnislos ab, sondern versuchten obendrein noch die um das Schicksal der Partei besorgten Mahner als "Rechte" zu diffamieren.*

Aber sie waren nicht die einzigen in der Kommunistischen Internationale, die an dieser Kurzsichtigkeit gelitten haben. Als zum Beispiel auf dem IV. Kongreß der Kommunistischen Internationale im November 1922 der deutsche Vertreter Inghelauer auf die Notwendigkeit der Schaffung eines Aktionsprogrammes hinwies, wandte sich die russische Delegation dagegen. Aber als Lenin, der infolge seiner eben überstandenen langen Krankheit nicht an allen Verhandlungen teilnehmen konnte, davon erfuhr, veranlaßte er die russische Delegation zur Revidierung ihrer Stellung. In ihrem Namen mußte Bucharin erklären, daß die Schaffung eines Aktionsprogrammes absolut notwendig sei. Aber sich für eine richtige Forderung sozusagen geizgenermaßen zu erklären und sie verwirklichen, ist zweierlei.

Nach Lenins Ausscheiden aus der Komintern-Führung und nach der Absetzung der alten KPD-Führung waren die Kräfte ausgeschaltet, die sich der ganzen Schwierigkeit des Weges der proletarischen Revolution in Deutschland bewußt und deshalb bestrebt waren, alle Voraussetzungen für ihren Sieg zu schaffen. Dieselbe Ruth-Fischer und ihre ganze "linke" Equipe, die sich in ihrem lächerlichen Dünkel über die Spontanitätstheorie einer Rosa Luxemburg mokierten, haben niemals begriffen, daß eine Parteiführung, die nicht fähig ist, sich über den Weg zum Sieg theoretisch klarzuwerden und diesen Weg in seinen wichtigsten Punkten in einem Aktionsprogramm festzulegen, auch niemals imstande sein kann, die vorhandene revolutionäre Gärung in den Massen zu "spontanem" Ausbruch zu bringen. Sie ist gerade umgekehrt dazu verurteilt, ihre eigene Direktionslosigkeit auf die Bewegung der Massen zu übertragen, d.h. tatsächlich die Massen zu verwirren, statt sie planmäßig zu führen. Dieser ultralinken Führung fehlte jede Voraussetzung für die überlegene Sicherheit, mit der ein Lenin im Sommer 1917 seinen menschowistischen und sozialrevolutionären Gegnern versichern konnte, daß er sie mit ihren eigenen Truppen schlagen werde. Das konnte Lenin, weil er sich seines in jahrelanger Arbeit planmäßig festgelegten Weges sicher war, weil er die Methoden gewissenhaft herausgearbeitet hatte, mit denen er den menschowistisch beeinflussten Arbeitern und den sozialrevolutionär beeinflussten Bauern am praktischen Beispiel beweisen konnte, daß und wie sie zu der von den Menschewisten versprochenen Demokratie, zu dem von den Sozialrevolutionären versprochenen Land und zu den von allen klein- und großbürgerlichen Parteien versprochenen Brot und Frieden kommen können, wenn sie mit der bolschewistischen Partei für den Sieg des Sozialismus, für die Schaffung der proletarischen Räteredemokratie zu kämpfen bereit sind.

Diesem Beispiel entsprechend mußte dem proletarischen Anhang der SPD der praktische Beweis erbracht werden, daß ihre Führung die Verteidigung der demokratischen Rechte der Arbeiterklasse nur versprach, aber nicht dafür kämpfen wollte und die Spaltung der Arbeiterklasse in zwei politische Lager nur als Deckmantel und Ausrede benutzte, um dahinter ihre Passivität und ihre staatsretterische Politik des Klassenverrats zu verbergen. Daß diese Ausrede glatter Schwindel war, hatte sich am Beispiel der Fürstenteignungskampagne 1926 klar gezeigt. Als damals die KPD der SPD und dem ADGB ein Einheitsfrontangebot zur gemeinsamen Durchführung dieser Kampagne öffentlich stellte, kam der "Vorwärts",

das Zentralorgan der SPD, mit der plumpen Ausrede, daß dafür eine so hohe Summe als Kaution zu stellen sei, die alle drei Organisationen nicht aufbringen könnten. Die Lächerlichkeit dieser Argumente nachzuweisen, war der KPD um so leichter, als namhafte, fortschrittlich eingestellte Bürgerliche, wie zum Beispiel der bekannte Statistiker Kuczinski ihr diese Aufgabe abnahmen. Unter dem Druck der Öffentlichkeit und ihrer eigenen Mitglieder mußten sich die reformistischen Fürstenverteidiger zu der Kampagne bereiterklären.

Wenn diese Taktik der proletarischen Einheitsfront (mit der die junge KPD bis Ende 1923 so manchen Erfolg erzielte) nach diesem einmaligen Versuch der "linken" KPD-Führung nicht wiederholt wurde, und die späteren zahlreichen Anlässe von der KPD nicht ausgenutzt wurden, so auch darum, weil der Partei jede klare Vorstellung darüber fehlte, auf welches allgemeine Ziel die einzelnen Einheitsfrontkampagnen ausgerichtet werden sollten. Bei der Fürstenkampagne war noch an keinen, wenigstens keinen direkten Eingriff in die kapitalistische Staats- und Wirtschaftsmaschinerie gedacht. Aber wenn z. B. die KPD nach den Reichstagswahlen von 1928 die SPD-Wahlparole: "Kinderspeisung statt Panzerkreuzer" als Grundlage eines gemeinsamen Kampfes genommen, und die Reformisten gezwungen hätte, Farbe zu bekennen, dann wäre damit oder auch später beim Abbau der Sozialfürsorgegesetze die Frage der Regierung gestellt worden. Und darüber, war sich die KPD nicht klar. Der SPD und dem ADGB die Bildung einer Räteregierung, die spezifisch kommunistischen Endlosungen, vorschlagen, ging natürlich nicht. Und hier zeigte sich die verhängnisvolle Lücke, das Fehlen eines Aktionsprogrammes mit entsprechenden Übergangslosungen. Die einzig richtige, den Umständen und Kräfteverhältnissen entsprechende Lösung: "Kampf für die Schaffung einer Arbeiterregierung!" konnte sie nicht stellen, weil ihr jede Übersicht über das ganze Kampfgebiet fehlte, weil sie ganz folgerichtig einsah, auf diesem Gebiete gegenüber der gerissenen reformistischen Führung zu unterliegen. Indem sie und auch die Kominternführung behaupteten, daß die Losung "zwingt die reformistischen Bonzen!" opportunistisch sei, stellten sie diesen Bonzen einen Freibrief für ihre fortgesetzte arbeiterfeindliche Politik aus und beraubten sich selbst jeder Möglichkeit, den SPD-Arbeitern den praktischen Beweis für die klassenfeindliche Politik der Reformisten zu liefern. Die von der KPD- und Komintern-Führung erfundene Theorie des "Sozialfaschismus" war nur der Schlußpunkt hinter dem Eingeständnis, daß sie sich zu schwach fühlten, um die SPD-Massen zu gewinnen. Diese Theorie hat den Reformisten ge-

holfen, ihre unzufriedenen Mitglieder zu halten und in die schwerste kampflose Niederlage zu führen, sie hat aber auch bewiesen, daß sich ihre Urheber über den wirklichen Faschismus völlig im Unklaren befanden.

Ebenso verhängnisvoll wie auf allgemeinem politischen Gebiet mußte sich die Schwäche der KPD-Führung auf dem gewerkschaftlichen auswirken. Die klassenverräterische Arbeitsgemeinschaftspolitik, an der die Reformisten trotz aller Fußtritte des übermütig gewordenen Unternehmertums festhielten, sowie die sich aus dieser prinzipiellen Einstellung der Reformisten zwangsläufig ergebene Taktik der Beschränkung auf rein gewerkschaftliche Kampfmethoden mußte die Gewerkschaften unvermeidlich zur völligen Ohnmacht verurteilen. Die Initiatoren der RGO wandten sich daher mit vollem Recht gegen die reformistische Theorie, daß "man in der Zeit der Krise nicht kämpfen" könne, was in der Tat darauf hinauslief, daß die Arbeiterklasse gerade dann, wenn ihre Interessen am schwersten bedroht werden, darauf verzichten sollte, von ihrer gewerkschaftlichen Verteidigungswaffe Gebrauch zu machen. So unbedingt recht die RGO-Führer mit ihrer Behauptung hatten, daß die reformistischen Führer dem dringend notwendig gewordenen Verteidigungskampf auswichen, so waren sie auf völlig falscher Fährte, wenn sie sich selbst und den Arbeitern dieses Ausweichen mit der persönlichen Feigheit der reformistischen Führer oder deren vorgefaßter Absicht zum Verrat der Arbeiterinteressen, also mit der schlechten Moral der Reformisten zu erklären versuchten. Mit einer solchen, mit den Tatsachen nicht übereinstimmenden Einschätzung verschoben die RGO-Führer ihre absolut notwendige und allein erfolgversprechende politische Auseinandersetzung mit den Reformisten auf das moralische Gebiet, auf dem sie nicht nur wirkungslos blieben, sondern sogar das Gegenteil des richtig gewollten Zweckes erreichen mußten.

In Wirklichkeit ist es die prinzipielle politische Einstellung der Reformisten, die sie unvermeidlich dazu zwingt, den Klassenkampf nur innerhalb der jeweilig gegebenen Grenzen der bestehenden kapitalistischen Ordnung zu führen. Wenn diese "Ordnung" in der Zeit der Krise den Lebensstandard der Arbeiter nicht aufrechterhalten kann, ihn sogar ständig senken muß, bleibt der Arbeiterklasse nach der reformistischen Theorie nichts weiter übrig, als "auf bessere Zeiten" zu warten, dann ist es in letzter Konsequenz für die Vertreter dieser Theorie immer noch ein "kleines Übel", wenn Tausende von Arbeitern verelenden, als daß ihre "Ordnung" vom Sturz bedroht wird. Sie sind davon überzeugt, daß dem Sturz dieser Ordnung nur das Chaos folgen kann. Der Widerspruch zwischen

ihrer tatsächlichen Rolle als Ordnungshüter und ihrer eingebildeten und von ihren Anhängern noch ernstgenommenen - Rolle als Vertreter proletarischer Klasseninteressen zwingt sie immer wieder, selbst die feierlichsten Versprechungen schamlos zu brechen und sich somit auch moralisch zu diskreditieren. Diese moralische Ver lumpung ist also nicht die Ursache, sondern die Folge ihrer klassenverräterischen Politik, weshalb sie auch nur mit politischen Waffen erfolgreich bekämpft werden kann.

Dieser zwiespältigen Rolle entspricht auch die Strategie und Taktik der Reformisten in den gewerkschaftlichen Kämpfen um Lohn und Arbeitsbedingungen. Geleitet oder vielmehr gehemmt durch ihr alles andere überragende Interesse an der Sicherung ihrer "Ordnung" sind sie tatsächlich außerstande, selbst die noch im Rahmen dieser Ordnung vorhandenen Möglichkeiten voll auszunutzen. Insofern hatte die RGO völlig recht, daß eine revolutionäre Gewerkschaftsführung im allgemeinen bessere Erfolge in diesen gewerkschaftlichen Tageskämpfen erzielen konnte. Was aber die RGO übersah, war die Tatsache, daß die Erfolgsmöglichkeiten dieses gewerkschaftlichen Tageskampfes von Bedingungen abhängt, auf die die Gewerkschaftsführung keinen Einfluß hat. Innerhalb einer ansteigenden Wirtschaftskrise müssen die Erfolgsmöglichkeiten des Lohnkampfes unvermeidlich zusammenschrumpfen. Wenn nun die Reformisten damals erklärten, "in der Krise kann man nicht kämpfen", gaben ihre Anhänger ihnen und nicht der RGO recht, die das einfach als Schwindel erklärte, aber zu schwach war, diesen Schwindel durch die Praxis zu entlarven.

Die wirkliche Aufgabe von Kommunisten konnte nicht darin bestehen, eine feststehende Tatsache zu bestreiten, wodurch sie sich nur diskreditieren konnten, sondern umgekehrt, an Hand dieser Tatsache nachzuweisen, daß die Gewerkschaften nur infolge ihrer Beschränkung auf rein gewerkschaftliche Kampfmethoden zur völligen Ohnmacht verdammt sein müssen, daß die Gewerkschaften die Existenz ihrer Mitglieder und ihre eigene Existenz als Gewerkschaften nur verteidigen können, wenn sie über den rein gewerkschaftlichen Kampf hinaus zum politischen Kampf übergehen, indem die Kraft der Gewerkschaften mit der Kraft aller Arbeiterorganisationen vereint der Kapitaloffensive Widerstand leisten und sie zurückschlagen kann.

Die von der RGO-Führung aufgestellte Losung: "Wir müssen den Lohnkampf zu einem politischen Kampf machen!" zeigte, neben anderen Beispielen, daß ihr wohl ein richtiger Gedanke vorschwebte,

der aber in dieser primitiven und sachlich nicht zutreffenden Form mehr Irrtum als Wahrheit ausdrückte. Der Lohnkampf ist seinem Wesen nach das Mittel, mit dem die Arbeiterschaft den günstigsten Preis für ihre Arbeitskraft zu erzielen versucht. Da aber die Arbeitskraft nichts anderes als eine Ware ist, (die einzige Ware, die der Proletarier zu verkaufen hat), so unterliegt auch ihr Preis dem Gesetz von Angebot und Nachfrage. Das heißt: In der Krise, in der das Angebot die Nachfrage bei weitem übersteigt, fehlt eine entscheidend günstige Voraussetzung für die Aufnahme des Lohnkampfes. Weil die gewerkschaftlich organisierten deutschen Arbeiter aus eigener Erfahrung wußten, daß in der schweren Krise der bloße Lohnkampf versagen mußte, konnte sie natürlich auch keine Macht der Welt dazu bringen, ein unwirksam gewordenes Kampfmittel anzuwenden. Die Parole der RGO hing also faktisch in der Luft. Aber indem sie selbst den unmöglich gewordenen Lohnkampf als Ausgangspunkt für die Steigerung zum politischen Kampf betrachtete, bewies sie, daß ihre ganze RGO-Theorie nur die radikal drapierte Theorie der Reformisten war, deren gewerkschaftliches ABC auch bloß bis zum gewerkschaftlichen Lohnkampf reicht. Weil sie nur mit den unbrauchbar gewordenen Waffen ihres Gegners kämpfte, mußte sie faktisch kapitulieren und konnte die Truppen des Gegners nicht auf ihre Seite bringen.

Nicht reformistische, nicht ultralinke, sondern marxistische Gewerkschaftspolitik

In seiner bekannten Gewerkschaftsresolution für den Genfer Kongreß (1866) der Internationalen Arbeiter-Assoziation vergleicht Karl Marx die Rolle, die die Gewerkschaften, wenn auch zunächst unbewußt, im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse spielen, mit der Rolle, die die Städte (Munizipalitäten) im Kampfe des Bürgertums gegen den Feudalismus gespielt haben. Nachdem er diese Resolution verfaßt und in ihr auf die Entstehung der Gewerkschaften aus den spontanen Versuchen der Arbeiter zur Schaffung eines gemeinsamen Widerstandes und die Notwendigkeit der Fortsetzung und Ausbreitung der Gewerkschaftsbewegung hingewiesen hat, sagt Marx:

"Andererseits sind die Gewerkschaften, ohne daß sie sich dessen bewußt sind, zu Brennpunkten der Organisation der Arbeiterklasse geworden, wie es die Munizipalitäten und Gemeinden des Mittelalters für die Bourgeoisie gewesen waren. Wenn die Gewerkschaften unerläßlich sind für den täglichen

Kleinkrieg zwischen Kapital und Arbeit, so sind sie noch viel wichtiger als organisierte Hebel, um die Abschaffung des Lohnsystems selbst zu beschleunigen".

(Aus dem französischen rückübersetzt, Anhang zu Karl Marx: Lohn, Preis und Profit, franz. Ausg., S. 29)

Die Bourgeoisie hätte in ihrer Revolution gegen den Feudalismus nicht siegen können, wenn sie nicht vorher in jahrhundertelangen Kämpfen die Gemeinden als unterste Einheiten des feudalen Staates erobert und als Brennpunkte ihrer bürgerlichen Klassenorganisation ausgebaut hätte. Erst nachdem sie ihre eigene Macht in den Municipalitäten und Gemeinden bis zu einem gewissen Punkte gefestigt hatte, konnte sie zum Generalangriff gegen die feudale Staatsgewalt übergehen und siegen, wie es der Verlauf der großen französischen Revolution glänzend bewiesen hat. Aber ebenso wie der Feudalismus durch die Gründung von Städten die Organisationsbasis für seinen bürgerlichen Klassegegner geschaffen, ebenso hat auch diese siegreiche bürgerliche Klasse durch die Schaffung der modernen Industrie die Basis für die Organisation ihres proletarischen Klassegegners schaffen müssen. In seiner Antwort auf den kleinbürgerlichen französischen Sozialisten Proudhon, im "Elend der Philosophie", schildert Marx diese Entwicklung in der Form der Gewerkschaften:

Die große Industrie drängt an einem einzigen Ort eine Menge einander unbekannter Leute zusammen. Die Konkurrenz trennt sie nach ihren Interessen. Aber die Behauptung des Lohnes, dieses Interesse, das ihnen gemeinsam ist ihrem Unternehmer gegenüber, vereinigt sie in denselben Gedanken des Widerstandes - Koalition.....Die zuerst vereinzelt Koalitionen bilden Gruppen und angesichts des immer vereinigten Kapitals wird die Erhaltung der Assoziation für sie viel wichtiger, als die Behauptung des Lohnes. In diesem Kampfe - einem wirklichen Bürgerkrieg - vereinigen und entwickeln sich alle Elemente für eine zukünftige Schlacht. Ist einmal dieser Punkt erreicht, dann nimmt die Assoziation einen politischen Charakter an."

(Karl Marx: Ausgewählte Werke, Bd.I..

Nach der Auffassung von Marx - die sich weder mit der Auffassung der Amsterdamer "Marxisten", noch mit der Auffassung der radikalen RGO-Theoretiker deckt - sind die Gewerkschaften die im kapitalistischen Betrieb vereinigte Klassenkraft und damit der Kerntrupp der proletarischen Klassenarmee, in deren Kampf um

die Behauptung des Lohnes und für die Erhaltung ihrer Organisation sich alle Elemente für eine zukünftige Schlacht vereinen und entwickeln. Der kapitalistische Betrieb wird damit für die Arbeiterklasse was die mittelalterliche Gemeinde für die bürgerliche Klasse gewesen war. Im kapitalistischen Betrieb hat sich die Arbeiterklasse organisiert, um für die "Verbesserung" ihres Anteils am kapitalistischen Produktionsertrag zu kämpfen. In diesem Kampf hat sie unvermeidlich immer den kürzeren ziehen müssen.

Gemessen an der Zunahme des gesellschaftlichen Gesamtreichtums sank der kümmerliche Anteil der Arbeiter unaufhörlich. Deshalb spricht Marx, der in seiner Schrift "Lohn, Preis und Profit" (1865) diese unaufhaltsam sinkende Tendenz bis ins einzelne nachgewiesen hat, hier nicht vom Kampf um die Verbesserung, sondern um die Behauptung des Lohnes. Die Arbeiter könnten im Kapitalismus ihre gesellschaftliche Lage tatsächlich verbessern, ist ein Lehrsatz aus dem Katechismus der Reformisten, d.h. der Verfälscher des Marxismus. Der wirkliche und bleibende Erfolg ihres Kampfes um ihre Tagesforderungen besteht nach Marx in der zunehmenden Erkenntnis der Arbeiter, daß sie ihre Klassenkraft immer fester verteidigen müssen. "Manchmal siegen die Arbeiter", heißt es im "Kommunistischen Manifest", "aber dieser Sieg ist nur vorübergehend. Das wirkliche Resultat ihrer Kämpfe ist viel weniger der unmittelbare Erfolg, als die immer mehr zunehmende Vereinigung der Arbeiter", d.h., die Vereinigung und Entwicklung ihrer Klassenkraft für den unvermeidlich bevorstehenden Entscheidungskampf zur Abschaffung des Systems der Lohnsklaverei. Denn die natürliche Entwicklung dieses Ausbeutungssystems muß die herrschende Klasse unweigerlich zu dem Punkt bringen, wo sie unfähig wird, ihre Rolle als herrschende Klasse noch weiter zu erfüllen, "weil sie ihren Sklaven nicht einmal mehr die Existenz innerhalb der Sklaverei sichern kann" (wie es im Kommunistischen Manifest schon 1848 hieß).

Dem unausweichlichen Verfallstermin ihrer Herrschaft hatte sich die Bourgeoisie der westeuropäischen Industrieländer und in beschleunigtem Tempo die "ärmere" Bourgeoisie (Deutschland, Italien) seit der Jahrhundertwende unaufhaltsam genähert. Die italienische Bourgeoisie mußte bald nach dem Ende des ersten Weltkrieges ihren Bankrott eingestehen. Ihrem richtigen Klasseninstinkt folgend, schritten die italienischen Arbeiter zur Besetzung der Betriebe. Aber die italienische Arbeiterklasse hatte im Jahr 1920 noch viel weniger als die deutsche 1918 eine wirklich revolutionäre Partei, die sie in dieser schweren Krise führen konnte.

Der noch weitaus überragende Einfluß der Reformisten hat auch die italienischen Arbeiter an einer revolutionären Lösung der Krise entscheidend gehindert. Auch für die italienische Arbeiterklasse bestand ihr größtes Unglück darin, daß sie die Spaltung mit den Reformisten nicht schon vor dem Kriege durchgeführt hatte. Die Schaffung einer kommunistischen Partei war hier noch viel schwieriger als in Deutschland. Auf dem Parteitag in Livorno - Januar 1921 - standen sich 98.000 zentristische, 14.000 reformistische und 58.000 kommunistische Stimmen gegenüber. Die Zentristen unter Serrati zogen den Bruch mit den Kommunisten den 14.000 Reformisten zuliebe vor. Den italienischen Kommunisten gelang es so nicht, wie es der jungen KPD einige Monate zuvor in Halle gelungen war, die Mehrheit der zentristischen Partei zu gewinnen. Ebenso wenig gelang ihr die rasche Überwindung ihrer Kinderkrankheiten. Auf dem III. Weltkongreß - Juli 1921 - wandte sich der italienische Vertreter Terracini gegen den "offenen Brief", d.h. gegen eine von der deutschen KP angewandte Methode der Einheitsfronttaktik. Ebenso war er gegen die Formulierung der Thesen des Kongresses, nach denen die Mehrheit der Arbeiterklasse von den kommunistischen Parteien zur Durchsetzung ihrer Ziele erobert werden muß. Diesem Terracini und seinen ultralinken italienischen, österreichischen und deutschen⁺ Gesinnungsfreunden hat Lenin damals erklärt:

"...Daß auf dem Kongreß, nachdem schon so lange Diskussionen geführt worden sind, der "offene Brief" für opportunistisch erklärt wird, das ist eine Schmach und Schaden! ...Wozu dann der Kampf gegen die KAPD? Der "offene Brief" ist ein vorbildlicher politische Schritt...Er ist vorbildlich als erster Akt der praktischen Methode, um wirklich die Mehrheit der Arbeiter zu gewinnen. Wer nicht versteht, daß wir in Europa, wo fast alle Proletarier organisiert sind, die Mehrheit der Arbeiterklasse erobern müssen, der ist verloren für die kommunistische Bewegung...Genosse Terracini hat nicht viel begriffen von der russischen Revolution. Wir waren in Rußland eine kleine Partei, aber wir hatten die Mehrheit in den Arbeiter- und Bauernräten im ganzen Lande. Wo haben Sie das? Wir hatten fast die Hälfte der Armee, die damals zumindest zehn Millionen stark war. Haben Sie die Mehrheit der Armee. Zeigen Sie mir ein solches Land!

Die Mehrheit der deutschen Delegation hatte sich Terracini angeschlossen. Sie umfaßte damals noch KAPD-Clemente. Der III. KI-Kongreß hatte ihnen noch ein befristetes Ultimatum zur Anerkennung der Beschlüsse gelassen, innerhalb dessen sie sich für oder gegen die Partei entscheiden konnten.

Wenn diese Ansichten vom Genossen Terracini von drei Delegationen geteilt werden, dann ist etwas krank in der Internationale! Dann müssen wir sagen: "Halt! Entschiedener Kampf sonst ist die Kommunistische Internationale verloren!"

(Lenin, Ausgewählte Werke, Bd.X, S. 275/76)

Noch im April 1922 war Lenin der Meinung:

"Der größte Fehler der italienischen Kommunisten und eines Teiles der französischen Kommunisten und Syndikalisten besteht darin, daß sie sich mit dem Wissen begnügen, das sie haben."
(ebenda, S. 298)

Dieses Wissen konnte nicht ausreichen, um die Mehrheit der italienischen Arbeiterklasse zu erobern und sie zu befähigen, ihrer unfähig gewordenen Bourgeoisie die Macht zu entreißen. So war gegen Ende 1922 in Italien ein Zustand eingetreten, wie ihn Marx im "Achtzehnten Brumaire des Napoleon Bonaparte" beschrieb, ein Zustand, in dem die herrschende Klasse "nicht mehr" und die beherrschte Klasse "noch nicht" die Kraft zur Ausübung der Macht hatte. Und dieser Gleichgewichtszustand zwischen zwei Klassen schuf die objektive Voraussetzung, die einem Napoleon Bonaparte im Dezember 1851, einem Mussolini im Oktober 1922 und auch einem Hitler 1933 die Aufrichtung ihrer konterrevolutionären Diktatur ermöglichte.

Für die internationale und besonders für die deutsche Arbeiterklasse war Italien zum Warnungszeichen geworden. Die unverbesserlichen Opportunisten prahlten damals: "Deutschland ist nicht Italien!" Sie und einige Jahre später auch die RGO-Strategen haben sich an dieser gedankenlosen Phrase berauscht, bis sie sich 1933 davon überzeugen mußten, daß gerade weil Deutschland nicht Italien war, weil die deutsche Arbeiterklasse um so viel stärker und fortgeschrittener war, die Wucht und Grausamkeit der faschistischen Diktatur um so zügelloser toben mußte, um die stolze deutsche Arbeiterbewegung restlos zu knebeln. Die damalige deutsche KPD-Führung nahm die schwere Niederlage der italienischen Bruderklasse zum Anlaß, um ihre Arbeit zur Eroberung der Gewerkschaften und Betriebsräte verstärkt fortzusetzen. Noch längst bevor ein Tarnow sein "Neues Ideal" der Wirtschaftsdemokratie aus dem Müllkasten spießbürgerlicher Vulgärökonomie ausgrub, hatte sie gestützt auf die Lehren von Marx, Engels und Luxemburg und die reichen Erfahrungen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, unter Mithilfe Lenins die entscheidende Vorarbeit zur Lösung des Problems geleistet, das die Tarnows zu verkleistern versuchten. Die enge Waffenbrüderschaft der reformistischen Führer mit den kapitalistischen Scharfmachern

a la Stinnes, Vögler & Co., gegen die deutsche Rätebewegung hatte ihre guten Gründe. Viel klarer als die Arbeiterklasse selbst sah die Bourgeoisie in dieser Bewegung das Zutagetreten einer neuen Ordnung, die die ersten unbeholfenen Schritte zur Abschaffung ihrer überlebten Ausbeuterordnung unternahm. Nachdem die deutsche Rätebewegung in der Form der Arbeiter- und Soldatenräte infolge der Reparation der Bourgeoisieherrschaft durch die Ebert-Scheidemann den Boden verlieren und von der politischen Bildfläche verschwinden mußte, richteten sich die damals noch bürgerlich vereinten Arbeitsgemeinschaftler gegen die Betriebsrätebewegung. Ebenso wie die leitende Idee für die Organisationsform der modernen Gewerkschaftsbewegung von keinem überragenden Führerhirn erfunden, sondern von der kämpfenden Arbeiterklasse selbst gefunden wurde, ist auch die Betriebsrätebewegung und auch die politische Rätebewegung als eine bessere, zweckmäßigere, den veränderten Kampfesbedingungen entsprechende Organisationsform, das Resultat gesteigerten Klassenkampfes und Klassenbewußtseins der proletarischen Massen. In dieser neuen Form organisiert, treten die Arbeiter, und zwar alle Arbeiter des Betriebes, ohne Rücksicht auf ihre verschiedene gewerkschaftliche, politische, oder sonstige Einstellung, ihrem Klassengegner nicht mehr nur mit bloßen äußerlichen Reformforderungen entgegen, sondern mit Forderungen, die in die Leitung der Produktion und Distribution selbst eingreifen, mit Forderungen, in denen eine zum Bewußtsein ihrer tatsächlichen Rolle im Produktions- und Verteilungsprozeß gelangende Arbeiterklasse der Kapitalistenklasse die Unfähigkeit dokumentiert und ihr historisch erworbenes Recht auf die Vergesellschaftung der Produktionsmittel geltend macht. So ist der Kampf im Zeichen der Betriebsräte noch nicht der Kampf um die politische Macht, aber seinem Inhalt nach die unumgänglich notwendige Vorbereitung dafür. In der Herausfindung der zweckmäßigen Organisationsform zur Vertretung ihrer Klasseninteressen - der Schaffung von Gewerkschaften (im industriell führenden England), der Schaffung der Räteorganisation (erstmalig als Sowjets in Rußland um 1905) - manifestiert sich der elementare schöpferische Instinkt der Arbeiterklasse, den die spießbürgerliche verblödeten Opportunisten aller Schattierungen niemals spüren oder gar begreifen können, aus dem aber solche Genies wie Marx und Lenin entscheidend wichtige Schlußfolgerungen für die Herausarbeitung einer wissenschaftlich fundierten Strategie und Taktik des proletarischen Klassenkampfes ziehen konnten. In diesem Zusammenhang ist es heute sehr nützlich, auf eine Etappe in der deutschen Arbeiterbewegung hinzuweisen, die einen weiteren Beweis dieser Art erbrachte.

Franz Mehring schildert in seinen "Anmerkungen" zu den von ihm herausgegebenen Artikeln von Marx in der "Neuen Rheinischen Zeitung" aus dem Jahre 1848, wie damals die deutsche Arbeiterklasse aus eigenem Instinkt die Notwendigkeit der Schaffung einer selbständigen, von bürgerlich- demokratischen Bewegungen unabhängig, politischen Arbeiterorganisationen erkannte und auch zu verwirklichen suchte.

Mehring schrieb dazu:

".....als 'Organ der Demokratie' hatte sie (die "Neue Rheinische Zeitung") die politische Bühne beschritten und so wenig sich der rote Faden verkennen ließ, der sich durch ihre Arbeiten zog, so vertrat sie zunächst noch mehr die Interessen der bürgerlichen Revolution gegenüber dem Absolutismus und Feudalismus, als daß sie schon die Interessen des Proletariats gegen die Bourgeoisie vertreten hätte. Von der besonderen Arbeiterbewegung der Revolutionsjahre ist in ihren Spalten wenig zu finden, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß neben ihr unter der Leitung Molls und Schappers ein besonderes Organ des Kölner Arbeitervereins erschien".

Wie Mehring weiter ausführt, sahen Marx und Engels damals "das wichtigste Interesse der Arbeiterklasse zunächst in dem möglichen Vorantreiben der bürgerlichen Revolution". Und wie Engels im Vorwort zu den "Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln", 1885, sagte:

"...daß es sich vor allem darum handelte, durch politische Siege sich erst das Gebiet zu erobern, worauf allein solche Dinge (Streiks, Gewerkschafts- und Produktionsgenossenschaften) auf die Dauer durchführbar waren".

"Trotz alledem", schrieb Mehring, "bleibt es ein merkwürdiger Beweis dafür, wie der elementare Instinkt der Arbeiterbewegung die Konzeption der genialsten Denker zu berichtigen weiß, daß sie im April 1849 sich für eine spezifische Arbeiterorganisation entschieden und die Beschickung des Arbeiterkongresses beschlossen, der besonders von dem ostelbischen Proletariat vorbereitet worden war".

In seiner Broschüre "Zwei Taktiken der Sozialdemokratie" (aus dessen "Nachwort" die vorstehenden Zitate entnommen sind), in

der Lenin 1905 die Taktik der bolschewistischen Partei in der bürgerlichen russischen Revolution klarstellt, sagt er zu der Feststellung Mehrings:

"Also erst im April 1849, nach fast einjährigem Erscheinen der revolutionären Zeitung (die "Neue Rheinische Zeitung" begann am 1. Juni 1848 zu erscheinen) sprachen sich Marx und Engels für eine besondere Organisation der Arbeiter aus. Bis dahin leiteten sie einfach ein 'Organ der Demokratie', das durch keinerlei organisatorische Bande mit einer selbständigen Arbeiterpartei verbunden war---Das darf bei der Bewertung der wiederholten Erklärungen von Marx aus dieser und der etwas späteren Epoche über die Notwendigkeit einer selbständigen Partei-Organisation des Proletariats nicht vergessen werden. Marx hat erst aus der Erfahrung der demokratischen Revolution und fast ein Jahr später praktisch diese Schlußfolgerung gezogen: so spießbürgerlich und kleinbürgerlich war damals die ganze Atmosphäre in Deutschland".
(Lenin, Ausgewählte Werke, Bd.III, S. 124)

In dieser Fähigkeit und Bereitschaft, nicht nur für, sondern auch mit und von den Massen zu lernen, hat sich noch immer der wirkliche Wert einer Führung bewiesen. Lenin hielt es für "besonders wichtig", festzustellen, daß die Revolution "nicht nur die Führer, sondern auch die Massen lehrt". Und er hat vor entscheidenden Entschlüssen (so beim Brest-Litowsker Frieden) sorgfältig die Massenstimmung mit einkalkuliert. Die Ereignisse in Italien, die Fabrikbesetzungen durch die Arbeiter, zeigten deutlich, daß der elementare Instinkt der Massen ohne dementsprechende Führung durch eine aktionsfähige Arbeiterpartei nicht ausreicht, für die fortschrittliche Lösung der kapitalistischen Krise. Die Angriffe des ultralinken Terracini und seiner Freunde gegen die von der deutschen Parteiführung praktisch angewandte Einheitsfront- und Gewerkschaftstaktik, sowie die energische Verteidigung dieser Politik durch Lenin auf dem III. Weltkongreß der KI waren ein doppelter Beweis, daß hier in Deutschland die Lehren von Marx und Engels und Lenin praktisch, und wie die Ergebnisse zeigten, erfolgreich angewandt wurden. Damals galten für die deutschen Kommunisten die Leitsätze, die der II. Weltkongreß der KI im Jahre 1920 zur Gewerkschafts- und Betriebsrätefrage angenommen hatte:

"Der Kampf der Betriebsräte gegen den Kapitalismus hat als nächstes allgemeines Ziel die Kontrolle der Arbeiter über die Produktion. Die Arbeiter jedes Unternehmens, jedes Indu-

striezweiges leiden unabhängig von ihrem Beruf unter der Sabotage der Produktion durch die Kapitalisten, die es häufig für vorteilhafter halten, auf die Fortsetzung der Produktion zu verzichten, um die Arbeiter durch Hunger zu zwingen, auf die drückendsten Arbeitsbedingungen einzugehen... Aber die Desorganisation der Wirtschaft ist nicht nur ein Ergebnis des bewußten Willens der Kapitalisten, sondern in weit höherem Grade ein Ergebnis des unaufhaltsamen Zerfalls des Kapitalismus. Daher werden die Betriebsräte in ihrem Kampf gegen die Folgen dieses Zerfalls über die Grenzen der Kontrolle des einzelnen Betriebes hinausgehen müssen. Die Betriebsräte der einzelnen Betriebe werden sehr bald vor der Frage einer Arbeiterkontrolle über ganze Industriezweige und über deren Gesamtheit stehen. Da aber auf den Versuch der Arbeiter, die Versorgung der Fabriken mit Rohstoffen, die Finanzoperationen der Fabrikunternehmer zu kontrollieren, die Bourgeoisie und die kapitalistischen Regierungen mit den energischsten Maßregeln gegen die Arbeiterklasse antworten werden, so führt der Kampf um die Arbeiterkontrolle über die Produktion zum Kampf um die Besitzergreifung der Macht durch die Arbeiterklasse".

(Protokoll des II. Weltkongresses der KI, S. 534)

Es hat in der deutschen Inflationskrise zahlreiche Beispiele für die praktische Wirksamkeit der Betriebsräte in dieser Richtung gegeben. So ist es zum Beispiel vorgekommen, daß eine große Baufirma die Arbeit wegen Mangel an Zement einstellen wollte. Als der Betriebsrat durch die Verbindung mit den Betriebsräten dieser Branche den Gegenbeweis lieferte, fehlten nunmehr die Transportmittel, sich mit den Betriebsräten der Eisenbahn in Verbindung setzend, konnte nachgewiesen werden, daß genügend leere Wagen an genau bezeichneten Standorten zur Verfügung standen. So konnte durch das Zusammenwirken der Betriebsräte und unter dem Druck der gleichzeitig mobilisierten Öffentlichkeit diese Sabotage durchbrochen werden. Aber diese Bewegung blieb nicht auf die Betriebe allein beschränkt. Hausfrauen bildeten auf dem Höhepunkt der Inflationspreistreiberei Preiskontroll-Kommissionen, die Preisherabsetzungen erzwangen. Darüber hinaus ergab die Abwehrbewegung gegen den Preiswucher der Monopolkapitalisten die günstige Basis zur Annäherung der ländlichen Bevölkerung und Mittelständler an die Arbeiterklasse. Diese Schichten, die den kapitalistischen Pressekulis nur zu leicht glauben, daß nur die "hohen Arbeiterlöhne" die Waren-Preise steigern, fühlen sich einig mit den Arbeitern im Kampfe gegen die Monopolkwucherer. Aus den Reihen der intellektuellen Berufe und selbst

aus Militärkreisen bekam die Arbeiterklasse Zuzug von ehrlichen Elementen, die in ihrem Beruf noch bessere Gelegenheit hatten, die Sabotage, die Schiebung und die ganze Korruption der Profitjäger zu beobachten und an die Öffentlichkeit zu bringen.

"Wenn der Schleier von der Orgie der Marodeure fällt, dann ist das der erste Schritt zur Bändigung der Marodeure", sagt Lenin.

Um diesen ersten Schritt im Kampfe gegen das ganze verfaulte System der Marodeure zu tun, um die gesamte Kraft der proletarischen Klasse und aller ausgebeuteten Werktätigen in diesem Kampfe der einen Klasse gegen die andere zu mobilisieren, genügte nicht die gute Absicht, den Lohnkampf zu einem politischen Kampf machen zu wollen.

Abgesehen davon, daß die Möglichkeit des Lohnkampfes von der jeweiligen Wirtschaftskonjunktur abhängt, die überdies nur in Ausnahmefällen in allen Industriezweigen gleich ist, und daß demzufolge immer nur einzelne Teile der ganzen Klasse eingesetzt werden können, hat der Lohnkampf an sich kein politisches, d.h. gegen die gesamte Klassenherrschaft gerichtetes Ziel. Andererseits ist es richtig, daß Lohnkämpfe in der Zeit schwerer Wirtschaftskrisen von vornherein oder zumindest sehr schnell politischen Charakter annehmen müssen, weil eben die herrschende Klasse ihren Lohnsklaven keine wesentlichen Zugeständnisse machen kann, ohne ihre eigene Ausbeuterexistenz in Gefahr zu bringen. Ein lehrreiches Beispiel hat der Streik der Berliner Eisenbahner geliefert, der sofort zu einem Kampf um das Streikrecht wurde. Im Auftrage des "sozialistischen" Reichspräsidenten Ebert wurde die aus Sozialdemokraten und Kommunisten zusammengesetzte Streikleitung verhaftet.

Den Reformisten gelang es, die übrige Arbeiterschaft vom Solidaritätsstreik abzuhalten. (Viermal haben sich zu jener Zeit die Berliner Eisenbahner eine oppositionelle Ortsleitung gewählt, die jedesmal vom reformistischen Hauptvorstand nicht bestätigt wurde.)

Das heißt aber auch, daß der Kampf der Massen um ihre Existenz nicht mehr als bloßer Lohnkampf, sondern nur noch als politischer Kampf, in dem die ganze Klassenkraft vereinigt werden muß, erfolgreich ist. Das heißt aber auch, daß in dem Maße, in dem sich die Arbeitermassen für politische Ziele in Bewegung setzen, auch dem Lohnkampf wieder gewisse Erfolgsmöglichkeiten eröffnet werden. (Fritz Ebert beschwor Ende 1918

die deutschen Arbeiter, "die Revolution nicht zu einer Lohnbewegung zu machen"). Es gibt keine absolut starren Grenzen für die beiden Kampfesformen: Beide ergänzen und bedingen sich auch gegenseitig. Die entscheidende Voraussetzung dafür, daß sich die Arbeiterklasse beider Kampfesformen je nach den gegebenen Bedingungen bedienen kann, besteht darin, daß sie sich von nichts anderem als von ihrem eigenen proletarischen Klasseninteressen leiten läßt, d.h. daß sie sich in ihrer entscheidenden Mehrheit vom Einfluß der kleinbürgerlich-reformistischen Führung befreit hat. Um diese Voraussetzung zu schaffen, müssen sich aber die Gewerkschaften ihrer wirklichen Rolle auch völlig bewußt werden: sie müssen (wie Marx in seiner Genfer Resolution sagte) "über ihre primitiven Ziele hinaus nunmehr in bewußterer Weise handeln lernen als Brennpunkte der Organisation der Arbeiterklasse im überragenden Interesse ihrer vollständigen Befreiung". Dazu müssen die Gewerkschaften nach Marx "jede soziale und politische Bewegung unterstützen, die diesem Zwecke dient" und indem sie sich selbstbetrachten und handeln als Pioniere und Vertreter der gesamten Klasse "werden sie auch unvermeidlich die noch außerhalb der Gewerkschaft Stehenden an sich ziehen."

Unter reformistischer Führung können sich die Gewerkschaften ihrer wirklichen Rolle niemals bewußt werden, können sie ihre Aufgabe als Kampforgane zur völligen Befreiung der Arbeiterklasse nicht erfüllen und müssen mit den Interessen ihrer proletarischen Mitglieder in Widerspruch geraten. Der Reformismus als eine spezifisch kleinbürgerliche Bewegung hindert bewußt die Gewerkschaften, "über ihre primitiven Ziele" hinauszukommen. Unter seinem verhängnisvollen Einfluß haben die deutschen Gewerkschaften (um 1905) auf die Waffe des politischen Massenstreiks verzichtet, haben sie sich (1918/19) gegen die politische Rätebewegung, für die Kastrierung der Betriebsrätebewegung und in der Arbeitsgemeinschaft mit ihren Klassenfeinden mißbrauchen lassen. Und angesichts der immer sichtbarer hervortretenden Auswirkungen der anarchistischen Monopolwirtschaft und des drohend heraufziehenden Verfallstermins der deutschen Kapitalistenklasse versuchte der Reformismus wiederum mit seiner Wirtschaftsdemokratie einen Blitzableiter für die bedrohte Kapitalsherrschaft aufzurichten, um die Gewerkschaften auch diesmal von ihrer wirklichen Funktion abzulenken. Wenn schon die reformistische Auffassung über die Möglichkeit der politischen Machteroberung durch einen parlamentarischen Mehrheitsbeschluß bestenfalls auf glatten Selbstbetrug hinausläuft, so ist

der Schwindel mit der Wirtschaftsdemokratie noch viel offensichtlicher. Wenn der Kampf der politischen Parteien im bürgerlichen Parlament die Illusion eines Stimmzettel-Sieges wenigstens noch scheinbar glaubwürdig machen kann, so fehlt im kapitalistischen Betrieb jeder auch noch so scheinbare Boden für eine "demokratische" Betriebsordnung. Hier steht der Besitzer der Produktionsmittel als völlig absoluter Monarch seinen "Untertanen", d.h. der Ausbeuter den Ausgebeuteten gegenüber. Über die Produktion "mitbestimmen" können die Arbeiter erst dann, wenn sie ihren Unternehmern nach den Regeln der proletarischen Demokratie (die etwas grundsätzlich anderes ist als die verlogene bürgerliche) auf "gleich und gleich" setzen, d.h. ihm die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel entziehen und ihn enteignen.

Was jedoch in der Parole der Wirtschaftsdemokratie in reformistischer, d.h. naturwidriger und völlig verfälschter Weise zum Ausdruck kam, das war der unbeirrbar instinktive Instinkt der werktätigen Massen, die begriffen hatten, daß sie von dem bankrotten kapitalistischen System nicht einmal mehr ausreichende Beschäftigung, geschweige denn ausreichende Löhne oder gar eine halbwegs erträgliche Existenz zu erwarten hatten und daß sie deshalb selbst in dem defekt gewordenem Produktions- und Verteilungsprozeß eingreifen müßten, um ihn für die Deckung ihres Lebensbedarfs wieder in Gang zu setzen. Die Absicht der reformistischen Wirtschaftsdemokraten bestand darin, den instinktiv vorwärtsdrängenden Massen einerseits beizupflichten, daß sie hier eingreifen müßten, ihnen aber andererseits einzuschärfen, daß sie nur demokratisch eingreifen, d. h. unter Zustimmung der Saboteure der Produktion nur "mitbestimmen" dürfen. Sie blieben auch hier nur ihrer wirklichen Rolle treu, die, wie Marx im "18. Brumaire" schon sagte, darin besteht, "den sozialen Forderungen des Proletariats die revolutionäre Spitze abzublenden."

Daß innerhalb dieser durch die kapitalistische Verfallsperiode geschaffenen Umstände und gegenüber dem reformistischen Massenbetrug die RGO-Theorie und -Praxis - die letzten Endes den Arbeitern nichts anderes als Rote Betriebsräte und schließlich auch Rote Gewerkschaften zur Politisierung des aussichtslos gewordenen Lohnkampfes vorzuschlagen hatte - das genaue Gegenteil dessen erreichen mußte, was ihre Initiatoren wollten, war unvermeidlich.

Damit konnte der reformistische Schwindel nicht entlarvt, der reformistische Einfluß nicht gebrochen und den Gewerkschaften ihre

wirkliche Rolle nicht zum Bewußtsein gebracht werden. Daß aber mit einer wirklich kommunistischen Gewerkschaftspolitik diesem Ziel näherzukommen war, haben ihre Erfolge bis 1923 bewiesen. Mit der, die zahlreichen einzelnen Tageskämpfe zusammenfassenden, sie über ihr "primitives" Tagesziel hinausführenden Lösung des Kampfes um die Kontrolle der Arbeiter über die Produktion, hat die damalige kommunistische Gewerkschaftspolitik die einzig richtige Antwort auf die verlogene Phrase der Wirtschaftsdemokratie vorweggenommen und dem elementaren Instinkt der Massen Ziel und Richtung geben können. Wenn auch der materielle Erfolg in all den Kämpfen gegen die Sabotage und Preistreiberei der Monopolräuber bescheiden war und bescheiden bleibt, solange diese noch "Herr im Hause" sind, so besteht das wirkliche Resultat dieses Kampfes in dem ständig steigenden Kraftbewußtsein der proletarischen Klassenkräfte, in ihrem immer engeren Zusammenschluß als selbständig handelnde Macht, die sich auf die wachsende Sympathie der Werktätigen in Stadt und Land stützen kann. Nur in dem Maße, wie die Gewerkschaftsmitglieder und auch eine breite Schicht unterer Gewerkschaftsfunktionäre für diesen Kampf, der ihrem eigenen instinktiven Empfinden entspricht und ihren ureigenen proletarischen Interessen dient, gewonnen werden, können sich die Gewerkschaften vom reformistischen Einfluß befreien und "jede soziale und politische Bewegung unterstützen", die für die "vollständige Befreiung" der Arbeiterklasse kämpft.

Nur durch eine zielklare Fortsetzung dieses Kampfes können die Betriebsräte und die Gewerkschaften, d.h. die in den Betrieben organisierte proletarische Klassenkraft zu "Brennpunkten der Organisation der Arbeiterklasse" werden, können sie von den Betrieben aus - ebenso wie seinerzeit die bürgerliche Klasse von den Gemeinden aus - zum Generalangriff auf ein überlebtes System übergehen. Aber damit die Betriebsräte und die Gewerkschaften für die Lösung ihrer eigentlichen Aufgabe fähig werden, bedarf es einer zielklaren kommunistischen Führung, die die Gewerkschaften "nicht kleinlich bevormundet", wie Lenin sagt, sondern sich ihr Vertrauen erobert.

Die gewerkschaftlich organisierten Betriebsarbeiter sind der Kerntrupp der proletarischen Klassenarmee, die aber nur siegen kann, wenn sie von einer politischen Avantgarde geführt wird, die alle Gebiete und Einzelphasen des politischen Klassenkampfes überblickt, die durch eine geschickte Politik auch die breiten Reserven der noch unorganisierten Arbeiter und Werktätigen zu mobilisieren versteht, die sich mit einem Wort ihres Weges und Zieles sicher ist. Nur dadurch, daß diese Führung durch die Eroberung der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder und

damit der Mehrheit der Arbeiterklasse den Nachweis für ihre führende Rolle erbringt, ist es möglich, die Spaltung im Lager der Arbeiterklasse zu überwinden und sie geschlossen zum Siege zu führen. Nur so wäre es möglich gewesen, das Problem, vor dem die Gewerkschaftsbewegung in der Epoche des kapitalistischen Verfalls in Deutschland gestellt war:

"ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse"
(Marx, Lohn, Preis und Profit) zu lösen.

Die kommunistische Parteführung hat bis zum Oktober 1923 bewiesen, daß sie auf dem sicheren Wege war, sich ihre führende Rolle zu erobern. Darin, daß ihre von Moskau eingesetzten Nachfolger dieses Problem nicht einmal sahen, geschweige denn lösen konnten, liegt eine der entscheidenden Ursachen für den Zusammenbruch der stolzen deutschen Arbeiterbewegung unter dem Faschismus.

Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften durch den Faschismus

Die gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands zur Zeit der verheerenden Wirtschaftskrise von 1929 hatte Bedingungen geschaffen, unter denen die herrschende Klasse nicht mehr weiterleben konnte und die die unterdrückte Klasse nicht mehr weiterleben wollte. Der Widerspruch zwischen den modernen Produktionskräften und der kapitalistischen Produktionsform verlangte eine Lösung. Weil die deutsche Arbeiterklasse durch die klassenverräterische Politik der Reformisten und die sektiererische Politik der KPD gehindert war, ihre gesamte Klassenkraft zu einer fortschrittlichen Lösung der Staats- und Wirtschaftskrise zu vereinigen, konnte es sich die deutsche Bourgeoisie erlauben, eine Lösung im konterrevolutionären Sinne zu versuchen: Sie konnte auf ihren Hitler setzen, um die Bedingungen zu schaffen, unter denen der todkranke deutsche Kapitalismus noch "leben" konnte.

Als die Nazis bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 über hundert Mandate eroberten, schrieb das Zentralorgan der KPD "Die Rote Fahne" am 16. September:

"Der 14. September war der Höhepunkt der nationalsozialistischen Bewegung, was nachher kommt, kann nur Niedergang und Abstieg sein".

Und der "Wirtschaftsdemokrat" Tarnow phantasierte noch am 25. November 1931 in einer Rede in Berlin-Lichterfelde:

"Hätten die Nazis am 14. September die Macht ergriffen, so wäre es viel schlimmer gewesen als heute. Es wäre denkbar, daß wir die Nazis mal ranlassen".

Neben den oppositionellen Kommunisten versuchten auch die deutschen Anhänger Troztkis und der SAP-Gruppe sich der verblendeten Bürokratie entgegenzustellen und forderten zur Bildung der proletarischen Einheitsfront und Gewerkschaftseinheit auf. Unter dem Druck ihrer eigenen Anhänger hatten sich einzelne Bezirksleitungen der KPD (darunter auch Berlin-Brandenburg) mit Einheitsfrontangeboten an reformistische Instanzen gewandt. Darauf antwortete Thälmann selbst in der "Internationale" vom November-Dezember 1931:

"Die Tatsache, daß zum Beispiel in unserer revolutionären Gewerkschaftsarbeit Einheitsangebote von "oben" (!!) an bezirkliche ADGB-Führungen und sonstige Instanzen der reformistischen Bürokratie gemacht werden konnten, beweist, daß unser prinzipieller Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht entschieden genug geführt wurde, um solche Fehler (!!) unmöglich zu machen".

Alle großsprecherischen Phrasen der KPD-Leitung verdecken im Grunde nur ihre eigene politische Schwäche und Unsicherheit. Weil sie sich zu schwach fühlte, in einer zielklaren Einheitsfrontkampagne den Beweis für ihre ideologische und praktische Überlegenheit gegenüber den Reformisten vor der Arbeiteröffentlichkeit zu erbringen, sah sie in der Einheitsfronttaktik nicht das Mittel zur Überwindung des reformistischen Einflusses in der Arbeiterschaft, sondern den Weg zur Kapitulation. Nach ihrer primitiven Auffassung ist die Einheitsfront von "oben" keine Kampfansage, sondern ein Heiratsangebot an die reformistische Führung. (Die spätere "Volksfrontpolitik" mit SP und Bürgerlichen hat bewiesen, daß die Kehrseite ihrer "von Stalin gebilligten" Sektiererpolitik nur in völliger Kapitulation und mit lächerlichen Heiratsangeboten an die ehemaligen "Sozialfaschisten" enden kann).

In ihrer verhängnisvollen Blindheit hat sich die KPD-Führung bis zur aktiven Teilnahme am Volksentscheid Hugenburgs und der Faschisten gegen die preußische Braun-Severing-Regierung im August 1931 verrannt. So war es im Juli 1932 als diese Regierung gewaltsam gestürzt wurde, kein Wunder, daß die ADGB- und SPD-Führung das Einheitsfrontangebot der KPD sabotieren konnten, ohne auf den geringsten Widerstand ihrer Mitglieder zu stoßen. Durch ihren jahre-

lang fortzusetzen "RGO- und Sozialfaschisten-Kurs", durch den sie den notwendigen politischen Kampf durch bloßes hysterisches Geschimpfe ersetzte, hatte sie sich jeden Einfluß auf die reformistisch orientierten Arbeitermassen verschert. Ihr verzweifelter Versuch, nun in der Stunde höchster Gefahr das Steuer um 180 Grad herumzudrehen, konnte von den sozialdemokratischen Arbeitern nicht ernstgenommen werden. Der reformistischen Führung, die aus kluger Voraussicht der Konsequenzen der proletarischen Einheitsfront niemals freiwillig zustimmen kann, sondern nur unter dem systematisch gesteigerten Druck ihrer eigenen Anhänger dazu gezwungen werden muß, war somit die Sabotage einer gemeinsamen Kampffront gegen die immer drohender herausziehende faschistische Gefahr sehr leicht gemacht. Dieselben Severing und Genossen, die vorher feierlich geschworen hatten, ihr "Preußen-Bollwerk" bis aufs Messer zu verteidigen, konnten nun, wo ihrer Regierungsherrlichkeit durch einen Leutnant mit zwei Mann ein sehr wenig "demokratisches" Ende gesetzt wurde, einfach nicht wagen, die Massen zum Kampfe aufzurufen. Sie wußten genau, daß dieser Kampf, sobald er einmal entfesselt wäre, nicht mehr wie 1918 mit dem Einsetzen einer Statthalter-Regierung à la Ebert-Scheidemann enden konnte, sondern zwangsläufig weitergetrieben werden mußte. In diesem Kampf wäre zwangsläufig die Führung an die Kommunisten gegangen und der reformistische Einfluß auf die Arbeiterklasse wäre damit überwunden worden. Für die Reformisten wäre der Preis für den Kampf gegen den Faschismus ihre Niederlage gewesen. Sie wählten jedoch wieder das "kleinere Übel". Ihnen diese Wahlfreiheit verschafft zu haben, war das traurige Verdienst der scheinradikalen KPD-Politik, die von Moskau inspiriert und unterstützt worden ist. Aber nicht die reformistische Führung, sondern die deutsche Bourgeoisie war auch hier wieder der eigentliche Gewinner. Seit 1929 hatte sie mit sogenannten Ermächtigungsgesetzen - denen die Reformisten als "kleineres Übel" wacker zustimmten - die demokratischen Errungenschaften, die sich die deutsche Arbeiterklasse in jahrelangem Kampf erobert hatte, Stück für Stück abgebaut und unter Zuhilfenahme des "Ausnahmeparagraphen 48" der Weimarer Verfassung den Arbeitern den wirklichen Wert dieser "freiesten Republik der Welt" demonstriert. Die kampflose Hinnahme des preußischen Regierungsturzes hatte ihr noch freieres Spiel im Verelendungsfeldzug gegen die Arbeiter und Werktätigen ermöglicht. Diese Demokratie hatte sich unter freiwilliger Mithilfe ihrer reformistischen Taufpaten derartig bei den Massen diskreditiert, daß jene beim Sturz der Preußenregierung nicht mehr wagen konnten, zur Verteidigung dieser Demokratie aufzurufen. Das Deutschland von 1932 war längst aus den zu eng gewordenen Kleidern der bürgerlichen Demokratie

hinausgewachsen. Es war mehr als reif für die höhere Gesellschaftsform: für den Sozialismus.

Nicht freiwillig, sondern durch die von ihr selbst geschaffenen Widersprüche ihrer eigenen Staats- und Wirtschaftsordnung gezwungen, mußte die deutsche Bourgeoisie Hitler die politische Macht übergeben, um ihre ökonomische Macht, d.h. die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel zu retten. Weil die Bourgeoisie nicht mehr imstande war, die hochentwickelten Produktivkräfte, die den Massen Beschäftigung und ihr selbst Gewinn und Profit brachte, in Gang zu halten, sondern umgekehrt gezwungen war, die Fabriken stillzulegen und die millionenstarke Erwerbslosenarmee zu "ernähren", d.h. langsam verhungern zu lassen, mußte sie die Massen zum Widerstand, zur Empörung und Revolution treiben, in der sie nicht nur ihre politische, sondern auch ihre ökonomische Macht, zu verlieren hatte. Mit ihrer politischen Machtübergabe an den Faschismus gleicht die Bourgeoisie jenem Fuchs im Eisen, der sich ein Bein abnagt, um sein Leben zu retten.

Mit demselben Erfolg, mit dem sich die Bourgeoisie in ihrer aufsteigenden Periode ihrer eigenen Opfer, d.h. der von ihr selbst proletarisierten Klein-Unternehmer und Mittelständler bediente, um sie als Träger ihrer bürgerlichen Ideologie innerhalb der proletarischen Klassenarmee auszunutzen, konnte sie sich in der Zeit ihres tiefen Verfalls die von ihr selbst hervorgerufene Empörung der Massen zunutze machen. Die Empörung der Massen gegen ein bankrotttes System, ihr instinktiv richtiges Verlangen nach einer besseren, nach einer wirklich sozialistischen Neuordnung und ihre tiefe Enttäuschung über die angeblich marxistischen Arbeiterführungen, schufen den Boden, auf dem die konterrevolutionären Parolen der faschistischen Prätorianergarden wurzeln konnten: das gab den Nazis erst die Möglichkeit, sich als Vertreter des wahren "nationalen" Sozialismus aufzuspielen und breite Massen dafür einzufangen, das ermöglichte es der deutschen Bourgeoisie, der längst fälligen Abrechnung durch ihre Opfer noch einmal zu entkommen und obendrein die Empörung der Massen zur Verlängerung ihrer Gnadenfrist auszunutzen.

Nur weil die "Marxisten", von Tarnow bis Thälmann, den internationalen revolutionären Sozialismus bis zum äußersten diskreditiert hatten, konnte der "nationale" konterrevolutionäre "Sozialismus" in Deutschland zur Macht kommen. Daß sich aber der deutsche Faschismus mit dem Namen "Sozialismus" tarnen mußte und sich nicht so, wie in Italien auf die armselige Kooperativphrase stützen

konnte, darin liegt ein unwiderlegbarer Beweis, daß es für Deutschland nach 1929 keine andere Lösung mehr gab, als den wirklichen Sozialismus.

So blind wie damals stehen diese "Marxisten" auch heute noch den wirklichen Tatsachen gegenüber. Noch am 3. Januar 1933 schrieb der "Vorwärts", das Zentralorgan der SPD:

"Dieses "Dritte Reich" in das ewige Nichts gestoßen zu haben durch die Eiserne Front wird eine der größten Taten der Arbeiterklasse bleiben".

Und am 31. Januar 1933, also am Tage nach Hitlers Machtübernahme, schrieb er:

"Jetzt jubeln noch die Anhänger Hitlers darüber, weil ihr Führer scheinbar sein Ziel erreicht hat. . . . Unsere Opposition gegen das neue Kabinett ist eine Selbstverständlichkeit. Die Fraktion hat auch bereits einen Mißtrauensantrag eingebracht. . . . Wir wiederholen, daß wir uns unsere Taktik nicht von unserem Gegner vorschreiben lassen, sondern selber darüber bestimmen werden, wann und wo wir unsere Kräfte einzusetzen haben."

Das Zentralorgan der KPD, die "Rote Fahne", schrieb am 2. Februar 1933:

"Hitler regiert - aber der Kommunismus marschiert!"

Die letzte Nummer der "Rote Fahne" erschien am 11. Februar. In völliger Unfähigkeit, aus den Ereignissen zu lernen oder wenigstens Tatsachen anzuerkennen, behauptete das Zentralkomitee der KPD in einer EntschlieÙung, die am 2. Juni 1933 in der "Rundschau" veröffentlicht wurde:

"Nur Kapitulanten und Opportunisten können davon reden, daß die Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus geschlagen sei, daß sie eine Schlacht verloren und eine Niederlage erlitten habe."

Die Tatsachen selbst redeten eine andere Sprache. Schon Ende März wurden alle Gewerkschaftshäuser der Nazikontrolle unterstellt und die Gewerkschaftsvermögen beschlagnahmt. Am Tage nach der Maifeier unter der Hakenkreuzfahne hatten die stolzen deutschen Gewerkschaften aufgehört zu existieren. Aber der ADGB beschloß am 19. April 1933, also 11 Tage vor dieser Schändung der Maifeier:

"Der Bundesausschuß des ADGB begrüßt den 1. Mai 1933 als gesetzlichen Feiertag der nationalen (!!) Arbeit und fordert

die Mitglieder der Gewerkschaften auf, im vollen Bewußtsein ihrer Pionierdienste für den Maigedanken... und für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiter in den Staat sich allorts an den von der Regierung veranlaßten Feiern festlich zu beteiligen." (Aus Max Klinger: "Volk in Ketten", Karlsbad 1934, S. 68)

Wie Max Klinger an der gleichen Stelle berichtet, war "für die Woche nach dem ersten Mai eine Besprechung zwischen Leipart und Hitler vorgesehen, zu der Leipart bereits eine Einladung erhalten hatte". An der Bereitschaft, die Vernichtungspolitik Hitlers gegen die Gewerkschaften noch zu verherrlichen, hat es den ADGB-Führern nicht gefehlt, ebensowenig wie der SPD-Reichstagsfraktion, die noch am 17. Mai, trotz Reichstagsbrand, trotz Zerschlagung der Gewerkschaften und alledem, ihre Zustimmung zu der Außenpolitik der Reichsregierung gab, zu jener Außenpolitik, die in der Vorbereitung des neuen Krieges bestehen mußte. Freiwillig haben sich diese Reformisten erst entehren lassen, ehe sie davongejagt wurden. Aber darin, daß umgekehrt tausende reformistische, auch obere, Funktionäre der unterdrückten Arbeiterklasse die Treue gehalten haben - trotz aller persönlichen Gefährdung -, liegt auch die schwerste Anklage gegen die unfähige ultralinke KPD-Politik, die diese ehrlichen Elemente nicht zu gewinnen vermochte. Wie unverständlich diese ultralinke Führung der Wirklichkeit gegenüberstand, hat sie bis zuletzt bewiesen. Gegen Ende 1932, als es längst zu spät dafür war, stellte die KPD wieder die Losung auf "Zurück in die Gewerkschaften" und hielt an dieser Losung noch fest, als die Gewerkschaften bereits in faschistische Zwangsorganisationen verwandelt worden waren. Daß es die Aufgabe der Kommunisten ist, reformistische Gewerkschaften zu erobern, aber faschistische Gewerkschaften zu bekämpfen, hatte diese Führung bis zum Sommer 1933 noch nicht begriffen.

Die Geschichte der deutschen Gewerkschaften hat bewiesen, daß sie unter reformistischer Führung ihre wirklichen Aufgaben nicht erfüllen und eben darum auch ihre eigene Existenz nicht erfolgreich verteidigen können, daß Sein oder Nichtsein der Gewerkschaften davon abhängt, ob es den Kommunisten gelingt, sie von dem reformistischen Einfluß zu befreien und in Organe des revolutionären Klassenkampfes zu verwandeln. Weil die KPD dazu nicht fähig war, wurde der Zusammenbruch der Gewerkschaften unvermeidlich. Aber ihr Zusammenbruch war auch gleichzeitig der schwerste Schlag gegen die Kommunistische und die Amsterdamer Internationale, von dem beide sich nicht völlig erholen konnten.

II. Proletarischer Internationalismus oder nationale Beschränktheit

Lenins Kampf für den proletarischen Internationalismus

Lenin hat im März 1919 die Kommunistische Internationale gegründet, die durch die Wiederherstellung des marxistischen Prinzips proletarischer Internationalität die Grundlage schuf, auf der die internationale Arbeiterklasse ihre Kräfte zum Kampfe für ihre spezifischen Klasseninteressen und für den Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt vereinigen konnten. Getreu dem Grundsatz, daß die internationalen Interessen der Gesamtarbeiterklasse den nationalen Interessen einer jeden Landesgruppe vorangehen müssen, und daß die Nation, die über die Bourgeoisie siegt, fähig und bereit sein muß, die größten nationalen Opfer für den Sturz des internationalen Kapitals zu bringen, hat Lenin damals, als das aus allen Wunden blutende Sowjetrußland den Brest-Litowsker Raubfrieden unterzeichnen mußte, gesagt:

"Die Trauer, die Verbitterung, der verzweifelte Zorn, die dieser Friede auslöste, sind verständlich, und es versteht sich von selbst, daß wir Marxisten nur von der bewußten Avantgarde des Proletariats Verständnis dafür erwarten konnten, daß wir die größten Opfer im Hinblick auf das höhere Interesse der proletarischen Weltrevolution bringen und bringen müssen... wegen dieser Losung, wegen dieses Friedens von Brest-Litowsk sagte sich die gesamte kleinbürgerliche Demokratie von uns los. - Wir mußten in der Epoche des Friedens von Brest-Litowsk gegen den Patriotismus angehen. Wir sagten: wenn Du ein Sozialist bist, so mußt Du auch alle Deine patriotischen Gefühle im Namen der Weltrevolution zum Opfer bringen, die kommen wird, die noch nicht da ist, aber an die Du glauben mußt, wenn Du ein Internationalist bist."

(Lenin, Sämtliche Werke, Bd. 23, S. 290/91, 312)

In der Tatsache, daß die deutsche Arbeiterklasse die einzige war, die bei der Gründung der Kommunistischen Internationale zwar noch keine vollentwickelte, aber doch den festen Kern für eine kommunistische Partei der russischen Bruderpartei zur Seite stellen konnte, während

die übrigen Komintern-Sektionen erst in der Welle nach dem russischen Oktobersieg entstanden, sah Lenin wohl die fortgeschrittene Reife der deutschen, aber auch die noch vorhandene Schwäche der kommunistischen Gesamtbewegung, die es mit allen zweckdienlichen Mitteln zu überwinden galt. Lenin wußte, daß der proletarische Sieg in Rußland nicht ausreichte, um die sozialistische Revolution zu vollenden, daß die aktive Hilfe des Weltproletariats notwendig sei.

"Nicht besondere Eigenschaften", sagt Lenin nach dem April 1917, "sondern nur historische Bedingungen haben das russische Proletariat für eine gewisse, vielleicht nur kurze Zeit zum Scharfschützen für das revolutionäre Proletariat der ganzen Welt gemacht. Das russische Proletariat kann nicht mit seiner eigenen Kraft allein die sozialistische Revolution vollenden. Aber es kann der russischen Revolution einen Schwung verleihen, der die besten Bedingungen für sie schaffen, der sie in einem gewissen Sinne einleiten wird. Es kann leichtere Bedingungen dafür schaffen, daß sein wichtigster, sein treuester Bundesgenosse, der europäische und amerikanische Proletarier, zum entscheidenden Kampf tritt. Dem Beispiel der russischen Arbeiter werden unvermeidlich, wenn vielleicht auch nicht morgen schon (Revolutionen werden nicht gemacht) aber unvermeidlich die Arbeiter und Werkstätigen wenigstens in zwei großen Ländern, wie Deutschland und Frankreich folgen. Denn beide verkommen, das eine vor Hunger, das andere dank seiner Entvölkerung. Wenn das Proletariat Rußlands die Macht erobert, besitzt es alle Chancen, sie festzuhalten und Rußland bis zur siegreichen Revolution zu führen. Unsere Revolution ist unbesiegbar... wenn sie die ganze Fülle der Macht in die Hände des Proletariats legt, denn hinter uns stehen noch die unermeßlich größeren, besser entwickelten und organisierten Kräfte des Weltproletariats."

(Lenin, Sämtliche Werke Bd. 20, S. 68, 69, Bd. 21, S. 290, 277)

Diese Perspektive auf die Hilfe des internationalen und insbesondere des europäischen Proletariats ist bei Lenin nicht erst am Vorabend der russischen Revolution entstanden, sondern bildet einen wesentlichen Punkt seiner Konzeption über die Entwicklung der sozialistischen Weltrevolution, von der die Revolution in Rußland nur ein Teil, nur die erste Etappe sein konnte. Schon fast genau 12 Jahre bevor er die vorstehenden zitierten Sätze festlegte, schrieb er im April 1905 in

seinem Artikel über "Sozialdemokratie und provisorische revolutionäre Regierung":

"Wenn dies aber gelingt (d. h. der völlige Sturz der Machthaber in Rußland), dann ... wird das revolutionäre Feuer Europa in Flammen setzen, der unter der bürgerlichen Reaktion schmachtende europäische Arbeiter wird sich seinerseits empören und uns zeigen, 'wie man's macht', dann wird der revolutionäre Aufschwung Europas seine Rückwirkung auf Rußland ausüben und aus der Epoche einiger Revolutionsjahre die Epoche einiger Revolutionsjahrzehnte machen..."
(Lenin, Ausgewählte Werke Bd. III, S. 32)

Das von Lenin hier in Parathese gesetzte "wie man's macht" ist eine Formulierung von Friedrich Engels, die dieser in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in seinem Briefwechsel mit dem russischen Sozialisten Danielson (Nikolaion) geprägt hat, wo Engels schon den Gedanken entwickelte, daß das russische Proletariat gerade durch die eigenartige, rückständige Entwicklung Rußlands die sozialistische Umwälzung beginnen könne, daß aber das westeuropäische Proletariat aufgrund der viel fortgeschritteneren objektiven und subjektiven Bedingungen den sozialistischen Aufbau besser durchführen, den Russen sozusagen zeigen könne, "wie 's gemacht wird". In seinen Thesen über "Etappen, Richtung und Aussichten der Revolution" schreibt Lenin Anfang 1906:

"Unter diesen Umständen (d. h. im Kampf mit der Gegenrevolution) kann das russische Proletariat einen zweiten Sieg erringen. Die Sache ist schon nicht mehr hoffnungslos. Der zweite Sieg wird der sozialistische Umsturz in Europa sein. Die europäischen Arbeiter werden uns zeigen, "wie 's gemacht wird" und dann werden wir gemeinsam mit ihnen den sozialistischen Umsturz durchführen."
(ebenda, S. 128)

Die Fähigkeit eines Engels, die Entwicklung dreißig Jahre vorauszu- sehen, sowie die Fähigkeit Lenins, das Ergebnis der dialektischen Denkmethode praktisch anzuwenden und durchzuführen, beweist im gleichen Maße die Richtigkeit der materialistischen Geschichtsauffassung, wie die Genialität dieser marxistischen Denker. Ausgehend von dieser Grundauffassung über die Gesetzmäßigkeit dieser Entwicklung hat Lenin nie daran gedacht, daß das russische Proletariat oder dessen Führung aufgrund des Sieges in Rußland die Führung der ganzen kommunistischen Weltbewegung und der III. Internationale sozusagen für alle Zeiten für sich in Anspruch nehmen müßte. Lenin hat im Gegenteil gewußt, daß die Führung der Internationale keine erbliche

Kaiserkrone sein kann, sondern daß nach dem Fortschreiten der siegreichen Weltrevolution Rußland nicht mehr das im sozialistischen Sinne führende Land bleiben könne. In "Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus" schreibt Lenin im Jahre 1920:

"Ebenso wäre es verfehlt, außer acht zu lassen, daß nach dem Siege der proletarischen Revolution, sei es auch nur in einem einzigen fortgeschrittenen Lande, aller Wahrscheinlichkeit nach ein jäher Umschwung eintreten wird, nämlich, daß Rußland bald danach nicht mehr ein vorbildliches, sondern wieder ein rückständiges Land (im "sowjetischen" und im sozialistischen Sinne) sein wird."

(Lenin, Ausgewählte Werke Bd. X, S. 54)

Die kulturelle Rückständigkeit Rußlands, dieses schwere Erbe der Zarenherrschaft, mit allen Mitteln zu überwinden und gleichzeitig den jungen Komintern-Sektionen zu helfen, um sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben reif zu machen, das war die verantwortliche Pflicht der russischen Parteiführung, die sie nur mit Hilfe einer wirklichen aktionsfähigen Internationale erfüllen konnte. Lenin hat nicht umsonst betont, daß "unsere Revolution unbesiegbar" ist, wenn sie die ganze Fülle der Macht "in die Hände des Proletariats legt". Deshalb wurde alles daran gesetzt, um das kulturelle Niveau der russischen Arbeiterklasse zu heben, damit sie tatsächlich "die ganze Fülle der Macht" in ihre Hände nehmen konnte, damit der russische Arbeiter- und Bauernstaat von den "bürokratischen Auswüchsen", wie Lenin sie nannte, befreit werden konnte. Im März 1919 schrieb er:

"Die Bürokratie ist besiegt. Die Ausbeuter sind beseitigt, aber das Kulturniveau hat sich nicht gehoben und darum nehmen die Bürokraten ihre alten Plätze ein."

(Sämtliche Werke Bd. 24, S. 145)

Mehr als einmal klagte Lenin über die "halbasiatische Unkultur Rußlands" und noch im März 1923 schrieb er in einem seiner letzten Artikel:

"Mit dem staatlichen Apparat steht es bei uns so kläglich, wenn nicht zu sagen abscheulich, daß wir mit allem Ernst daran denken müssen, wie wir seine Mängel zu bekämpfen haben, wobei wir im Auge behalten müssen, daß die Wurzel dieser Mängel in der Vergangenheit liegt, die zwar umgestülpt aber nicht überwunden ist... Was für Elemente besitzen wir zur Schaffung dieses Apparates? Nur zwei: erstens die Arbeiter,

die vom Kampf für den Sozialismus begeistert sind. Diese sind nicht gebildet. Sie möchten uns den bestmöglichen Apparat schaffen. Aber sie wissen nicht, wie sie das machen sollen. Dann zweitens die Elemente des Wissens, der Bildung, des Studiums, deren wir im Vergleich mit allen anderen Staaten lächerlich wenig besitzen... Wir müssen, koste es was es wolle, uns zur Erneuerung unseres Staatsapparates zur Aufgabe setzen: erstens zu lernen, zweitens zu lernen und drittens zu lernen."

(ebenda, Band 27, S. 406/07)

Und ebenso wie im Inneren Rußlands war Lenin darauf bedacht, vermittels der neugeschaffenen Internationale die einzelnen Sektionen zu befähigen, damit sie durch die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse in ihren Ländern die "unermeßlich größeren, besser entwickelten und organisierten Kräfte des Weltproletariats" mit dem russischen zusammen für die Sicherung der SU und den Sieg des Sozialismus in der Welt mobilisieren konnten. Für Lenin war die KI keineswegs so etwas wie eine Filiale der RKP, sondern der Generalstab der internationalen proletarischen Klasse, in dem die einzelnen Sektionen als Gleichge unter Gleichen nach den Regeln des demokratischen Zentralismus zu den Problemen Stellung zu nehmen und Beschlüsse zu fassen hatten, denen sich alle, ohne jede Ausnahme, zu fügen hatten. Solange Lenin die KI führte, ist sie mit ihren Sektionen zu Erfolgen geschritten. Er hat die deutsche Partei bestens unterstützt. Er hat die italienische Partei gewarnt. Er hat am Beispiel Terracinis nachgewiesen, daß die Kommunistische Internationale verloren ist, wenn sie diese ultralinken Theorien anwendet, was bis 1943 auch tatsächlich eingetreten ist. Er hatte aus der Geschichte der Ersten Internationale, die am Fehlen tragfähiger Landesparteien scheiterte, und aus dem Zusammenbruch der Zweiten Internationale, die am Gift des kleinbürgerlichen Nationalismus zugrunde ging, gründliche Lehren gezogen.

Daß jede internationale Arbeiterorganisation, die dem Nationalismus Konzessionen macht und damit zwangsläufig zur Preisgabe des proletarischen Internationalismus gezwungen ist, immer mehr versagen und schließlich zusammenbrechen muß, hat sich auch an der Dritten Internationale bewahrheiten müssen.

Stalins Bruch mit dem proletarischen Internationalismus

Der enge persönliche Kontakt, den Lenin mit den einzelnen Sektionen aufrecht erhielt und der auch darin zum Ausdruck kam, daß trotz der außerordentlich schwierigen Lage der Sowjetunion in den ersten vier Nachkriegsjahren regelmäßig die Komintern-Kongresse sorgfältig vorbereitet und durchgeführt wurden, wurde unter Stalin nicht mehr in gleicher Weise aufrechterhalten. Während von 1919 bis 1922 vier Kongresse erfolgreiche Arbeit zur Schaffung und Stärkung der Komintern leisteten, hat sich Stalin mit insgesamt drei begnügt. Das allein beweist, daß Stalin der Komintern von vornherein eine nur zweitrangige Bedeutung beimaß. Für ihn war die Komintern nicht so wie für Lenin das unteilbare, auf Tod und Leben miteinander verbundene Ganze, ohne dessen Erhaltung und Vervollständigung auch die einzelnen Teile und auch nicht die SU als wichtigster Teil gesichert und vollständig entwickelt werden konnten.

Ende 1923 hat Stalin die deutsche Parteiführung unter der Beschuldigung, daß sie eine Revolution "verpaßt" habe, abgesetzt. Aber der nächste Weltkongreß, der doch allein kompetent war, darüber zu urteilen, wurde erst reichlich 1 1/2 Jahre später im September 1925 und auch erst nach dem schmachvollen Bankrott der Fischer-Maslow-Clique durchgeführt. Ohne eine gründliche Diskussion über den "Oktober 1923" in der deutschen Partei selbst durchgeführt zu haben, wurde die von Stalin schon vorweggenommene Verbannung der deutschen Parteileitung vom V. KI-Kongreß sanktioniert. Aber in der Tatsache, daß dieser selbe Kongreß mit der Verbannung der alten auch gleichzeitig den Bankrott der von Stalin eingesetzten neuen "Linken" Parteileitung festzustellen gezwungen war, liegt die zwar nicht offen eingestandene, aber tatsächlich ausgedrückte Verurteilung Stalinscher Kominternpolitik.

Daß nicht die sogenannte "verpaßte" Revolution der wirkliche Grund für die Absetzung der deutschen Parteileitung war, bewies schon die Tatsache, daß damals auch in anderen Sektionsleitungen (Tschechoslowakei, Frankreich) sogenannte Säuberungen durchgeführt wurden. Dank dieser Säuberungen konnte eine Suzanne Giraud in der französischen Partei eine ähnlich traurige Rolle spielen, wie eine Ruth Fischer in der deutschen. Für Stalin lag der wirkliche Grund für die Absetzung der deutschen Parteileitung in seiner Befürchtung, daß diese (und auch einzelne Führer der französischen und tschechoslowaki-

schen Sektion) seinen großen Gegenspieler Leo Trotzki in dem Fraktionskampf innerhalb der russischen Partei unterstützen würden. In Wirklichkeit war diese Befürchtung völlig unbegründet, da ja die deutsche Parteileitung erklärt hatte, daß sie in diesem innerrussischen Streit keine bestimmte Stellung beziehen könne, bevor sie sich durch gewissenhaftes Studium des vorliegenden Materials über die strittigen Auffassungen eine selbständige Meinung zu bilden in der Lage sei. Die deutsche Parteileitung hatte um so weniger Ursache, Trotzki irgendwie zu begünstigen, als dieser ja in derselben - den Tatsachen widersprechenden Weise - die Anklage der "verpaßten" Revolution erhob, aus dem sehr durchsichtigen Grunde, in den Augen der russischen Partei nicht weniger "radikal" als Stalin zu erscheinen. Trotzki sowohl als Stalin haben hier ihre Bereitschaft demonstriert, die Komintern als Instrument ihres innerrussischen Fraktionskampfes zu benutzen. Das aber hieß nichts anderes, als die Interessen der kommunistischen Weltbewegung hinter die vermeintlichen Sonderinteressen der RKP zurückzustellen und diese zum Leitmotiv der Komintern-Politik zu machen. Damit war der erste Schritt zur Preisgabe der Prinzipien des proletarischen Internationalismus getan. Noch ehe Lenin, dieser geniale Schöpfer und geduldig-kluge Baumeister der Kommunistischen Internationale starb, war bereits der erste schwere Schlag gegen sein krönendes Werk geführt, war der Weg beschritten, auf dem es kein Halt mehr gab.

Daß Stalin als spezifisch russischer Führer den Internationalisten Lenin nicht ersetzen, daß er sich dessen reiche internationale Erfahrungen nicht aneignen konnte, und deshalb auch den außerrussischen Komintern-Sektionen nicht in ihren speziellen - von den innerrussischen Problemen sehr unterschiedenen - meistens noch wesentlich komplizierteren Fragen - nicht mit der Sachkundigkeit eines Lenin helfen konnte, ist nicht seine Schuld. Aber dadurch, daß er erprobte Mitarbeiter Lenins dem vermeintlichen russischen Parteiinteresse zuliebe kaltstellte, daß er völlig unfähige und ihm blind gehorchende Figuren an die Spitze der deutschen - und weiterer - KI-Sektionen setzte, die nur den Kommunismus zu kompromittieren verstanden, hat er die Kominternführung mitverantwortlich für den Zusammenbruch der deutschen Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen gemacht.

Vom „Sozialfaschismus“ bis zur „Volksfront“

Nachdem die halbe Kehrtwendung des V. Komintern-Kongresses: Zurück in die Gewerkschaften! unter der Leitung des "Teils der Linken", der angeblich nicht bankrott gemacht hatte, ebenfalls in der Sackgasse geendet und der auf dem 4. RGI- und dem VI. KI-Kongreß eingeschlagene "verschärfte" RGO- und Sozialfaschistenkurs ebenso nichts anderes als das Gegenteil des Gewollten erreichen konnte, mußte damit die Hoffnung auf die Eroberung der Gewerkschaften und der Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse durch eine "linke" KPD-Führung praktisch aufgegeben und durch solche Verzweiflungsmanöver, wie Bildung eigener "Roter Gewerkschaften" und durch Spekulation auf "Erfassung der Unorganisierten" ersetzt werden. Das Ergebnis dieser Politik war eine in ihrer aktiven Mehrheit noch unter ungebrochenem reformistischen Einfluß stehende, von tiefem Mißtrauen gegen die KPD erfüllte, in ihrer Kampfkraft gelähmte Arbeiterklasse. Genau das brauchte die deutsche Bourgeoisie, um durch die politische Machtübergabe an die Faschisten den Versuch zur Schaffung der Bedingungen zu unternehmen, unter denen der sterbende Kapitalismus entweder noch eine Weile leben oder Millionen in sein Grab reißen konnte. Weil die deutsche (und mit ihr die internationale) Arbeiterklasse dank reformistischer und ultralinken Politik unfähig war, ihre Totengräberfunktion am deutschen Kapitalismus zu erfüllen, konnte er das Massengrab für Millionen vorbereiten.

Ebenso wie der V. und VI., stand auch der VII. Kongreß der Komintern vor der Aufgabe, den vorher betriebenen Kurs zu liquidieren und auch wieder eine "Wendung" vorzunehmen. Erst 1935 sah sich die Komintern-Führung veranlaßt, die Niederlage der deutschen Arbeiterklasse, die das ZK der KPD noch im Sommer 1933 gelegnet hatte, festzustellen und - irritiert durch die Folgen des Ultralinkskurses - ihre "Linie" diesmal um volle 180 Grad zu wenden, d. h. aus dem ultralinken Graben des "Sozialfaschismus" in den rechten Graben der "Volksfront" zu verlegen. Jetzt, nachdem bewiesen war, daß die KPD mit ihrer ultralinken Theorie und Praxis der RGO und des Sozialfaschismus den Reformismus nicht zu überwinden und deshalb auch den Sieg des leibhaftigen Faschismus in Deutschland nicht zu verhindern vermochte, daß heißt also, die objektiv mögliche Revolution tatsächlich "verpaßt" hatte, sah sich die Komintern-Führung zu dem Versuch gezwungen, sich über das Problem des

Faschismus klarzuwerden, der nach seinem Siege in Italien und Deutschland auch die Sowjetunion bedrohte. Doch ebenso oberflächlich und den wirklichen Tatsachen widersprechend, wie seinerzeit die theoretische Begründung des ultralinken Kurses (das angeblich stärkere Verwachsensein der reformistischen Bürokratie mit dem Staatsapparat) gewesen war, ebenso unzulänglich und irreführend war auch die Definition, die der VII. KI-Kongreß über das Wesen der faschistischen Diktatur gab. Dieser Kongreß bezeichnete

"das faschistische Regime als die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals."

Nach dieser Theorie war also das faschistische Regime nicht die Herrschaftsform der gesamten Bourgeoisie, nicht so, wie Engels sagte, "der ideelle Gesamtkapitalist", sondern nur eines Teiles, nur der am meisten imperialistischen und chauvinistischen Elemente dieser Bourgeoisie. Die logische Konsequenz einer solchen Auffassung besteht also darin, daß die Arbeiterklasse sich im Kampfe gegen den Faschismus mit den Schichten der Bourgeoisie, die nicht zu den "am meisten chauvinistischen und imperialistischen Elementen" gerechnet werden, nicht nur verbünden kann, sondern auch verbünden muß, um durch eine so hergestellte "Volksfront" den Faschismus schlagen zu können. Ihrem tatsächlichen Inhalt nach war diese Volksfront nichts anderes als die zwar neu etikettierte, sonst aber alt bekannte Koalitionspolitik, mit der die SPD in der Weimarer Republik einem Hitler den Weg geebnet hatte. Von der sturen Ablehnung der proletarischen Einheitsfront mit reformistischen Arbeiterorganisationen bis zur Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien, von der völlig ungerechtfertigten Beschimpfung der "Sozialfaschisten" bis zum ebenso ungerechtfertigten Heiratsantrag an die wieder "marxistisch" geworden sein sollenden sozialdemokratischen Parteien - in diesen Widersprüchen verlief der Weg, den die Kommunistische Internationale seit 1935 eingeschlagen hat. Ein Weg, der dahin führen mußte, daß sie selber überflüssig wurde. Ihre von Stalin im Sommer 1943 erklärte Auflösung war nur die Ausstellung ihres Totenscheines, aber auch zugleich das Eingeständnis, daß eine Internationale, die die Prinzipien des proletarischen Internationalismus preisgegeben hat und nur von einer Partei dirigiert wird, ihre Aufgabe unmöglich erfüllen kann. Und daß es daher die Pflicht der klassenbewußten Arbeiter in allen Ländern ist, für die Schaffung selbständiger kommunistischer Parteien, dieser entscheidenden Voraussetzung zur Wiederherstellung einer Internationale im Geiste Marx-Engels und Lenins, zu wirken.

Von der Theorie zur Praxis der „Volksfront“

So wie jede Bewegung, der die Kraft und die geistige Fähigkeit zum erobernden Vorwärtsschreiten fehlt und sich gezwungen fühlt, stehen zu bleiben, von der ständig weitertreibenden Gesamtbewegung überholt und rückständig werden muß, ebenso mußte sich auch die Moskauer Internationale immer mehr den fortschritthindernden Kräften anpassen. Die Stellungnahme des VII. Komintern-Kongresses, die faktisch die marxistische Theorie des revolutionären Klassenkampfes durch die reformistische Theorie der Klassenzusammenarbeit ersetzte, war um so weniger gerechtfertigt, als sich am Beispiel des Kampfes der österreichischen und französischen Arbeiterschaft im Februar 1934 und der asturischen Bergarbeiter im Herbst desselben Jahres die Richtigkeit der leninistischen Einheitsfrontpolitik erneut bestätigt hatte.

Der reaktionäre Putschversuch vom 6. Februar 1934 hatte die französischen Arbeitermassen zu spontanen Abwehraktionen mobilisiert. Aber nicht die kommunistische Führung, der noch die ultralinke Praxis in den Knochen steckte, sondern die Reformisten machten sich hier zu Interpreten des Einheitsdranges der Massen. Alle späteren, gegenteiligen Behauptungen der KP-Führung können die Tatsache nicht beseitigen, daß sie damals nicht als selbständig vorwärtstreibende, sondern vorwärtsgetriebene Kraft wirken konnte. Und eine Einheitsfront, in der keine selbständig führende revolutionäre Partei wirkt, ist nicht die Einheitsfront, die den Arbeitern die konsequente Verteidigung ihrer Klasseninteressen ermöglicht, sondern nur ein Einheitsbrei, in dem die von den Reformisten vertretenen "allgemeinen Volksinteressen", d.h. also die Interessen der Bourgeoisie den Inhalt bestimmen. In den damals auftauchenden "vigilance-comités" die im Grunde primitive Keimformen einer politischen Rätebewegung waren, zeigte sich auch hier wieder der elementare Klasseninstinkt der Massen, die sich aus eigener Kraft die organisatorischen Formen für ihren Kampf zu schaffen weiß. Wohl propagierten die Stalinisten im Anschluß an diese Bewegung ihr "les soviets partout", aber auch hier waren sie außerstande, dieser Bewegung den vorwärtstreibenden Inhalt, der den Übergang zum Endkampf vermittelt, zu geben. Als diese Bewegung dann 1936 im Anschluß an die Wahlen noch einmal bis zur spontanen Besetzung der Betriebe durch die völlig selbständig handelnden Arbeiter führte, stand die kommunistische Führung bereits völlig im Banne der Volksfront des VII.-KI-Kongresses.

Maurice Thorez erklärte am 11. Juni 1936 in Paris:

"Man muß einen Streik zu beendigen wissen, indem Moment, wo die hauptsächlichsten Forderungen erreicht sind".

(Diesen Ausspruch hat die "Humanité" am 25. November 1945 reproduziert als Beweis des Verantwortungsbewußtseins "kommunistischer" Minister gegenüber der "Nation"). Die wichtigste Forderung dieses Kampfes, die sich schon unverkennbar in der Form der Betriebsbesetzung zeigte, war nicht bloß 40-Stundenwoche, bezahlte Ferien und Kollektivvertragsrecht, sondern die sehr deutlich angemeldete Forderung des Rechtes der Kontrolle der Arbeiter über die Produktion. Mit dem Linsengericht des Versprechens auf Schaffung von Betriebskomitees, die faktisch erst nach Kriegsende eine sehr dürftige gesetzliche Grundlage erhielten, wurde diese wichtigste Forderung der Arbeiter im Namen der Volksfront" abgebogen. Das war dasselbe Lied, das auch die Ebert-Scheidemann 1918 gesungen und die Folgen mußten die gleichen sein: Enttäuschung der Arbeiter auf der einen, Erstarkung der Reaktion auf der anderen Seite. Als sich die wieder vereinigte CGT (Allgemeiner Gewerkschaftsbund) im Herbst 1938 gezwungen sah, zu einem Generalstreik aufzurufen, mußte dieser unvermeidlich mit einem Fiasko enden. Die Massen haben noch immer überall teuer für die Arbeitsgemeinschafts- und Volksfrontpolitik ihrer Führer bezahlen müssen.

Ebenso und noch schlimmer in Spanien. Dort war im April 1931 die unhaltbar gewordene monarchistische Regierung durch eine republikanische ersetzt worden, ohne daß in dem reaktionären Charakter der Bourgeoisie-Herrschaft eine wesentliche Änderung eingetreten war. Im Streik der asturischen Bergarbeiter im Herbst 1934 zeigte sich die soziale Spannung. Dem instinktiven Drängen der Massen zur Vereinigung ihrer Klassenkraft in einer gemeinsamen Kampf-front gab die Losung der POUM (Vereinigte Marxistische Arbeiterpartei) zur Schaffung der "Alianza Obrera" (Arbeiter-Alliance) den klarsten Ausdruck. Breite Massen der beiden großen Gewerkschaftsorganisationen (der anarchistischen CNT und der reformistischen UGT) sympathisierten mit dieser Losung, während die spanische kommunistische Partei, die noch im ultralinken Fahrwasser schwamm und sie als "opportunistisch" bekämpfte. Um den Widerstand der asturischen Bergarbeiter, der von der Sympathie der breitesten Massen unterstützt wurde, und der sich zu einem allgemeinen politischen Kampf zu entwickeln drohte, zu brechen, mußte die Regierung zum Einsatz noch nicht "zersetzter" Marokkanertruppen greifen. Daß damit aber die Kampfkraft noch nicht gebrochen war, sollte sich bald zeigen.

Im Februar 1936 fanden die Parlamentswahlen statt, die den nunmehr in der "Volksfront" vereinigten Kommunisten, Sozialisten und Liberalen die absolute Mehrheit brachten. Schon die Wahlergebnisse zeigten, daß sich die bankrotten und diskreditierten Liberalen, dank dieses Bündnisses auf Kosten der Arbeiterparteien restaurierten und demzufolge dann auch in der Regierung alle dringenden Reformen, insbesondere die Agrar- und Heeresreform sabotieren konnten. An den Abbau der parasitären Generalschique (auf reichlich hundert Soldaten kam ein General) und die dringend notwendige Agrarreform wagte sich die Regierung nicht heran. Mit Rücksicht auf ihre liberalen Volksfrontgenossen konnte von der KPSp (selbst wenn sie dazu fähig gewesen wäre) die revolutionäre Massenkraft nicht entfesselt werden, die allein Ordnung schaffen konnte. Umgekehrt half die KPSp jetzt wacker mit, die Streikbewegungen wie z. B. der Hafenarbeiter in Málaga zu unterdrücken und die Bauern an der Aufteilung des adeligen und kirchlichen Großgrundbesitzes zurückzuhalten. So schlugen die Generäle am 19. Juni 1936 los. Mit fast bloßen Händen wurden sie in den Hauptstädten und Industriezentren von den Massen zurückgeschlagen. 30 von den 49 spanischen Provinzen, darunter alle Provinzen an beiden Meeresküsten, wurden der Generalscholte entrissen.

Aber dieser sieghafte 19. Juni-Aufschwung wurde viel weniger durch das Eingreifen Hitlers und Mussolinis als durch das zersetzende Gift der Volksfrontpolitik zunichte gemacht. "Erst den Krieg gewinnen und dann die Revolution machen!", war die Losung der Volksfront-Kommunisten, der die liberalen Todfeinde der proletarischen Revolution, die Acana und Miaja & Co. begeistert zustimmten. Wäre Lenin 1917 einer solchen Losung gefolgt, dann hätte er sich auch in seiner Volksfront mit Kerenski gegen Kornilow verbünden müssen. Aber Lenin hat damals den Kampf gegen Kornilow mit dem Kampf gegen Kerenski verbunden und so den Sieg der Revolution vorbereitet.

Daß die Kommunisten in Spanien einen anderen Weg als den Lenins verfolgten, hat Stalin selbst unzweideutig ausgesprochen. In seinem Brief an Largo Caballero vom 21. Dezember 1936 hieß es:

"Die spanische Revolution bahnt sich ihren Weg, der in vieler Hinsicht verschieden ist von dem Weg, den Rußland durchlaufen hat... Es ist sehr wohl möglich, daß der parlamentarische Weg sich in Spanien als ein wirksameres Mittel für die revolutionäre Entwicklung als in Rußland erweisen wird... Man muß die Führer der republikanischen Partei nicht abstoßen, sondern im Gegenteil, man muß sie heranziehen... Es ist insbesondere

notwendig, der Regierung die Unterstützung von Acana und seiner Gruppe zu sichern... Das ist notwendig, um die Feinde Spaniens daran zu hindern, sie als eine kommunistische Regierung zu betrachten und so ihre offene Intervention zu verhüten, die die größte Gefahr für das republikanische Spanien darstellt." (veröffentlicht in "New York Times" vom 4. 6. 39 vom ehemaligen Gesandten Araquistain)

Als in der ersten Periode der bürgerlichen Revolution in Rußland die Menschewiki ebenfalls befürchteten, daß ein Abschwenken der bürgerlichen Klassen den Schwung der Revolution vermindern müsse, schrieb Lenin in "Zwei Taktiken der Sozialdemokratie", Juni 1905:

"Die Bourgeoisie wird in ihrer Masse unbedingt zur Konterrevolution übergehen und sich gegen die Revolution, gegen das Volk stellen, sobald ihre engeren eigennützigen Interessen befriedigt sein werden... Es bleibt das "Volk", d. h. das Proletariat und die Bauernschaft: das Proletariat ist imstande, zuverlässig bis zu Ende zu gehen, denn es geht viel weiter als die demokratische Umwälzung. Deshalb kämpft auch das Proletariat in den vorderen Reihen für die Republik und weist mit Verachtung die dummen und unwürdigen Ratschläge zurück, darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Bourgeoisie nicht "abschwenke"."
(Lenin, Ausgewählte Werke Bd. III, S. 102)

Das schrieb Lenin, als die russische Bourgeoisie gegenüber dem Zarismus bestimmt nicht weniger revolutionär war, als die spanische gegenüber Franco. Umso weniger brauchte also auch die spanische Arbeiterklasse "darauf Rücksicht zu nehmen", daß ihre Arzans und Genossen nicht "abschwenkten". Alle vermeintliche Schlaueit der Volksfront-Strategen hat die faschistischen Imperialisten nicht von der offenen und die übrigen Imperialisten nicht von der versteckten Intervention abgehalten. Aber diese Koalitionspolitik mit dem Feind in den eigenen Reihen hat die Kraft der spanischen Arbeiterklasse gefesselt und die internationale, besonders die französische Arbeiterklasse gehindert, ihre volle Kraft zur Unterstützung der spanischen Revolution einzusetzen. Wohl haben die französischen Volksfrontführer "Flugzeuge und Kanonen für Spanien" verlangt, aber sich auch gleichzeitig der famosen "Nichtintervention" unterworfen.

Sicherlich bestand auch dann, wenn Stalin und die spanischen Kommunisten eine ebenso richtige Politik wie Lenin durchgeführt hätten, keine absolute Garantie für den vollen Sieg. Aber wenn sie statt der Volksfront mit den liberalen Saboteuren die proletarische Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen geschlossen, statt das unfähige

Parlament zu stärken, diesem die in den Arbeiter- und Soldatenräten spontan entstandene Kraft entgegengestellt hätten, durch eine programmatisch festgelegte Propaganda für die Vergesellschaftung der Banken, Schlüsselindustrien und Verkehrsanlagen, für eine revolutionäre Aufteilung des Großgrundbesitzes an die Bauern, für das Recht auf nationale Unabhängigkeit der Kolonien usw. den Ausgebeuteten den einzig möglichen Weg zu ihrer Befreiung von faschistischer und kapitalistischer Unterdrückung gezeigt hätten, dann hätte nicht nur die Kraft der Massen im republikanischen Gebiet aufs Beste gesteigert, sondern auch die Sympathie der Massen im Franco-Gebiet – auch in den Kolonien – in steigendem Maße gewonnen und damit die militärische Kraft der Faschisten zersetzt werden können. Gestützt auf eine Politik, wie sie auch Lenin im Kerenski-Rußland erfolgreich angewandt hatte, konnte die spanische Revolution gegenüber der Gefahr der imperialistischen Invasion mindestens ebenso wie seinerzeit die junge Sowjetunion auf die Hilfe der französischen und englischen Arbeiterklasse rechnen. Die Komintern wurde immer unfähiger, den instinktiven Sympathien breiter Massen für die SU bewußten politischen Ausdruck zu geben. Sie war nicht fähig, diese Massen organisatorisch zu erfassen, was nur auf der Basis gleichberechtigter Sektionen der Internationale möglich gewesen wäre. Aber wenn schon ein Stalin alle positiven Erfahrungen der russischen Revolution im Hinblick auf die Gefahr der imperialistischen Invasionsabsichten übersah, wenn er den Glauben Lenins an den "wichtigsten und teuersten Bundesgenossen, das europäische und amerikanische Proletariat" verloren oder vielleicht auch nie besessen hatte, was konnte das spanische Proletariat dann von einer Pasionaria oder Jesus Hernández mehr verlangen? Diese hatten durch die kritiklose Befolgung der Volksfront-Politik in Spanien erreicht; was die KPD-Führung durch ebenso blind ergebene Befolgung des ultralinken Kurses in Deutschland erreicht hatte, nämlich die Niederlage der Arbeiterklasse und einen weiteren Sieg des Faschismus.

Das Kriegsbündnis der demokratischen Imperialisten mit der Sowjetunion

Während sich die gesellschaftliche Entwicklung in der ganzen Welt immer inniger verflocht und immer internationaler gestaltete, vollzog sich innerhalb der Komintern der umgekehrte Prozeß. Sie verwandelte sich unter Stalins Führung aus einer damaligen Weltpartei immer mehr zu einem spezifisch russischen Parteiorgan. Ungewollt mußte Stalins Kominternpolitik zur Isolierung der Sowjetunion beitragen. Je mehr es sich aber, besonders nach dem faschistischen Siege in

Deutschland und Spanien, zeigte, daß die Widersprüche des kapitalistischen Weltsystems zu erneutem Lösungsversuch durch einen zweiten Weltkrieg treiben mußten, desto sichtbarer wurde damit die drohende Gefahr für das sozialistische Rußland.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß Stalin vom entschlossenen Willen, die Sowjetunion zu verteidigen, ebenso beseelt war, wie Lenin. Aber der Weg und die Mittel für dieses Ziel waren von zwei völlig verschiedenen Gesichtspunkten bestimmt. Lenin kannte den Weg, auf dem die noch schlummernden Proletariermassen des Westens zur befreienden Tat herangeführt werden konnten und er war durch nichts von seinem Glauben an den Fortschritt der Weltrevolution abzubringen, durch die allein der SU die ausreichende Sicherheit gebracht werden konnte. Stalin kannte diesen Weg nicht. Dadurch kam er zur Anwendung falscher und einander immer mehr widersprechender Mittel. Die falsche Kominternpolitik führte ihn zu dem Trugschluß, daß die UdSSR von dem - nach seiner Meinung unfähigen - Weltproletariat keine aktive Hilfe erwarten könne, daß sie sich deshalb nicht nur aus eigener Kraft verteidigen, sondern darüber hinaus zu dem schwachen westlichen Proletariat den Sozialismus "bringen" müsse.

Genau so wie vor dem Oktober 1917 im russischen, so war sich Lenin nach 1917 auch im internationalen Maßstabe völlig sicher, den Gegner mit dessen eigenen Truppen schlagen zu können. In der Schaffung kommunistischer Landesparteien, in der Heranbildung von Führungen, die fähig wurden, zu einer selbständigen politischen Stellungnahme zu den verschiedenen vorhandenen und neu auftauchenden Problemen des Klassenkampfes in ihrem Lande, in der Vereinigung und solidarischen Zusammenarbeit solcher verantwortlicher Sektionsleitungen, in der Führung der internationalen proletarischen Bewegung durch die kommunistische Weltpartei, sah Lenin die unerläßliche Voraussetzung dafür, daß der Komintern im Weltmaßstabe das Gelingen mußte, was der bolschewistischen Partei 1917 in Rußland gelungen war. Weil Stalin diese Voraussetzungen nicht erfüllen konnte, umgekehrt sogar durch seine Maßnahmen, wie zum Beispiel Absetzung mißliebiger Sektionsleitungen, Verpflichtung der Sektionsleitungen zur Durchführung einander widersprechender "Linien", unmöglich machte, mußten die revolutionäre Entwicklung unterbrochen und die Arbeitermassen kampfunfähig gemacht werden.

Auch das grell aufleuchtende Warnungssignal Spanien hat Stalin von dem verhängnisvollen Volksfrontkurs nicht abbringen können. Es gab für ihn keinen besseren Weg. So wenig das russische Proletariat aus eigener Kraft die sozialistische Revolution vollenden kann (Lenin), so wenig kann der politische Verstand der russischen Führung für

sich allein ausreichen, um das gesamte Weltproletariat planmäßig auf den richtigen Weg zu bringen. Das in Spanien und Frankreich versuchte Volksfrontexperiment versuchte Stalin angesichts der zunehmenden faschistischen Gefahr für Rußland selbst im internationalen Rahmen wirksamer zu gestalten. Um den erstarkten und zum Angriff übergehenden Faschismus, diesem sozusagen "am weitesten imperialistisch" entwickelten Flügel der Bourgeoisie im Bunde mit den "weniger weit" entwickelten Flügeln, d. h. im Bunde mit den "demokratischen" Imperialisten zu schlagen, schien das möglich zu sein. Für dieses Bündnis bedurfte es keiner Komintern, die ja zum Kampfe gegen die gesamte Bourgeoisie geschaffen war. Dazu erschien die Sowjetdiplomatie völlig ausreichend. Und damit die - noch unter dem alten Namen existierenden - kommunistischen Landesektionen ihre neue Rolle spielen konnten, schienen sie durch ihre nationale Volksfrontpolitik genügend vorbereitet.

Die immer noch gehegte Hoffnung der demokratischen Imperialisten, daß Hitler sich über Polen hinweg zunächst gegen die SU wenden und ihnen somit die erwünschte Zuschauerrolle gestatten würde, hatte das Zustandekommen der europäischen Volksfront im Sommer 1939 verzögert. Stalin gelang es, durch den Freundschaftspakt mit Hitler am 23. August 1939 die unmittelbare Gefahr für die SU abzuwenden und die stillen Hoffnungen der "Demokratien" zu enttäuschen. So schwierig auch die Stellung der westeuropäischen Kommunisten durch diese unerwartete Wendung Stalins geworden war, der Pakt war unter den gegebenen Umständen unvermeidlich. Die falsche Kominternpolitik hat den faschistischen Sieg in Deutschland und Spanien nicht verhindert. Deshalb wurde der Pakt bei Kriegsausbruch notwendig. So begann der sterbende deutsche Kapitalismus den Kampf um seinen "Lebensraum". Die Spekulation Hitlers, die Westmächte im Blitzkrieg zu erledigen, ehe Amerika eingreifen konnte, brach am zähen Widerstand Englands zusammen. Der dadurch erzwungene Versuch Hitlers zur Niederwerfung Sowjetrußlands schuf die Grundlage für das Kriegsbündnis der demokratischen Imperialisten mit der SU. Im Bunde mit den Demokratien wurde das faschistische Deutschland und seine Satelliten geschlagen. Stalins Volksfrontpolitik, die in Spanien versagte, schien im internationalen Maßstab bestätigt zu sein.

Aber dieser Schein entsprach nicht der Wirklichkeit. In Wirklichkeit vertraten diese Demokratien alles andere als etwa die "weniger weit imperialistischen Elemente des Finanzkapitals". Diese Demokratien hatten sich mit der SU nicht verbunden, um etwa einen "ideologischen" Krieg gegen den Faschismus zu führen, sondern um ihre zudringlichsten imperialistischen Konkurrenten zu beseitigen: um damit ihre Rechnung mit dem deutschen Imperialismus endgültig zu be-

gleichen, die sie 1918 aus Furcht vor den revolutionären Auswirkungen aufschieben mußten. Daß sie vom Standpunkt der sogenannten "ideologischen Gegensätze" sich sehr viel besser mit einem faschistischen Deutschland als mit der SU verständigen konnten, haben ihre Invasionsversuche von 1917 bis 1921 in Rußland und ihre freundliche Duldung und Unterstützung Hitlers von 1933 bis nach München bewiesen. Weil ihre imperialistischen Gegensätze gegenüber ihren hungrigen Konkurrenten größer waren als ihre kapitalistischen Gegensätze gegenüber dem sozialistischen Rußland, mußten sie sich mit der SU verbünden.

Die internationale Arbeiterklasse im 2. Weltkrieg

"Wir wollen nicht die unangenehme Möglichkeit ignorieren, daß die Menschheit im schlimmsten Falle noch einen zweiten imperialistischen Weltkrieg erleben wird, wenn die Revolution trotz der mehrfachen Ausbrüche der Massengärung und Massenempörung und trotz unserer Bemühungen aus diesem Krieg nicht geboren wird."

Diese vorsichtige Einschätzung Lenins aus dem Jahre 1916 - im "Militärprogramm der proletarischen Revolution" - hat sich leider bestätigt: trotz des Oktobersieges in Rußland, trotz der Schaffung der III. Internationale, auf die Millionen gehofft hatten, daß sie besser als die II. Internationale einen nochmaligen Weltkrieg verhindern würde. Doch durch den Oktobersieg von 1917 und die siegreiche Behauptung der Sowjetunion einerseits und das Auftauchen faschistischer Staaten andererseits hatte sich das Weltbild von 1939 gegenüber von 1914 weitgehend verändert. Es war klar, daß diese veränderte Mächtekonstellation auch eine dementsprechende andere Stellungnahme der klassenbewußten Arbeiterschaft im bevorstehenden Kriege erforderten.

Darin liegt der Unterschied zwischen "Versailles", das Lenin als Raubvertrag brandschatzte und "Potsdam", das heute von angeblichen Kommunisten als "gerecht" gepriesen wird. Hätten damals die Clemenceau und Lloyd George und Wilson gesagt, den Deutschen in Versailles zu diktieren, was Potsdam diktiert hat, dann hätten alle Scheidewänner nicht ausgereicht, um die deutsche Arbeiterklasse damals davon abzuhalten, ihr Schicksal mit dem Schicksal Sowjetrußlands zu vereinigen.

Die Reformisten trugen dem insoweit Rechnung, daß sie zwar ganz richtig für die Niederlage der faschistischen Staaten, aber auch für die bedingungslose Unterstützung aller alliierten Mächte eintraten. Die Anhänger Stalins in den alliierten Ländern schlossen sich diesem Standpunkt - jedoch erst nach anfänglichem Schwanken während der Zeit des deutsch-russischen Freundschaftspaktes - um so leichter an, als er ja mit der Volksfrontpolitik identisch war. Eine tatsächliche Leitung der III. Internationale gab es nicht mehr. Trotzki hielt es für die Aufgabe der Arbeiterklasse, die Sowjetunion zu verteidigen. Aber für die Arbeiterklasse aller übrigen Länder, sowohl der faschistischen als auch der demokratischen Länder übernahm Trotzki einfach die Losung Lenins aus dem ersten Weltkriege, d. h. für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg und die Anwendung des revolutionären Defaitismus. Sein Standpunkt erwies sich als so unhaltbar, daß seine eigenen Anhänger von ihm abrückten. Auch der linke SAP-Flügel, auf den Trotzki 1932 noch so viel Hoffnung gesetzt hatte, vertrat im Sommer 1939 den Standpunkt, daß der Arbeiterklasse nichts weiter übrig blieb, als unter den Fahnen der Alliierten gegen Hitler zu kämpfen.

Es waren nur wenige von der KPD ehemals ausgeschlossene Kommunisten, die der veränderten Weltlage vom marxistischen Standpunkt Rechnung trugen. Ausgehend von der veränderten Kräfteverteilung sahen sie voraus, daß der bevorstehende Weltkrieg nicht so wie der erste ein rein imperialistischer sein konnte, wenn die Sowjetunion - trotz ihrer berechtigten Bemühungen, außerhalb des Konfliktes zu bleiben - dennoch mit hineingezogen wurde, wenn sie also gezwungen wäre, in gemeinsamer Front mit den demokratischen Imperialisten gegen den faschistischen Imperialismus zu kämpfen. Die demokratischen Mächte konnten in diesem Krieg nur ihre imperialistischen Interessen vertreten. Rußland dagegen, das als sozialistischer Staat keine imperialistischen Interessen haben konnte, verteidigte sich als den vorgeschobenen Posten der Weltrevolution gegen den konterrevolutionären Faschismus. Es waren also keineswegs die gleichen, sondern grundsätzlich verschiedene Interessen, die sich zu einem zeitweiligen Bündnis im Kriege gegen die faschistischen Mächte vereinigten, die diesem Kriege keinen eindeutigen Charakter gaben, sondern ihn zu einem sozusagen gemischten Kriege machten. In einem solchen Kriege konnte den Arbeitern der demokratischen Länder natürlich nicht geraten werden, durch den revolutionären Defaitismus für die militärische Niederlage ihrer Länder zu wirken. Denn unter den gegebenen Umständen konnte diese Losung nur konterrevolutionär wirken und auf eine tatsächliche Unterstützung des Faschismus hinauslaufen. Und deswegen konnte Trotzki's Losung von niemandem ernst genommen werden.

Aber ebenso wenig entsprach auch die Losung der Reformisten (die auch von den Stalinisten mit dem Eintritt der SU in den Krieg übernommen wurde) der tatsächlichen Lage und den wirklichen Interessen der Arbeiterklasse. So richtig diese Losung betonte, daß der Faschismus unter allen Umständen geschlagen und vernichtet werden müsse, so grundfalsch war die Losung, die den Arbeitern vorspiegelte, daß sie diese Aufgabe nicht nur im Bunde, sondern auch unter der uneingeschränkten Führung ihrer demokratischen Bourgeoisie tatsächlich durchführen könne, genauso wie im ersten Weltkriege, unter Verzicht auf die Vertretung ihrer spezifisch proletarischen Klasseninteressen und Wahrung des Burgfriedens mit ihrer demokratischen Bourgeoisie. Diese Losung ging von der illusionären Vorstellung aus, daß die demokratische Bourgeoisie willens und imstande sei, nicht nur die faschistische Kriegsmacht zu schlagen und zu vernichten, sondern auch den Faschismus selbst auszurotten. Eine solche Auffassung beweist nur, daß sich ihre Vertreter trotz aller italienischen, deutschen und spanischen Erfahrungen weder über den wirklichen Charakter der bürgerlichen Demokratie, noch über deren Verhältnis zur faschistischen Diktatur klar werden und deshalb auch die wirkliche Stellung und Aufgaben der Arbeiterklasse im Kampfe gegen den Faschismus nicht begreifen konnten. Die vorbehaltlose Übernahme dieser Losung durch die Stalinkommunisten war nur die Konsequenz des Volksfrontkurses, den der VII. KI-Kongreß eingeschlagen hatte. Der Faschismus ist in Wirklichkeit keineswegs – wie die Reformisten glauben – eine Art anormaler Auswuchs der bürgerlichen Demokratie, sondern die Weiterentwicklung dieser Herrschaftsform in der Zeit des sterbenden Kapitalismus, d. h. in der Zeit, wo die kapitalistische Klassenherrschaft mit demokratischen Herrschaftsmethoden nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

Der Faschismus ist aber auch nicht – wie Stalin auf dem VII. KI-Kongreß formulierte – nur die Diktatur der "am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals", sondern die Herrschaftsform, die irgendein Napoleon Bonaparte, Mussolini, Hitler usw. im Auftrag und Interesse der gesamten Bourgeoisie ausübt, wenn diese selbst die Macht nicht mehr halten kann.

"Der moderne Staat, wie auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist." Friedrich Engels: "Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft."

In seiner faschistischen Form, ist der Staat sogar noch viel schärfer ausgeprägt der ideelle Gesamtkapitalist, auch wenn er mit diktatorischer Gewalt die Selbständigkeit vieler Einzelkapitalisten opfert, um

das System als Ganzes besser verteidigen zu können. An dieser Tatsache wird auch nichts dadurch geändert, wenn einzelne Kapitalisten, oder auch einzelne Schichten der kapitalistischen Ordnungshüter sich aus moralischen, religiösen, rassischen oder sonstigen ideellen Gründen von den faschistischen Gewaltmethoden mehr oder weniger distanzieren: daß ihre materiellen, d.h. ihre Ausbeuterinteressen nicht mehr mit demokratisch verhaltenen, sondern nur noch mit den offenbrutalen, faschistischen Gewaltmethoden durchgesetzt werden können, macht sie trotz aller moralischen Heulmeierei zu Teilhabern, zu Mitverantwortlichen, zu Mitschuldigen und zu tatsächlichen Stützen dieser faschistischen Herrschaftsform des sterbenden Kapitalismus. Den Arbeitern vorzutäuschen, daß sie im Bunde und unter Führung dieser Schichten den Faschismus schlagen oder gar ausrotten können, bedeutet, ihren Kampf gegen das kapitalistische System, dieser Wurzel des Faschismus, inhaltlos machen, d.h., die Arbeiterklasse in einem opferreichen, aber völlig erfolglosen Kampf zu schicken, in dem sie von ihren bürgerlich "demokratischen" Bundesgenossen verraten und unweigerlich geschlagen werden muß. Das war die unvermeidliche Konsequenz der Losung, mit der die Reformisten und Stalinkommunisten die Arbeitermasse der demokratischen Länder während des 2. Weltkrieges irreführt haben.

Vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus, mußte die Antwort auf die Frage der Arbeiterschaft der demokratischen Länder, ob sie sich und ihr Land gegen den Faschismus verteidigen müssen, mit einem offenen Ja beginnen, aber gleichzeitig mußte der Arbeiterschaft ebenso offen erklärt werden, wie sie den Kampf führen müsse, wenn der Faschismus wirklich geschlagen werden soll. Dieses Ziel, an dem einzig und allein die Arbeiterklasse, aber keineswegs die imperialistische Bourgeoisie restlos interessiert ist, war nur zu erreichen wenn der Kampf gegen den Faschismus nicht durch die imperialistischen Ziele der Bourgeoisie gehemmt, sondern durch die revolutionären Ziele der Arbeiterklasse konsequent bis zum Siege geführt werden konnte. Die Arbeiterklasse der demokratischen Länder stand bei Beginn der faschistischen Invasion vor einer ähnlichen Aufgabe, wie die französische Bourgeoisie in ihren Revolutionskriegen gegen die konterrevolutionären Invasionsarmeen. So wie damals die französische Bourgeoisie die äußere Konterrevolution nur unter der Bedingung besiegen konnte, daß sie gleichzeitig jede Sabotage dieses Kampfes seitens der inneren Konterrevolution brach, ebenso hätte die Arbeiterklasse der demokratischen Länder den Faschismus nur dann wirklich schlagen können, wenn sie unter Fortsetzung des Kampfes für ihre eigenen Klasseninteressen der reaktionären, mit dem Faschismus sympathisierenden Bourgeoisie die Führung des Krieges gegen

den Faschismus entzogen und in die eigenen Hände genommen hätte. Nur durch die Umwandlung der imperialistisch geführten Verteidigung in den revolutionären Freiheitskrieg wäre es möglich gewesen, den Faschismus wirklich zu schlagen.

Einen lebendigen Beweis für die Richtigkeit dieses marxistischen Standpunktes erbrachten die Erfahrungen der Widerstandsbewegung gegen die faschistische Besetzung, insbesondere in Frankreich. Sie lieferte den Beweis für die Möglichkeit, den Krieg gegen den äußeren und inneren Feind gleichzeitig zu führen. Aber diese Bewegung bewies auch, daß sie ihren eigentlichen Zweck verfehlen muß, daß sie den Faschismus nicht schlagen oder gar ausrotten kann, wenn die Arbeiterklasse nicht einmal ernsthaft darum kämpft, die Führung dieser Bewegung zu erobern. Irreführt von den sozialpatriotischen Parolen ihrer opportunistischen Führer haben sich die Arbeiter der Bourgeoisie und Generalführung untergeordnet, haben sie für die Befreiung ihres Vaterlandes (das nicht ihnen, sondern ihrer Bourgeoisie gehörte) gekämpft, haben sie damit der Bourgeoisie, ihrem Klassenfeind, wieder fest in den Sattel geholfen, sodaß diese ihnen jetzt mit Hilfe der opportunistischen Lakaien die Waffen wieder abnehmen und widerstandslos in das alte Joch kapitalistischer Lohnsklaverei einspannen konnte.

So hat diese Widerstandsbewegung den Beweis erbracht, daß sie ihre volle Kraft nur dann entfalten konnte, wenn sie über das mit dem Kriegsende erreichte Ziel der nationalen Befreiung hinaus mit dem gleichzeitig verfolgten Ziel der sozialen Befreiung weitergeführt werden konnte. Weil keine führende Kraft vorhanden war, die das instinktive Sehnen der Massen nach sozialer Erneuerung ihres Landes zum bewußten Inhalt ihrer heroischen Widerstandsbewegung zu formen verstand, mußte die Bewegung nach der nationalen Befreiung völlig inhaltlos werden und jede weitere Existenzberechtigung verlieren. Sie mußte ebenso abdanken wie einst die deutschen Arbeiter- und Soldatenräte 1918 vor einer - mit Hilfe ihrer opportunistischen Lakaien - wieder gefestigten Bourgeoisie.

Die traurige Tatsache, daß die klassenverräterische Rolle der reformistischen Sozialpatrioten in diesem Kriege noch durch angebliche Kommunisten verstärkt und jede Opposition von den großen Partei- und Gewerkschaftsapparaten erdrückt werden konnte, hat dazu geführt, daß die internationale Arbeiterklasse ohne jede eigene Klassenführung als bloßes Anhängsel der Bourgeoisie durch die trostlose Nacht des Krieges geschleift wurde. Weil sie dem Einfluß ihrer blinden Führung gefolgt war, weil sie im Kriege auf den Kampf für ihre eigenen Interessen verzichtet hatte, konnte sie auch am Ende des

Krieges nicht als eine selbständige, von der bankrotten Bourgeoisie unabhängige Kraft als die wirklich entscheidende Großmacht in Erscheinung treten. Ihre revolutionäre Kraft, die sich im ersten Weltkrieg durch Spartakus und die bolschewistische Partei Anerkennung verschaffte und die Bourgeoisie mit Panik erfüllte, war jetzt im Dienste des Klassenfeindes mißbraucht worden. Die Siegesstrahlen des Roten Oktober, die der internationalen Arbeiterklasse am Ende des ersten Weltkrieges den Weg ihres Wiederaufstiegs leuchteten, waren nunmehr durch Stalins national beschränkte Politik völlig verdunkelt. Die Preisgabe des proletarischen Internationalismus hat auch der III. Internationale das Leben gekostet.

III. Die Arbeiterklasse beginnt sich wieder zu sammeln

Die erste Weltgewerkschafts-Konferenz in London – Februar 1945

Das Versagen und der schließliche Zusammenbruch der III. Internationale mußte sich um so härter auswirken, weil dieser Sturz von einer viel höheren Warte als der Sturz der II. Internationale erfolgte. Aber die Arbeiterklasse hat weder Zeit noch Ursache, zu resignieren. Rücksichtslos nutzt der Klassengegner ihre Schwäche aus. Mit zynischer Schamlosigkeit bricht er seine feierlichen Versprechungen, die er in seiner Not machen mußte und zwingt die Arbeiterklasse, weiter zu kämpfen, zwingt sie, ihre Klassenkraft wieder organisatorisch zusammenzufassen, nach zweckmäßigen Formen der Organisation, nach besseren Methoden des Kampfes zu suchen und somit die Voraussetzungen für ihren Wiederaufstieg zu schaffen.

Schon gegen Ende dieses Weltkrieges begann sich die Arbeiterklasse wieder zu regen und nach internationalem Zusammenschluß zu streben. Die kapitalistische Entwicklung selbst sorgt dafür, daß der internationalen Proletarierarmee immer neue Bataillone zugeführt werden. Im Interesse seiner Erhaltung hat der Kapitalismus die Organisation der Gewerkschaften in Italien und Deutschland zwar zerschlagen, aber die Grundlage für ihr Wiedererstehen nicht vernichten können. Diese vorübergehende Schwäche ihrer numerischen Stärke konnte durch Zuwachs in kapitalistisch neu erschlossenen Gebieten mehr als ausgeglichen werden. Neben den 27 Millionen Russen erschienen jetzt die jungen Kolonialgewerkschaften als Interessenten an der Schaffung eines neuen Weltgewerkschaftsbundes.

Eine Welle "wilder Streiks", die um 1930 in Westindien und in den rhodesischen Kupferminen ausbrach, veranlaßte die englische

Regierung, die Aktion der Labourparty und der Trade Unions zur gewerkschaftlichen Organisierung der Kolonialarbeiter und Schaffung einer gewissen Sozialgesetzgebung zu begünstigen. Besondere Gewerkschaftsfachleute wurden als "Labourofficer" in die Kolonien entsandt. Im Jahre 1942 wurde ein konsultatives Komitee am Kolonialamt geschaffen, dem sechs Gewerkschaftsvertreter angehörten, die nach der Goldküste, Rhodesien und Trinidad geschickt wurden, um dort Arbeitsnachweise, Schlichtungsorgane und ähnliche "Versöhnungs-Instrumente" zu schaffen. Wenn auch die herrschende Klasse diese Einrichtungen im Kriege für die Zwecke der totalen Mobilisierung für sich ausnutzen konnte, so hat sie andererseits die Kräfte organisieren müssen, die ihr letzten Endes ihre Herrschaft bestreiten werden. Die Schlußbilanz des II. Weltkrieges zeigte immerhin, daß das imperialistische England ein volles Drittel seiner Handelsflotte sowie seine führende Rolle in der Finanzwelt und noch manches andere verloren hat, aber das proletarische England hat neben anderem über 200 - wenn auch teilweise noch schwache - Kolonialgewerkschaften, d.h. einen neuen und wichtigen Bundesgenossen gewonnen. Die Entsendung neuer und das Anwachsen früherer Gewerkschaften in Afrika, Latein-Amerika (das allein 18 Landeszentralen mit ca. 4 Millionen Mitgliedern zählt), in den USA, im Nahen und Fernen Osten und den Balkanländern hat der proletarischen Weltarmee ungleich größere Massen nach diesem Kriege zugeführt. Gegenüber den ca. 8 Millionen des IGB im Jahre 1913, und den ca. 23 Millionen des IGB im Jahre 1919, gab es jetzt - ohne die Russen - ca. 46 Millionen Gewerkschafter, von denen sich die 6 Millionen in der AFofL dem WGB nicht angeschlossen haben.

Das riesige Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung ist natürlich noch keine ausreichende Gewähr für den Wiederaufstieg der Gesamtarbeiterbewegung, aber es ist eine entscheidend wichtige Voraussetzung dafür. Denn darin zeigt sich, daß die Zahl der ausgebeuteten Lohnsklaven gewaltig gewachsen ist, die instinktiv begriffen haben, daß sie sich zu einem gemeinsamen Kampf vereinigen müssen, die also mit dem Eintritt in die Gewerkschaften die erste Stufe des Klassenbewußtseins erreicht haben. Ohne daß sich der einzelne Proletarier dessen voll bewußt zu sein braucht, bedeutet jeder einzelne Eintritt in die Gewerkschaft tatsächlich eine Kriegserklärung an die Kapitalistenklasse: denn der ausgesprochene Zweck, den der einzelne Proletarier und auch die große Masse mit Hilfe der Gewerkschaft erreichen will, die ausreichende Sicherung seiner Existenz, ist nicht anders zu verwirklichen, als durch die Abschaffung des Lohnsystems, d.h. durch den Sturz der Kapitalherrschaft.

Als fundamentale Tatsache hat Marx schon vor hundert Jahren fest-

gestellt, daß die Arbeiterklasse in ihrer großen Zahl den einzigen Vorteil gegenüber dem Kapital besitzt, daß aber "die Masse nur dann ins Gewicht fällt, wenn Organisation sie zusammenfaßt und ein Wille sie leitet."

Der spontane Zustrom der Massen zu den Gewerkschaften und ihr Streben nach internationalem Zusammenschluß ist ein glänzender Beweis dafür, wie die proletarische Klasse trotz aller schweren Niederlagen und Rückschläge, trotz allen katastrophalen Versagens ihrer Führungen in unbeirrbarem elementarem Instinkt immer wieder die Voraussetzungen zu erfüllen sucht, die ihr die Ausnutzung ihres einzigen Vorteils, ihrer zahlenmäßig erdrückenden Überlegenheit gegen das Kapital ermöglichen. Von sich aus schafft sich die Arbeiterklasse ihre Organisation, von sich aus ist sie von dem instinktiven Willen beseelt, für ihre Klasseninteressen zu kämpfen, aber - und darin liegt die ungeheure Schwierigkeit, die dem vollen einheitlichen und planmäßigen Einsatz ihrer organisierten Kraft und damit dem Aufstieg der Gesamtbewegung hindernd im Wege steht - dazu bedarf sie einer wirklich revolutionären Führung, einer solchen revolutionären Vorhut, wie sie sich die russische Arbeiterklasse bis 1917 schaffen konnte. Inwieweit die Führung oder richtiger gesagt die verschiedenen von vornherein nicht gerade sehr einheitlichen Führergarnituren, die bei Kriegsende um die Beeinflussung der wieder neu entstehenden internationalen Gewerkschaftsbewegung miteinander kämpften - in der Lage sein konnten, dem instinktiven Willen der Massen bewußten Ausdruck zu geben und in einen bewußt einheitlichen Willen zu formen, der die Voraussetzung des Wiederaufstiegs ist, hat sich in der Vorbereitung und Durchführung des Weltgewerkschaftskongresses zeigen müssen.

Die entscheidend wichtige Aufgabe der Londoner Gewerkschaftskonferenz bestand darin, den statutarischen Rahmen vorzubereiten, in welchem die gewerkschaftlich organisierten Massen international erfaßt und im Geiste eines neuen Weltgewerkschaftsbundes geführt werden konnten. Daß sich die Lösung dieser Aufgabe wesentlich komplizierter als nach dem 1. Weltkrieg erweisen sollte, obwohl es diesmal keine Differenzen mit "Besiegten" gab, zeigte sich besonders in der mühseligen sechsmonatigen Arbeit der administrativen Kommission zur Ausarbeitung der Statuten. Für die endgültige Formulierung dieser Statuten mußte dann noch tagelang hinter den Kulissen der Pariser Tagung mehr gefeilscht als gekämpft werden. In dem hartnäckigen Ringen der alten Amsterdamer Garde, die das Drängen der Massen nach internationaler Gewerkschaftseinheit durch einfache Wiederherstellung ihres verkrachten IGB auszunutzen versuchten, mit ihren russischen Gegenspielern, die umgekehrt die so-

fortige Gründung eines völlig "neuen WGB" erstrebten, schien die alte Kampffront zwischen "Moskau und Amsterdam" wiederentstanden zu sein. In einem gewissen Sinne traf das auch tatsächlich zu und es lag nicht an den Amsterdamer, daß dieser sachlich vorhandene und auf die Dauer nicht zu überbrückende Gegensatz weder auf der Londoner noch auf der Pariser Konferenz klar zum Ausdruck kam.

Amsterdam war 1945 noch genauso wie 1914 und 1919 ein international angestrichener Verein von rabiaten Verteidigern kapitalistischer Vaterländer und mußte daher die Russen als Vertreter eines sozialistischen Vaterlandes als Fremdlinge betrachten. Wenn sich die Amsterdamer dennoch mehr der Not gehorchend als aus freiem Triebe zu dem Versuch einer Verbindung mit den Russen bequemen, dann einmal unter dem Druck des Massenwillens, andererseits aber auch aus der - leider nur zu sehr begründeten - Hoffnung, daß sie von dem Moskau von 1945 weitgehende Konzessionen erwarten durften. Die zwei weiteren Hauptaufgaben der Londoner Konferenz ergaben keinerlei Differenz: alles für den Sieg der Alliierten zu mobilisieren und für die Zulassung des neu entstehenden WGB und ebenso neu entstehenden Völkerbund zu wirken. Das steht zur prinzipiell reformistischen Auffassung nicht im Widerspruch. Im gleichen Maße jedoch, wie die Chancen für die Fortsetzung der Amsterdamer Bankrottspolitik stiegen, mußten die Hoffnungen der Massen auf die neue Gewerkschafts-Internationale enttäuscht werden.

Die Eröffnung der Pariser Weltgewerkschafts Konferenz

Der 2. Weltkrieg war beendet, als am 25. September 1945, dem 50jährigen Gründungstag der französischen CGT (Allgemeiner Gewerkschafts-Bund) die Delegierten von 56 Ländern (der neue Völkerbund hatte nur 51) zur Gründung des WGB zusammentraten. Am 8. Mai hatte Deutschland und am 17.8.1945 Japan bedingungslos kapituliert. Am 25. April hatte der neue Völkerbund, unter der Firma der "Vereinten Nationen" in San Francisco das Friedensgeschäft wieder eröffnet, mit dem sein Vorgänger in Genf Pleite gemacht hatte. In Potsdam hatten die "Drei Großen" vom 17. Juli bis 2. August 1945 ihre "unzerstörbare Einheit" nochmals besiegelt.

Was aber in den Reden so mancher Delegierten, namentlich der Kolonialdelegierten, auf dem Pariser Kongreß und in hunderten von Zuschriften und Telegrammen, darunter solche von Schiffsmanschaften auf hoher See einheitlich zum Ausdruck kam, war der elementare

Wunsch der 66 Millionen, eine Internationale zu schaffen, die als die entscheidende proletarische Großmacht für die Befreiung der Arbeiterklasse und für einen wirklichen Weltfrieden kämpfen könne.

"Die sofortige Gründung des WGB entspricht dem Verlangen der Arbeiter aller Länder. Wenn der alte IGB keine eben solche mächtige Beihilfe von Delegierten erhalten konnte, wie die gegenwärtige Konferenz, so infolge seiner unzulänglichen Methoden. Wir sind hier, um etwas Besseres zu schaffen",

sagte ein Australier und Lombardo Toledano berichtete von dem Enthusiasmus der Arbeiter in den Kolonien Latein-Amerikas, während der Delegierte von Britisch-Neu-Guinea mit erfrischender Deutlichkeit sagte:

"Solange wir nicht erreicht haben, die Arbeitermassen zu mobilisieren und sie handeln zu lassen, werden wir noch sehr wenig gemacht haben. Um gehört zu werden, brauchen die Kolonial-Arbeitermassen einen Interpreten, der der WGB sein muß."

(Zitate ohne besondere Quellenangabe in diesem und den drei folgenden Kapiteln entstammen dem "Le Peuple" vom 29. 9. und 6., 13., und 20. Oktober 1945.)

Gegenüber diesen Massen, die instinktiv begriffen hatten, daß etwas Besseres unbedingt notwendig sei, standen jetzt die verschiedensten Führergarnituren, wie zum Beispiel ein Schevenels oder Citrine, die ganz offen erklärten, daß sie sich etwas Besseres als Amsterdam überhaupt nicht denken können, und die in dieser Meinung von einem Green, dem Führer der 6 Millionen starken American Federation of Labour, ganz offen und von solchen Leuten wie z. B. einem Jouhaux etwas weniger offen unterstützt wurden. Auf diese Demokraten per excellence traf zu, was Marx gesagt:

"Auf jeden Fall geht der Demokrat aus seiner schmachlichsten Niederlage ebenso unbefleckt hinaus, wie er unschuldig in den Kampf hineingegangen ist, mit der neu gewonnen Überzeugung, daß nicht er und seine Partei, sondern die Verhältnisse sich ändern müssen."

(Karl Marx, Der 18. Brumaire..., franz. Ausg. 1945, S. 36)

Leider hat sich hier auch zeigen müssen, daß ihre mehr oder weniger offenen Kritiker, wie der Franzose Louis Saillant, der CIO-Führer Sidney Hillmann, der Lateinamerikaner Lombardo Toledano und auch nicht die Russen Kusnetzow, Tarassow und Solowjew in der Lage waren, dem verkrachten IGB etwas Besseres entgegenzustellen.

Auf dieser Pariser Tagung standen sich auch nicht so, wie 1919 in Amsterdam, die "Sieger" und die "Besiegten" gegenüber. Hier brauchten keine "Besiegten" ihr öffentliches Schuldbekenntnis am Kriege abzulegen, wie ehemals die deutschen Gewerkschaftsführer in Amsterdam. Aber wenn sich auch die Sieger darin einig waren, über die "Schuldigen" in deren Abwesenheit zu urteilen, um so uneiniger müssen sie sich in Dingen erweisen, über die sich die Delegierten zu einem Teil nicht klar waren und zum anderen Teil nicht offen auszusprechen wagten.

Hier in Paris war eine etwas andere Lage als 1919 in Amsterdam. Hier kamen nicht diejenigen zusammen, die der Krieg - zeitweilig - getrennt, sondern umgekehrt diejenigen, die der Krieg nach langer - grundsätzlich bedingter - Trennung vereinigt hatte. Hier war die "Einigkeit" nicht erst das zu erreichende Ziel, sondern der Ausgangspunkt ihres Zusammentreffens. Aber eben dieser Ausgangspunkt - die gemeinsame Kriegsfront gegen den faschistischen Imperialismus - war durch den militärischen Sieg zu einem form- und inhaltslosen Nebelfleck geworden.

In der Abwehr gegen die imperialistischen Expansionsbestrebungen der Faschisten konnten und mußten sich das imperialistische Amerika, England und Frankreich mit dem halbkolonialen China und auch mit dem sozialistischen Rußland in einer gemeinsamen, aber innerlich sehr differenzierten Kampffront vereinigen. Ebenso notwendig wie diese Einheit der drei oder fünf Großen in diesem gemischten Kriege war, genauso unhaltbar mußte sie nach erfülltem Zweck werden. Sie mußte nach dem Siege unvermeidlich in ihre einzelnen, einander grundsätzlich widersprechenden Bestandteile zerfallen.

Soweit die Potsdamer Konferenz die Einigkeit der "Drei Großen" noch zu besiegeln schien, bestand diese faktisch nur in dem gemeinsamen Interesse an der Verteilung der Kriegsbeute. Doch in der unterschiedlichen Art und Weise, in der die "vereinigten Sieger" ihre neuen Einflusssphären auszunutzen begannen, zeigten sich die unvereinbaren Gegensätze. Mit welcher Schnelligkeit sich diese verschärft haben, bewies die Konferenz der fünf Außenminister in London, deren Ausgang am 2. Oktober 1945, also einen Tag vor der Gründung des WGB, aller Welt gezeigt hatte, daß die im Kriege vereinigten "Großen" in diesem sogenannten Frieden nicht mehr miteinander, sondern bereits neben-, d. h. gegeneinander marschierten.

Das hat die einzelnen Führergarnituren auf der Pariser Tagung in eine Lage versetzt, die ungleich schwieriger war, als in Amsterdam.

Und das hat auch dieser Tagung eine besondere Note gegeben. Wohl beteten sie alle noch für die Erhaltung der Einigkeit der drei Großen, aber das war so viel wert, wie das Vaterunser eines gläubigen Soldaten vor dem Sturmangriff. Diese Einigkeit war endgültig dahin und ihren sozialpatriotischen Grundsätzen getreu mußten sich die Reformisten der veränderten Marschrichtung ihrer "Vaterländer" anschließen. Konsequenterweise hätten sie nicht die Verbindung, sondern die Trennung von den Russen auf die Tagesordnung des Kongresses setzen müssen. Das aber konnten sie wieder nicht mit Rücksicht auf die Massen, die mit unnachgiebiger Konsequenz nach internationaler Vereinigung ihrer Klassenkraft drängten. Aus dieser besonderen Lage am Ende des 2. Weltkrieges, die anstelle des Friedens eine immer deutlicher erkennbare Vorbereitung für den nächsten Krieg zeigte, erklärt sich die verschiedenartige Haltung der Reformisten und auch der Russen. Ihnen allen ging es darum, möglichst große Einflußsphären und Stützpunkte zur Verteidigung ihrer speziellen Landesinteressen zu gewinnen und sei es auch unter noch so großem Verzicht auf eine reinliche, prinzipielle klare Grundlage für die neue Internationale. Daß die Amsterdamer Garde hier nicht mit offenen Karten spielen durfte, ist selbstverständlich. Daß aber auch die Russen das nicht konnten, darin liegt das große Manko dieses Kongresses, in dessen stickiger, geheimdiplomatischer Atmosphäre nur das Auftreten der Kolonialdelegierten etwas frischere Luft spüren ließ.

Wie wenig sich die verschiedenen Führergarnituren der wirklichen Lage bewußt waren oder aber auch sich selbst und die Massen darüber hinwegzutäuschen versuchten, dafür lieferte schon die Eröffnungsrede eines Jouhaux einen sprechenden Beweis. Es wirkte wie die schwerste Selbstanklage, wenn ein Jouhaux, der schon 1914 der "Union sacrée" mit seiner Bourgeoisie zuliebe jeden Grundsatz proletarischer Internationalität über Bord geworfen hatte, der schon von Lenin als ein-typischer Vertreter des sozialpatriotischen und chauvinistischen Opportunismus gebrandmarkt wurde, jetzt auf dem Kongreß erklärte:

"Wenn uns der internationale Geist, mangelt, wenn wir uns herablassen zu denken, daß die internationalen Prinzipien, auf denen unsere Internationale beruht, von den nationalen Interessen abgelenkt werden müssen, dann haben wir den Beweis einer Schwäche erbracht, die uns unfähig macht, unsere Mission zu erfüllen. Wir wären ohnmächtig gegenüber der historischen Aufgabe, die wir zu erfüllen haben."

Und er setzte dann noch hinzu:

"Ich will glauben, daß die Erfahrungen zweier schrecklicher Weltkriege und die Erfahrungen der politischen und ökonomischen

Krisen in der Zwischenzeit uns die Augen geöffnet haben und daß wir nicht mehr wollen, daß Kriegshetzer und Reaktionäre unsere Uneinigkeit ausnutzen können."

Gleichsam als Beweis dafür, was er selbst aus alledem gelernt hat, bekennt er begeistert am Schluß seiner Rede:

"Patrioten, wir sind es. Wir haben zu leiden und zu sterben bewußt für die Unabhängigkeit unserer Vaterländer."

"Internationalisten, sein wir es, weil in der internationalen Zusammenarbeit die Unabhängigkeit der Völker, die frei über sich selbst bestimmen, beruht und weil sie die Garantie des menschlichen Friedens sein muß."

Was es mit dem "internationalen Geist" eines Jouhaux auf sich hat, wurde erneut durch die diffamierende Behandlung der deutschen und japanischen Arbeiterklasse durch diesen "Internationalisten" bewiesen. Wie die internationalen Prinzipien tatsächlich "abgebogen" wurden, hat sich bei der Formulierung der Statuten gezeigt.

Reformistische Blindheit kann niemals begreifen, daß die Arbeiter, wie Marx und Engels sagten - kein Vaterland haben, daß man ihnen nicht nehmen kann, was sie nicht haben, daß die Arbeiter nur dann Patrioten und Internationalisten zugleich sein können und auch sein müssen, wenn sie sich ihr Vaterland erobert, d.h. von der Bourgeoisieherrschaft befreit haben. Jouhaux und seine Freunde sind dafür ein ebenso lebendiger, wie trauriger Beweis. Solange die Völker von ihrer imperialistischen Bourgeoisie geführt werden, besteht ihre internationale Zusammenarbeit im ständig gesteigerten Konkurrenzkampf, dessen "friedliche" Methoden unvermeidlich in der gewaltsamen Form des Krieges enden müssen. Erst wenn die Arbeiterklasse ihr Land von der parasitären Bourgeoisieherrschaft befreit hat, können die Völker frei über sich selbst bestimmen und friedlich zusammenarbeiten.

"Wenn die Arbeiter-Internationale den Frieden schaffen soll² - dann ist es nach Jouhaux nötig -² daß der Zusammenschluß der Arbeiter aller Länder eine solche Macht bildet, die sich den Macht- und Gwalthabern auferlegt und sie zwingt, die Menschenrechte zu respektieren."

Das könnte richtig sein. Es kommt nur darauf an, wie dieser Zwang den Machthabern auferlegt werden soll. Daß Jouhaux dabei nicht an Marx und Engels oder gar an Lenin, sondern wohl vielmehr an den großen Pazifisten Jaure's dachte, ist selbstverständlich. Er sagte:

"Ebenso wie für die Konstruktion des Friedens ist die Stütze der Arbeit für die Reorganisation der Welt notwendig".

Unter Stütze versteht man etwas, womit man etwas Stützbedürftiges stützt. Also kann dieser nicht schlecht gewählte Vergleich nur bedeuten, daß die "Stütze der Arbeit" das wackelige Gebäude des Kapitalismus stützen, statt stürzen soll. Es entspricht diesem opportunistischen Zerrbild völlig, wenn Jouhaux den eigentlichen Zweck der neu zu schaffenden Internationale folgendermaßen enthüllt:

"Wenn wir bewußt akzeptieren, an der Erhaltung des menschlichen Friedens mitzuarbeiten, (wörtlich: collaborer) so darum, weil wir sicher sind, daß unser Recht an seiner Konstruktion teilzunehmen, anerkannt werden wird, und daß wir gerufen werden (!) um zu diskutieren durch die Teilnahme unserer direkten Delegierten in den qualifizierten Organen der verschiedenen Nationen."

Völkerbund und Gewerkschafts-Internationale

Jouhaux und Genossen warten auf den Ruf, damit sie "an der Erhaltung des menschlichen Friedens collaborieren und diskutieren" können. So sieht der Zwang aus, wie sie die im neuen Völkerbund vereinigten Macht- und Gewalthaber zur Respektierung der Menschenrechte bringen wollen. Dazu soll der neue Gewerkschaftsbund genauso mißbraucht werden, wie seine beiden Vorgänger, die beide solange über den Frieden diskutiert hatten, bis der neu ausgebrochene Krieg ihrem Schattendasein ein Ende setzte. Die Sicherheit, mit der Jouhaux darauf rechnete, "gerufen" zu werden, stand im offenen Widerspruch zu den traurigen Erfahrungen, die seine Freunde in San Francisco bereits im Anfang Mai gemacht hatten. Wie es dieser administrativen Kommission, die im Februar in London dazu bestimmt wurde, bei ihrem Versuch auf Zulassung zu den Arbeiten des Völkerbundes ergangen ist, darüber berichtete Hillmann jetzt in Paris:

"Es ist bedauerlich, daß die administrative Kommission auf die Teilnahme in San Francisco verzichten mußte."

Louis Saillant hatte schon nach seiner Rückkehr von diesem gescheiterten Versuch festgestellt, daß man an einem "toten Punkt" angelangt sei und daß es ungerecht sei, der internationalen Gewerkschaftsbewegung jetzt ein Recht zu verweigern, das man ihr nach dem 1. Weltkriege eingeräumt hatte.

Weder so altbewährte Reformisten wie Jouhaux, noch so jung bekehrte Sozialpatrioten wie Saillant, können mit ihrem kleinbürger-

gerlichen Bewußtsein diesen Widerspruch begreifen. Heute pochen sie auf ihr "Recht zur Mitarbeit". Sie haben schon wieder vergessen oder nicht begriffen, daß in dieser Welt nur dem Recht gewährt wird, der über die Macht verfügt, es durchzusetzen. Ihr kleinbürgerliches Bewußtsein hindert sie zu verstehen, daß es 1919 die panische Angst vor den Auswirkungen der russischen Oktoberrevolution war, die den Siegern in Genf im Nacken saß und daß die Macht der in Bewegung geratenen Arbeitermassen sie dazu gezwungen hat, den IGB damals bereitwilligst zuzulassen: aber auch nur, um ihn als Regenschirm gegen das "bolschewistische Unwetter" zu benutzen. So konnten damals die Amsterdamer ernten, was sie nicht gesät hatten.

Dieselben alten und neu hinzukommenden Opportunisten, die heute vergeblich um ihr "Recht" betteln, haben vor und im Kriege all ihren Einfluß aufgeboten und tun es heute noch, um die Arbeiterklasse vom Kampf um ihre eigenen Klasseninteressen abzuhalten. Sie haben damit die Arbeiterklasse zu einem bloßen Anhängsel der Bourgeoisie degradiert und dadurch verhindert, daß die Kraft der Arbeiterklasse als eine selbständige, für ihre eigenen Ziele kämpfende Macht auftreten und ihr Recht durchsetzen konnte. So müssen diese Opportunisten heute ernten, was sie selbst gesät haben.

Aber diese "Demokraten" können, wie Marx so treffend sagte, auch aus ihrer schmachlichsten Niederlage nicht lernen, daß sie sich selbst und ihre Politik ändern müssen, wenn sie die Machtverhältnisse in dieser Welt ändern wollen. Sie können nie begreifen, was den breiten Arbeitermassen rein instinktiv immer klarer wird: Der Wiederaufbau und der Friede der Welt kann niemals im Bunde mit den Gewalt- und Machthabern, sondern umgekehrt nur im schärfsten Kampfe gegen sie nur durch ihren Sturz gesichert werden. Weil die Opportunisten diesem Kampfe, dem die Arbeiterklasse als Ganzes auf die Dauer nicht ausweichen kann, ausweichen wollen, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als sich selbst und die Arbeitermassen auf die bessere Einsicht der Machthaber - faktisch also auf ein Wunder - zu vertrösten. Um die Delegierten der Pariser Tagung von der Dringlichkeit der Neugründung des WGB zu überzeugen, sagte Jouhaux vor der Beschlußfassung:

"Man kann zur Stunde und konnte gestern noch erklären, daß wir kein organisierter Block sind, und uns nicht zulassen. Aber morgen, wenn der WGB konstituiert sein wird, und wir unser Recht auf Vertretung und Mitarbeit am Frieden fordern, wer ist dann der Repräsentant einer demokratischen Regierung, der es wagen könnte, einer solchen Organisation das Recht zu versagen, über die Konstruktion des Friedens mitzureden?"

Tatsächlich war es dann der Repräsentant der "demokratischen" USA-Regierung und der Repräsentant der "sozialistischen" englischen Regierung, die das "gewagt" haben, was die Reformisten Jouhaux, Keepers, Hallsworth und auch die Russen für unmöglich hielten. Der "Populaire" (Zentralorgan der französischen Sozialdemokratischen Partei) berichtete am 12. Februar 1946 aus der damals tagenden Völkerbundversammlung in London:

"... die Zulassung des WGB gab Anlaß zum gewaltigsten Gewitter, welches die UNO gekannt hatte. Der USA-Delegierte schrie: 'Das ist der Krieg! Wenn Sie die eine zulassen und die andere zurückstoßen wollen, erklären Sie der letzteren den Krieg! Schütten Sie etwas Wasser in Ihren Wein, Herr Manuilski!'"

Den Wein des Russen Manuilski sah der Vertreter des "demokratischen" Amerika in dessen Antrag auf Zulassung des WGB mit beratender Stimme an den Arbeiten der politischen Kommission der UNO: und das Wasser zur Verdünnung des "russischen" Weines war für Herrn Connelly und seiner Bundesgenossen: die Zulassung der reaktionären, dem WGB nicht angeschlossenen AFoFL des Weltgenossenschaftsbundes und ähnlicher zweifelhafter Gebilde. Neben Fraser Neuseeland war es besonders Noel Baker als Delegiertenführer der "sozialistischen" Labourregierung der Connelly zur Seite stand. So wurde Manuilskis Antrag abgelehnt und der Antrag Connelly mit 32 : 6 Stimmen bei zwei Enthaltungen und zwei Abwesenden angenommen. Noel Baker hielt es für nötig, zu erklären, daß es "lächerlich" wäre, die Stellung der englischen Delegation für Connelly als eine feindliche gegenüber dem WGB aufzufassen.

Gefördert hatte der WGB-Kongreß: "- die Vertretung in der Hauptversammlung (Assemblée Generale) mit beratender Stimme und die vollständige Vertretung (représentation intégrale) im Wirtschafts- und Sozialrat mit beschließender Stimme (avec droit de vote) beschlossen wurde unter Führung der Leute, auf die Jouhaux seine ganze Hoffnung setzte, nach dem Bericht von Le Monde vom 16. Dezember 1945, daß der Wirtschaftsrat der UNO 'solche Übereinkommen vorsehen soll' - die 'nicht nur dem WGB, sondern auch ebenso der AFoFL und anderen lokalen, regionalen, nationalen und internationalen Organisationen erlauben, an den Arbeiten des Kongresses teilzunehmen".

Nach dieser Fassung können zum Beispiel auch solche "Gewerkschaften", die während des Krieges als besondere Spezialität unter Führung katholischer Priester und Bischöfe in Amerika gebildet wurden und die mit der ebenfalls stark katholisch beeinflussten AFoFL

weitgehend sympathisieren, ebenso "demokratisch gleichberechtigt" in der UNO mitwirken, wie der fast 70 Millionen starke WGB. Wie aus einer Meldung der "Neuen Züricher Zeitung" vom 26. Juni 1946 hervorgeht, hat der Wirtschafts- und Sozialrat der UNO am 21. Juni 1946 den russischen Antrag auf Hinzuziehung des WGB mit 12 : 5 Stimmen abgelehnt, wobei sich Frankreich der Stimme enthielt. Aber alle diese wohlverdienten Fußtritte werden die Reformisten zu keiner besseren Einsicht bringen. Großsprecherisch hatte Jouhaux in seinem Schlußwort auf dem Pariser Kongreß am 12. Oktober 1946 verkündet:

"Wir sind gewiß, daß der WGB binnen kurzem in das Zentrum seiner Aktivität eintreten wird. Er wird die unerläßlichen (!) Enqueten zur Verwirklichung einer freien demokratischen und sozialen Gewerkschaftsbewegung in der Welt vornehmen. (Womit er hauptsächlich Deutschland meinte). Er wird seinen Aufschwung nehmen und er wird die Aufgabe, die ihm an erster Stelle zufällt, realisieren: Teilnahme am Aufbau eines gerechten, sicheren und dauerhaften Friedens".

Aber nicht nur die Jouhaux und Genossen, auch die russischen Delegierten haben die Illusion unterstützt, daß die Arbeiterklasse durch die Teilnahme am Völkerbund diesem Verein der imperialistischen Unruhestifter für den Frieden wirken könne. Auch sie haben der Resolution über die Vertretung der Welt der Arbeit in den internationalen Institutionen und Organisationen, in welcher der laute und energische Protest des Kongresses gegen die Weigerung der Konferenz von San Francisco, die Weltgewerkschaftsbewegung zuzulassen, zugestimmt. Dieselben Verfasser haben sich durch die der Resolution unmittelbar vorausgehende servile Lobhudelei lächerlich gemacht:

"Der Kongreß begrüßt das Werk von San Francisco, die Organisation der Vereinigten Nationen, deren Mission es ist, den internationalen Frieden und Sicherheit aufrechtzuerhalten".

Hätte der Völkerbund tatsächlich diese Mission, die ihm die Imperialisten zur Täuschung der friedensbedürftigen Massen nur andichten, dann hätten die Connally und Genossen hundertmal recht, wenn sie sich von ihrer "Mission" von den WGB-Opportunisten nicht stören lassen wollen. Es widerspricht ebenso der Wahrheit, wenn im Schluß dieser Resolution behauptet wird:

"Die fortgesetzte Zusammenarbeit und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern der Vereinten Nationen

ebenso auch die unzerstörbare Einheit ihrer Regierungen bilden die einzige Garantie eines stabilen und dauerhaften Friedens. Der Kongreß schreibt es sich als Aufgabe zu, diese Einheit zu schützen und zu verstärken".

In dieser Resolution, in der auch zur deutschen und japanischen Frage sinnentsprechende Stellung genommen wird, spiegelt sich das tiefe politische Niveau des Kongresses wider. Das ist der "internationale Geist" eines Jouhaux. In der Haltung der russischen Delegierten auf dem Kongreß in Paris, wo sich doch sozusagen Moskau und Amsterdam wieder begegneten, war leider zu merken, daß sie nicht mehr das Moskau Lenins vertraten, das bewiesen hatte, wie der Klassenverrat Amsterdams erfolgreich zu bekämpfen ist. Verwirrt von Stalins nationalbeschränkter Politik stimmten sie hier in Paris am 12. 10. 1945 der opportunistischen Behauptung zu, daß "die unzerstörbare Einheit der Regierungen"...."die einzige Garantie" des Friedens sei. Sie sahen nicht, daß diese Einheit genau zehn Tage vorher auf der Londoner Außenminister-Konferenz in Scherben gegangen war. Mit der Übernahme der Aufgabe, diese Einheit zu schützen, erleichterten sie ungewollt denjenigen ihr frivoles Spiel, die in immer stärkeren Tönen das sozialistische Rußland als Störenfried der Einheit im "imperialistisch beherrschten" Völkerbund anklagen und so die sogenannte ideologischen Voraussetzungen für ihren heiligen Kreuzzug gegen die SU zu schaffen versuchen.

Der Kampf um die Statuten des WGB

Die teils stillschweigende, teils offene Zustimmung der Russen zu den abgedroschenen vulgären Phrasen der Amsterdamer während der öffentlichen Verhandlungen des WGB-Kongresses konnten nur schlecht die scharfen Gegensätze der beiden Lager verhüllen. Wenn diese nicht offen zum Ausbruch kamen, so zum Teil darum, weil auf diesem Kongreß, ähnlich so wie bei den "Drei Großen", mit den Methoden der Geheimdiplomatie verhandelt wurde, mit denen jeder Partner hinterherum sein Ziel zu erreichen oder ihm zumindest näherzukommen versuchte, das er aus taktischen Erwägungen vorerst noch verschweigen muß, zum anderen Teil aber auch darum, weil hier die Russen in dem alten Amsterdamer einen Gegner vor sich haben, dessen raffinierter Demagogie sie schon aufgrund ihrer unzureichenden Kenntnis der westlichen Arbeiterbewegung nicht gewachsen sein konnten und deshalb "zu teuer bezahlen mußten".

Daß sie jedoch über den wirklichen Charakter und die wirklichen Absichten der alten Amsterdamer Garde besser informiert waren, als es in ihren Kongreßreden zum Ausdruck kam, zeigte sich z.B. in einem Artikel des russischen Delegationsführers Tarassow über "Die Vorbereitung des Weltgewerkschaftskongresses" in der Zeitschrift "Temps Nouveaux" (Die neue Zeit) vom 5. August 1945. Diese Zeitschrift ist die Nachfolgerin der während des Krieges erschienenen "Krieg und Arbeiterklasse".

In diesem Artikel sieht Tarassow ganz richtig "die zwei delikatesten Fragen" in dem "obligatorischen Charakter der Beschlüsse des WGB" und der Frage der "Representation der internationalen Berufssekretariate im Organismus des WGB". Ebenso wie es Louis Saillant als Vorsitzender der von der Londoner Konferenz eingesetzten administrativen Kommission in seinem Referat über den Statutenentwurf dann auf der Pariser Tagung besonders hervorhob, wies Tarassow schon in seinem Artikel darauf hin, daß sich gewisse reaktionäre Kreise schon darauf gefreut hätten, daß die Schaffung einer neuen Gewerkschafts-Internationale an diesen beiden Fragen scheitern würde. Wie Saillant berichtete, war in den 6 Monaten zwischen der Londoner und Pariser Weltgewerkschaftskonferenz eine ganze Literatur über die Formulierung des § 13 des WGB-Statutes, der das Verhältnis der internationalen Berufssekretariate zum WGB betraf, entstanden. Das alles zeigte, daß sich in diesen Fragen der ganze zähe Widerstand der alten Amsterdamer Garde konzentrierte. Aus Tarassows Artikel geht hervor, daß er sich - zumindestens im allgemeinen - bewußt war, daß es von der Art und Weise, in der diese beiden "delikatesten Fragen" hier in Paris gelöst wurden, abhing, ob der neue WGB eine wirkliche Arbeiter-Internationale oder nichts weiter als "eine erweiterte Neuauflage von Amsterdam" d.h. eine internationale Vereinigung "autonomer" Landesvereine werden konnte.

"Konsequenterweise - schrieb Tarassow am 5. August 1945 - müssen die Entscheidungen der leitenden Organe des WGB von den nationalen Zentralen durchgeführt werden. Wenn nicht, für was sonst einen Weltbund schaffen?"

"Die Entschlüsse des Bundes müssen - mit einem Wort - obligatorisch sein, damit sie wirksam sein können und die Existenz des Bundes selbst gerechtfertigt sei".

In der Tat, eine "Internationale", in der jeder Landesverein machen kann, was ihm paßt, hat keine Existenzberechtigung und ist ein elender Betrug an der Arbeiterklasse. Darin haben Tarassow und seine

Freunde hundertmal recht. Das Sonderbare ist, daß er vor der Öffentlichkeit des Pariser Kongresses nicht sagte, was er in seinem Artikel geschrieben hatte. In dem offiziellen Bericht von "Le Peuple" (Das Volk), dem Zentralorgan des französischen Gewerkschaftsbundes, ist kein Wort der scharfen und berechtigten Kritik enthalten, mit der Tarassow dort die Spalterrolle der Amsterdamer brandmarkte. Das wäre um so notwendiger gewesen, als es ja aus den Pariser Kongreßreden des Engländers Citrine, des Vertreters der internationalen Transportarbeiter-Föderation, Oldenbroek, und des alten IGB-Präsidenten Schevenels, klar hervorging, daß die Meinung Tarassows - die auch noch Saillant in seinem Berichtsreferat vertrat - noch zu viel guten Willen bei den Amsterdamern vorausgesetzt hatte. Tarassow, sowie Saillant und viele andere waren nämlich der Meinung, daß es gelungen war, die strittigen Fragen in der langwierigen Beratung innerhalb der administrativen Kommission wenigstens soweit zu regeln, daß der Gründung des WGB nichts Ernstliches mehr im Wege stände. Daß den Amsterdamern trotzdem nicht ganz zu trauen war, darüber war sich Tarassow klar, als er in seinem Artikel schrieb:

"Aber wie die Geschichte der Arbeiterbewegung beweist, ist die Schaffung einer internationalen Gewerkschaftsorganisation nicht so einfach. Wie es auch sei, sie ist noch keine vollendete Tatsache. Es wäre unbesonnen, zu vergessen, daß es noch Gegner der Einheit in den Reihen der Arbeiterbewegung gibt. Diese Gegner existieren, offen oder versteckt... Sie sind bereit, ihre alte Politik der Spaltung fortzusetzen, die so stark den Kampf gegen den Faschismus gehemmt hat und so unheilvoll für die Völker gewesen ist".

Auf den Streit in den Vorberatungen hinweisend, schrieb Tarassow:

"Wir haben nicht zu verheimlichen, daß der Interpret dieser Tendenz vor allem Schevenels war, der Sekretär der Amsterdamer Internationale. Ich schulde es der Wahrheit, auch zu sagen, daß die übrigen Mitglieder der administrativen Kommission nicht immer mit der nötigen Energie reagiert haben. Die Absichten, die Statuten des WGB schlaffer zu gestalten, ihn zu einer Neuausgabe der alten Amsterdamer Internationale zu machen... setzen sehr gut in Augenschein die Manöver, denen sich diese Elemente widmen, die auf ihre Spaltungspolitik in den Reihen der Arbeiter noch nicht verzichtet haben. Der Präsident der AFofL, Green, spielt hier die Hauptrolle. Er weigert sich, am Aufbau des WGB zu kooperieren. Er spart mit nichts, um die Sowjetgewerkschafter zu diskreditieren. Er erklärt un-

zweideutig, daß er mit ihnen nicht zusammenarbeiten will. Green empfiehlt die Wiederherstellung der Amsterdamer Internationale... Er verspricht, den Einfluß des Geldes der von ihm geführten Gewerkschaften in den Dienst des Wiederaufbaus dieser Internationale zu setzen. Schevenels, der Generalsekretär dieser Internationale war, ist Mitglied der administrativen Kommission der Weltgewerkschaftskonferenz und hat an der Herausarbeitung der Statuten für den neuen WGB teilgenommen. Aber das Unglück ist, daß er glaubt, an der Konstituierung des WGB teilnehmen zu können und gleichzeitig zu versuchen, den Kadaver der Amsterdamer Internationale zu galvanisieren.. Schevenels verbirgt nicht seine Hoffnung, daß 'unvorhergesehene Umstände' die Schaffung des WGB verzögern".

Als Beweis dafür zitiert Tarassow aus einem Brief Schevenels an die französische Textilarbeiter-Gewerkschaft vom 26.6.1945. Des weiteren zitiert er aus einer Rede Saillants in einer Sitzung der administrativen Kommission, wo dieser sagte:

".....daß die CGT (Frankreich) keinen Beitrag an die Internationale mehr bezahlt und nicht mehr bezahlen wird, weil sie keinerlei Rolle vor dem Kriege gespielt hat und auch während des Krieges zu nichts nützlich war. Die französische Gewerkschaftsbewegung habe weder eine moralische Stütze, noch eine materielle Hilfe in den schweren Jahren ihres illegalen Kampfes gegen die deutsche Besatzung erhalten... Die Amsterdamer Internationale habe ihre Existenz erst wieder manifestiert, als die Möglichkeit erschien, die Einheit der Arbeiterklasse zu untergraben."⁺

So richtig aber auch hier ein Tarassow die Absichten der Schevenels und Genossen auf "Galvanisierung des Amsterdamer Leichnams" zu kritisieren verstand, ebenso sehr mußte es sich in der Öffentlichkeit des Pariser Kongresses und in der Folge zeigen, daß diese Kritik nicht ausreicht, um diese Absichten wirksam zu bekämpfen. Der Leichnam Amsterdams kann nicht begraben und der Geist Amsterdams,

Es ist bezeichnend für diesen Louis Saillant, der mit seinen engeren Gesinnungsfreunden zu den teuersten Gefolgsmännern der Russen zählt, daß er wohl das Versagen Amsterdams gegenüber der französischen Arbeiterklasse zu brandmarken versteht, daß es ihn aber im Traume nicht einfällt, zu begreifen, daß nicht nur Amsterdam, sondern auch die übrigen "Internationalen" die deutsche Arbeiterklasse in ihrem noch viel schwereren Kampfe im Stiche ließen, daß im Gegenteil, dieser selbe Saillant schon auf dem englischen Gewerkschaftskongreß in Blackpool im Oktober 1944 unter dem Beifall gesinnungsverwandter englischer Sozialpatrioten, davor warnte, die Beziehungen mit der deutschen Gewerkschaftsbewegung "vorzeitig" aufzunehmen und daß der neue WGB unter der Führung seines neuen Generalsekretärs Louis Saillant die deutsche Arbeiterklasse bestimmt nicht im Stich läßt.

der die Arbeiterklasse immer wieder spalten muß, kann nicht wirksam bekämpft und überwunden werden, wenn sich die Arbeiterklasse nicht sammeln kann, um eine wirkliche Arbeiter-Internationale, die offen und rücksichtslos bricht mit jedem - wie immer auch motivierten - national beschränkten Patriotismus (der zum Tod einer jeden Internationale führt) und die sich in ihrem Aufbau und ihrem Handeln lediglich von den Prinzipien des proletarischen Internationalismus leiten läßt.

Das Moskau Lenins hatte 1919 dem damals wiedergeborenen Amsterdam eine proletarische Internationale entgegengestellt - das Moskau Stalins hat diese aber am 15. Mai 1943 aufgelöst, hat die Grundsätze des proletarischen Internationalismus preisgegeben und es damit der Delegation der Sowjetgewerkschaften unmöglich gemacht, die Absichten der Amsterdamer auch positiv zu kritisieren, d.h. die Tribüne des Pariser Kongresses auszunutzen und den vorwärtsdrängenden zur proletarischen Einheit strebenden Masse zu zeigen, wie eine wirkliche Internationale geschaffen werden kann und muß. Diese politische Schwäche der Sowjetdelegierten und ihrer Gesinnungsfreunde konnten die Amsterdamer in Paris (und deren Gesinnungsfreunde in der ganzen Welt) ausnutzen und in altgewohnter Unverfrorenheit sogar zum Angriff übergehen, wie das z. B. Walter Citrine unternahm:

"Diese gewissen Leute (!) denken, daß wir eine politische Internationale aufbauen wollen. Ein Redner hat uns den Anschluß seiner Organisation in der Hoffnung gebracht, daß der WGB hilft, die Unabhängigkeit seines Landes und die Einführung des Sozialismus zu erobern. Das ist nicht das Mittel, um dahin zu gelangen. Wenn sich unsere Organisation in das Labyrinth der Politik engagiert, wird sie zusammenbrechen, wird sie untergehen.

Besonders mißtrauisch ist Citrine gegen die "neuen Organisationen", die sich zur Aufnahme in den WGB gemeldet haben, "mit Tausenden von Mitgliedern", obwohl "sie vor dem Krieg nur einige hunderte zählten". Citrine besteht darauf, daß die Constitution (Statuten), die die Konferenz ausarbeitete, von einer Geschmeidigkeit ("souplesse" - was auch Biegsamkeit heißt) sei, die es dem Exekutivkomitee ermöglicht, während einer "Übergangszeit gewisse Bestimmungen zu revidieren".

Dann droht er ganz offen:

"Die britischen Trade Unions werden die Constitution nicht annehmen, wenn sie nicht die Zustimmung der internationalen

Berufssekretariate und schon bestehender internationaler Organisationen erlangen kann. Sie akzeptieren nicht, 'mit Stockschlägen' (a Coups de batons) in diese Organisation geführt zu werden. Wir wollen, daß der Bund stark und stabil sei. Wir verstehen den brennend-leidenschaftlichen Wunsch, der gewisse (!) unter euch belebt".

Oldenbroek von der internationalen Transportarbeiter-Föderation war nicht weniger offen. Er erklärte, daß der ITF und die übrigen Berufssekretariate gegen den Artikel 13 des Statutes seien (nach welchem die Selbständigkeit dieser Gebilde zugunsten der zentralen Leitung des WGB eingeschränkt werden soll). Oldenbroek erklärte, "daß diese selbst darüber zu bestimmen hätten....". Die ITF unterhält enge Beziehungen zum internationalen Arbeitsamt. Sie fragt sich, in welcher Lage sie sich befinden wird, falls der WGB keine Beziehungen mit dieser Organisation haben würde".

(Dieses internationale Arbeitsamt ist eine Schöpfung des Genfer Völkerbundes, das sich paritätisch aus Vertretern der Regierungen, Unternehmern und sogenannten Arbeitsvertretern zusammensetzt. Es kann auch bei der UNO seine "Arbeit" fortsetzen, um die sich faktisch niemand kümmert. Der WGB "arbeitet" natürlich wieder mit dem internationalen Arbeitsamt zusammen).

Auch Schevenels verteidigte das internationale Arbeitsamt und den IGB gegen die Anklagen, daß sie den Faschismus nicht aufhalten konnten. Den Ball zurückwerfend, sagte er hier:

"Man vergißt zu sehr, daß das Versagen der internationalen Organisation nur die Summe des nationalen Versagens ist".

Verglichen mit diesem massiven Angriff der Amsterdamer mußte die Stellungnahme der Russen und ihrer Freunde auf dem Kongreß völlig versagen. Einem Citrine, der sich das sprunghafte Wachstum der Gewerkschaftsbewegung nicht erklären kann, und der sich dadurch beunruhigt fühlte, steht einem Saillant gegenüber, der in diesem Wachstum nichts anderes zu sehen glaubt, als "eine Huldigung, die das Arbeitsvolk den Alliierten Armeen darbringt... ,die die Diktatur besiegt haben, damit die Völker ihre Organisationsfreiheit wiederfinden".

Kusnetzow, der Vorsitzende des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion, der als einer der ersten in der Statuten-Debatte sprach, gab zunächst der Hoffnung Ausdruck, "daß der Gründungskongreß des WGB in die Geschichte der Arbeiterbewegung eingehen

und einen der wichtigsten Plätze einnehmen wird", dann wörtlich:

"Der Krieg ist aus. Der Faschismus ist zerschmettert (!) Wir haben jetzt den Frieden zu schaffen und der Arbeiterklasse die Bedingungen des Lebens und der Freiheit zu sichern, für die sie gekämpft haben. Der Sieg und der Frieden müssen die Lage der Arbeiter verbessern. Dafür ist die internationale Gewerkschaftseinheit notwendig. Die Einigkeit ist besiegelt durch den Sieg über die faschistische Barbarei. (!)"....

Er setzt sich dann noch für die Begünstigung der kleinen Organisationen ein, verspricht die volle Disziplin der Gewerkschaft in der Sowjetunion und weist auch auf die wichtige Rolle der internationalen Berufssekretariate hin. Tarassow vertrat über letztere in seinem Artikel die Meinung, daß sie Organisationen seien, "von denen man nicht einmal präzise feststellen konnte, wieviel tatsächlich existieren und wen sie vertreten". Kusnetzows Rede war nicht die hier so dringend notwendige offene Abrechnung mit den Amsterdamer Spaltern der Gewerkschaftseinheit, wie sie wenigstens in Tarassows Artikeln enthalten war. Und noch viel weniger zeigte sie auf, wie diese Spaltungspolitik durch eine Politik der Einheit auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes ersetzt werden mußte, um eine wirkliche aktionsfähige Gewerkschaftsinternationale zu schaffen. Zu behaupten, daß der Faschismus "zerschmettert" sei, wo dessen Wurzel der Kapitalismus und Imperialismus der ganzen Welt - außer in der Sowjetunion - noch unverehrt und sogar teilweise verstärkt fortexistieren, d.h. nichts anderes als sich selbst zu täuschen und damit die Arbeiterklasse irrezuführen. Eine solche "Diplomatenrede" konnte nur die Citrine, Oldenbroek, Schevenels, Lindberg und Genossen ermuntern, ihrerseits zum Angriff vorzugehen.

Dem gegenüber kam in den Reden der Kolonialdelegierten ein wesentlich anderer und unverfälschterer Geist zum Ausdruck. Bakri, Syrien fragte den "unpolitischen" Citrine, "kann man zwischen der sozialen Entwicklung und der politischen Unabhängigkeit eine Schranke aufrichten? Kann man eine starke Gewerkschaftsbewegung schaffen ohne nationale Unabhängigkeit und Demokratie?" Rojas - Trinidad, der im Auftrag von 19 westindischen Kolonien sprach, sagte:

"Unser Land leidet schwer unter dem Imperialismus und Kapitalismus. Es erträgt ein Regime von Mord, Selbstmord und Unterernährung. Von euch erwarten wir unser Heil. Walter Citrine hat vor der Politik gewarnt. Wie kann man das politische von dem sozialen Problem trennen? Die am meisten politische Rede hat hier W. Citrine gehalten".

Dange - Indien, berichtete:

"In den Kolonien, die auch den Vereinigten Nationen angehören, wie zum Beispiel Java, Annam, Birma, kooperieren amerikanische, englische und japanische Truppen zur Niederschlagung der nationalen Bewegungen".

(Er wollte diese Bewegungen nicht verteidigen, nicht genau wissend, was sie wirklich sind).

"Aber welche Instruktionen kann uns die Weltgewerkschaftskonferenz über diesen Punkt geben? Welches sind die Empfehlungen an die französische Bewegung für die französischen Kolonialarbeiter... Das Regime in Indien ähnelt sehr dem spanischen. Man sagt, das komme daher, weil wir uns nicht verständigen können. Wenn irgendeine Schwierigkeit zwischen Weißen und Schwarzen in New York ausbricht, schickt man dann auch britische Panzerschiffe zur Wiederherstellung der Ordnung hin? Die nationalen Bewegungen in den Kolonien, die jetzt vor der japanischen Okkupation befreit sind, ähneln den Bewegungen, die in Europa nach der Befreiung von den Nazis ausbrachen. Kann man sie also anders behandeln?"

Assale - Kamerun, brandmarkte die unselige Aktion des Imperialismus und der Kolonialtrusts:

"Anstatt das Analphabetentum zu bekämpfen, haben sie geholfen, die Schwarzen zur Rechtlosigkeit zu führen und mit ihrer Händleridee, aus den Kolonien die Milchkuh der Metropole zu machen. Die letzten Ereignisse (er meint die blutige Unterdrückung der Revolten im Frühjahr 1945) sind nur die Konsequenzen der schlechten sozialen und ökonomischen Bedingungen, unter denen wir leben".

Sammugathasen - Ceylon, sagte:

"Es kann keine stabile Friedensbasis geben, solange die Spuren des Kolonialismus noch existieren. Unsere Arbeiter verlangen für alle Völker Selbstbestimmung. Ceylon besitzt noch viele unausgenützte Ressourcen. Diese auszunutzen, ist nur in einer dirigierten Wirtschaft möglich, wo die Arbeiter Herren ihres Schicksals sind".

Besser hätten auch Vertreter der beiden jüngst geschaffenen Kolonialländer dieser imperialistischen Welt - Deutschland und Japan - nicht ausdrücken können, was die Arbeiterklasse dieser vom Machtwillen der Sieger kolonialisierten Industrieländer braucht, nämlich: nationales Selbstbestimmungsrecht als entscheidende Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterklasse den Kampf mit ihrer Kapitalistenklasse aufnehmen und sich endlich zum Herren ihres Schicksals machen kann. Aber alle die verantwortlichen Führer des WGB-Kongresses,

sowohl die Amsterdamer, wie auch die Russen, waren einmütig in ihrer Begeisterung für die Potsdamer Beschlüsse, durch welche die deutschen und japanischen Arbeiter noch schlimmer als Kolonialsklaven behandelt werden. Das elementarste gewerkschaftliche Recht auf Anwendung des Streiks, über das viele der übrigen Kolonialvölker verfügen, ist ihnen heute versagt. Nicht von den maßgebenden Führern dieser neuen Internationale, wohl aber bei ihren Schicksalsgenossen können sie auf wirkliche internationale Solidarität rechnen, wie sie zum Beispiel in der Rede des Delegierten Annamx von der Goldküste Afrikas durchleuchtete, der wünschte, "daß der Tag nicht mehr fern sei, wo die deutschen und japanischen Gewerkschaften wieder in der Internationale mitwirken."

Nachdem auf der Pariser Tagung drei volle Tage von 26 Rednern um die Statuten gekämpft worden war, nachdem Saillant am vierten Tag nochmals besonders in die noch nicht beendete Debatte eingegriffen hatte, wurde die Erweiterung der Statutenberatungskommission auf 16 Mitglieder beschlossen, die aber erst zwei volle Tage später mit starker Majorität eingesetzt wurde und die sich auf je einen Delegierten aus USA, SU, England, Frankreich, Schweden, Neuseeland, Australien, Südafrika, Norwegen, Polen, Indien, CSR, Latein-Amerikas, China, Italien und einem Vertreter der internationalen Berufssekretariate zusammensetzte.

Daß es zwei Tage - vom Freitag, den 29. September bis Montag, den 1. Oktober 1945 - dauerte, ehe eine Einigung über die Zusammensetzung dieser Kommission zustandekam, zeigt schon ihre Bedeutung. Sie sollte im engen Kreis fertigbringen, was sich in der Öffentlichkeit als undurchführbar erwiesen hatte, d.h. im internationalen Rahmen das zu vereinigen, was aufgrund seiner national-beschränkten Interessen unvereinbar bleiben mußte.

Inzwischen gab Hillman seinen Bericht über die Erlebnisse mit dem Völkerbund in San Francisco, (über die der vorhergehende Abschnitt handelt), worauf in die Generaldiskussion eingetreten wurde, woran sich 25 Redner, darunter auch Tarassow an erster Stelle, beteiligten. Nach dem Bericht im "Le Peuple" hat dieser folgendes gesagt:

"Heute hat die Arbeiterklasse nach so viel Leid und Opfern das Recht zu fordern, daß der Friede solide und dauerhaft sei. Diese Forderung wurde in London durchgedrückt. Die Resolution von London reklamiert die Teilnahme der Weltgewerkschaftsbewegung an den Arbeiten von San Francisco. Die administrative Kommission hat sich sehr bemüht, dieses Resultat zu erreichen. Sie ist auf die Ablehnung des Direktionskommi-

tees gestoßen. Sie hält es für nötig, auf dieser Forderung zu bestehen. Eine Hauptaufgabe der Arbeiterklasse ist es, zu kämpfen, um die faschistische Ideologie auszurotten und die Spuren dieses Regimes zu vernichten, damit sie niemals wieder zu einer Gefahr für die benachbarten Länder werden kann. Der Weltkongreß billigt daher die Beschlüsse von Potsdam. Ebenso notwendig ist es, die unselige Politik der Besänftigung oder Unterstützung der faschistischen und halbfaschistischen Staaten wie Spanien, Argentinien und Griechenland entschieden zu verurteilen. Diese Länder versuchen, mit den gemeinsten Verleumdungen die Einigkeit der Alliierten zu zertreten. Franco ist in Potsdam nicht zugelassen worden. Überall muß für den Abbruch der Beziehungen gekämpft werden. Der WGB muß die Sektionen beauftragen, gegen alle faschistischen und reaktionären Elemente zu kämpfen. Die Repräsentanten des WGB haben ihren Platz in den Organen der Vereinten Nationen, berufen zur Lösung der Probleme der Weltorganisation nach dem Kriege."

Nach dem Inhalt dieser Rede scheint es zweifelhaft, ob hier derselbe Tarassow sprach, der ca. 8 Wochen zuvor im "Temps Nouveaux" wesentlich besser geschrieben hatte. Mit keinem Wort hat er hier auf die Angriffe der Citrine, Schevenels und ihrer Freunde geantwortet. Doch sowie schon Kusnetzows Diplomatenrede jene ermuntert hatte, so ähnlich machte jetzt auch Jouhaux bekannt, warum er - etwas abweichend von Schevenels und Genossen - für die sofortige Neugründung des WGB sei.

"...Weil er die natürliche Fortsetzung des IGB (!) (d.h. von Amsterdam) ist, weil er sie vervollkommenet, universeller macht und auch deshalb, obwohl ich in diesem Punkt genügend skeptisch bleibe - weil er in seinen Statuten einen gewissen Sinn der Verpflichtung zur Durchführung der internationalen Beschlüsse enthält, den wir gestern (d.h. während der Statutendebatte) vielleicht nicht genügend präzisiert haben".

Hiermit hatte Jouhaux bewiesen, daß er einerseits mit den Schevenels völlig einig war in dem Bestreben, den "Leichnam Amsterdams zu galvanisieren", daß er aber andererseits nur noch gerissener war, indem er einsah, daß diese Galvanisierung nicht unter der alten diskretisierten Firma des IGB, sondern nur zur besseren Täuschung der Massen, die "etwas besseres" wollten, nur unter einer neuen Firma möglich geworden war. Um einen solchen "Bundesgenossen" im Kampfe für die Schaffung eines neuen WGB waren die Russen wirklich nicht zu beneiden. Aber er war keineswegs der einzige dieser Gattung, die mit Leib und Seele zu Amsterdam standen

und unter dem Druck ihrer radikaler gewordenen Mitgliedermassen mit den Russen kokettierten. So konnte es sich zum Beispiel ein Green als Führer der AFofL in der hauptsächlich die besser bezahlten und deshalb weniger radikalen amerikanischen Arbeiter erfaßt sind, erlauben, außerhalb des "russifizierten" WGB zu bleiben, während die Führer der CIO, die viele ungelernete, schlechter entlohnte und darum radikaler gestimmte Industriearbeiter als Mitglieder hat, sich diesen Sport nicht leisten konnten. Aber gerade diese Zwiespältigkeit machte Jouhaux zu dem geeignetsten Mann, der jetzt die mühselig zusammengestückelten Statuten, an denen die die Sonderkommission nochmals zwei Tage gefeilt hatte, zur Annahme zu bringen. Noch vor der Abstimmung erklärte Jouhaux:

"Die Kommission ist bis an die äußerste Grenze der Versöhnung gegangen. Es ist darum wichtig, denen Rechnung zu tragen und zu erwägen, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Statuten so angenommen werden müssen, wie sie von der Kommission vorgeschlagen werden".

Nur der Vertreter der Christlichen Gewerkschaften Frankreichs versuchte eine nochmalige Diskussion zu entfalten, während Jouhaux mit Unterstützung der Kongreßmehrheit durchdrückte, daß nur die von der Kommission vorgenommenen Änderungen diskutiert werden dürfen, woraus dann die Christen gegen einzelne Abschnitte stimmten. Small-Gambien beantragte Zufügung einer Bestimmung zur Bildung einer Kolonialkommission, was dem Exekutivkomitee überwiesen wurde. Darauf erfolgte die Abstimmung auf Vorschlag von Jouhaux per Akklamation, was die einstimmige Annahme der Statuten ermöglichte, und damit war der Weltgewerkschaftsbund oder wie ihn Jouhaux treffend charakterisierte die "natürliche Fortsetzung des IGB" geboren, und mit dreimaligem Hurra (!) und dem Gesang der "Marseillaise" und der "Internationale" begrüßt worden. Das war am 3. Oktober 1945. Daß diese "Einstimmigkeit" ein fauler Kompromiß zugunsten Amsterdams war, hatte der bisherige Verlauf des Kongresses bereits gezeigt und weitere Beweise hat die folgende Zeit gebracht.

Laut Statut tagt der Kongreß alle zwei Jahre. Die ausführenden Organe des WGB sind 1) der Generalrat, der sich aus 71 Mitgliedern und 57 Ersatzmitgliedern, die 50 verschiedenen Landesorganisationen angehören, 2) das Exekutivkomitee, das aus dem Generalsekretär, 22 Vertretern bestimmter Landesorganisationen und 3 Vertretern der Internationalen Berufssekretariate besteht, 3) das Exekutivbüro, zu dem der Generalsekretär, der Präsident und 7 Vizepräsidenten gehören.

Der WGB im Labyrinth des „konstruktiven Pazifismus“

Hier in Paris konnten sich die Citrine und Genossen ungestraft als patentierte Retter des neuen WGB vor dem Zusammenbruch und vor dem Untergehen im "Labyrinth der Politik" aufspielen, weil hier niemand imstande war, ihnen nachzuweisen, wie sie mit ihrer national-beschränkten, sozial-patriotischen, und sozial-chauvinistischen Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik schon zweimal die Gewerkschaftsinternationale zu schmachlichem Zusammenbruch getrieben hatten, daß sie aus diesen Zusammenbrüchen - die Millionen Menschen das Leben gekostet haben - nicht nur nicht das Geringste gelernt hatten, sondern umgekehrt in ihrem dummdreisten Führerdünkel bereit waren, ihre alte Bankrottpolitik auch im neuen WGB fortzusetzen, die auch diesen zum Zusammenbruch treiben und die Hoffnungen enttäuschen muß, die seine 66 Millionen Mitglieder auf ihn gesetzt haben. Dieselben "Führer", die hier vor dem "Labyrinth der Politik" nicht laut genug warnen konnten, sind bisher nicht vor dem Versuch zurückgeschreckt und werden auch in Zukunft nicht zurückschrecken, die gesamte Kraft der organisierten Arbeiterklasse für den Dienst der imperialistischen Machtpolitik ihrer diversen "Vaterländer" zu mißbrauchen.

Es war bezeichnend für das politische Niveau dieses Kongresses, auf dem sich alle die kompetenten Führer von Schevenels bis Tarassow darin einig waren, daß der WGB nur durch die Zusammenarbeit mit der UNO den Frieden sichern könnte, daß hier erst der christliche Bordier den Hillmann-Bericht deshalb kritisierte, weil dieser "sich enthält zu präzisieren, was man zu machen versuchen wird, wenn die Vertretung im Völkerbund erreicht ist?" Soviel Sorge machen sich die Schevenels und seine Freunde nicht und können sich auch gar nicht machen. Dafür sind sie Opportunisten, die nicht nach selbstständig durchdachtem, vorgefaßten Plan handeln, sondern immer nur das "zu machen versuchen", was der "Allgemeinheit" oder "ihrem Vaterland" nützlich ist. Wenn der christliche ebenso ehrlich wie der "freidenkende" Opportunist an das Wunder glaubt, durch Zusammenarbeit des WGB mit dem Völkerbund überhaupt etwas im Interesse der Arbeiter machen zu können, so sind eben beide weit entfernt von der Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse die einzige Kraft ist, die den Wiederaufbau und den Frieden sichern kann. Weil sie an alle unmöglichen Wundern, nur nicht an die gewaltige Schöpferkraft der organisierten Arbeitermassen glauben, klammern sie sich an ihre

Mitwirkung am Völkerbund, in dessen Theatervorstellungen sie nur die bedauernswerte Rolle einflußloser Statisten spielen können. Sie stehen weit zurück hinter der Erkenntnis jenes Kolonialdelegierten, wenn dieser sagte:

"Solange wir nicht erreicht haben, die Arbeitermassen zu mobilisieren und sie handeln zu lassen, werden wir noch sehr wenig gemacht haben."

Wenn die Russen den gefährlichen arbeiterfeindlichen Opportunismus der alten Amsterdamer nicht offen bekämpfen, sondern umgekehrt - wenn sie auch aus anderen Motiven - unterstützen, so darum, weil auch sie der internationalen Arbeiterklasse die Kraft zu ihrer Befreiung nicht zutrauen, sondern von der fixen Idee Stalins besessen sind, daß sie als Russen, den unfähigen hilflosen Proletariern der übrigen Welt die Freiheit und den Sozialismus bringen müssen. Für die Delegierten der Sowjetunion war und ist der Weltgewerkschaftsbund dasselbe, wie der Völkerbund für die Sowjetdiplomatie: das Gremium, in dem man sich - ohne besondere Rücksicht auf irgendwelche Prinzipien - möglichst viele Hilfstruppen zu sichern sucht. Wenn aber auch die Absicht, mit diesen Methoden das sozialistische Rußland zu stärken, noch so gut wäre: die Anwendung dieser Methoden müssen das Gegenteil erreichen.

Dieses Nichtbegreifenkönnen der entscheidenden Voraussetzungen für jeden Erfolg: die Arbeitermassen selbst handeln zu lassen - drückte sich noch mehr als in all den Reden und Entschlüssen dieses Kongresses in dem aus, was überhaupt nicht erwähnt wurde.

Das bunte Sammelsurium abgedroschener Phrasen, das ein Jouhau in seiner Eröffnungsrede den Delegierten aus aller Welt zu bieten hatte, stand in schreiendem Gegensatz zu der Notwendigkeit in einem gewissenhaft vorbereiteten Rechenschaftsbericht einen möglichst zutreffenden Überblick über die tatsächliche Weltlage zu geben und die verschiedenen gegeneinander wirkenden gesellschaftlichen Kräfte aufzuzeigen, die diese Lage geschaffen hatten, um so eine Diskussionsgrundlage zu schaffen, von der aus die Ursachen der katastrophalen Fehler in der Vergangenheit aufgedeckt und zweckdienliche Lehren zur Vermeidung derselben Fehler beim Neuaufbau der Internationale gezogen werden konnten. Weil diese Notwendigkeit von dem Jouhau und seinen maßgebenden Freunden nicht einmal gesehen, geschweige denn erfüllt werden konnte, blieb alles Reden oberflächlich. So konnten auch die gesunden Ansichten vieler Kolonialdelegierten, die dem ehrlichen Sehnen der Massen unverfälschten Ausdruck gaben, nicht die nötige Resonanz finden. Sie gingen einfach in der Flut banaler Kongreßreden unter, in denen meist mehr verschwiegen,

als gesagt wurde. Zwischen den Auffassungen eines Jouhaux, der die Gründung des WGB deshalb für dringend hielt, weil dieser seine Statistenrolle beim Völkerbund antreten sollte und eines Delegierten aus Nigeria, - der sagte:

"Afrika hat einen Gott der Gerechtigkeit, der Tapferkeit und der Rache. Die Arbeiter, die ich vertrete, beten zu ihm, damit er die Schaffung des WGB begünstige", -

klafft ein Widerspruch, der auch von noch so "einstimmigen" Beschlüssen nicht verdeckt werden kann.

Um die Schiefheiten und Unrichtigkeiten in den Reden und Beschlüssen von Paris halbwegs richtigzustellen, wäre allein ein **dickes** Buch notwendig. Aber es besteht die Hoffnung, daß ihr gesunder Klasseninstinkt und ihre eigene praktische Erfahrung vielen Arbeitern helfen wird, den falschen Schein von der Wirklichkeit zu unterscheiden. Jeder Arbeiter wird mit dem Amerikaner Hillman einverstanden sein, daß ein dauernder Friede nur auf der Basis einer gesunden Wirtschaft aufgebaut werden kann, daß keine Hoffnung auf Beseitigung des Krieges besteht, solange Arbeitslosigkeit, Unsicherheit der Existenz usw. die Menschen zum Vegetieren zwingt. Aber daß daran irgendetwas gebessert wird, wenn der Wirtschafts- und Sozialrat des Völkerbundes "der Beseitigung der ökonomischen Ursachen des Krieges seine Aufmerksamkeit leiht" das kann sich ein unbelehrbarer Illusionist wie Hillman einbilden, glauben wird ihm das kein normal denkender Arbeiter.

Ganze Bände sind in Paris über die "Ausrottung der letzten Spuren des Faschismus" zusammengeredet worden, ohne daß auch nur ein Redner versucht hätte, aufzuzeigen, daß diese Spuren gar nicht so schwer zu finden sind, sondern ihre Wurzel im kapitalistischen System haben. Es ist nur eine halbe Wahrheit, wenn ein Hillman sagt:

"Noch bestehen tiefe Wurzeln des Nazismus und japanischen Imperialismus. Solange sie nicht ausgerottet sind, kann die Welt nicht die Garantie eines Dauerfriedens haben".

Diese halbe Wahrheit wird zur ganzen Lüge, weil sie verschweigt, daß der amerikanische, englische und jeder andere Imperialismus eine ebenso treibfähige Wurzel des Faschismus bilden. Und auf dieser Selbsttäuschung basiert der gefährliche Selbstbetrug, daß es möglich sei, die "letzten Spuren" des Faschismus im Bunde mit irgendwelchen demokratischen Imperialisten auszurotten.

In seiner Eröffnungsrede hat Jouhaux das "Verschwinden der Kartelle und Trusts" als erste "unerläßliche Vorbedingung" für eine methodische Wirtschaftsorganisation, die die Kriegsursachen beseitigen kann, bezeichnet.

Das ist an sich völlig richtig und Lenin hat die verhängnisvolle kriegstreiberische Rolle des Trusts- und Monopolkapitalismus schon 1916 in seiner berühmten Broschüre: "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" mit unbestreitbaren Tatsachen nachgewiesen. Aber dieses Standardwerk der marxistischen Literatur hat Jouhaux wahrscheinlich nie gelesen und wenn, dann sicher nicht im geringsten verstanden, sonst hätte ihm jetzt nach fast 30 Jahren klar sein müssen, daß es sich so keine verantwortungsbewußten Arbeiterführung erlauben kann, mit ein paar oberflächlichen Phrasen über diese Frage hinwegzugehen, in der sich gleichsam wie in einem Brennpunkt alle die Krankheiterscheinungen der heutigen Gesellschaft konzentrieren. Dieser Monopolkapitalismus ist tatsächlich das Charakteristikum des sterbenden verfaulenden Kapitalismus, aber eben desselben Kapitalismus, den Jouhaux und seine Freunde auf "demokratische" Art noch zu kurieren hoffen. Nichts kennzeichnet die Hohlheit des ganzen Kongresses besser als seine Stellung zur Frage der Trusts und Monopole. Aufgrund einer Resolution, die der CTAL (Latein-Amerikanischer Gewerkschaftsbund) eingebracht hatte, beschloß der Kongreß wörtlich:

"Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß die internationalen Monopole und Trusts das Herz der Reaktion und die mächtigsten Stützen des Faschismus waren. Wir empfehlen, daß das Exekutiv-Komitee und die Exekutiv-Organen des WGB die Vorschläge der CTAL studieren, damit in den verschiedenen Ländern wirksame Maßnahmen angewandt werden, um die Kontrolle zu unterdrücken, die gegenwärtig noch von den internationalen Monopolen und Trusts auf Kosten des arbeitenden Volkes ausgeübt wird".

Doppelt soviel Platz in dem Kongreßbericht von "Le Peuple" vom 13. Oktober 1945 beansprucht eine Resolution zur "Huldigung für Franklin D. Roosevelt", dieses ebenso geschickten wie konsequenten Freundes des amerikanischen Monopolkapitals. Es heißt darin:

"Die Welt der Arbeit fordert von den Chefs der Vereinigten Nationen getreulich den edlen Zielen Roosevelts zu folgen".

Niemand hat dieser Byzantinerei widersprochen. Niemand scheint daran gedacht zu haben, daß zur Verwirklichung dieser "edlen Ziele" die Atombombe bereitgehalten wird.

Wie der Kampf der Opportunisten gegen Faschismus und Monopolismus praktisch aussieht, dafür haben Jouhaux und Benoit Frachon, die beide gleichberechtigte Generalsekretäre des französischen Gewerkschaftsbundes (CGT) sind, noch während des Kongresses ein Bei-

spiel geliefert. Am Abend des 5. Oktober 1945 waren die Delegationsführer des Kongresses zum Empfang bei dem Präsidenten der französischen Regierung General De Gaulle geladen. Diesem gegenüber erklärte Jouhaux in seiner Ansprache:

"Ich bin gewiß, daß wir bei der Regierung alle Hilfe finden werden, die für die Erfüllung unserer großen Aufgabe unerlässlich ist,....Der WGB ist an der Seite der Regierungen zur Schaffung des Friedens, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit".

In dem schriftlich eingereichten Tätigkeitsbericht der CGT, den "Le Peuple" voll inhaltlich veröffentlichte, hatte aber sein Amtsbruder Franchon u. a. folgendes eingestanden:

"Die Londoner Konferenz hat uns aufgefordert zu kämpfen, um die letzten Spuren des Faschismus auszurotten. Diese Aufgabe haben wir noch nicht bis zum guten Ende führen können. Trotz all unserer vehementen Protestaktionen genießen die Verräter, die Kollaborateure und Agenten der fünften Kolonne eine Nachsicht, die uns beunruhigt und die auf Seiten unserer gegenwärtigen Regierung (!) den Willen zur Säuberung nicht bezeugt, die das Land wünscht....London hat uns aufgefordert, einen erharmunlosen Kampf gegen die Trusts zu führen... Der CGT hat seine Nationalisierungskampagne entfaltet. Unglückseligerweise schafft die den Trusts zum großen Teil günstige Finanz- und Wirtschaftspolitik unserer gegenwärtigen Regierung die Unstabilität der Preise, stellt die Kaufkraft des Lohnes jedesmal in Frage und macht die Lage der Arbeiter sehr penibel".

Aber nicht nur zu seinem Amtsbruder Franchon, auch zu seinen eigenen Erfahrungen, die er fast genau vor vier Wochen vor dem Empfang machen mußte, stand Jouhaux im Widerspruch. Als er damals demselben Regierungspräsidenten einen Vorschlag zur Modifizierung des Referendums zur Wahl der Konstituierenden Versammlung unterbreiten wollte, wurde er gar nicht erst vorgelassen. Unter Berufung auf das Gesetz von 1884 wurde dem Führer der über 5 Millionen starken CGT, die stolz auf ihre Mitwirkung an der nationalen Befreiung zurückblickte, das Recht abgesprochen, sich in "politische Dinge einzumischen". Selbst dem klerikalen "Temps present" war das ein starker Tobak. Aber trotzdem war sich Jouhaux am 6. Oktober 1945 wieder sicher, daß sein Platz "an der Seite der Regierung" war, deren Präsident ihm vier Wochen zuvor den Stuhl vor die Tür gesetzt hatte. In der Resolution über die Tätigkeit der Landesorganisation wurde die Realisierung der Forderungen der von der Londoner Gewerkschaftskonferenz aufgestellten Charta zur gebieterischen Pflicht gemacht. Aber es bedeutet die schwerteste Selbstanklage gegen dieses engstir-

nige Gehabe der Sozialpatrioten, wenn sie darin Organisations-, Meinungs-, Versammlungs-Freiheit, Kollektivvertragsrecht usw" für alle Arbeiter" fordern und gleichzeitig damit einverstanden sind und sogar mithelfen, die deutschen und japanischen Arbeiter unter Kuratel zu stellen: wenn sie sich scheinheilig für die Bedürfnisse der Demobilisierten einsetzen und kein einziges Wort für die Beseitigung der Sklaverei an den deutschen Kriegsgefangenen übrig haben. Schändlicher als auf diesen Kongreß ist noch nirgendwo das stolze Wort des Kommunistischen Manifestes des "Proletarier aller Länder vereinigt Euch" in den Dreck getreten worden. Schamloser als hier hat noch keine Führung gewagt, den internationalen Arbeitermassen Steine statt Brot zu geben. So wurde hier in Paris ein "Neubau" errichtet, dessen Baumeister keine Marxisten und Internationalisten waren, dessen Fundament nicht auf internationaler, proletarischer Solidarität, sondern auf dem Flugsand nationaler Beschränktheit beruhte, dessen Baumaterial aus dem Amsterdamer Müllkasten kleinbürgerlicher Vulgärökonomie entstammte, dessen einzelne Räume nicht durch internationale Disziplin verbunden, sondern durch "autonome" Selbstherrlichkeit und Eigenbrötelei unüberwindbar getrennt waren, ein "Neubau", der als einzigen Unterschied gegen Amsterdam einige neue Zimmer mehr für die russische und koloniale Abteilung und außerdem noch ein neues Firmenschild aufzuweisen hatte. Diese Baumeister des WGB haben das Lob des Klassegeners, das ihnen "Le Monde", das Organ der französischen Schwerindustrie, am Tage nach dem Kongreß am 9. Oktober 1945 ausgestellt hat, wirklich verdient:

"Es ist in der Tat ein konstruktiver Pazifismus, den die Völker verlangen, die so schwer von einem Konflikt getroffen wurden, der soviel Leiden und Ruinen erzeugt hat. Es ist dieser Pazifismus, den die Schöpfer des WGB bewiesen haben, wir sind glücklich, daß die Franzosen sich unter denen gezeigt haben, deren Aktion die wirksamste war, daß Paris als Sitz des WGB gewählt und Herrn Saillant zum Generalsekretär bestimmte".

Unter den WGB-Führern befand sich keiner, der soviel Gewissenhaftigkeit aufbrachte, wie z.B. der alte Bebel, der seinen Freunden vierzig Jahre vorher einschärfte:

"Wenn uns unsere Gegner loben, können wir sicher sein, eine Dummheit gemacht zu haben".

Trotz alledem und gerade wegen alledem wird "der Gründungskongreß des WGB in die Geschichte der Arbeiterbewegung eingehen und einen der wichtigsten Plätze einnehmen" - nur in einem ganz anderen Sinne, als es sich der Vorsitzende des Zentralrates der Sowjet-Gewerkschaften vorgestellt hat, als er diesen Ausspruch prägte.

Der versöhnliche Geist der Sowjetdelegierten und die internationale Gewerkschaftseinheit.

Der Kampf um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung ist so alt wie diese selbst. Die Einheit ist für jede Arbeiterbewegung ebenso das Lebenselement, wie es die Spaltung für die herrschende Ausbeuterklasse ist. Die Gründung von Gewerkschaften ist die Antwort der Arbeiterklasse auf die Absicht der Ausbeuterklasse, die einen Arbeiter gegen den anderen, die eine Arbeitsschicht gegen alle anderen Schichten, die Arbeiterklasse des einen Landes gegen die aller anderen Länder auszuspielen und mit allen Mitteln der Gewalt und der List den organisierten Zusammenschluß der Arbeiter zu einheitlich geleitetem Handeln zu verhindern. Genauso, wie die Verwirklichung der Ausbeuterinteressen die Aufrechterhaltung der Spaltung der menschlichen Gesellschaft in zwei unversöhnbar feindliche Klassen voraussetzt, ist umgekehrt die volle Verwirklichung der Arbeiterinteressen nur durch die Überwindung der Spaltung möglich. Gezwungen durch ihre egoistischen Interessen steht die Ausbeuterklasse nicht nur in unversöhnlichen Gegensatz zu den Interessen der direkt ausgebeuteten Arbeiterklasse, sondern ebenso im Gegensatz zu den wirklichen Interessen der gesamten Menschheit, zu dem jahrtausendalten Sehnen nach einem friedlichen, harmonisch vereinten Gesellschaftsleben.

Die Vereinigung der Arbeiter in besonderen Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften, Partei usw.) ist ihrem eigentlichen Wesen nach bereits die Keimform, in der sich die kommende neue Gesellschaftsordnung manifestiert. Damit aber die neue Ordnung entstehen kann, muß die Arbeiterorganisation als ihre Keimform zu vollständig eigenem Leben entwickelt werden, muß sie sich von der alten - dem Untergang geweihten Ordnung - völlig ablösen, muß sie, wie das Kind von der Mutter durch Zerschneiden der Nabelschnur getrennt werden. Solange den Arbeiterorganisationen diese naturnotwendig bedingte Trennung nicht gelingt, d.h. solange sie durch die Nabelschnur reformistisch-opportunistischer Illusionen noch mit der grundsätzlich einheitsfeindlichen Bourgeoisie verbunden bleiben, sind sie dazu verdammt, an allen Interessenskonflikten ihrer national gespaltenen Bourgeoisie teilzunehmen, als nationale Gruppen und bloße Anhängsel ihrer Bourgeoisie gegeneinander zu kämpfen, statt sich international zu vereinigen, so lange sind sie dazu verdammt, die herrschende Ausbeuterordnung auf dem blutigen Wege ihres Niederganges in das

Chaos zu begleiten, statt ihre historische Mission als Bahnbrecher einer besseren - von jeder Klassenspaltung befreiten - Gesellschaftsordnung erfüllen zu können.

Indem die Reformisten den Arbeitermassen vorzutäuschen versuchen, daß die nicht wegzuleugnenden Widersprüche dieser kapitalistischen Ausbeuterordnung mit all ihren Folgen der Verelendung der Krisen und Kriege gemildert und sogar aufgehoben werden können durch die Zusammenarbeit der "berufenen Vertreter" der Ausgebeuteten mit den Vertretern der Ausbeuter in "Arbeitsgemeinschaften" in den Regierungsstellen, im Völkerbund usw. sind sie tatsächlich die wertvollsten Stützen der Ausbeuterherrschaft, aber auch die gefährlichsten Feinde der Einheit der Arbeiterklasse. Getreu ihrer kleinbürgerlich beschränkten Auffassung über die Versöhnbarkeit der tatsächlich unversöhnbaren Klassengegensätze, sind sie - bewußt oder unbewußt - die Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterklasse. Und weil die Einheit jeder Arbeiterbewegung - wie es die Geschichte von ihrer Entstehung bis zum heutigen Tage beweist - nur auf dem Boden des unversöhnlichen Klassenkampfes möglich ist, auf dem die Interessen aller Ausgebeuteten auf der ganzen Welt die absolut gleichen sind, deshalb muß jede nationale und erst recht jede internationale Arbeiterorganisation, solange sie unter dem ungebrochenen Einfluß dieser opportunistischen "Klassen-Versöhnler" steht, zur Spaltung und Ohnmacht verurteilt sein.

Darüber schien sich ein Tarassow in seinem Artikel in dem "Temps Nouveaux" vom 5. August 1945 klargewesen zu sein, in welchem er die Absichten der Schevenels und dessen Freunde anprangerte, die den WGB zu einer Neuausgabe des bankrotten IGB machen wollten.

Damals schrieb Tarassow:

"Das Exekutivkomitee geht von dem Gesichtspunkt aus, daß die Statuten in einer Art gemacht werden müssen, daß der WGB nicht ein ohnmächtig, beratender Organismus, ein Diskutierklub sei, dessen Entschlüsse tote Worte bleiben... Konsequenterweise müssen die Entscheidungen der leitenden Organe des WGB von den nationalen Zentralen durchgeführt werden. Wenn nicht, für was sonst einen Weltbund schaffen? Die Entschlüsse des Bundes - mit einem Wort - müssen obligatorisch sein, damit sie wirksam sein können und die Existenz des Bundes selbst gerechtfertigt ist".

Nach solchen Verlautbarungen war anzunehmen, daß zumindest die Russen auf dem Pariser Kongreß einen entschiedenen Kampf für die Sicherung einer internationalen Disziplin im neuen WGB führen wür-

den und gegen die berüchtigte "Autonomie" der Landeszentralen, die jede Internationale völlig aktionsunfähig machen muß.

Daß ein solcher Kampf für eine Zentralisierung des WGB allgemein erwartet wurde, ging zum Beispiel aus einer Erklärung der Schweizerischen Gewerkschaftsleitung an den Pariser Kongreß hervor. Danach konnte sie deshalb kein Engagement mit dem WGB eingehen, weil sie sich nicht imstande fühlte, diese von ihren eigenen Föderationen respektiert zu sehen, von denen jede einzelne über die weiteste Autonomie im Rahmen des Bundes verfügte. Doch entgegen diesen Erwartungen war auffallenderweise in den öffentlichen Kongreßreden der Russen nichts von einem solchen Kampf zu spüren. Umgekehrt konnte aber das Blatt der französischen Schwerindustrie in dem schon zitierten Artikel vom 9. Oktober 1945 berichten:

"So, wie die Statuten aufgestellt wurden, sind sie bemerkenswert durch die darin ausgedrückte Sorge, den kleinen Nationen eine genügende Vertretung zu sichern. Hier muß die von den Vertretern der Sowjetgewerkschaften eingenommene Haltung unterstrichen werden, die in diesem Punkte (!!) Konzessionen gemacht haben, die gewisse von ihnen nicht zu erwarten wagten (!)....So wurden dank des persönlichen Geistes der Sowjetdelegierten und des Beistandes der CIO alle Schwierigkeiten überwunden. Man kann sich dessen nur beglückwünschen!"

Daß die Reaktion andere Ursachen als ihre angebliche Sorge um die kleinen Nationen hätte, um sich zu beglückwünschen, geht aus dem Bericht der bürgerlichen "Neue Züricher Zeitung" vom 24. Februar 1946 über die Tagung des Schweizer Gewerkschaftskongresses mit genügender Deutlichkeit hervor. Dort heißt es:

"Der ursprüngliche politische Charakter ist im endgültigen Statutentext des WGB fallengelassen worden....Da in jedem Lande außer Rußland heute überall die gewerkschaftlichen Landeszentralen selbständig sind, konnte die ursprüngliche Forderung der Statuten auf obligatorische Ausführung der Beschlüsse des WGB durch alle nationalen Verbände nicht beibehalten werden. Im endgültigen Statutentext ist deshalb die Autonomie der Landeszentralen gewährleistet."

Damit war es nun auch sogar den Schweizer Reformisten möglich, ihre Bedenken zu überwinden und in diese "Internationale" einzutreten. In der Resolution über den Beitritt des Schweizer Gewerkschaftsbundes zum WGB, die jetzt ohne jede Debatte angenommen werden konnte, wird die Erwartung ausgedrückt,

"daß die Frage der Internationalen Berufssekretariate bis zum

nächsten Weltkongreß in einer Art und Weise geregelt werde, die ihnen innerhalb des WGB eine weitgehende Selbständigkeit bei der Lösung ihrer Aufgaben einräumt."

Der "politische Charakter" der Statuten ist also fallengelassen worden, das Obligatorium zur Durchführung der Beschlüsse des WGB wurde durch die Autonomie der Landeszentralen ersetzt und die Internationalen Berufssekretariate werden sich mit diesen "entpolitisierten" Statuten ihre "weitgehende Selbständigkeit" zu sichern wissen.[†] Das also ist die tatsächliche Grundlage der "Einstimmigkeit" des Pariser WGB-Kongresses. Der reaktionäre "Le Monde" hatte wirklich alle Ursache, sich wegen der Konzessionen zu beglückwünschen, die der "versöhnliche Geist der Sowjetdelegierten" gemacht hatte.

Aber trotz dieser schmachlichen Kapitulation, über die der offizielle Kongreßbericht in "Le Peuple" den französischen Proleten kein Wort berichtet hatte, behauptete eine N. Serguewa, die als Pressekorrespondentin am Kongreß teilnahm, im "Temps Nouveaux" vom 15. Oktober 1945:

"Die Versuche, die neue Weltorganisation in das Geleise der alten Amsterdamer Internationale zu schieben, wurden durch den Kongreß entschlossen zurückgewiesen".

Daß aber ihre Behauptung den Tatsachen widerspricht, mußte die N.S. in ihrer Naivität selbst zugeben, indem sie sagte:

"....daß alle Kraft dieser imposanten Zahl (d.h. der 27 Millionen) alle Macht und aller Einfluß der Sowjetgewerkschaften angewandt wurden zur Realisierung der Einstimmigkeit zur Versöhnung der verschiedenen Gesichtspunkte, die zutage treten auf dem Kongreß, wo Gewerkschaftsorganisationen so verschiedener ideologischer Auffassung vertreten waren".

Leider ist es wahr, daß die Kraft der 27 Millionen dazu mißbraucht wurde, um mit einer vorgetäuschten Einstimmigkeit eine Gewerkschaftsinternationale zu schaffen, auf die zutrifft, daß sie "ein Diskutierklub" ist, dessen Entscheidungen tote Worte bleiben müssen. Was die Versöhnung der so verschiedenen Gesichtspunkte für Konsequenzen haben muß, das wird den russischen Arbeitern in nicht allzu ferner Zukunft klar werden, wenn sie ihr sozialistisches Land

[†] Daß auch dieser reformistische Wunsch erfüllt worden ist, geht aus dem Beschluß des Kongresses des Internationalen Transportarbeiter-Verbandes im Juli 1946 in Zürich hervor, der seinen Anschluß an den WGB beschlossen hat.

gegen die verbündeten Imperialisten und Reformisten verteidigen müssen. Alle Kompromißbereitschaft der Sowjetdelegierten ist nicht imstande, den Gesichtspunkt der Amsterdamer Ideologen - die ihr kapitalistisches Vaterland verteidigen - mit den Interessen der russischen und internationalen Arbeiterklasse zu versöhnen, die das sozialistische Rußland verteidigen müssen. Dieser faule Kompromiß ist keine Brücke zur Arbeitereinheit, sondern eine gefährliche Barriere, die die internationale Arbeiterklasse trennt und sie hindern muß, mit ihrer vollen Kraft ihre eigenen Interessen und damit auch die Sowjetunion zu verteidigen.

IV. Demokratie oder Diktatur.

Eine falsch gestellte Frage.

Was sich die Amsterdamer unter Gewerkschaftseinheit vorstellen, zeigte erneut die Stellungnahme des Bundesvorstandes der Schweizerischen Gewerkschaften ("Neue Züricher Zeitung" vom 24. Februar 1946). Nachdem diese Schweizer zunächst einmal Losowsky und auch Sinowjew aus dem Jahre 1924 zitierten, um zu beweisen, daß der Kampf der Kommunisten für die Gewerkschaftseinheit "nur die Maske zur Durchführung ihrer politischen Parteiziele" sei, oder zumindest bis zu einem gewissen Zeitpunkt gewesen war, stellten sie nunmehr fest:

"Gegenüber dieser politischen Zielsetzung setzte Stalin seit 1935 eine Neuorientierung durch. Die neuen Parolen lauteten 'Eintritt in alle antifaschistischen Massenorganisationen', 'Kampf für die Verteidigung der bürgerlichen demokratischen Freiheiten'....."

Hierzu erklärte der IGB, Amsterdam: Die Preisgabe der Lösung der Diktatur, die bei Verhandlungen auf gewerkschaftlichem Boden als Prüfstein jeder auf Dauer und eine gewisse Fruchtbarkeit berechneten Zusammenarbeit gelten muß, ist nicht ausgesprochen worden. Man will Kommunist und Anhänger der Diktatur bleiben und gleichzeitig für freie Gewerkschaften und Demokratie kämpfen. Entweder ist man für die Diktatur oder für die Demokratie, man kann nicht

gleichzeitig für beides sein, wenn man nicht mit sich selber und mit einer real denkenden Welt in unlösbare Widersprüche geraten will. . . .

Die Schweizerischen Gewerkschaften seien davon überzeugt, daß die Demokratie nur von wirklich überzeugten Demokraten verteidigt werden könne, und daß es nicht möglich sei, Feuer und Wasser zusammenzubringen. Ähnlich äußerten sich auch die angelsächsischen Delegierten und zahlreiche europäische Vertreter.

Dieses reformistische Glaubensbekenntnis ist - wohlgemerkt - erst nach Stalins Neuorientierung auf dem VII. und letzten Weltkongreß der Komintern 1935 verfaßt worden. Stalins damalige Sendung zur Volksfront mit allen darauf folgenden Heiratsangeboten hat den Reformisten noch nicht genügt. Der IGB hat das Eintrittsgesuch der Roten-Gewerkschafts-Internationale (der russischen Gewerkschaften) sowohl 1937 als auch 1938 abgelehnt (aber die AföfL 1937 freudig aufgenommen). Die Losung der Diktatur war also noch nicht preisgegeben worden. Ob diese Bedingung jetzt erfüllt ist, ob die Preisgabe der Losung während der Verhandlungen hinter den Kulissen des Pariser Kongresses "ausgesprochen" wurde, steht nicht fest. Fest steht aber, daß die Sowjetdelegierten keinen öffentlich sichtbaren Kampf für die Aufrechterhaltung geführt haben, daß sie vielmehr in ihren Reden und Beschlüssen dieselbe "Demokratie" gefeiert haben, wie die Reformisten.

Das alles kann nicht anders als die tatsächliche - wenn auch vielleicht nicht formell - ausgesprochene Preisgabe der Losung der Diktatur aufgefaßt werden.

So wie sich Stalins ultralinker RGO-Kurs seinerzeit als unfähig erweisen mußte, die Einheit der deutschen Gewerkschaften gegen die reformistischen Spalter zu verwirklichen, ebenso hat jetzt seine neuorientierte Volksfrontpolitik auf internationalem Gewerkschaftsgebiet zu noch schlimmeren Versagen geführt. Während nämlich damals die deutschen Kommunisten trotz all ihrer - zum Teil nicht selbst verschuldeten - Schwäche in den Augen der Arbeiter immer noch als unversöhnliche Gegner reformistischen Klassenverrats gelten konnten, haben sich jetzt die Sowjetdelegierten als illusionäre Versöhler mit den Saboteuren der Gewerkschaftseinheit kompromittieren müssen. Und kein "historischer Führer", sondern Stalin selbst, wird dafür die Verantwortung übernehmen müssen. Hier, wo die Vertreter der russischen Arbeiterklassen zum ersten Mal den gerissenen Amsterdamern direkt gegenüberstanden, hat es sich wieder zeigen müssen, daß Stalins Politik keine wirksame Waffen bieten kann, um die Barriere reformistischer Illusionen zu zerstören. Sie

waren damit nicht imstande, die vom kleinbürgerlich reformistischen Unverstand notwendigerweise falsch gestellte Frage: Demokratie oder Diktatur? richtig zu stellen und so zu beantworten, daß sich die Arbeitermassen von dem reformistischen Schwindel überzeugen können.

Reformistische Illusion und Wirklichkeit.

Nach reformistischer Auffassung steht der Begriff der Demokratie dem Begriff der Diktatur so unvereinbar wie Feuer und Wasser gegenüber. Aber nur in der reformistisch denkenden, d.h. vom bürgerlichen Standpunkt aus betrachteten Welt schließen diese beiden Begriffe einander aus. Keineswegs aber in der tatsächlich existierenden Welt, die sich in fortgesetzten Widersprüchen entwickelt, die seit der Entstehung des Privateigentums in unversöhnbar feindliche Klassen gespalten ist und in der sich der gesellschaftliche Fortschritt nicht anders als in unaufhörlichen Klassenkämpfen Bahn brechen kann: in Kämpfen, in denen die jeweils fortschrittliche Klasse, die ehemals fortschrittlich gewesene, aber reaktionär gewordene Klasse besiegen und mit diktatorischer Gewalt den konterrevolutionären Widerstand brechen muß, wenn sie sich selbst und die Sache des Fortschritts nicht kompromittieren will. Dieselbe unsinnige Anklage, die heute die Reformisten gegen die Anhänger der proletarischen Diktatur erheben, haben ihre geistigen Urväter, die deutschen Liberalen, vor hundert Jahren gegen Karl Marx erhoben, als dieser für den möglichst vollständigen Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution eintrat.

Franz Mehring erzählt in seinen "Anmerkungen" zu den von ihm herausgegebenen Artikeln von Marx aus der "Neuen Rheinischen Zeitung" aus dem Jahre 1848, daß die bürgerliche Literatur dieser Zeitung den Vorwurf machte, sie habe als "einziges Mittel zur Durchführung der Demokratie die sofortige Einführung der Diktatur verlangt." (Marx-Engels Nachlaß, 2. Auflage, Bd. III, S. 53)

Wie recht Marx mit seiner Auffassung hatte, hat das deutsche Bürgertum beweisen müssen, das nicht in demselben Maße wie das französische von 1789 mit diktatorischer Gewalt die Junker zu entmachten wagte, sondern sich aus Furcht vor seinen aufstrebenden proletarischen Bundesgenossen schließlich einem Bismarck in die Arme warf.

Heute jammern sie über die Schandtaten des preußischen Militarismus, aber - nichts gelernt und alles vergessen - kämpfen sie noch stupider als jene Liberalen jetzt als "Sozialisten" gegen den Sieg einer wirklichen Demokratie, die heute gegenüber einer völlig reaktionär gewordenen Bourgeoisie nur noch durch die proletarische Diktatur verwirklicht werden kann.

Kein Reformist, der von der Reformierbarkeit des in allen Fugen krachenden kapitalistischen Weltgebäudes überzeugt ist, kann die Notwendigkeit der Errichtung des sozialistischen Neubaus einsehen. Als Feinde der proletarischen Revolution glauben sie an die "organische Entwicklung" und begreifen nie, daß das Gesetz der Entwicklung eines baufälligen Gebäudes sein Einsturz ist. Nicht mit ihrer reformistisch "realdenkenden Welt" - wohl aber mit den Arbeitermassen, die unter den Trümmern einer zusammenbrechenden Welt nicht begraben werden wollen, müssen die Reformisten in unlösbare Widersprüche geraten.

Im Kampfe gegen Feudalismus und Absolutismus war die Bourgeoisie eine fortschrittlich wirkende Kraft, an deren vollem Siege die Arbeiterklasse ein noch größeres Interesse haben mußte, als die Bourgeoisie selbst. Denn je konsequenter die bürgerliche Revolution in ihren demokratischen Umgestaltungen ist, je gründlicher die feudalen Überreste in Staat und Wirtschaft beseitigt werden, um so besser wird durch die Herausbildung national geeinter und zentral geleiteter Staaten durch die höhere Entfaltung der Produktivkräfte in der modernen Industrie usw. der Boden geschaffen, auf dem sich die "freiwerdenden" Lohnsklaven (im Unterschied zu den leibeigenen und Alterumssklaven) als selbständige Klasse organisieren und den Kampf für ihre eigenen Interessen gegen ihren direkten Feind aufnehmen können, während sie bis dahin immer nur die Feinde ihrer Feinde bekämpfen konnten.

Wie die Geschichte aller bürgerlichen Revolutionen (von 1640 in England bis März 1917 in Rußland) beweist, kann die Bourgeoisie für ihre eigenen demokratischen Forderungen nicht "bis zu Ende" gehen. Es ist der unlösbare Widerspruch zwischen dem, was sie zur Durchführung ihrer egoistischen Klasseninteressen zu tun gedenkt und dem, was sie unter dem Druck der feindlichen Schichten und Klassen zu tun gezwungen ist, die die Bourgeoisie zu ewiger Inkonsistenz verurteilt. Es konnte nicht die Absicht der Bourgeoisie sein, an die Stelle der gestürzten reaktionären feudal-absolutistischen Staatsmacht eine wirkliche Demokratie oder Volksherr-

schaft zu setzen. Ihre wirkliche Absicht war, mit Hilfe der eroberten Staatsmacht die reaktionären Hindernisse zu beseitigen, die der Entfaltung ihrer privatkapitalistischen Produktionsweise im Wege standen. Aber nicht etwa zu dem Zweck, die Produktionsmittel zur Deckung des steigenden Massenbedarfs auszunutzen, sondern um sie zur gesteigerten Erzeugung von Profit voll zu entfalten. Damit steht die Bourgeoisie mit ihrer Absicht in unüberbrückbarem Gegensatz zu den Interessen der erdrückenden Mehrheit des ganzen Volkes. Sie kann als verschwindende Minderheit nicht daran denken, ihre egoistischen Interessen offen zu vertreten oder gar durchzusetzen. Sie muß ihr Ziel auf Umwegen und mit Hilfe der Massen durchzusetzen versuchen, die sie ständig zu täuschen versuchen muß.

Mit dem Versprechen, aller Welt Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, ewige unveräußerliche Menschenrechte unter ihrer Demokratie oder "Volksherrschaft" zu erkämpfen, hat sich die Bourgeoisie die Gefolgschaft der Massen für die Eroberung der politischen Macht zu verschaffen gewußt. Sie hat sich mit ihren Freiheitslosungen zur Wortführerin der Massenempörung gegen die aufreizenden, allen gesellschaftlichen Fortschritt hemmenden und erstickenden Herrschaftsmethoden des überlebten Feudalismus gemacht und damit die Kraft erlangt, um - nicht etwa mit dem "demokratischen" Stimmzettel oder durch parlamentarischen Mehrheitsbeschluß - sondern mit bewaffneter Macht ihre "demokratische" Herrschaft zu errichten.

Aber sie hat nach ihrem Siege auch beweisen müssen, daß sie die von den Massen erkämpften Freiheiten nur für ihre eigenen Sonderinteressen, zur unbeschränkten Ausbeutung der Massen auszunutzen verstand. Die Bourgeoisie mußte erst ihre Demokratie aufrichten und funktionieren lassen, um den unwiderlegbaren Beweis zu erbringen, daß eine Demokratie oder Volksherrschaft niemals von einer egoistisch interessierten verschwindend kleinen Minderheit, sondern eben nur durch eine Kraft, die die Interessen der erdrückenden Mehrheit des Volkes vertritt, verwirklicht werden kann. Die Bourgeoisie hat die Frage der Demokratie gestellt und muß versuchen, ihre wirkliche Lösung zu verhindern. Aber sie selbst ist durch die Widersprüche ihres Herrschaftssystems gezwungen, die Voraussetzungen zu schaffen, die jene Kraft stärken muß, die die gestellte Frage endgültig beantworten kann und wird.

Wie Marx und Engels im "Kommunistischen Manifest" so treffend schildern, lebt die Bourgeoisie in einem ewigen Kriegszustand - zuerst gegenüber der Aristokratie, dann gegenüber ihren eigenen Bourgeoisiefraktionen (deren Sonderinteressen mit der Industrialisierung kollidieren) und schließlich gegen die Bourgeoisie aller

übrigen Länder. In all diesen Kämpfen muß sie an die Hilfe des Proletariats appellieren. Sie selbst zieht damit das Proletariat in die politische Bewegung hinein und muß ihm die Ergebnisse ihrer eigenen politischen Erziehung vermitteln, muß ihm die Waffen liefern, die sich schließlich gegen sie selbst richten müssen. Sie hat den Ausgebeuteten durch allgemeine Schul-Berufs- und Militärausbildung usw. Kenntnisse und Fertigkeiten beigebracht, die ihre Schüler auch für ihre eigenen Interessen ausnutzen können. Während die Bourgeoisie alle übrigen Klassenschichten zersplittern konnte, hat sie durch ihre Zusammenballung von Arbeitermassen in den modernen Großbetrieben die Voraussetzung schaffen müssen, daß sich das Proletariat organisieren konnte und als führende Kraft aller übrigen ausgebeuteten Schichten wirken kann.

In der Tatsache, daß sich die Bourgeoisie nach jahrzehntelangem Widerstand mit der Bildung von Gewerkschaften und anderen Arbeiterorganisationen abfinden und auch weitere Reformen (vom Koalitions- bis zum Wahlrecht usw.) zugestehen mußte, sehen die Reformisten den Beweis für ihre Theorie, wonach die Arbeiterklasse durch immer weitergehende Reformen alle noch vorhandenen Schönheitsfehler beseitigen und so auf friedlichem Wege - ohne das Mittel der Diktatur - eine wirklich ideale Demokratie erreichen kann.

Nach ihrer Auffassung ist jede Reform oder demokratische Errungenschaft keineswegs etwas mit der bürgerlichen Demokratie im Widerspruch Stehendes, sondern ein natürlich verbundener Bestandteil dieser Demokratie. Sie stellen sich die bürgerliche Demokratie so ungefähr wie einen wilden Obstbaum vor, der durch aufpfropfen echt demokratischer Edelreiser ganz und gar veredelt werden kann. Nach ihrer primitiven Logik muß also der Baum selbst bzw. die bürgerliche Demokratie unter allen Umständen erhalten bleiben. Auch das furchtbare Beispiel Italiens und Deutschlands, wo sich die bürgerliche Demokratie ohne auch nur im geringsten mit ihrem "demokratischen" Charakter in Konflikt zu kommen, auf ganz natürlich Weise zur faschistischen Diktatur "veredelte", hat den unbelehrbaren Reformisten nicht beibringen können, daß sich bürgerliche Demokratie und faschistische Diktatur keineswegs wie Feuer und Wasser gegenüberstehen, daß umgekehrt die bürgerliche Demokratie unter bestimmten Voraussetzungen in den Faschismus mündet.

"Die Bourgeoisie wendet ihren Blick rückwärts", schrieb Lenin 1905, "sie fürchtet den demokratischen Fortschritt, der die Gefahr einer Erstarkung des Proletariats mit sich bringt. Das Proletariat hat nichts zu verlieren als seine Ketten, wird aber

mit Hilfe der Demokratie die ganze Welt gewinnen...Ein konsequenter Kämpfer für die Demokratie kann nur das Proletariat sein".

(Lenin, Ausgew. Werke, Bd. III, S. 73-83)

Die Bourgeoisie selbst widerlegt die reformistischen Illusionen

Ganz im Gegensatz zu den Reformisten, die den Demokratie-Schwindel der Bourgeoisie zur großen Freude der Profitjäger zu rechtfertigen versuchen, beweist die Bourgeoisie selbst durch ihre Taten, was dahintersteckt. Wäre die reformistische Theorie richtig, dann wäre es unbegreiflich, warum sich die Bourgeoisie von Anfang an so hartnäckig gegen jede Reform zur Wehr gesetzt hat und warum sie immer wieder versucht, den Arbeitern das mühsam Erreichte zu entreißen. Für sie sind die ihr abgerungenen Zugeständnisse eben keine so friedlich getroffenen Vereinbarungen zwischen zwei gleich interessierten und dem gemeinsamen Ziel einer idealen Demokratie zustrebenden Volksschichten, sondern weit eher Gebietsverluste an eine feindliche Macht, die zurückzuerobern sie gezwungen ist. Damit beweist die Bourgeoisie, daß sie die demokratischen Errungenschaften der Werktätigen keineswegs als wesensgleiche, den gleichen Zwecken dienende Bestandteile ihrer Demokratie betrachten und behandeln kann, sondern als feindlich wirkende Fremdkörper, die sie nur gezwungenermaßen in ihrem Herrschaftsgebäude plazieren mußte, aber unter ganz bestimmten günstigen Zeit- und anderen Umständen auch konnte, ohne dessen Sicherheit in Gefahr zu bringen. Sind die günstigen Umstände am Schwinden - und sie müssen um so mehr verschwinden, je weiter die kapitalistisch-imperialistische Abstiegsperiode (zwar nicht überall gleichmäßig, aber unaufhaltsam) fortschreitet und sieht sich die Ausbeuterherrschaft durch die Forderungen ihrer Lohnsklaven bedroht - dann läßt die Bourgeois-Demokratie ihre Hülle fallen und stellt den Massen ihre offene Staatsgewalt entgegen. Auch die "freieste Demokratie der Welt" von Weimar hatte (ebenso wie jede "Demokratie") ihren "Ausnahme-Paragrafen", den der "Sozialist" Fritz Ebert gegen streikende Eisenbahner im Februar 1922 so gut zu handhaben wußte. Und der "im Geiste Roosevelts" handelnde Truman hat jetzt im Mai 1946 den USA-Eisenbahnern den gleichen Anschauungsunterricht über Demokratie oder Diktatur erteilt. Gegen sein Ausnahmegesetz, das nach dem Bericht der "Neuen Züricher Zeitung" vom 28. Mai 1946 die "Unterstellung der Streikenden unter die Armee" vorsah, erblickten "die parlamen-

tarischen Exponenten der Gewerkschaften...einen ins Herz des Streikrechts gezielten Angriff, den sie als 'faschistische Machenschaft' bezeichneten". Wie es in demselben Bericht weiter heißt, wurde auf gewerkschaftlicher Seite "gegen eine solche Mobilisierung der Arbeiterschaft" eingewandt, " sie komme einer 'faschistischen Sklaverei' gleich".

Es ist nicht nur die empörte Stimmung der vergewaltigten Arbeiter es ist zugleich die enttäuschte Illusion in den Köpfen der amerikanischen Gewerkschaftsführer, die sich in solchen Anklagen wieder spiegelt. In dem Bericht über die Tätigkeit seiner Gewerkschaften hat der CIO-Delegierte Carrey auf dem Pariser WGB-Kongreß darauf hingewiesen, daß eine Kampagne für die volle Beschäftigung und erhöhten Lebensstandard für die 60 Millionen amerikanischen Arbeiter geführt wird und weiter erwähnt, daß die CIO ein politisches Komitee besitze, das erst Roosevelt und dann Truman unterstützte. So haben diese Reformisten ernsthaft geglaubt, die Demokratie zu stärken und zu helfen, "die letzten Spuren des Faschismus" auszurotten. Aber knapp 8 Monate später müssen sie ihrem Vorkämpfer für Demokratie, für dessen Unterstützung sie ein besonderes Komitee besitzen, wegen "faschistischer Machenschaften" anklagen, müssen damit aber auch beweisen, daß die reformistische Politik - die immer das Gegenteil des Gewollten erreicht - unmöglich richtig sein kann.

Das furchtbare Beispiel Italiens und Deutschlands hat allen Reformisten den richtigen Gedanken verschafft, daß der Faschismus offene brutale Gewalt ist. Die reformistisch orientierte Gedankenwelt reicht jedoch nicht aus, um diesen Gedanken weiterzuentwickeln: Nicht jede Gewalt muß faschistisch sein, sie kann ebenso gut fortschrittlich wie reaktionär, ebenso revolutionär wie konterrevolutionär wirken, je nach dem, ob sie von den Kräften des Fortschritts oder von den Kräften der Reaktion angewendet wird. Es kommt heute mehr denn je darauf an, sich selbst und der Arbeiterklasse möglichst klarzumachen, daß (und wie) fortschrittlich wirkende Gewalt unterstützt werden muß. Umgekehrt muß reaktionäre, der faschistischen Konterrevolution zustrebende Gewalt auf das Schärfste bekämpft werden.

Ganz gewiß kann der Arbeiterklasse die Staatsform ihres Landes nicht gleichgültig sein. Nur Ignoranten konnten predigen "Schlimmer als unter Brüning kann es auch unter Hitler nicht kommen"! - Ganz gewiß muß die Arbeiterklasse ihr bürgerlich-demokratisch regiertes Land gegen den Faschismus verteidigen und zwar darum, weil sie darin den günstigsten Boden für die Organisierung ihrer eigenen

Klassenkraft, für den Kampf um ihre eigenen proletarischen Interessen besitzt. Aber die Arbeiterklasse kann diese Aufgabe nicht im Bunde und nicht unter der Führung ihrer Bourgeoisie durchführen, denn es ist diese Bourgeoisie selbst, die ihr diesen Boden streitig macht.

Wenn die USA-Bourgeoisie ihren Arbeitern mit Militärgewalt den Streik verbietet, dann hebt sie ihr eigenes kapitalistisches Warengesetz auf, wonach der Preis der Ware durch Angebot und Nachfrage bestimmt wird. Sie zwingt die Arbeiter, ihre einzige Ware, die sie auf dem kapitalistischen Warenmarkt anzubieten haben, ihre Arbeitskraft, zu dem von der Bourgeois-Regierung willkürlich festgesetzten Preis zu verkaufen. Und die Arbeiter haben nicht einmal das Recht, das den kapitalistischen Warenbesitzern zusteht, ihre Ware, d.h. ihre Arbeitskraft für sich zu behalten und nicht zu verkaufen.

Zur selben Zeit (des Eisenbahnerstreiks) bestand noch für die kapitalistischen Warenbesitzer eine Preiskontrolle. Wie diese gehandhabt wird, darüber eine Probe aus der "Neuen Züricher Zeitung", die am 13. Juni 1946 aus USA berichtet:

"Ein weiterer Grund des Mangels (der Bedarfsdeckung) liegt im Fortbestehen der heftig umstrittenen, aber immer noch angewendeten Höchstpreisvorschriften, welche die Landwirtschaft und manche Industriezweige veranlassen, die Produktion zu vermindern oder die Güter zurückzuhalten. (!)

Ein Beispiel ist der Höchstpreis für Butter, der plötzlich zu einem starken Mangel an Butter und dafür zu einem Überangebot von Milch führte.

Durch das Mittel eines Preisaufschlages von 20 % mußte die Regierung die normale Versorgung wiederherstellen".

Also mit 20 % Zuschlag zu den Höchstpreisen wird die normale Buttersversorgung und mit der bewaffneten Macht der normale Eisenbahnverkehr wieder hergestellt. Das ist in der Tat der wahre Charakter der bürgerlichen Demokratie, die mit immer offeneren Gewaltmethoden die kapitalistischen Ausbeuterinteressen sichern muß. Und das passiert in einer Zeit der besten Hochkonjunktur. Es ist nicht schwer, vor auszusehen, wohin dieser Weg in der unvermeidlich folgenden Wirtschaftskrise führen muß. Die USA zählte in der Krise von 1929 ca. 12 Millionen Arbeitslose und auf dem Höhepunkt der folgenden Konjunktur 1937 immer noch ca. 2 Millionen. In diesem Kriege ist die Arbeiterarmee in den USA um weitere 17 auf insgesamt 60 Millionen angewachsen.

Die Reformisten vor dem kapitalistischen Staats- und Wirtschaftswunder

Wie die USA-Gewerkschaftsführer die Lage beurteilen, zeigt ein Artikel in der "Staatszeitung" und "Herold" in New York vom 6. Januar 1946, in welchem W. Reuther, der Präsident des CIO-Auto-Arbeiter-Verbandes, zu dem damaligen Streik bei General-Motors Stellung nahm. Reuther, der als einer der jüngeren und fähigsten Gewerkschaftsführer gilt, schreibt:

"Die General-Motors war in diesem Klassenkrieg (!) der angreifende Teil. Das mächtigste und die größten Profite erwirtschaftende kooperative Unternehmen der Welt hat sich inmitten der Vereinigten Staaten als ein souveräner Staat etabliert und führt nun einen Streik gegen das Publikum. Es führt einen Kampf, der sich gegen das Interesse der Volksgesamtheit richtet".

Um die 30 %ige Lohnforderung zu begründen und sie auch den Trustgewaltigen schmackhaft zu machen, verfiht Reuther die bekannte reformistische Theorie von der Steigerung der Massenkaukraft, wonach die Massen befähigt werden, die steigenden Warenmengen zu kaufen, die Überproduktion und die auch damit unvermeidliche Wirtschaftskrise zu verhüten. Ganz richtig sagt er, daß eine Rückkehr zu dem Produktions- und Beschäftigungsstand der Vorkriegszeit die Erwerbslosigkeit von 19 Millionen und eine Wiederholung... von 1929 bedeuten würde. So richtig Reuther die Konsequenzen des bisherigen Weges einsieht, so illusionär ist der Ausweg, den er zu sehen glaubt:

"Wir vermögen mehr als je zu produzieren und zwar bei gleichzeitiger Verringerung der Arbeiterzahl. Daraus ergibt sich, daß wir inem neuen Abgrund zurasen, wenn wir uns nicht ohne jedes weitere Zögern zu dem Entschluß aufraffen, unsere Lebenshaltungsnormen in einem Maße zu steigern, wie es der vergrößerten Produktionsfähigkeit entspricht. Das bedeutet: Wir müssen uns nun für eine Politik höherer Löhne ohne gleichzeitige Preissteigerung entscheiden... bei der die Profite von selber wachsen werden".

Aber in einer - für einen Reformisten völlig unbegreiflichen - Weise haben die Trustherren die guten Ratschläge, die den Massen höhere Kaufkraft und ihnen höhere Profite garantierten, nicht nur abgelehnt, sondern die General Motors Co. setzte umgekehrt wie

Reuther sagt, "allen Beweisen für unsere Behauptungen....Gleichgültigkeit und Schmähworte entgegen, und gleichzeitig griff sie zu dem Mittel der Insertion in der ganzen Presse des Landes, um.... die Öffentlichkeit irrezuführen", gegenüber der Forderung der Gewerkschaft auf Einsichtnahme in die Geschäftsbücher des Unternehmens, um dessen finanzielle Tragfähigkeit für die Lohnerhöhung feststellen zu können"...erklärte Harry W. Anderson der Vizepräsident der General-Motors der Presse in arroganter Mißachtung des öffentlichen Rechtsbewußtseins, nicht einmal den Aktionären der Gesellschaft werde Einblick in die Geschäftsbücher der GM gewährt".

Aber nicht nur den Gewerkschaftsvertretern, auch dem dreigliedrigen vom Präsidenten Truman eingesetzten "fact finding board" (Schlichtungsinstanz) verweigerten die Scharfmacher diese Einsichtnahme.

Diese bezeichnenden Vorkommnisse im Eisenbahner - und General-Motors-Streik (die keineswegs Einzelercheinungen der USA sind) zeigen, in welchem unlösbaren Widerspruch die Reformisten mit ihrer Theorie und Praxis geraten müssen. Sie schreien gegen "faschistische Machenschaften" und "faschistische Sklaverei", aber gegenüber einem Truman können sie als "überzeugte Demokraten" die demokratischen Rechte der Arbeiter nicht verteidigen, wenn dieser seine Gewaltmethoden damit begründet, daß der bürgerlich-demokratische Staat den Eisenbahnerstreik nicht zulassen dürfe und verhindern müsse, weil er sich als politischer Kampf gegen diesen Bourgeoisie-Staat selbst richte. Denn auch den Reformisten geht die Sicherheit dieses Staates den Interessen der Arbeiter voraus. Mit ihrem Geschrei können sie vielleicht noch viele USA-Arbeiter täuschen, aber nicht die USA-Bourgeoisie, denn diese kennt die Rolle, die die Reformisten gespielt haben und immer wieder spielen werden, wo ihnen die Verantwortung für den Staat überlassen wird. Genauso wie seinerzeit die deutschen Regierungssozialisten gegen die Berliner Eisenbahner, genauso und noch skrupelloser gehen jetzt z.B. die Labour-Party-Sozialisten gegen die Dockarbeiter, die französischen vereinten "Sozialisten" und "Kommunisten" gegen die Pariser Rotationsdrucker vor und auch die Regierungssozialisten und Kommunisten in Skandinavien oder Italien bestreiten ihr ehrbares Streikbrecherhandwerk mit den Machtmitteln des bürgerlichen Klassenstaates. Es besteht nicht der geringste prinzipielle Unterschied zwischen den Reformisten, die in den USA als Gewerkschaftsführer gegen Trumans "faschistische Methoden" pro-

testierten und den Reformisten, die sie als Mitglied einer bürgerlichen Regierung in England, Frankreich usw. durchführen müssen.

Der Staat - und zwar jeder Staat - ist eben nicht der über den Klassen stehende, unparteiisch und gerecht urteilende Schiedsrichter (wie die reformistische Theorie behauptet) sondern das Machtinstrument in den Händen der jeweils herrschenden Klasse, wie es auch die reformistische Praxis beweist. Der bürgerliche Staat - auch der "allerdemokratischste" - ist und bleibt das Machtinstrument zur Unterdrückung der Arbeiterklasse. Ob an der Spitze dieses Staates ein Ebert, ein Truman, ein Attlee oder ein Maurice Thorez steht, ändert nichts an dessen Verpflichtung, die Gewaltmethoden dieses Staates gegen die Arbeiter und im Interesse der Reaktion durchzuführen, gezwungen durch die Folgen des Niederganges ihrer kapitalistischen, der ihre demokratische Handlungsfreiheit immer weiter einschränkt, muß die Bourgeoisie in fortgesetztem und gesteigertem Maße zu Gewaltmethoden greifen, muß somit jeder bürgerlich-demokratische Staat seine Umhüllung immer mehr preisgeben und - früher oder später - jenen Punkt erreichen, wo sich diese Gewalt nur noch unverhüllt in der faschistischen Diktatur behaupten kann. Nach der Theorie der Reformisten ist Demokratie und Diktatur so unvereinbar, wie Feuer und Wasser, aber ihre Praxis als "überzeugte Demokraten" zwingt sie, für die Vereinigung der bürgerlichen Demokratie mit der faschistischen Diktatur die Wege zu ebnet bis sie nach getaner Schuldigkeit davongejagt werden.

Ebenso wie in der Einstellung der Reformisten zum bürgerlichen Staat liegt auch in ihrer Stellung zur kapitalistischen Wirtschaft der schlüssige Beweis, daß sie keine Sozialisten sind. Nach ihrer kleinbürgerlich-beschränkten Auffassung steht das überragende Interesse der Kapitalisten an der Erzeugung von möglichst hohem Profit keineswegs im unvereinbaren Gegensatz, sondern umgekehrt in voller Harmonie mit dem Interesse der Massen an hohen Löhnen und steigendem Lebensniveau. Das hohe Lied, das jetzt die Reuther und Co. den GM-Direktoren und Trustmagnaten vorsingen, - daß eine durch hohe Löhne gesteigerte Massenkaufkraft den reibungslosen Absatz der ständig steigenden Warenmassen und demzufolge auch das "von selber Wachsen der Profite" garantiert - ist dasselbe Lied, mit dem der moderne Reformismus zur Welt kam. War es aber schon damals, als der imperialistisch-aufsteigende Kapitalismus den Arbeitern einige etwas dickere Brosamen von seinen Überprofiten zuwerfen konnte - und Illusionen über gemeinsame Profit- und Lohninteressen erwecken konnte - ein mit der Wirklichkeit disharmonisches Lied, so ist es heute ein Spottgesang, mit dem die Reformisten ihr eigenes Gebrechen verspotten können.

Nicht aus purer Bosheit, oder "freiem" Willen, sondern unter dem eisernen Zwang blindwaltender Gesetzmäßigkeit ihrer widerspruchsvollen Ordnung muß die kapitalistische Klasse versuchen, die verriegelnden Quellen ihrer Profitmacherei auf dem bedrohlich zusammengeschrunpften Weltmarkt durch gesteigerte relative, auch absolute Verelendung der Massen auszugleichen und deren Widerstand durch die Gewaltmethoden ihrer Staatsmacht zu brechen. Wäre es den Kapitalisten möglich, so "vernünftig" zu handeln, wie es ihnen die Reformisten in teilnahmsvoller Besorgnis anraten, dann würden sie gern für das Linsengericht einiger Reformen die willige Gefolgschaft ihrer Lohnsklaven für alle Zeiten erkaufen.

Es steht gewiß im Widerspruch zu jeder menschlichen Vernunft, entspricht aber vollkommen dem kapitalistischen Wahnsinn, wenn trotz der gewaltig gesteigerten Ergiebigkeit der technisch vervollkommeneten Produktion die Kaufkraft der Massen und ihr reales Lebensniveau nicht gehoben, sondern gesenkt wird. Nur in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung kann der gesamte Produktionsertrag der gesamten Bevölkerung dienstbar gemacht werden. In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung aber gehört der Produktionsertrag nicht der ganzen Gesellschaft, sondern den Besitzern der Produktionsmittel, den Kapitalisten. Sie setzen die Produktionsmittel nicht zur Bedarfsdeckung der Massen in Bewegung, sondern lediglich zur Erzeugung von Profit, sie können nur dadurch zu Profit kommen, daß sie die Arbeiter ausbeuten. Es widerspricht weder einem "Arbeiterschutz" noch dem "Sittengesetz" dieser Ordnung, wenn der Arbeiter im noch so "gerechten" Tageslohn nur die Anweisung auf einen Bruchteil des gesamten Wertes erhält, den er tatsächlich im kapitalistischen Betrieb geschaffen hat und der in "normalen" Zeiten gerade ausreicht, um seine verausgabte Arbeitskraft zu reproduzieren, während sich der Kapitalist den übrigen Teil des Wertes, den der Arbeiter geschaffen hat, als Mehrwert aneignet und zu Geld, zu Profit und "überschüssiges" Kapital verwandeln kann und verwandeln muß, wenn seine ganze Funktion als Kapitalist überhaupt einen realen Sinn und Zweck für ihn haben soll. Würde der Kapitalist dem reformistischen Rat folgen und die Massenkaukraft derartig heben, daß sich die Massen alle erzeugten Waren und Güter dafür aneignen können, dann müßte er den in den Waren mitenthalenen Mehrwert, der die einzige Quelle seines Profits, seines Gewinnes oder seines "Verdienstes" bildet, denselben Arbeitern wieder zur Verfügung stellen, die ihm den Mehrwert in unbezahlter Arbeit geschaffen haben. Das hieße nichts anderes, als daß er den Arbeitern seinen gesetzlich garantierten, "rechtmäßig" erworbenen Ausbeuterverdienst schenken soll. Das ist nach refor-

mistischer Illusion, aber nicht in der kapitalistischen Wirklichkeit möglich.

Die imperialistische Einheitsfront 1945/46 unter Führung der USA

Auf dem Wege des Warenexportes hatte insbesondere der Kapitalismus der führenden Industrieländer (England, Frankreich, Deutschland) gestützt auf seine technische Überlegenheit und seine staatlichen Machtmittel Einfluß- und Absatzgebiete erobern und riesige Profite bis zum "Kapitalüberfluß" gewinnen können. Doch der Widerspruch zwischen den ständig wachsenden Produktivkräften und dem enger werdenden Absatzmarkt zwang zu neuen Formen des Konkurrenzkampfes um die imperialistische Beherrschung des Weltmarktes. So trat der Kapitalismus um die Jahrhundertwende in seine imperialistische Etappe, in welcher unter der Führung des Finanzkapitals das Monopol anstelle der freien Konkurrenz und der Kapitalexport anstelle des Warenexports zum typischen Kennzeichen des neuen Kapitalismus wurden.

Indem der Kapitalismus den Kapitalüberfluß in rückständigeren Ländern anlegt, in denen es wenig Kapital gibt, der Grund und Boden verhältnismäßig billig, die Löhne niedrig und die Rohstoffe wohlfeil sind, kann er dort außerordentlich hohe Extraprofite erzielen. Könnte der Kapitalismus so vernünftig handeln, wie seine kleinbürgerlichen Kritiker immer wieder einwenden, dann könnte er den Kapitalüberfluß im eigenen Lande anlegen, um den Massen Brot und Arbeit für eine gewisse Zeit zu schaffen.

"...wäre der Kapitalismus imstande," schrieb Lenin 1916, "die Landwirtschaft zu heben, die jetzt überall weit hinter der Industrie zurückgeblieben ist, könnte er das Lebensniveau der Massen der Bevölkerung heben, die trotz des schwindelerregenden technischen Fortschritt überall ein Hunger und Bettlerdasein fristen....dann könne von einem Kapitalüberschuß nicht die Rede sein....Aber dann wäre der Kapitalismus nicht Kapitalismus, denn die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung wie das Hungerdasein der Massen sind wesentliche unvermeidliche Bedingungen und Voraussetzungen dieser Produktionsweise. Solange der Kapitalismus Kapitalismus bleibt, wird der Kapitalüberschuß nicht zur Hebung der Lebenshaltung der Massen in dem betreffenden Lande verwendet - denn das würde eine Verminderung der Profite der Kapitalisten bedeuten -

sondern zur Steigerung der Profite durch Kapitalexport ins Ausland in rückständige Länder....Die Möglichkeit der Kapitalausfuhr wird dadurch geschaffen, daß eine Reihe rückständiger Länder bereits in den Kreislauf des Weltkapitalismus hineingezogen ist, die Hauptlinien der Eisenbahnen bereits gelegt oder in Angriff genommen, die elementaren Bedingungen der industriellen Entwicklung gesichert sind usw. Die Notwendigkeit der Kapitalausfuhr wird dadurch geschaffen, daß in einigen Ländern der Kapitalismus 'überreif' geworden ist und dem Kapital (unter der Voraussetzung der Unterentwickeltheit der Landwirtschaft und der Armut der Massen) ein Spielraum für 'rentable' Betätigung fehlt".

(Lenin, Imperialismus, S. 54/55, Berlin 1945)

Das von Lenin in seinem Buche so treffend gezeichnete "Gesamtbild der kapitalistischen Weltwirtschaft am Vorabend des ersten imperialistischen Weltkrieges" hat in den seither verflossenen 30 Jahren noch viel markantere Züge angenommen, die den Wahnsinn des 'überreif' gewordenen Kapitalismus nur noch grotesker hervortreten lassen. Aber die Ereignisse in dieser Zeit haben auch die Richtigkeit dieser Lehren bestätigt, die Lenin gezogen und in Rußland erfolgreich angewandt hat.

Vermittels des Kapitalexports (durch den Aufbau moderner Industrie- und Verkehrsanlagen) haben die Profitjäger riesige Extragewinne erreicht, aber sie haben dadurch in diesen rückständigen Ländern auch die Konkurrenten geschaffen, die je länger, je mehr gezwungen sind, ihnen ihre ehemaligen Absatzgebiete streitig zu machen. So vorteilhaft sich die Methode des Kapitalexports für die Profitjäger zunächst ausgewirkt hat, so sehr muß sie ihnen auf die Dauer zum Verhängnis werden, denn sie gleicht ihrem Wesen nach einer Kerze, die von beiden Enden angezündet wird. Sie muß den vorhandenen Weltmarkt für den Absatz der kapitalistisch produzierten Waren - von dem Gesundheit und Leben der kapitalistischen Wirtschaftsordnung abhängt - zusätzlich verengen helfen.

Die Rivalität des englischen und deutschen Imperialismus um die Vorherrschaft auf dem Weltmarkt hat entscheidend zum Ausbruch des ersten Weltkrieges beigetragen, dessen Ausgang die Aussichten für den Kapitalismus weitgehend verschlechtert hat. Trotz seines militärischen Sieges mußte sich der englische Imperialismus darauf bescheiden, seinem deutschen Rivalen die Flügel nur zu stützen. Er mußte ihn leben lassen, um ihn als Bollwerk gegen die noch viel größere Bedrohung durch das neu erstandene sozialistische Rußland

ausnutzen zu können. Mit Lenins Sieg in Rußland war der Weltraum für die kapitalistische Ausbeutung um ein Sechstel kleiner geworden. Dazu kam, daß die Kriegsumstände, die Industrialisierung rückständiger Länder wie China, Indien, Australien, Südafrika, Kanada usw. in zusätzlichem Maße gefördert und damit die Absatzmöglichkeiten für die alten Industrieländer noch mehr eingeengt hatten. Daß auf diesem ohnehin verengtem und durch den fortgesetzten Kapitalexport sich ständig mehr verengenden kapitalistischen Lebensraum der Konkurrenzkampf umso schärfere Formen annahm und zu einem neuen Weltkrieg führen mußte, wäre nur unter der Bedingung zu vermeiden gewesen, daß die deutsche Arbeiterklasse ihren "überreifen" Kapitalismus gestürzt, und damit die Entwicklung in der ganzen Welt in andere Bahnen gelenkt hatte. Weil diese fortschrittliche Lösung der kapitalistischen Weltkrise verhindert wurde, blieb nur der reaktionäre Lösungsversuch eines zweiten Weltkrieges übrig. Aber auch dessen Ausgang hat die Aussichten für den Kapitalismus nur noch mehr verschlechtert. Es ist kein Zeichen von Stärke, sondern das Gegenteil, wenn jetzt Deutschland und Japan als zwei hochentwickelte Industriestaaten auf die unterste Stufe einer Kolonie - Existenz herabgedrückt werden sollen. Damit gesteht der Weltkapitalismus ein, daß er zwei hochentwickelte Gliedmaßen seines Weltkörpers amputieren muß und nur als Krüppel weitervegetieren kann.

Daß es den "Demokraten" in diesem Krieg nicht um die "Ausrottung des Faschismus" ging, mit dem sie sich ja bis 1939 ganz gut vertragen hatten, sondern um die radikale Beseitigung ihrer zudringlichen imperialistischen Konkurrenten auf dem Weltmarkt, haben nur politisch Wundergläubige übersehen können. Aber auch durch das anfängliche Ausscheiden der deutschen und japanischen Konkurrenz nach dem II. Weltkrieg sind die noch verbliebenen Jagdgründe für die übrigen Profitjäger keineswegs erfolgversprechender geworden. Denn erstens ist das "artwidrige" rote Sechstel nicht nur nicht verschwunden, sondern hat sich umgekehrt erheblich ausdehnen können, zweitens sind die rückständigen Länder - wenn auch in sehr unterschiedlichem Maße - in ihrer Industrialisierung fortgeschritten.

Südafrika, das am Anfang des Jahrhunderts dem englischen Mutterland durch den Burenkrieg "einverleibt" wurde, kann heute seinen Stahlbedarf selbständig decken. Ebenso hat sich Kanada soweit selbstständig, daß es jetzt dem verarmten Mutterlande eine Milliardenanleihe gewähren konnte. Und die Unabhängigkeitsbewegungen in den Kolonien und Halbkolonien beweisen nur zu deutlich, daß dort überall eine mündig gewordene, einheimische Bourgeoisie

ihre kapitalistischen Bewegungen und Bewegungsfreiheiten fordert, was nichts anderes heißt, als daß sie ohne und evtl. auch gegen ihre Mutterländer die Profitmacherei auf eigene Rechnung betreiben will.

Es ist also ein sich von allen Seiten mehr verengernder Weltmarkt, der den Kapitalisten zum Waren- und Kapitalexport übriggeblieben ist. Kein Wunder, daß im Lager der Kapitalisten die Sorge vor diesem Frieden nicht geringer ist, als die Furcht der Massen vor einem neuen Weltkrieg, der durch die tolle Jagd nach den Absatzmöglichkeiten heraufbeschworen wird. Das Kräfteverhältnis im Lager der imperialistischen Konkurrenten ist in diesem Krieg weitgehend geändert: "Deutschland und Japan zunächst ausgeschaltet, aber Deutschlands erbitterter Konkurrent England ist in seinem 'Sieg' (der schätzungsweise das halbe Nationalvermögen Englands gekostet haben soll) abhängig von der Finanzhilfe der USA. Großbritannien hat die schwersten Bedingungen, die seine wirtschaftliche Handlungsfreiheit in seinem eigenen Imperium weitgehend einschränken, nach dem Motto: "Friß oder stirb" schlucken müssen. Die ehemalige Großmacht Frankreich muß mit einem völlig veralteten Produktionsapparat (diesem Erbe seiner ehemaligen Funktion als "Bankier Europas") versuchen, sich wieder emporzuarbeiten und emporzuhungern. Italien ist faktisch nur noch amerikanische Halbkolonie. Wie abhängig die übrigen "Neutralen" sind, hat zum Beispiel die Raubgold-Affaire der Schweiz gezeigt. Diese mußte von den Nazis, während des Krieges hier eingeführtes Gold 250 Mill. Francs "freiwillig", d.h. unter dem Druck der übermächtigen USA herausrücken, um "Schlimmeres", zum Beispiel "Schwarze Listen" usw., also den Wirtschaftsboykott zu verhüten.

Einer solch "freiwilligen" Gefolgschaft aller übrigen Industriestaaten sicher, kann der durch den Krieg reichgewordene USA-Imperialismus hemmungslos seine geschwächten Konkurrenten übertrumpfen. Am 7. Dezember 1945 hat die USA-Regierung diesen ein Weißbuch mit Vorschlägen für die "Ausdehnung des Handels und des Absatzes in der Welt" zugestellt.

Abgesehen von den heuchlerischen Phrasen über den "Schutz der Völker vor der Kriegsgefahr" usw. wird darin vorgeschlagen, daß alle bestehenden Einschränkungen des Handels durch Regierung oder Kartelle aufgehoben werden, daß allen Nationen freier Zutritt zu den Rohstoffquellen gewährt wird, daß Maßnahmen getroffen werden, um den zollfreien Durchgangsverkehr ausländischer Produkte zu gewährleisten, daß Vorzugstarife und Einfuhrbeschränkungen beseitigt werden, daß mit einem Wort, die zu erwartenden

Warenüberschüsse der USA-Monopolisten in allen Ländern die "offene Tür" finden, um auf dem "Fuße völliger ökonomischer Gleichheit" mit allen anderen konkurrieren zu können. Diese "Gleichheit" ähnelt unter den gegebenen Bedingungen dem gemeinsamen Start eines robusten Sportlers mit einem Kriegsverletzten, der den Wettlauf auf Krücken (oder Anleihen) machen muß. Genau so, wie das industriell führende England des 19. Jahrhunderts unter der Lösung des Freihandels seine damals rückständigen Konkurrenten schlagen konnte, ebenso wird jetzt die USA im Zeichen der "offenen Tür" denselben Zweck - aber wesentlich schneller erreichen. Wie planmäßig sie den Krieg bereits dafür ausgenutzt hat, dafür gibt es typische Beispiele. Die Landung in Nordafrika hat damit geendet, daß sich die Monopolisten in Frankreichs wertvollster Kolonie Marokko häuslich niedergelassen haben. Ihre militärischen Stützpunkte in Indien während des Krieges gegen Japan haben so viel eingebracht, daß jetzt die Einfuhr aus der USA nach Indien viermal so groß wie die englische ist. In China muß der französische Kapitalismus hilflos zuschauen, wie die von ihm einst angelegten Eisenbahnwege von seinem mächtigen Konkurrenten wieder aufgebaut werden. Die "hochherzig" gewährten Anleihen an die schwachen oder verarmten Länder wie Italien, Frankreich, Polen, Ungarn, Saudi-Arabien usw. sind durchweg mit der Abmachung verbunden, daß ein bestimmter, natürlich nicht sehr kleiner Teil zum Ankauf amerikanischer Waren, insbesondere solcher Kriegsprodukte verwendet werden muß, für die es normalerweise wenig Interessenten gibt. Welch zweifelhaftes Geschäft die armen Verwandten machen, zeigte sich in Italien an folgendem Beispiel: Die aus den USA-Heeresbeständen gekauften Lastkraftwagen mußte die italienische Regierung für eine Million Lire verkaufen, aber die Italiener wollten nur 3/5 des Preises bezahlen, weil diese Vehikel zu viel Benzin fressen und unpraktisch für Privatzwecke sind. Und dieselben Methoden der gegenwärtigen Übervorteilung im Wettrennen um die Profite wenden die kleineren auch untereinander an. Die Engländer zwingen die Schweizer Uhrenfabrikanten, ihnen auch Präzisionsmaschinen für die Uhrenfabrikation zu verkaufen, obwohl die braven Schweizer genau wissen, daß sie sich damit den eigenen Ast absägen. Die Franzosen zwingen die Italiener, ihnen ihre Luxusparfums abzukaufen, obwohl ihnen Spaghetti notwendiger wären. Wie die "Neue Züricher Zeitung" vom 31. Mai 1946 berichtet, hat England das kleine Dänemark gezwungen, ihm "unter seinen eigenen Inlandspreisen zu verkaufen und bietet ihm dafür...Gelegenheit, sich auf unsere (Schweizer) Kosten zu erholen". Ein Kilo Eier bezahlt England mit Kr. 1,90, die Schweizer

mit Kr. 3,50. Ein Kilo Butter ging ab 1. Mai 1946 für Kr. 3,62 nach England, für Kr. 5,18 nach der Schweiz.

Durch die Aufhebung der Preiskontrolle in der USA und der damit verbundenen Wertsenkung des Dollar, sahen sich Kanada und Schweden gezwungen, ihre Währung aufzuwerten. Welche Folgen die willkürlichen Sprünge der USA-Dollarfürsten für die Kleinen zeitigen, zeigt zum Beispiel Norwegen, das für 500 Millionen Kronen neue Schiffe in Schweden bauen läßt und dadurch jetzt gezwungen ist, rund 80 Millionen mehr dafür zu bezahlen.

Über die Gründe und die wirklichen Absichten, die der Aufhebung der Preiskontrolle in den USA zugrunde liegen, berichtet die "Neue Züricher Zeitung" vom 18. Juli 1946:

"Die USA-Regierung gab dabei dem Druck der öffentlichen Meinung nach, die eine möglichst baldige Wiederherstellung der 'normalen' vorkriegsmäßigen Konkurrenzwirtschaft verlangte. Der nunmehrige Zusammenbruch der behördlichen Preisreglementierung stellt nur einen weiteren, allerdings entscheidenden Schritt in dieser Richtung dar. Man kann daraus ersehen, wie gelinde gesagt, bescheiden die Absichten auf die Verwirklichung der von der Regierung entworfenen Pläne einer auf Konjunkturausgleich und 'Vollbeschäftigung' abzielenden Wirtschaftspolitik sind. Es hat vielmehr den Anschein, als daß die USA mit Riesenschritten der Wiederherstellung der freien Wirtschaft entgegengehen."

Die "öffentliche", d.h. die von den Trustmagnaten fabrizierte und diktierte Meinung hat also die dürftige Schranke beseitigt, und hat damit die alberne zur Täuschung der Massen propagierte Illusion widerlegt, nach welcher der kapitalistische Staat die gesellschaftlichen Produktivkräfte planmäßig lenken könnte und hat brutal gezeigt, was hinter all dem Geschwätz solcher Boveridge-Pläne für "Vollbeschäftigung" steht, mit dem die Reformisten sich selber und die Massen über die Wirklichkeit der planlos ins Verderben steuernden kapitalistischen Wirtschafts-anarchie während des Krieges hinwegzutäuschen versuchten.

Die Konsequenzen dieses Weges haben - wie dieselbe NZZ schrieb - bei den "vorsichtigen Engländern", die ja jetzt auf Gedeih und Verderb an das Schicksal der USA gebunden sind, Besorgnis "über die wagemutigen Extratouren ihrer überseeischen Freunde" hervorgerufen und das führende Wirtschaftsblatt, der Londoner "Economist" behauptet:

"Wir haben das Recht, von den Amerikanern zu verlangen, sie mögen den Nachweis erbringen, daß sie uns nicht zurück zu 1929 führen".

Mit genau demselben Recht könnten diese Ökonomen von einer abgeschossenen Granate verlangen, daß sie nicht explodieren und kein Unheil anrichten sollte, denn genauso wenig, wie ein todbringendes Geschöß kann der Kapitalismus die ihm von seinem blindwaltenden Profitgesetzen vorgeschriebene Bahn ändern und sein katastrophales Platzen in Krisen und Kriegen verhindern. Dieser Unmöglichkeit in naiver Weise entgegenstehend, fragt das Schweizer Kapitalistenblatt die besorgten Engländer:

"Sollen die Amerikaner ihre sofort greifbaren Möglichkeiten zugunsten einer, nebenbei gesagt, problematischen Krisenverhütung in der Zukunft opfern? Kann eine derartige Einstellung von einer jungen, aufwärtsstrebenden Nation, die sich im Vollbesitz ihrer Kräfte fühlt, vernünftigerweise (!!) erwartet werden?"

Und so bleibt auch den noch so besorgten Kapitalvertretern nichts anderes übrig, als sich "vernünftigerweise" mit ihrem Schicksal abzufinden und die Fahrt in den Abgrund mitzumachen, denn so sagt die NZZ:

"Ob Europa es will oder nicht, die Sprünge der amerikanischen Konjunktur wird es mehr oder weniger stark mitzumachen haben. Die Führung der Weltwirtschaft ist ihm aus der Hand geglitten und auf die Vereinigten Staaten übergegangen. Mit dieser Tatsache wird man sich wohl oder übel abfinden müssen".

Solange die kapitalistische Produktion noch damit beschäftigt ist, die - während des Krieges nicht gedeckte - Nachfrage im eigenen Lande zu decken, wird sich das Problem des Warenabsatzes auf dem zusammenschrumpfenden Weltmarkt noch nicht so voll bemerkbar machen. Es ist aber an den Fingern abzuzählen, daß es bei der riesig gesteigerten Produktionskraft mit der allen die USA nach kapitalistischen Begriffen die halbe Welt versorgen kann - nur kurze Zeit dauern kann, bis sich der Waren- und Kapitalüberfluß wieder ungehemmt auf den verengten Weltmarkt ergießen wird, um dort sehr bald wieder alle Poren auszufüllen. Dann steht aber auch der demokratische Imperialismus vor derselben Frage, an welcher der faschistische Imperialismus gescheitert ist: vor der Frage des Kampfes um seinen Lebensraum. Und diesmal mit dem einzig möglichen Ziel der Eroberung Sowjetrußlands und dessen

Rückverwandlung in imperialistisches Ausbeutungsgebiet. Denn an einen Kampf innerhalb des imperialistischen Weltsektors ist schon allein aufgrund der Vormachtstellung der USA nicht mehr zu denken. Weder England allein, noch im Bunde mit allen übrigen kapitalistischen Staaten könnte das wagen. So groß auch die Differenzen in ihrem Lager sind, und auch immer bleiben werden, noch größer muß sich ihr gemeinsames Interesse an der Erweiterung ihres Gesamtlebensraumes durchsetzen in der Bildung einer imperialistischen Einheitsfront, die von den USA-Imperialisten geführt wird.

Die „Demokratie“ als Fahne der imperialistischen Einheitsfront

Während noch auf dem Pariser WGB-Kongreß die Sowjetdelegierten mit den Amsterdarnern um die Wette "die Zusammenarbeit der Völker und die unzerstörbare Einheit ihrer Regierungen" als "die einzige Garantie eines stabilen und dauerhaften Friedens" feierten, hatte sich zur selben Zeit auf der Londoner Außenministerkonferenz bereits das Abtasten der Fronten für die kommende Auseinandersetzung deutlich gezeigt. Nach dem Schluß der Londoner Völkerbundtagung war in bürgerlichen Blättern wie z.B. in der "Neuen Züricher Zeitung" vom 15.2.1946 zu lesen:

"Die Reihen der nichtkommunistischen Mächte haben sich... eindeutig geschlossen".

Und um dieselbe Zeit hält Winston Churchill (als Privatmann versteht sich) zufällig in Fulton (USA) am 5. März 1946 eine Rede, erhebt seinen Warnruf gegen den sich ausbreitenden Kommunismus, bezichtigt die Kommunisten der Tätigkeit als Fünfte Kolonne, wendet sich scharf gegen die Kommunisten und gegen die Gebietserweiterung der Sowjetunion: Propagiert beileibe keinen "Westblock", sondern nur "die brüderliche Vereinigung der englischsprechenden Nationen", wünscht sich ein "starkes Frankreich" für seine "Atlantik-Gemeinschaft" und das alles um - "die Freundschaft mit der Sowjetunion zu stärken und den Weltfrieden zu sichern".

Das Zentralorgan der KP Frankreich (dessen Führung ja auch ein "starkes Frankreich" wünscht) hat diese Rede eines der "Drei Großen" einen "discours regrettable" (bedauerliche Rede) genannt, Stalin selbst, der etwas deutlicher geworden ist, hat offen gesagt, daß Churchill den Krieg gegen die SU will. Er hat zum Schluß seiner Rede an die Attacke erinnert, die Churchill und seine Freunde schon einmal am Ende des ersten Weltkriegs gegen die SU geritten haben, und hat mit der Versicherung geschlossen, daß ein erneuter Versuch ebenso zerschlagen werden wird, wie vor 26 Jahren. Im Hinblick auf die "Millionen braver Leute, die für die Verteidigung der Sache des Friedens Wache halten" glaubt Stalin, die Sowjetunion gegen einen neuen Vernichtungsversuch gesichert. Stalins Perspektive auf "die Millionen braver Leute" ist leider nicht so fest begründet, wie es die auf Tatsachen gestützte Überzeugung Lenins war, der vor 26 Jahren sagen konnte, "ihre eigenen Arbeiter fallen ihnen in den Arm, wenn ihn die Imperialisten gegen uns erheben". Gehemmt durch die Solidaritätsaktionen ihrer Arbeiter und auch durch die schweren Interessenkonflikte im eigenen Lager am Ende des ersten Weltkrieges, mußten sich die Imperialisten schließlich damit abfinden, daß auf dem sechsten Teil der Erde die Grundlage für eine neue Ordnung geschaffen werden konnte, die ihrer eigenen Unordnung tatsächlich so unvereinbar wie Feuer und Wasser gegenübersteht und mit der es keine Versöhnungsmöglichkeit geben kann. Das Scheitern ihrer konterrevolutionären Interventionsversuche nach der Oktoberrevolution hat die Imperialisten nur zum Vertagen, keineswegs aber zum Aufgeben ihrer Vernichtungspläne gegen das sozialistische Rußland veranlaßt. Die Churchill und Genossen haben es noch nicht vergessen, daß die Umwandlung Rußlands in einen proletarischen Staat für England den schmerzlichen Verlust seines "europäischen Indiens" bedeutet, und sie werden heute um so mehr daran erinnert, als sich jetzt auch im asiatischen Indien immer stärkerer Drang nach Selbstständigkeit zeigt. Rußland selbst hat sein Einflußgebiet in Europa von der Elbe bis zur Adria und auch in Asien erheblich vorgeschoben und belebt schon allein durch seine Behauptung als sozialistischer Staat und viel weniger durch Stalins Politik die Befreiungsbestrebungen unterdrückter Völker. Das alles zwingt die Imperialisten zu der Wiederholung des Versuches, mit dem sie nach der Oktoberrevolution gescheitert sind.

Eine entscheidende Ursache ihres damaligen Mißerfolges ist heute durch die faktisch bestehende imperialistische Einheitsfront beseitigt. Bleibt den Imperialisten nur noch übrig zu verhindern, daß ihnen auch diesmal wieder ihre eigenen Arbeiter in den Arm fallen. Um das zu verhindern und darüberhinaus die völlige Unter-

stützung der Arbeitermassen zur Verwirklichung ihrer Kriegsziele zu erreichen, dazu bleibt der Bourgeoisie nur noch ihr allerprobtestes Mittel: die Massen über ihre wirklichen Absichten hinwegzutäuschen. Ihr wirkliches Ziel: Die Eroberung Rußlands für die Profitjäger bleibt geheim und im Zeichen der Demokratie (der "westlichen" versteht sich). Im Zeichen des Weltfriedens (auf dem Kirchhof der Verhungerten) predigen die Churchill und Genossen den Kreuzzug gegen die Sowjetunion und bei diesem noblen Geschäft haben er und die ganze Bourgeoisie, wie immer, ihre getreuen reformistischen Schildknappen, diese Demokraten per excellence, ganz auf ihrer Seite.

Churchill attackiert die SU im Zeichen der bürgerlichen Demokratie. Kann Stalin die SU im Namen der proletarischen Demokratie verteidigen?

Stalins Hinweis auf "die Millionen braver Leute, die für die Verteidigung des Friedens Wache halten", beweist, daß er sich jetzt bewußt ist, daß die Sowjetunion nicht aus eigener Kraft allein, sondern nur gestützt auf die aktive Hilfe der Millionen die imperialistischen Absichten vereiteln kann. Die Frage aber, die sich alle klassenbewußten Arbeiter und Freunde Rußlands heute stellen müssen, ist die, ob mit den bisherigen Methoden der Stalinpolitik die Millionen zu aktiver Hilfe überhaupt mobilisiert werden können. Daß dieses mit Lenins Politik möglich war, haben die Tatsachen bewiesen. Aber ebenso unbestritten haben die Tatsachen bewiesen, daß es bei getreuer Befolgung der Stalinpolitik weder möglich war, mit dem ultralinken Kurs den Sieg des deutschen, noch mit dem rechten Volksfrontkurs den Sieg des spanischen Faschismus zu verhindern und daß es mit Stalins Politik unmöglich war, den verheerenden Einfluß der Reformisten in der Arbeiterbewegung zu brechen oder auch nur zurückzuwerfen, daß genau umgekehrt erst durch seine falsche Politik der Reformismus sich wieder erholen und seine klassenverräterische Politik (mit ausdrücklicher Zustimmung und Unterstützung von Stalins Anhängern) verstärkt durchführen konnte.

Diejenigen, die heute die Richtigkeit dieser Politik mit der Tatsache des militärischen Sieges der Sowjetunion über Hitler & Co.

beweisen wollen, übersehen oder verschweigen eine vorausgegangene Tatsache: daß nämlich erst durch Stalins Sozialfaschisten- und RGO-Spaltungskurs die Niederlage der deutschen Arbeiterklasse entscheidend ermöglicht wurde. Erst dadurch wurde Deutschland nicht ein sozialistischer Bundesgenosse, sondern der faschistische Todfeind der Sowjetunion. Wenn sich die Sowjetunion dieses Todfeindes entledigen konnte, so nicht zuletzt durch ihr Bündnis mit den Feinden ihres Todfeindes. Aber jetzt haben sich diese zeitweiligen Bundesgenossen in offene und lückenlos verbundene Todfeinde der Sowjetunion verwandelt. Damit braucht die Sowjetunion eine Politik, die jetzt im Weltmaßstab das erreichen muß, was sie vor 1933 in Deutschland nicht erreichen konnte: nämlich die Arbeitermassen in ihrer entscheidenden Mehrheit als den einzig zuverlässigen Bundesgenossen zu gewinnen.

Jetzt organisieren die Churchill und Genossen den entscheidenden Kampf gegen das sozialistische Rußland im Zeichen der "Demokratie" gegen die proletarische Diktatur. Und "die Millionen braver Leute", auf die Stalin spekuliert, werden den Imperialisten nicht in den Arm fallen können, solange sie nicht vom reformistischen Einfluß befreit sind, d.h. solange sie noch an diese bürgerliche Demokratie glauben. All der Groll, den ihre ständig zunehmende Verelendung gegen die kapitalistische Mißwirtschaft erzeugt, bringt die Massen nicht von selbst zum klassenbewußten Handeln, sondern kann umgekehrt (wie seinerzeit von dem Faschismus) für konterrevolutionäre Zwecke ausgenützt werden, wenn die führende revolutionäre Kraft fehlt, die das instinktive richtige Empfinden der Massen in klares Bewußtsein zu form- und zu planmäßigem Handeln zu leiten versteht. Und diese Kraft, die Lenin mit der bolschewistischen Partei für Rußland zu schaffen verstand, die er vermittels der Kommunistischen Internationale auch in anderen Ländern der Welt zu schaffen begonnen hatte, diese Kraft hat Stalin nicht nur nicht erhalten, und weiterentwickelt, sondern umgekehrt anfangs geschwächt und schließlich liquidieren müssen, weil er sie von seinem nationalbeschränkten Standpunkt aus nicht meistern konnte.

Wie soll den Massen der Schwindel aufgedeckt werden, daß Churchill mit samt seinen Reformisten nicht für eine Demokratie kämpfen kann, die ihnen ihre demokratischen Rechte und Freiheiten erweitert und nicht schmälert, die ihre Existenz verbessert und nicht verschlechtert, die Krisen und Kriege verhindert und die Welt den Frieden sichern kann, wenn den Massen nicht gesagt und praktisch bewiesen wird, was sie schon selbst rein instinktiv empfinden, daß diese von den Reformisten gefeierte und für die Churchill und Ge-

nossen sehr einträgliche Demokratie eine Demokratie für die Reichen gegen die Armen ist, daß diese Demokratie keine Herrschaft der Mehrheit des Volkes, sondern die dürftig verkleidete Kapitalsdiktatur einer verschwindenden Minderheit ist, daß sie diese Demokraten bei Bedarf mit bewaffneter Macht und "faschistischen Methoden" in die "faschistische Sklaverei" zwingen wollten (wie jetzt die USA-Reformisten selbst eingestehen).

Wie können die Massen zur Verteidigung ihrer bedrohten demokratischen Rechte und Freiheiten und gegen die Gewaltmethoden ihrer demokratischen Bourgeoisie, die unvermeidlich in der offenen Gewaltdiktatur des Faschismus enden müssen, mobilisiert werden, wenn Stalin selbst und seine Anhänger die Massen über den wahren Charakter der bürgerlichen Demokratie hinwegtäuschen, wenn ihnen z.B. während des Krieges wahrheitswidrig eingepaukt wurde, daß es um demokratische Freiheiten ging, statt ihnen wahrheitsgemäß zu sagen, daß die Roosevelt, Churchill und Genossen nichts anderes als ihre imperialistischen Interessen gegen die hungrigen Räuber vertraten und die Freiheitsfragen nur benützten, um die Massen von der Vertretung ihrer eigenen proletarischen Interessen abzuhalten, wenn nach dem Kriege den Massen und sogenannten Kommunisten der reformistische Schwindel vorgegaukelt wird, daß sie die letzten Spuren des Faschismus mit Hilfe dieser verlogenen Bourgeoisie-Demokratie ausrotten können, deren kapitalistische Grundlage die Wurzel des Faschismus ist, wenn mit einem Wort Stalins ganze Politik innerhalb und außerhalb Rußlands beweist, daß er selbst sich über das Problem der Demokratie und der Diktatur genauso wenig - wenn auch aus anderen Ursachen - klar ist, wie seine reformistischen Gegner: daß deshalb die Vertreter seiner Politik - wo auch immer sie auftreten - nicht nur nicht imstande sind, die Reformisten zu widerlegen, sondern umgekehrt gezwungen sind, sich mit den Reformisten zu "versöhnen", wie im neuen WGB.

Daß Stalin gegenüber dem Problem der Demokratie und Diktatur - in dessen Lösung der Schlüssel zur Mobilisierung der gesamten Arbeiterklasse in den kapitalistischen Staaten und auch für die volle Kraftentfaltung der russischen Arbeiterklasse liegt - keinen klaren, d.h. marxistischen Standpunkt vertritt, beweist insbesondere seine widerspruchsvolle Stellungnahme zur Sozialdemokratie. Nachdem sich seine Politik von Anfang an als völlig unzureichend zur erfolgreichen Bekämpfung der Sozialdemokratie erwiesen hatte, hat Stalin aus purer Verlegenheit die berüchtigte Theorie des Sozialfaschismus erfunden, mit der er die Sozialdemokratie nicht geschwächt, aber sich selbst und die von ihm geführte kommunistische Bewegung aufs Schwerste kompromittiert hat. Nach der berühmten

"Neuorientierung" von 1935 vertrat ein Jahr später die Kommunistische Partei Spaniens, die "neugewonnene" Stalinsche Theorie, daß nicht "zwei marxistische Parteien" nebeneinander bestehen könnten. Nach dieser bis heute noch gültigen Theorie wird also die Sozialdemokratie, obwohl sie sich prinzipiell nicht im Geringsten geändert hat, und heute genauso wie seit 1914 eine kleinbürgerlich-reformistische Arbeiterpartei ist, die auf Gedeih und Verderb mit dem Bestand der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung verbunden bleibt - als eine marxistische Arbeiterpartei erklärt. Wäre Stalins jetziger Standpunkt richtig, dann wären damit alle die Bernstein, Kautsky und die russischen Menschewiki gerechtfertigt, die Lenin zeitlebens als "Spalter" verleumdet haben, dann wäre Lenin im Unrecht gewesen, als er mit seinen berühmten 21 Punkten auf dem II. Weltkongreß die notwendige Barriere gegen das Eindringen der zentristischen Konjunkturritter in die Kommunistische Internationale errichtete. Daß aber die russische Arbeiterklasse siegen konnte, während die deutsche mit und gerade wegen ihrer nicht gespaltenen Partei von einer Niederlage zur anderen schritt, beweist, wer recht hat. Kommunisten, die die Sozialdemokratie als eine marxistische Partei anerkennen, und die Vereiniung ihrer eigenen Partei mit dieser kleinbürgerlichen Partei fördern und durchführen, beweisen damit, daß sie mit dem marxistischen Grundprinzip gebrochen haben, daß die Schaffung einer selbständigen revolutionären Partei als entscheidende Voraussetzung für den Sieg der Arbeiterklasse fordert.

Ebenso drastisch zeigt sich dieselbe Begriffsverwirrung und Anpassung an den echt reformistischen Standpunkt in Stalins Einschätzung des Weges zum Sozialismus. Einem Largo Caballero gegenüber hielt es Stalin im Dezember 1936 für "sehr wohl möglich, daß der parlamentarische Weg sich in Spanien als ein wirksameres Mittel für die revolutionäre Entwicklung als in Rußland erweisen wird". Jetzt, fast 10 Jahre später berichtet die "Neue Züricher Zeitung" vom 26. August 1946 von einem Gespräch der englischen Labour-Delegierten, in dem diese "den Vater des Sozialismus höchst aufgeschlossen gegenüber der britischen Labourpolitik gefunden haben.. und gerade auf theoretischem Gebiete gab Stalin seinen britischen Gästen unumwunden zu, daß auch der von ihnen eingeschlagene Weg gangbar sei."

Die NZZ meint, daß "die Konzilianz ganz im Gegensatz zu der offiziellen russischen Propaganda" steht. Allerdings! Denn diese kann sich überdies jeden Tag über die sichtbar hervortretende Tatsache nicht hinwegsetzen, daß der von Attlee, Bevin und Co.

"eingeschlagene Weg"- ob sie wollen oder nicht - zum selben Ziele führen muß, dem auch Churchill konsequent zustrebt.

Ganz sicher dürfen Kommunisten die Differenzen, die zwischen den Labouristen und Churchill bestehen, nicht übersehen, sondern müssen sie ausnützen. Sie müssen, wie Lenin sagte, die Labouristen unterstützen, "wie der Strick den Gehängten". Kommunisten können unter keinen Umständen den Reformisten bestätigen, daß ihr parlamentarischer Weg "gangbar" sei, wenn sie nicht das kommunistische Prinzip preisgeben wollen, wonach es für die Arbeiterklasse nur den einen einzigen gangbaren Weg über die Sowjets und die proletarische Diktatur gibt. Und sie können den Attlee nur zu dem Zweck in die Regierung verhelfen, daß sie die Massen aufgrund seiner praktischen Tätigkeit von der Falschheit des reformistischen und der Richtigkeit des kommunistischen Weges überzeugen können, um wie Lenin sagt, "den politischen Tod" dieser Reformisten zu beschleunigen.

Die "offizielle" Propaganda gegen die Regierungspolitik der Attlee und Bevin muß völlig wirkungslos bleiben, weil sie nicht nur mit Stalins "theoretischen" Zustimmungserklärungen für ihren reformistischen Weg, sondern ebenso auch mit der Regierungspraxis im Widerspruch steht, die von Stalins Anhängern als Mitglieder bürgerlich-kapitalistischer Regierungen in Frankreich, Italien, usw. ausgeübt wird.

Es ist unmöglich, die Westblockpolitik, mit der die Reformisten ihrem kapitalistischen Vaterland und folglich dem Weltimperialismus dienen, wirkungsvoll zu bekämpfen, und ihre ganze Schädlichkeit für die Arbeiterklasse aufzudecken, wenn gleichzeitig die "Regierungskommunisten" in den kapitalistischen Ländern dieselbe Politik der Vaterlandsverteidigung und Kapitalsrettung betreiben. Der einzige Unterschied besteht lediglich in der Illusion dieser Regierungskommunisten, die sich einbilden, neben ihren kapitalistischen Vaterland auch noch das sozialistische Rußland verteidigen zu können. Um die Vereinbarkeit dieser beiden - tatsächlich unvereinbaren - Aufgaben zu beweisen, sind sie gezwungen, ihre Antreiberrolle gegenüber der Arbeiterklasse noch brutaler durchzuführen. Nirgends deutlicher als in Frankreich, wo die Kommunisten als Produktions- und Arbeitsminister usw. fungieren, und wo die Gewerkschaften unter ihrem überragenden Einfluß stehen, zeigt sich ihre wirkliche Rolle. Es ist leider wahr, was die "Neue Züricher Zeitung" vom 29. 5. 1946 über "Die Kommunisten in Frankreich" berichtet:

"Weit gefehlt wäre es, wenn man annehmen würde, daß die Kommunisten ihre sozialistischen Rivalen dadurch in den Schatten stellen, daß sie für die Arbeiter höhere Löhne, größere Vergünstigungen herauschlagen wollen. Eher verhält es sich umgekehrt. Den Kommunisten ist es vollkommen ernst mit ihrem Schrei nach der Erhöhung der Produktion: sie setzen die Fabrikarbeiter, die mit ihren heutigen Löhnen kaum mehr anständig leben können, einer wahren Zerreißprobe aus, indem sie die Aufbesserung erst als Belohnung für spätere Zeit, in der mehr erzeugt und deshalb die Währung nicht ins Wanken gebracht werden soll, in Aussicht stellen. Man behauptet, daß die Kommunisten, die ja über die Schlüsselstellung des Produktionsministeriums verfügen, immer mehr zur Akkordarbeit neigen und ihr eine bestimmte Richtung der Stachanowschen Vorbild geben. Zudem sind Streiks verpönt und in den verstaatlichten Betrieben ganz verboten. Damit fühlen sich die aus der alten gewerkschaftlichen Schule hervorgegangenen Sozialisten an die Wand gedrückt, denn ihre Doktrinen sind noch altmodisch, nach der alten orthodox-klassenkämpferischen Richtung orientiert, ihre praktische Haltung aber kompromißlerisch: Unternehmer und Arbeiter gelten ihnen als zwei Mächte, die sich ewig auseinanderzusetzen haben, wenn nötig, mit Drohungen, Erpressungen, sogar mit Streiks, wobei aber immer die gütliche Regelung vorzuziehen ist. Die Kommunisten zucken über diese auf Märkten und Vertragschließen eingestellte Mentalität nur die Achseln. Sie haben es in Frankreich erreicht, daß in Frankreich der Staat die Löhne festsetzt, vom Standpunkt höherer Interessen (!) aus, denen gegenüber es wenig bedeutet, ob eine Arbeiterfamilie nur eine Wassersuppe oder auch nur eine Wurst auf dem Tische hat".

Zu den zahlreichen Beispielen, die leider nur zu sehr die Richtigkeit des Vorstehenden bestätigen, hat der Streik der Pariser Rotationsdrucker im Januar 1946 ein besonders markantes hinzugefügt. Dieser hoch qualifizierten Arbeitergruppe hatten die Zeitungsbesitzer schon Oktober 1945 eine Gehaltserhöhung zugebilligt, die aber ohne Zustimmung der Regierungsstellen nicht perfekt werden konnte. Diese Zustimmung wurde durch verschiedene Umstände (wie Regierungsumbildung) bis in den Anfang Januar verzögert. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, griffen die Arbeiter zu einem eintägigen Warnungsstreik in vier Pariser Betrieben. Weil auch das nicht wirkte, legten sie am 26. Januar 1946 die ganze Pariser Presse still. Unter der Leitung des "kommunistischen" Arbeitsministers begann eine offene Kampagne gegen die Streikenden, denen vorge-

worfen wurde, daß sie kein Recht zum Streik hätten, da ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen den Durchschnitt weit überragen und daß sie ja "unter den Boches" (unter der Nazibesetzung) auch nicht gestreikt hätten.

So endete dieser Streik mit einer Niederlage der Arbeiter. Welche Erbitterung das hervorrief, zeigte sich darin, daß z.B. nach erfolgter Wiederaufnahme der Arbeit die Drucker den Druck des kommunistischen Parteiorgans in Lyon ablehnten, weil darin die falschen Anschuldigungen ihres Arbeitsministers erscheinen sollten. Die Drucker der "Humanité" hatten aus Protest, die infamierenden Stellen des Ministeraufrufes gestrichen, so daß also das Zentralorgan der KPF an diesem Tage unter der Zensur seiner eigenen Arbeiter erscheinen mußte.

Bei alledem sind sich diese kommunistischen Führer bewußt, daß sie sich noch im kapitalistischen Regime befinden. Anläßlich einer Polemik mit dem sozialistischen "Populaire", der am 20. Februar 1946 die "sozialistische" englische Regierung als Beweis für die Möglichkeit der friedlichen gewaltlosen Umwandlung der Gesellschaft "auf dem Wege der Demokratie", wodurch die bolschewistischen Gewalt- und Diktatur-Methoden sich als überflüssig erwiesen- zitiert hatte, antwortete die "Humanité" am folgenden Tage:

"Wir bestehen darauf, zu behaupten, daß es dort, wo die kapitalistische Gesellschaft besteht, keinen Sozialismus gibt und daß andererseits die Politik, die Bevin treibt, nichts mit Sozialismus gemein hat".

In der Praxis wird aber diese Theorie beiseite gestellt. Von dem Aktionsprogramm, das der CGT-Kongreß im April 1946 mit 8834 : 1292 Stimmen angenommen hat, schreibt der reaktionäre "Le Monde" am 20. April 1946: Daß dieses "eine ökonomische Doktrin zum Ausdruck" bringt, "die ohne Zweifel dem Generalverband der Unternehmer den Geschmack nicht verderben wird". Weiter schreibt dieses Blatt dazu:

"Man kann Stachanow und Ford sich gegenseitig unter der Formel unarmend vorstellen: die Erhöhung der Löhne muß abhängen von der nach nach Volumen und Qualität gesteigerten Produktivität. Das hat niemals aufgehört, wahr zu sein, aber es ist, von der CGT kommend, eine neue Wahrheit. Gewiß wollen wir hier nichts als Taktik sehen. Aber ist es nicht (vielmehr) wirklich das Bewußtwerden einer ökonomischen Notwendigkeit, die CGT übt praktisch die ökonomische Macht

aus. Man sieht nicht gut, wer sie hindert, sofortige Lohnerhöhungen zu fordern und zu erreichen.... Wenn die kommunistischen Mehrheit er nicht fordern... so darum, weil sie wissen, daß lediglich die Steigerung des Produktionsertrages die Bevölkerung reichlicher bekleiden und beköstigen kann. Ihre Verantwortlichkeit ist verpfändet in diese Schlacht der Produktion, die ebenso wenig wie die Revolution mit Worten gewonnen wird. Die Minderheitler (d.h. die Sozialdemokraten), die Anhänger überspannter Forderungen, sind die den ökonomischen Wahrheiten verschlossen?.... Auf jeden Fall, verglichen mit...der Stellung nach dem ersten Weltkrieg ist die Verwechslung der Rollen frapierend. Benoit Franchon sagt: wir sind noch im kapitalistischen Regime, aber er fordert die Arbeiter auf, sich wie im sozialistischen zu betragen.... Auf lange Sicht wird sich's zeigen, ob die von den Kommunisten auferlegte Arbeitsdisziplin ausreicht für die Wiederaufnahme der Produktion, die die CGT ehrlich will. Denn die ökonomischen Vorstellungen der CGT haben eine schwache Stelle (une faible): es genügt nicht, dem Kapitalisten das Leben zu lassen, auch die entscheidende Rolle des Kapitals im französischen Wiederaufbau muß anerkannt werden."

Um diese Wirtschaft in Gang zu bringen, sagt "Le Monde", "sind hunderte von Milliarden Neuinvestitionen nötig. Wo diese finden? Im Ausland?" Das scheint nach "Le Monde" ebenso unmöglich, weshalb er schließt:

"Zu einem stabilen ökonomischen Gleichgewicht hat der Kongreß erst die Hälfte des Weges zurückgelegt, der nach Franchon nicht der kürzeste zwischen zwei Punkten zu sein braucht. Aber er weiß sehr gut, daß um die zweite Hälfte zu machen, Maßnahmen getroffen werden müssen, die die große Majorität der Franzosen und selbst der Arbeiter zurückweist".

Das Lied des führenden Organs der französischen Industriellen gleicht aufs Haar dem, was im Jahre 1930 die "Deutsche Allgemeine Zeitung" gesungen: Wenn ihr den Kapitalismus nicht sterben lassen wollt, dann schafft andere als die "gegebenen Bedingungen", damit er leben kann. Und diesmal sind es nicht in erster Linie die französischen Tarnows, d.h. die Jouhaux oder Léon Blum, sondern sogenannte Kommunisten, die Benoit Franchon und Maurice Thorez, die sich "als Arzt am Bette ihres todkranken «Kapitalismus» engagieren. Und wie fest sie von der Möglichkeit des Wiederaufbaus dieser todkranken Wirtschaft überzeugt sind, zeigt sich z.B. in

einer Rede André Marty's vor 6000 Jugendlichen in Paris, worüber die "Humanité" vom 15. Februar 1946 berichtet:

"Weil es uns an allem mangelt, bleibt nichts besseres zu tun, als die Produktion mit allen Kräften zu steigern".

André Marty erwähnt die Erfolge der Jugendlichen auf diesem Gebiet und hebt hervor, daß die Trusts bestrebt sind, diesen Elan zu brechen, der entfacht wurde durch die Initiative des Generalsekretärs der KPF, Maurice Thorez, der im Juli 1945 in Waziers, den Scharfblick und den Mut hatte, um als Erster zu sagen, wo sich das Interesse der französischen Arbeiterklasse und des Volkes befindet: Arbeit, Einigkeit. Die Reaktion führt einen Feldzug, behauptend: "Es ist hier nichts zu machen. Der Jugend bleibe nichts, als das Land zu verlassen". André Marty ruft aus:

"Gilt es nicht vor allem, Frankreich wieder aufzubauen? Ein alter Minister behauptete, daß dafür 60 Jahre notwendig wären, Ihr werdet es in zwei oder drei Jahren schaffen."

Wozu dann die Arbeiter noch den "Kommunismus" der Marty und Thorez brauchen, wenn es möglich sein soll, die bankrotte Kapitalwirtschaft (in zwei bis drei Jahren) wieder aufzubauen, woran die Kapitalisten selbst nicht glauben, darüber können sich die Illusionisten keine Gedanken machen. Diese "Kommunisten" unterscheiden sich von den alten reformistischen Kapitalsrettern und Vaterlandsverteidigern tatsächlich nur durch noch größeren Geschäftseifer. Die "Neue Züricher Zeitung" vom 27. August 1946 berichtet z. B. aus England:

"Der soeben von der Union der Bergarbeiter gewählte Generalsekretär Horner, ein Kommunist... hat jetzt plötzlich das Schlagwort in die Debatte geworfen: 'Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen'! Er will die Regierung (d.h. also die Atlee-Labouristen) dazu bewegen, die im Augenblick nicht beschäftigten in die Kohlengruben zu senden. Allein in Wales sind... 60.000 arbeitslos. Horner hofft, durch solche Maßnahmen die Kohlenindustrie wieder leistungsfähig zu machen".

Die Sorge, um die Leistungsfähigkeit ihres "Vaterlandes" zwingt diese "Kommunisten" genauso wie die Reformisten auch zu gegenseitiger internationaler Bekämpfung. Als Syrien für die Loslösung von Frankreich (mit wohlwollendem Beistand Englands) kämpfte, bezeichnete die Thorez-Presse das als faschistische Bestrebungen, während die syrischen Kommunisten gegen den französischen Imperialismus agitieren.

Die italienischen Kommunisten wollten Süd-Tirol und Triest für sich genauso wie die jugoslawischen und österreichischen das Umgekehrte wollen. Die Thorez und Genossen sind für die Angliederung der Saar und wenn möglich des ganzen linken Rheinufers an Frankreich und die Abtrennung des Ruhrgebietes, während die Pieck und Ulbricht für ein ungeteiltes Deutschland eintreten usw.

Die Folgen der Stalinpolitik - Verwirrung und Direktionslosigkeit im Arbeiterlager, sowie Anwachsen der Reaktion - zeigen sich immer bedrohlicher. Soweit die Sozialdemokratie wie z.B. in Frankreich an Einfluß verliert, kommt dieser der Reaktion zugute. Die klerikale MRP ist rapid zur stärksten Partei geworden. Die kommunistischen Wählerstimmen gehen in den Industriezentren zurück und wurden bisher nur durch Zunahme in Agrargebieten ausgeglichen. Die Rechtsparteien konnten am 2. Juli allein in Paris 6 Mandate erobern. Der Ruf nach der "starken Regierung" wird immer deutlicher. In Italien hat die Uomo Qualunque, dessen Führer sich offen zum Faschismus bekennt, bei den Wahlen über eine Million Stimmen erzielt. Wie die NZZ am 18.7.1946 meldete: "nimmt die gerichtliche Abrechnung mit... Faschisten immer mildere Formen an". Der neo-faschistische Justizminister Pisenti, "gegen den der Staatsanwalt 5 Jahre Gefängnis beantragte, wurde freigesprochen". Ganz so ähnlich wird in Frankreich die "Säuberung" durchgeführt. Es zeigt sich immer mehr, daß das Wiedererwachen des Faschismus mit Stalins Politik nicht zu verhindern ist. Damit aber werden die Aussichten für Churchills Pläne immer mehr begünstigt.

Auch in Deutschland predigen Stalins Anhänger den Wiederaufbau der "Demokratie" und befinden sich damit in "theoretischer" Übereinstimmung mit den Aposteln der imperialistischen Besatzungsmächte. Weil sie aber damit in Widerspruch mit dem praktischen Lebensbedürfnis und Interesse der deutschen Arbeiterklasse und Werktätigen geraten, also beim besten Willen von den Massen nicht verstanden werden können, ist es nur natürlich, daß vor der Hand die "sozialistischen" Berufsdemokraten die Gewinner sind, und die faschistische Ideologie neue Nahrung findet.

Daß ein demokratisches, d.h. bürgerlich-demokratisches Deutschland nicht leben kann, hat es 1933 ein für allemal bewiesen und nur Leute, die das nicht einsehen oder nicht einsehen können, versuchen, diese Tatsache zu leugnen. Deutschland kann sich nur noch als sozialistischer, d.h. proletarisch-demokratischer Staat lebensfähig erweisen. Weil das aber im Widerspruch mit den Interessen der imperialistischen Mächte steht, müssen diese es mit allen Mitteln zu verhindern versuchen. Ein sozialistisches Deutschland

steht aber nicht im Widerspruch, sondern in vollster Übereinstimmung mit den wirklichen Interessen des proletarischen Rußlands. Nur Stalins Politik, die mit den Interessen des proletarischen Rußlands schon längst nicht mehr übereinstimmt - kann den Wiederaufbau eines bürgerlich-demokratischen Deutschlands propagieren.

Und jetzt, wo die Churchills unter dem Deckmantel der Demokratie den Angriff auf die Sowjetunion vorbereiten, wo die kleinbürgerlichen Reformisten unter der Losung: für Demokratie und gegen Diktatur einem Churchill die Massengefolschaft sichern (solange sie nicht von Faschisten abgelöst werden) kann Stalins Politik, die den Reformisten die Gangbarkeit ihres illusionären Weges bestätigt, die den Massen die Möglichkeit des demokratischen Wiederaufbaus vortäuscht - nicht anders, als eine unfreiwillige Hilfe für Churchill wirken. Denn solange die Massen nicht zu der Erkenntnis gelangen, daß sie zu einer wirklichen Demokratie nur im Kampfe gegen die bürgerliche Demokratie, gegen diese demokratisch verhüllte Diktatur und deren Nutznießer die Churchill und Genossen, gelangen können, solange werden sie in ihrer großen Mehrheit den Demagogen folgen - auch gegen die Sowjetunion.

Kann oder muß man Anhänger der Diktatur bleiben, um für die Demokratie kämpfen zu können?

Eine Frage richtig stellen, heißt nach Lenin, sie schon zur Hälfte beantworten. Als Lenin 1917 sich in seinem berühmten "Staat und Revolution" auch mit der Frage der Demokratie und Diktatur auseinandersetzte, klagte er, daß man ganze Ausgrabungen machen muß, um die Verfälschungen des Marxismus durch die Opportunisten, die Kautsky und Genossen aufzudecken. Heute ist der damals schon reichlich große Schutthaufen über den grundlegenden marxistischen Erkenntnissen durch Stalins Theorien bestimmt nicht kleiner geworden. Diesem Minus steht aber heute dadurch ein erhebliches Plus gegenüber, daß die seitherige Entwicklung das Bedürfnis der Massen nach Klarstellung dieser Frage und ihre Fähigkeit zum Verständnis weitgehend gesteigert hat. Sie ist bereits heute zu einer entscheidend wichtigen Lebensfrage für die Massen und auch für die Herrschenden geworden.

Die bisherige Geschichte beweist jedenfalls, daß

1. die Bourgeoisie die Frage der Demokratie aus Rücksicht

- auf ihre egoistischen Sonderinteressen absichtlich falsch stellen muß, um ihre Kapitalsdiktatur zu verbergen,
2. die Reformisten durch ihre kleinbürgerlich-beschränkte Lebens- und Denkungsart die Frage gezwungenermaßen nur falsch stellen können,
 3. die Stalinpolitik den Bourgeois- und Reformistenschwindel nicht aufdecken und nicht widerlegen kann,

daß es aber vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus durchaus möglich ist, die Frage so zu stellen und zu beantworten, daß sie von den Massen, die an der Aufrichtung einer wirklichen Demokratie ein Lebensinteresse haben, verstanden werden kann.

Nach der Behauptung der Bourgeoisie, die von den Reformisten unterstützt wird, bringt oder kann zumindest ihre Demokratie den Menschen die Freiheit bringen. Das aber steht schon im Widerspruch mit der Tatsache, daß Demokratie nichts anderes heißt, als Volksherrschaft und daß - solange - ganz gleich in welcher Form-Herrschaft ausgeübt wird, von einer Freiheit aller Menschen nicht die Rede sein kann. Wo Herrschaft besteht, gibt es Beherrschte und Beherrschte sind das genaue Gegenteil von freien Menschen.

Aber die Bourgeoisie-Demokratie ist nicht nur das Gegenteil von Freiheit, sie ist ebenso das Gegenteil einer Volksherrschaft. Eine solche kann es nur geben, wo die Herrschaft im Interesse der Mehrheit des Volkes ausgeübt wird. Das aber war innerhalb der Bourgeoisie-Demokratie noch nie und wird je länger je weniger möglich. Alle noch so schönen demokratischen Einrichtungen - so wertvoll sie auch als Ergebnisse des Kampfes für eine wirkliche Demokratie sind - können den wahren Charakter der Bourgeoisie-Demokratie als der Herrschaftsform einer zahlenmäßig immer kleiner werdenden Minderheit nicht verbergen. Es entspricht z.B. dieser Demokratie ebenso sehr, wenn am Wahlsonntag der reichste Industrielle (wie der Automobilkönig Ford) und sein allerärmster Lohnsklave einen gleichwertigen Stimmzettel abgeben und dieser sich einbilden kann, am "Geschick seines Landes gleichberechtigt mitzubestimmen", wie es dieser Demokratie entspricht, wenn am darauffolgenden Montag der Großindustrielle Tausende seiner "gleichberechtigten" Lohnsklaven aufs Pflaster werfen und zum Hunger verurteilen kann, sobald das seine Profitinteressen erfordern. In Wirklichkeit bringt diese Demokratie nur einer kleinen besitzenden Klasse die unbeschränkte Freiheit zur Ausbeutung aller Werktätigen und gewährt den besitzlosen Lohnsklaven, die heute auch schon nicht mehr ganz unbeschränkte Freiheit, sich stück- oder stundenweise für einen mehr oder weniger "gerechten Tageslohn" zu verkaufen oder - zu verhungern. Denn wie es das Beispiel im USA-Eisenbahnerstreik wieder

gezeigt hat, zwingt die Bourgeoisie ihren Lohnsklaven mit den Mitteln ihres Staates, mit diktatorischer Gewalt, ihren "demokratischen" Herrscherwillen auf und nimmt ihnen ihr (wirkliches) wichtigstes demokratisches Recht des Streiks, mit dem sie sich verteidigen können. Die Bourgeoisie denkt nicht daran und kann auch nicht daran denken, die gewaltig gesteigerten Produktionsmittel "demokratisch", d.h. im Interesse des ganzen Volkes auszunutzen, dafür bedarf es keine Beispiele. Nur reformistische Illusionisten können sich nach den unzähligen Gegenbeweisen einbilden, daß die Bourgeoisie etwa daran denkt, sich irgendeinem parlamentarischen Mehrheitsbeschluß - der ihren Ausbeuterinteressen zuwiderläuft - zu fügen.

Mit allem, was diese Bourgeoisie tut, beweist sie, daß alle ihre Reden von Freiheit, Demokratie oder Volksherrschaft bewußte Lügen sind. Für den unglaublichen Zustand des Tiefstandes der reformistischen und auch der offiziellen kommunistischen Arbeiterführerzeugt es, daß nicht in ihrer, sondern in der sogenannten neutralen oder klerikalen Presse die Not und die daraus erwachsende Stimmung der Massen am Ende des Krieges einigermaßen objektiv geschildert wird. So war z.B. in der französischen klerikalen "Temps présent" (Gegenwärtige Zeit) vom 1.6.1945 unter der Überschrift: "Weshalb die Streiks" u. a. zu lesen:

"Und besonders die Arbeiter befanden sich in einem unübersteigbaren Widerspruch: Produziert, produziert, produziert, sagen die Gewerkschaften, Parteien und Minister. Das ist die einzige Art, um aus unseren Schwierigkeiten herauszukommen! Einverstanden: aber hier sind fünf Jahre, in denen wir nicht gegessen, wie es sich gehört. Wir wollen gern, aber wir können nicht so viel arbeiten. Und dann, für wen arbeiten? Für Frankreich, ja! Für den Kollaborateur, der nicht beseitigt ist? Nein! Für den Industriellen und den Kaufmann, die alles getan haben, um mit den Deutschen das Geld zu gewinnen? Abermals nein! Um fortgesetzt als Parias, als Maschinen, als dienstwillige und respektierte Untergeordnete behandelt zu werden? Nein, nein, niemals wieder! - Besser als 1936 hat die Arbeiterklasse gefühlt und verstanden, daß die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen nicht ohne ernsthafte Reformen realisiert werden kann. Sie will Reformen der ökonomischen Struktur. Sie glaubt an die Nationalisierungen. Sie glaubt an die wirtschaftliche Demokratie. Ob man darüber lacht oder ob man daran glaubt, die Arbeiterklasse will im Bewußtsein ihrer moralischen Kraft und zahlenmäßigen Macht eine wirkliche Rolle spielen.

Die Regierung scheint das noch nicht begriffen zu haben....wir sind am Fuße der Mauer....der wirkliche Reichtum, der wirkliche Wohlstand der Nation, das sind sehr wohl die Arbeiter. Im übrigen, nichts ist möglich ohne sie. Diejenigen, die die heutige Krise mit der Krise nach dem ersten Weltkrieg vergleichen, täuschen sich. Das Problem ist aktueller."

Die Klerikalen in Frankreich werden wie überall alles tun, um die Arbeiterklasse am "Spielen ihrer wirklichen Rolle" zu hindern, dazu sind sie als prominente Verteidiger dieser "göttlichen" Weltordnung des Kapitalismus gezwungen. Sie schildern die traurige Lage der Arbeiter nicht, um ihnen wirksam zu helfen, sondern um vielmehr von der Enttäuschung der Massen gegenüber ihren Partei- und Gewerkschaftsführern zu profitieren. Der rapide Aufstieg der MRP (Republikanische Volksbewegung), die innerhalb eines Jahres aus kleinstem Anfang zur stärksten Partei Frankreichs wurde, hat, wie ein bürgerliches Blatt ganz richtig feststellte, eine auffallende Ähnlichkeit mit dem Aufstieg der deutschen Nazibewegung. Natürlich wäre es falsch, zu behaupten, daß die MRP schon eine faschistische Partei sei, oder anzunehmen, daß die Entwicklung in Frankreich oder in anderen Ländern genau dieselben Formen wie in Deutschland annehmen müßte. Aber all die Besonderheiten in Rechnung gestellt, zeigt der Aufstieg dieser Partei, der mit dem relativen Abstieg der kommunistischen und dem unaufhaltsamen Abstieg der sozialdemokratischen Partei parallel gegangen ist, daß sie zum Sammelbecken der Unzufriedenen und Enttäuschten geworden ist. Es sind wohlge-merkt nicht die gleichen Formen, aber es ist unverkennbar die gleiche Tendenz der Entwicklung, die sich ebenso einst in Deutschland zeigte: je rücksichtsloser sich "Sozialisten" und "Kommunisten" für den Wiederaufbau ihrer Demokratie einsetzen, um so gründlicher schaffen sie die Voraussetzung dafür, daß die Massen von ihnen und ihrer "Demokratie" enttäuscht werden und sich den "mehrversprechenden" Parteien und zuguterletzt dem offenen Faschismus, der ihnen "alles" verspricht, zuwenden.

Dieser Tatsache stehen die Reformisten ratlos gegenüber. Sie sehen wohl, wie ihre Demokratie in eine immer tiefere Krise hineingerät. Sie wissen, daß diese Demokratie nur auf einer "gesunden", d.h. den Kapitalisten genügend Profite und den Massen eine halbwegs ausreichende Existenz sichern und die wirtschaftliche Grundlage "normal" funktionieren kann. Aber sie können sich von ihrem vulgär-ökonomischen Standpunkt aus einfach nicht vorstellen, daß die kapitalistische Wirtschaft aufgrund ihrer eigenen Gesetzmäßigkeit in den jeweils schwächsten kapitalistischen Ländern unvermeidlich in einen

Zustand gelangen muß, wo die Bourgeoisie die Hauptaufgabe ihrer Wirtschaft - die Profitmacherei - nur noch in dem Maße erfüllen kann, als es ihr gelingt, sich von der Erfüllung der Nebenaufgabe ihrer Wirtschaft - der Sicherung der Massenexistenz - freizumachen. Vor nahezu hundert Jahren haben Marx und Engels aufgrund wissenschaftlicher Forschungen das unvermeidliche Kommen eines solchen Zustandes vorausgesagt:

"Um aber eine Klasse unterdrücken zu können, müssen ihre Bedingungen gesichert sein, innerhalb derer sie wenigstens ihre knechtische Existenz fristen kann. Der Arbeiter wird zum Pauper, und der Pauperismus entwickelt sich noch rascher als Bevölkerung und Reichtum. Es tritt hiermit offen hervor, daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen. Sie ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern....."

(Kommunistisches Manifest, I)

Seitdem hat die italienische Bourgeoisie 1922 und die deutsche 1933 die Richtigkeit der marxistischen Voraussage durch die Tat bewiesen. Sie konnte nicht weiter regieren, sondern mußte damit die Mussolini-Hitler beauftragen.

Und die Bourgeoisie anderer heute noch demokratischer Länder wird diesem Beispiel früher oder später folgen müssen, ob sie will oder nicht: weil auch sie immer unfähiger wird, den Massen eine halbwegs erträgliche Existenz zu sichern. Aber eben darum muß die Bourgeoisie den Massen jedes demokratische Recht, jede Bewegungsfreiheit nehmen, um ihren Widerstand gegen ihre Verelendung unmöglich zu machen. Sie muß also die demokratische Hülle, mit der sie in "normalen" Zeiten ihre Kapitalsdiktatur verhüllen konnte, fallen lassen und in der faschistischen Diktatur ihr wahres Gesicht zeigen, weil es ihr nur noch durch die Übergabe ihrer politischen Macht an den Faschismus möglich ist, ihre Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, diese Quellen ihrer Profitmacherei zu retten.

Marx und Engels haben nicht nur richtig vorausgesehen, daß die Bourgeoisie ihren eigenen Verfallstermin herbeiführen, sondern auch die Kraft entwickeln muß, die ihr Erbe übernehmen kann. Denn durch die Entfaltung der großen Industrie hat sie die Grundlage für die revolutionäre Vereinigung der Arbeiter geschaffen, hat sich so-

mit selbst den Boden untergraben, auf dem ihr System beruht und hat vor allem - "ihre eigenen Totengräber" geschaffen, wodurch sie "ihren Sturz und den Sieg des Proletariats in gleicher Weise unvermeidlich" gemacht hat. Was Marx und Engels allerdings nicht im vollen Umfang voraussehen konnten, ist die kapitalbeschützende Rolle, die heute sogenannte Marxisten spielen, um das Proletariat von der Erfüllung seiner Totengräberfunktion abzuhalten. Von den Sozialdemokraten, die heute noch genau das sind, als was sie Marx vor hundert Jahren (1852) im "Achtzehnten Brumaire des Napoleon Bonaparte" beschrieben hat, ist nichts besseres zu erwarten. Heute wie damals besteht ihre Rolle darin, "den sozialen Forderungen des Proletariats die revolutionäre Spitze abzubiegen", versuchen sie die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit "abzumildern und in Harmonie zu transformieren". Heute wie damals glauben diese Demokraten "an die Posaunen, vor deren Stößen die Mauern Jerichos einstürzten. Und sooft sie den Wällen des Despotismus gegenüberstehen, suchen sie das Wunder nachzumachen".

(18. Brumaire, III.)

Heute verlangen sie in ihrem unzerstörbaren Wunderglauben von dem Kapitalismus, der letzten Endes nur noch faschistisch dahingevegetieren kann, daß er demokratisch weiterleben, d.h. den Massen demokratische Rechte und Existenz sichern soll. Aber noch viel mehr als sie bescheiden verlangen, sind sie bereit, dem Kapitalismus zu geben, damit er den Termin seiner Machtübergabe an den Faschismus noch um eine kurze Galgenfrist hinausschieben kann. Zu diesem Zweck haben die deutschen Sozialdemokraten ein "kleineres Übel" nach dem anderen, d.h., den Abbau der demokratischen Rechte der Werktätigen geschluckt und deren Verelendung widerstandslos hingenommen. Zum gleichen Zweck bemühen sich jetzt ihre Glaubensgenossen in den noch demokratischen Ländern. Unter ihrer Initiative verwandeln sich die Gewerkschaften, insbesondere in England, Frankreich und Italien in eine "Arbeitsfront", für die der demokratische Staat die Löhne und Arbeitsbedingungen diktiert und mit Hilfe seiner opportunistischen Lakaien jede Gegenwehr zu verhindern versucht. Es ist nicht verwunderlich, daß die Sozialdemokraten diese Selbstmordpolitik betreiben. Daß sie aber darin von sogenannten Kommunisten nicht nur unterstützt, sondern noch überboten werden, von Kommunisten, die sich dabei auf Marx und auch auf Lenin berufen, das haben sich die großen Vorkämpfer der Arbeiterklasse sicher nicht denken können.

Die Bourgeoisie muß für den Preis einer Verlängerung ihrer Ausbeuterexistenz auf die direkte Ausübung der politischen Macht verzichten und ihre demokratischen Herrschaftsformen preisgeben. Sie

muß also selbst die bürgerliche Demokratie oder richtiger, was bis zu diesem Zeitpunkt davon noch übrig geblieben ist - umbringen. Sie muß das tun, aber sie kann das auch tun, ohne ihr entscheidendes Lebensinteresse zu gefährden. Denn die Bourgeoisie übergibt dem Faschismus nur ihre Macht zur Unterdrückung, behält aber ihre "Freiheit" zur Ausbeutung der Arbeiterklasse. Daß der Faschismus für die Bourgeoisie ein zwar verstümmeltes, aber immerhin doch noch ein Leben - aber für die Arbeiterklasse durch den Verlust jeder Bewegungsfreiheit einen gewissen, wenn auch nicht absoluten Tod bedeutet - das haben die 21 Jahre Mussolini und 12 Jahre Hitler bewiesen.

Hierin zeigt sich die Unrichtigkeit der reformistischen Auffassung, wonach Bourgeoisie und Arbeiterklasse ein gleichberechtigtes Interesse am Bestand und am weiteren Ausbau der Demokratie haben sollen. In Wirklichkeit sind es grundverschiedene Interessen, die innerhalb der Demokratie ausgetragen werden. Die Demokratie ist kein Versöhnungsfeld, sondern ein Kampfboden. Nicht freiwillig, sondern unter dem Druck der aufstrebenden Arbeiterklasse und auch durch die Widersprüche ihrer eigenen Ordnung gezwungen, hat die Bourgeoisie selbst diesen Kampfboden schaffen müssen. Aber weil sich die Arbeiterklasse auf diesem Kampfboden als die stärkere erweist und erweisen muß, ist die Bourgeoisie aus ihrem speziellen, egoistischen Klasseninteresse gezwungen, die Demokratie preiszugeben, um damit den Kampfboden zu vernichten, auf dem sie unweigerlich von der Arbeiterklasse geschlagen werden muß.

Mit sicherem Klasseninstinkt hat sich die Bourgeoisie der Bildung von Gewerkschaften entgegengestellt (oftmals noch energischer als der Bildung politischer Arbeitervereine), wohl wissend, daß sich die klassenmäßige Grundlage und das Ziel dieser Organisation als unvereinbar mit den Interessen ihres Ausbeutersystems erweisen muß. Anstelle des kalt berechnenden Egoismus, der die ständig mit und gegeneinander konkurrierende Bourgeoisie beherrscht, basiert die Arbeiterorganisation von Anfang an auf der Grundlage völlig gemeinsamer Interessen. Anstelle der Konkurrenz tritt hier die Solidarität und damit kündigt sich die Befreierrolle der Arbeiterklasse für die ganze unterdrückte Menschheit an, die sich nach harmonischer Wiedervereinigung sehnt. Die Lebensinteressen der Bourgeoisie, ihre ganze Existenz hat genau umgekehrt die Aufrechterhaltung der Spaltung der menschlichen Gesellschaft in Besitzende und Besitzlose zur Voraussetzung. Für die Bourgeoisie hat die Demokratie nur solange einen Wert, als sie ihr bei ihrem Ausbeutergeschäft hilft oder zumindest nicht schadet. Sie kämpft im Zeichen ihrer De-

mokratie (wie auch unter dem Zeichen des Hakenkreuzes oder des Faschistenbeiles) für ihre "Freiheit" zur Ausbeutung der Massen. In diametralem Gegensatz dazu kämpft die Arbeiterklasse im Zeichen ihrer Demokratie für die Befreiung aller Ausgebeuteten. In den Ziellösungen "Freiheit für die Ausbeuter!" und "Befreiung von der Ausbeutung!" stehen sich die zwei Klassen, stehen sich die bürgerliche und proletarische Demokratie so unvereinbar wie Feuer und Wasser gegenüber.

Seitdem die in Gewerkschaften organisierte Arbeiterklasse Forderungen in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen erhoben und mit Hilfe des Streiks durchgesetzt hat, hat sie faktisch den Kampf gegen die Grundlage der bürgerlichen Demokratie - gegen die absolute Diktatur des Unternehmers im kapitalistischen Betrieb begonnen. Wie Marx in der eingangs zitierten Stelle im "Elend der Philosophie" so treffend formulierte, "entwickeln sich in diesem Kampfe - einem wirklichen Bürgerkrieg - alle Elemente für eine zukünftige Schlacht". Die Gewerkschaften können nichts anderes als Kampforgane der Arbeiterklasse sein, die ihre Ziele und ihre ganze Existenz nur gegen den Willen der herrschenden Klasse vertreten und behaupten können. Der konsequent geführte gewerkschaftliche Kampf beweist den Arbeitern den Unterschied zwischen proletarischer und bürgerlicher Demokratie. Die bürgerliche schützt z. B. den Streikbrecher als nützliches Element ihrer Gesellschaft, aber die Arbeiterklasse kehrt sich nicht daran, wenn sie diese Elemente entsprechend den moralischen Grundsätzen proletarischer Demokratie behandelt. Der Vertrauensmann, der unter den Bismarckschem Sozialistengesetz die Gewerkschaft im Betrieb repräsentierte, war ein proletarisch-demokratischer Kampfposten. So hat die westeuropäische Arbeiterklasse im jahrzehntelangen Kampf ihre Gewerkschaften, Parteien, usw. geschaffen, sie hat sich wirklich wertvolle Reformen und ebenso demokratische Rechte erzwungen. Sie hält mit Recht daran fest. Sie ist auch bereit, sie zu verteidigen, aber sie glaubt der kleinbürgerlich-reformistischen Führung, daß dies eben nur im Rahmen der bürgerlichen Demokratie möglich sei und daß jede Diktatur das Ende ihrer Errungenschaften bedeute. Daß diese wahrheitswidrige Auffassung heute noch von breiten Arbeiterschichten geglaubt wird, ist nicht zuletzt auf die abschreckenden Ergebnisse der Entwicklung der proletarischen Demokratie in Rußland zurückzuführen. Es heißt, der Arbeiterklasse einen sehr schlechten Dienst erweisen, wenn versucht wird, die dort zutage-tretenden Entartungen zu beschönigen oder sogar zu leugnen. Die Ursachen, die dazu geführt haben, aufzuzeigen, ist einer Arbeit darüber vorbehalten. Hier kann dazu nur gesagt werden, daß sich

die westeuropäische und amerikanische Arbeiterklasse dadurch nicht davon abhalten lassen kann, sich ihrerseits aus ihrer eigenen Lage heraus, darüber klar zu werden, wie sie ihre demokratischen Errungenschaften verteidigen und sichern kann.

Die Erzeugung von genügend Profit und die Sicherung einer halbwegs erträglichen Existenz für die Massen sind die zwei entgegengesetzten Ansprüche, die die heutige kapitalistische Wirtschaft immer weniger erfüllen kann. Wie wenig z.B. die französische Wirtschaft heute dazu imstande ist, zeigt die im vorigen Abschnitt zitierte Stellungnahme des führenden kapitalistischen Organs "Le Monde", wonach mit aller Bereitschaft der dortigen Gewerkschaftsführer "erst die Hälfte des Weges" zurückgelegt hat, daß aber für "die zweite Hälfte... Maßnahmen getroffen werden müssen, die die große Majorität der Franzosen und Arbeiter zurückweist". Das heißt nichts anderes, als daß den Massen noch grausamere Entbehrungen auferlegt werden müssen.

Ein anderes Beispiel zeigte die Streikbewegung in dem kraftstrotzenden Amerika. Im General Motors-Streik der im 28. Abschnitt bereits erwähnt wurde, haben die Kapitalsvertreter den Einblick in die Geschäftsbücher nicht nur den Geschäftsführern, sondern auch der staatlichen Schlichtungsinstanz glatt verweigert. Wie aus einem offiziellen Artikel eines GM-Vertreters in der "Staatszeitung" und "Herold" in New York vom 6. Januar 1946 zu ersehen ist, erklärte, "der Syndikus der Gesellschaft, Rechtsanwalt W. Gordon Meritt" dem Schlichtungsausschuß, "daß ihm das Recht, die Geschäftsbücher der Gesellschaft zu prüfen, nicht zusteht..." Meritt erklärte:

"daß seine Gesellschaft keine Rückkehr zum Gesetz des Dschungels wünsche. Die Beziehungen zwischen General Motors und ihren Angestellten müßten solche zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sein, nicht aber zwischen Arbeitgebern und Konsumenten. Hätten die Arbeiter etwas mit der Preisfestsetzung zu tun, dann würde das Department of Justice von uns verlangen, sich mit dem Verband hinzusetzen und zu bestimmen, was vernünftige Preise und Kosten sein sollen. Nach der Verbands-Konzeption hätte der Unternehmer abzudanken und er müßte eine Revolution in den Gebräuchen und Verfahren zulassen, wie sie in der amerikanischen Industrie bestehen".

Das ist die brutale Logik des Kapitalismus. Wenn er so sterbenskrank ist, wie der deutsche um 1930 und wie der französische der

jetzigen Zeit, dann verlangt er, daß die Massen mehr hungern und mehr arbeiten sollen, um die Milliarden notwendiger Neuinvestitionen herauszuwirtschaften, damit die Bedingungen geschaffen werden, unter denen sein krankes System noch leben kann: Dann predigen seine Vertreter die Theorie von den gemeinsamen Interessen und der Volksgemeinschaft. Wenn er aber noch so robust als unumschränkter "Herr im Hause" auftreten zu können glaubt, wie in der USA, dann spricht er seinen Lohnsklaven jedes Recht ab, anhand der Geschäftsbücher festzustellen, ob die erzielten Gewinne nicht ausreichen, um ihrem kümmerlichen Lohnanteil oder ihre Konsumfähigkeit an den von ihnen geschaffenen Reichtümern zu erhöhen. Besser als es hier dieser Syndikus der General Motors ausgedrückt hat, kann den Arbeitern wohl kaum demonstriert werden, daß sie in dieser kapitalistischen Ordnung lediglich die Funktion als "Arbeitnehmer", d.h. als Ausbeutungsobjekte zu erfüllen haben und daß der Kapitalismus nicht danach fragt, und auch immer weniger danach fragen kann, ob seine "Arbeitnehmer" auch als Konsumenten existieren, d.h. ihren Anspruch auf eine Lebenshaltung geltend machen können, die dem ungeheuer gesteigerten gesellschaftlichen Reichtum halbwegs entspricht.

Zu dem "Gesetz des Dschungels", d.h. dem Gesetz, wonach der Stärkere den Schwächeren auffrißt, brauchen die Kapitalmagnaten in der USA, wie anderswo, nicht erst "zurückkehren". So haben es und werden es immer und solange praktizieren, wie sich die Massen damit abfinden.

Aber die Massen sind in ihrem instinktiven Drange bereits auf dem Wege, dieses brutale Faustrecht, in dem sich der wirkliche Charakter der "demokratisch" verbrämten Kapitalherrschaft manifestiert, anzugreifen und durch ein wirklich demokratisches Recht zu ersetzen, das im Interesse der Mehrheit des Volkes ausgeübt werden kann. Und eben in diesem Kampfe, zu dem die Arbeiterklasse durch die Kapitalswillkür gezwungen ist, fällt wiederum - genauso wie im Frühkapitalismus - den Gewerkschaften die Pionieraufgabe zu, die sie erfüllen müssen, wenn sie ihren eigentlichen

Wie die "Neue Zürcher Zeitung" vom 18. Juli 1946 berichtet, haben die "Federal-Reserve Behörden" der USA "berechnet, daß die flüssigen Mittel der Wirtschaftsbetriebe und der privaten, die 1939 nur 65 Milliarden Dollar betrug, Ende 1945 die gewaltige Summe von 225 Milliarden erreicht haben." Nach Angaben des Gewerkschaftsführers Reuter muß durch den Fortfall der Überarbeitszeit usw. um 30 Milliarden Dollar 1946 das Lohn Einkommen der Arbeiter sinken.

Zweck nicht preisgeben, wenn sie sich selbst nicht aufgeben wollen.

Um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen haben die Gewerkschaften seit ihrer Entstehung den Kampf aufgenommen, der im Rahmen der kapitalistischen Ordnung bestenfalls erreichen kann, "den Lohnsklaven ihre Existenz innerhalb ihrer Sklaverei" zu sichern. Jetzt, nach einem Jahrhundert der gewaltigsten Entwicklung und Vervollkommnung der gesellschaftlichen Produktivkräfte erklären deren kapitalistische Besitzer in dürren, unzweideutigen Worten, daß sie die Konsumentenfrage, d.h. ob die Massen im ganzen noch genügend konsumieren, und so ihre rein physische Existenz behaupten können, überhaupt nichts angeht. Sie muten sogar umgekehrt wie seinerzeit in Deutschland und jetzt in weiteren kapitalistisch schwach gewordenen Ländern den Massen noch größere Entbehrungen zu, als sie der Frühkapitalismus mit sich brachte. Was aber in der Forderung der amerikanischen Gewerkschaften auf Einsichtnahme in die Geschäftsführung der amerikanischen Riesenbetriebe zum Ausdruck kommt, ist die neugewonnene Überzeugung der Massen, daß sie selbst, gestützt auf die organisierte Kraft ihrer Gewerkschaften in die widerspruchsvolle Leitung der Produktion eingreifen müssen. Denn sie ist bei ungeheuer gesteigerter Kapazität immer weniger in der Lage, ihre elementaren Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Auf was die Massen in ihrem unbeirrbar elementaren Drang hinauswollen müssen - ohne daß sie sich über die Konsequenzen ihres Weges voll bewußt sind - das hat mit dankenswerter Offenheit der General-Motors-Syndikus Meritt klar ausgesprochen: "Nach der Verbandskonzeption", - d.h. nach dem, was die Massen wollen müssen - "hätte der Unternehmer abzudanken und er müßte eine Revolution in den Gebräuchen und Verfahren zulassen, wie sie.....bestehen. Meritt hat hier der Katze die Schelle umgehängt. Er hat völlig recht, daß eine Revolution, d.h. eine völlige Umwälzung der kapitalistischen Gebräuche und Verfahren "zugelassen" werden muß, um die Trustmagnaten das Privileg zu nehmen, aufgrund dessen sie sich den Löwnanteil des von den Massen erzeugten gesellschaftlichen Reichtums aneignen können, aufgrund dessen sie sich - wie der Reformist Reuther ganz richtig sagt - "inmitten der Vereinigten Staaten (und überall) als ein souveräner Staat etabliert haben "und gestützt auf die gesamte Macht dieses Bourgeoisstaates einen 'Klassenkrieg' führen, der sich gegen die Interessen der Volksgesamtheit richtet".

In diesem Klassenkrieg kann aber die Arbeiterklasse unter der Führung solcher Reformisten, die noch an die Versöhnbarkeit der beiden unvereinbaren Klasseninteressen glauben, die sich noch ein-

bilden, daß die Kapitalisten durch eine vermittels hoher Löhne gesteigerte Massenkaufkraft reibungslos Waren absetzen und sich wachsende Profite sichern können, nicht siegen. Unter dieser illusionären Führung kann die Arbeiterklasse ihre Aufgabe nicht erfüllen, vor die sie durch die Entwicklung selbst gestellt ist. Die Arbeiterklasse kann sich heute nicht mehr auf die Forderung eines "gerechten Tageslohnes" beschränken, weil eben der Kapitalismus diesen einfach nicht mehr gewähren kann. Darum muß sie heute darum kämpfen, daß der Unternehmer, der ganze Kapitalismus, der die gewaltig gesteigerte Produktivkraft nicht mehr zur Bedarfsdeckung der Volksmehrheit ausnützen, nicht mehr meistern kann, der nicht mehr über sie herrscht, sondern von ihnen beherrscht wird, der die von ihm entfesselten Kräfte nicht mehr führen kann, sondern von ihnen blüdings und immer neue Krisen und Katastrophen folgen und die ganze Menschheit ins Chaos stürzen muß, daß dieser Kapitalismus tatsächlich zum "Abdanken" gezwungen werden muß.

Vielmehr als es ein Merlitt und seine Auftraggeber abzustreiten vermögen, und auch vielmehr als sich die Reformisten in ihrer kleinbürgerlichen Denkweise vorstellen können, "haben die Arbeiter mit der Preisfestsetzung zu tun" und nicht nur mit der Preisfestsetzung, sondern mit der ganzen Herstellung und der Verteilung der Gebrauchsgüter.

Ebenso wie die italienische Arbeiterklasse 1920 bis 1922, wie die deutsche 1929 bis 1932, ebenso ist die Arbeiterklasse nach diesem Kriege in allen kapitalistischen Ländern, wenn auch nicht überall gleich weit, vor die aktuelle Aufgabe gestellt, für die Überführung der Produktionsmittel aus den Händen der unfähig gewordenen Privateigentümer in die Hände der ganzen Gesellschaft zu kämpfen und damit den Ertrag der gesellschaftlich betriebenen Produktion für alle ehrlich arbeitenden Menschen dienstbar zu machen, um aber auch diejenigen, die nicht selbst arbeiten wollen, die nur als Parasiten zu fressen gewöhnt sind, zu ehrlicher gesellschaftlicher Mitarbeit zu zwingen". Das Problem ist aktueller, als es nach dem ersten Weltkrieg war, wie der französische "Temps présent" schon im Juli 1945 ganz richtig festgestellt hat.

Aber eben, weil heute von der Lösung dieses Problems das Schicksal der internationalen Arbeiterklasse und die weitere Entwicklung der ganzen Welt abhängt, müssen und werden sich aus der Arbeiterklasse auch die Kräfte entwickeln, unter deren Führung sie ihr instinktives Wollen, "eine wirkliche Rolle zu spielen", verwirkli-

chen kann. Denn mit ihrer bisherigen Führung wird sie unweigerlich das traurige Schicksal der deutschen Arbeiterklasse teilen müssen.

Auch die deutsche Arbeiterklasse hatte von sich aus alle objektiven Voraussetzungen, um ihre historische Mission zu erfüllen. Sie hatte sich in der langen und harten Schule der bürgerlichen Demokratie alle notwendigen sachlichen Fähigkeiten angeeignet, um die gesellschaftlichen Kräfte - die die Bourgeoisie nicht mehr meistern konnte - in einer höheren Form zu erhalten und für die Zwecke des Fortschrittes weiterzuentwickeln.

Die deutsche Arbeiterklasse ist letzten Endes an folgendem gescheitert: Sie teilte in der entscheidenden Situation in ihrer Mehrheit die Illusion des bürgerlich-demokratischen Weges - wie ihn die Reformisten predigen (und den ein Stalin auch noch als gangbar anerkennt). Sie konnte von der revolutionären Minderheit nicht davon überzeugt werden, daß sie ihre schwer erkämpften demokratischen Errungenschaften, ihre mühsam aufgebauten Organisationen und sich selbst nur noch auf proletarisch-revolutionärem Wege und den entsprechenden Mitteln verteidigen konnte. Der reformistisch beeinflusste größere Teil der Arbeiterklasse konnte damals von den ultralinks orientierten Kommunisten, die sich selbst über das tatsächlich gestellte Problem nicht im geringsten klar waren, einfach nicht davon überzeugt werden.

Die schamlose Verfälschung des Begriffes der Demokratie und des Begriffes der Diktatur wird von der Bourgeoisie bewußt betrieben, um die Massen über den tatsächlichen Gang der Entwicklung zu täuschen. Von den Reformisten wird sie wegen ihren kleinbürgerlich begrenztem Gesichtspunkt nicht durchschaut und deshalb unterstützt. Diese Verfälschung aufzudecken, ist in Deutschland bis 1933 nicht gelungen. Aber weil das nicht gelang, deswegen ist die deutsche Arbeiterklasse in ihrer entscheidenden Mehrheit dem Wege der trügerischen bürgerlichen Demokratie bis zum bitteren Ende, bis zu ihrem natürlich bedingten Übergang in die faschistische Diktatur gefolgt.

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung hat nur erneut bewiesen, daß die Arbeiterklasse, die sich von den Reformisten zur Rücksichtnahme auf die sogenannte Allgemeininteressen (die immer größer werdenden Schwierigkeiten ihres sterbenden Kapitalismus) überreden läßt und deshalb auf konsequente Vertretung ihrer proletarischen Interessen verzichtet, genau das Gegenteil von dem erreicht, was die Reformisten wollen. Denn je mehr die Arbeiter auf

die rücksichtslose Verteidigung dessen verzichten, was sie sich in der bürgerlichen Demokratie erobern konnten, um so leichter machen sie es der Bourgeoisie, mit der ganzen Demokratie Schluß zu machen, desto mehr geben sie ihr immer größere Handlungsfreiheit, ihre reaktionären Pläne zu verwirklichen (wie das die deutsche Bourgeoisie durch die Entfesselung des zweiten Weltkrieges bewiesen hat). Kämpft dagegen die Arbeiterklasse ohne Rücksicht auf die Schwierigkeiten, in die sich ja die kapitalistische Ordnung selbst gebracht hat, nützt sie diese Schwierigkeiten aus, um z.B. in den Betrieben die anarchistische Direktionslosigkeit einer unfähig gewordenen Klasse durch die Kontrolle der Arbeiter über die Produktion zu ersetzen und damit die Produktion ihrem eigentlichen Zweck der Bedarfsdeckung nutzbar zu machen, etabliert sich also die Arbeiterklasse auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens als die Kraft, die sich als fähig erweist, die kapitalistische Unordnung durch wirkliche Ordnung zu ersetzen, dann erschwert sie der Bourgeoisie nicht nur den natürlichen Übergang zum Faschismus, sondern macht ihn unmöglich.

Indem die Arbeiterklasse in der Endphase des kapitalistischen Niederganges den Kampf gegen die Mißwirtschaft auf allen Gebieten aufnimmt, indem sie in den Betrieben mit der Führung der Betriebsräte den Kampf gegen die kapitalistische Sabotage der Produktion aufnimmt, indem sie die ganze Masse der Werktätigen unter der Führung politischer Arbeiterräte organisiert, die die Interessen des Beamtenmittelstandes wie der von den Monopolräubern ausgeplünderten Bauernschaft ganz anders vertreten können als die weltfremden und größtenteils vom Kapital bestochenen Parlamentarier, schafft sie die Kraft, die die Führung des Staates und der Wirtschaft im eigenen Lande in eigene Hände nehmen kann. Nur so kann die Demokratie, die die Bourgeoisie den Massen nur versprechen konnte, die sie aber nur als trügerisches Aushängeschild zur Verhüllung ihrer brutalen Kapitalsdiktatur benutzt, in eine wirkliche Demokratie umgewandelt werden.

Ebenso wie die Bourgeoisie als damals unterdrückter und entrechteter "dritter Stand" in der französischen Revolution "nichts" war, aber im gewaltsam geführten Kampfe "alles" werden konnte, ebenso kann auch heute die noch unterdrückte und entrechtete Arbeiterklasse ihre Ziele nur auf gewaltsamen Wege durchsetzen. Der General-Motors-Syndikus hat ganz recht damit, daß die Trustmagnaten "eine Revolution zulassen müßten, um die bestehenden Gebräuche zu ändern", damit Gewerkschaften als Vertreter der Produzenten und Konsumenten über die Verwendung der produzierten Güter über-

haupt etwas zu bestimmen haben. Das ist ebenso buchstäblich wahr, als es heute auch unabweisbar notwendig geworden ist.

Die reaktionäre Macht, die sich - im Besitz der staatlichen Machtmittel - gegen die Lebensinteressen der Massen und gegen den gesellschaftlichen Fortschritt richtet, kann nur im revolutionären Machtkampf gebrochen werden. Die Lebensinteressen der Massen, wie der gesellschaftliche Fortschritt können nur gesichert werden, wenn die bisher unterdrückte Klasse nach ihrem Siege über die Unterdrücker diesen ihren Willen mit diktatorischer Gewalt aufzwingt. Unter Ausnutzung der Staatsmacht werden durch Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln die privaten Ausbeutungsprivilegien ein für allemal abgeschafft. Dadurch allein wird für alle Menschen das gleiche Recht zum Leben, aber auch die gleiche Pflicht zur Arbeit geschaffen. Darin besteht der Sinn der proletarischen Herrschaft.

Auch eine proletarische Diktatur bedeutet Gewaltanwendung. Aber sie ist zum Unterschied zur faschistischen eine Gewalt, die fortschrittlich wirkt. Sie verhält sich im Vergleich zu der faschistisch angewandten Gewalt wie das Messer eines Chirurgen, das einen Eiterherd am Körper herausschneidet um das Leben zu retten, zum Messer des Mörders, der das Leben vernichtet. Wenn die proletarische Klasse die Macht erobert, errichtet sie ihre proletarische Staatsmacht nicht so wie die Bourgeoisie im Zeichen der allgemeinen Freiheit, sondern gesteht offen ein, daß von allgemeiner Freiheit so lange nicht die Rede sein kann, solange es irgendeine Herrschaft gibt. Auch der parlamentarische Staat ist wie jeder andere eine Maschine in den Händen der herrschenden zur Überdrückung der beherrschten Klasse. Aber die proletarische Staatsgewalt dient dem genau entgegengesetzten Zweck wie die Staatsgewalt aller vorhergehenden Herrschaftsformen. Diese haben der Aufrechterhaltung der Unterdrückung, der Ausbeutung und Beherrschung der großen Volksmehrheit gedient, während die proletarische Staatsgewalt gerade umgekehrt der Beseitigung jeder Möglichkeit für Einzelne oder für ganze Gruppen von Menschen zur Ausbeutung anderer Menschen dient.

Nach der Erfüllung dieser Aufgabe wird der proletarische Staat überflüssig. Er verwandelt sich aus einer Institution zur Regierung von Personen zu einer Verwaltung von Sachen zur Leitung der gesellschaftlich betriebenen Produktion: "Der Staat stirbt ab". Indem die proletarische Klasse die Macht ergreift und die Staatsgewalt dazu ausnutzt, die Produktionsmittel aus Privat-

besitz in gesellschaftliches Eigentum zu überführen, handelt sie nicht in ihrem speziellen Klasseninteresse, sondern im Interesse der übergroßen Mehrheit des Volkes. Und darum ist dieser erste Schritt der proletarischen Staatsmacht gewissermaßen auch gleichzeitig der letzte Akt des Staates, der sich als Herrschaftsinstrument überflüssig machen muß, wenn durch die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln jede Ausbeutungsmöglichkeit verschwindet. Aber bis diese Möglichkeit geschaffen ist, und sie wird durch die Angehörigen der ehemals besitzenden Klassen hinausgezögert, die auf ihre Ausbeuterprivilegien nicht freiwillig verzichten, sondern sie mit allen erdenklichen Mitteln, auch mit Hilfe ausländischer Kapitalklassen zu verteidigen versucht, übt der proletarische Staat seine Gewalt gegen die Vertreter der alten Klassengesellschaft im Namen der ungeheuren Mehrheit aller an einer sozialistisch organisierten Gesellschaft Interessierten aus. Dadurch kann der proletarische Staat sich nicht nur auf diese Mehrheit rückhaltlos stützen, sondern kann und muß sogar um seiner selbst willen, schon um sich gegen äußere Angriffe wirklich verteidigen zu können, diese Mehrheit zu der Verwaltung des proletarischen Staates und seiner Wirtschaft heranziehen. Hier liegt die tiefe Wahrheit des Wortes von Lenin, "daß der proletarische Staat seine Regierungsgeschäfte so vereinfachen muß, daß jede Köchin daran teilnehmen kann", eine Wahrheit, die wie viele andere für Stalin ein Buch mit sieben Siegeln bleiben mußte. Hier liegt aber auch der himmelweite Unterschied zwischen der bürgerlichen Demokratie, die nur eine Demokratie für die Reichen ist und der proletarischen Demokratie, die sich unterschiedslos auf alle stützen kann, die zu ehrlicher, im Interesse der ganzen Gesellschaft notwendiger Arbeit bereit sind.

Um diese proletarische Demokratie zu verwirklichen, gibt es kein anderes Mittel als die proletarische Diktatur, die die Produktionsmittel für ihre eigene Aufgabe zur Deckung des Massenbedarfs wieder freimacht und damit die Voraussetzungen für eine von jeder Herrschaft befreiten klassenlosen und harmonisch vereinten Menschheit schafft, die dann in voller Freiheit leben kann.

Die wertvollen demokratischen Errungenschaften, die sich das Proletariat in den kapitalistischen Ländern in jahrzehntelangem opferreichen Kampfe gegen den hartnäckigen Widerstand ihrer pseudodemokratischen Bourgeoisie erobert hat, müssen - wie es das deutsche Beispiel bewiesen hat - unweigerlich verlorengehen, wenn die Arbeiterklasse diese Errungenschaften und ihre Organisationen nicht als Ausgangspunkt zum Kampfe für eine wirkliche Demokratie benutzt: wenn sie nicht mit dem Ziel des Sturzes der

Bourgeoisieherrschaft und der Aufrichtung der proletarischen Herrschaft kämpft, die mit den Machtmitteln der proletarischen Diktatur das bisher Erreichte sichert und erweitert im Rahmen der proletarischen Demokratie. Folgt die Arbeiterklasse dem Rat der illusionären Reformisten, dann wird sie bei der Einhaltung des Weges an der Seite ihrer "demokratischen" Bourgeoisie nur in einer faschistischen Diktatur - die die logische Fortsetzung dieser Bourgeoisie-Demokratie ist - enden müssen. Besinnt sich aber die Arbeiterklasse auf ihre eigene Kraft - der allein sie ihre demokratischen Rechte, die Schaffung ihrer Organisationen zu danken hat - dann wird sie das bisher unter der Bourgeoisieherrschaft Erreichte in der proletarischen Demokratie, zu der der Weg über die proletarische Diktatur führt, siegreich verteidigen und ausbauen können.

Ein klassenbewußter Proletarier kann also nicht nur, sondern er muß und zwar unbedingt Anhänger der Diktatur, allerdings der proletarischen Diktatur bleiben, wenn er für die Demokratie, die proletarische Demokratie und die freien Gewerkschaften kämpfen will.

"Die Demokratie kann nur von wirklich überzeugten Demokraten verteidigt werden", sagen die Reformisten. Und das ist wahr. Aber die Geschichte hat bewiesen, daß weder der Bourgeoisie noch sein reformistischer Lakai wirklich überzeugte Demokraten sein können. Es ist heute noch so, wie Lenin 1905 sagte:

"Ein wirklich konsequenter Kämpfer für die Demokratie kann nur das Proletariat sein. Das Proletariat hat nichts zu verlieren als seine Ketten, wird aber mit Hilfe der Demokratie die ganze Welt gewinnen!"

